G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Wichtigeres als Frieden
Eine Handreichung für die Friedensbewegung aus Anlaß von NATO-Gipfel und Reagan-Besuch

Michael T. Klare
Jederzeit, überall, mit allen Waffen . . .
Der globale Kollisionskurs der USA unter Reagan

Nikolai Portugalow
Zwischenbilanz der Genfer Verhandlungen aus sowjetischer Sicht

Klaus Naumann
Außerparlamentarische Bewegung und Ostverträge

Wilhelm Hankel
Shylock gesucht: Hochzinspolitik und Kreditmärkte

Robin Denselow und David Coxon Taylor
Die BBC-Untersuchung über atomare Zusammenarbeit BRD-Argentinien

Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik
Memorandum '82

5'82

Mai 1982 Einzelheft 6,50 DM Im Abonnement 4,75 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,25 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Mai 1985

CHRONIK DES MONATS APRIL 1985 513

KOMMENTARE UND BERICHTE

„Versöhnung" ..... *Klaus Naumann* 517

Wen verteidigt die Nato? ..... *Dorothee Sölle* 524

Brasilien nach Tancredo Neves ..... *Viktor Sukup* 526

„Zuerst Kühe. Dann wir."
Zum Kongreß Frauen gegen Gentechnik
und Reproduktionstechnik ..... *Christa Herterich* 529

HAUPTAUFSÄTZE

SDI – Worum geht es wirklich?
Eine Expertenrunde ..... *Wolfgang Bruckmann, Dieter Engels, Jürgen Scheffran, Ekkehard Sieker und Wolfgang Zellner* 534

Welchen zivilen Nutzen hat SDI? ..... *Rainer Rilling* 561

Europa – 40 Jahre nach Beendigung
des Zweiten Weltkrieges ..... *Egon Bahr* 578

Gedanken zu etwas, was es angeblich nicht gibt
Deutscher Revisionismus aus polnischer Sicht .... *Eugeniusz Guz, Warschau* 587

Das „Steuersenkungsgesetz" der Bundesregierung ..... *Rudolf Hickel* 596

ALTERNATIVEN

Memorandum '85
Gegen die Unterwerfung der Arbeit und die Zerstörung der Umwelt –
Mehr Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Umweltschutz 606

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Der Präsident vor der Alternative:
Krieg der Sterne oder Rüstungskontrolle
(Aus „Foreign Affairs", New York) ..... *McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith* 614

MEDIENKRITIK

Mißverständnisse? ..... *Günter Giesenfeld* 625

WIRTSCHAFTSINFORMATIONEN

Entwicklung und Finanzierung der Gesundheitsausgaben .... *Klaus Priester* 626

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Einseitiges sowjetisches Raketenmoratorium in Europa – „Prawda"-
Interview Michail Gorbatschows vom 7. April 1985 (Auszüge) 630

Kommuniqué der Tagung des WEU-Ministerrates am 22. und 23. April 1985 in
Bonn (Wortlaut) 632

Kommuniqué der Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO
am 26./27. März 1985 in Luxemburg (Auszug betr. Genfer Verhandlungen und
SDI) 634

Kommuniqué über die Verlängerung des Warschauer Paktes vom 26. April
1985 (Auszug) 635

Düsseldorfer Friedensthesen '85 (zum Kirchentag im Juni) (Wortlaut) 636

Brief des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit vom 1. April 1985 an Bundeskanzler
Helmut Kohl über die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone (Wortlaut) ... 637

Stellungnahme der Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für den
Frieden" zur Weltraumrüstung vom 24. April 1985 (Wortlaut) 638

Außerhalb des Dokumententeils:
Dokumentation zum Reagan-Besuch in Bitburg 519

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Siebenundzwanzigster Jahrgang · Heft 5/1982

Herausgegeben von

RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
WALTER KRECK
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats April 1982

1. 4. – U N O. Auf Antrag Großbritanniens befaßt sich der Sicherheitsrat mit Berichten über eine bevorstehende Besetzung der unter britischer Verwaltung stehenden Falkland-Inseln (Malwinen) durch Argentinien. Der Rat fordert von den beteiligten Seiten, auf Gewalt und Gewaltandrohung zu verzichten. Nach der vollzogenen Besetzung (am 2. 4.) fordert der Rat am 3. 4. in seiner Resolution 502 die „unverzügliche Einstellung der Feindseligkeiten" sowie den Abzug der argentinischen Truppen. Die Resolution wird mit 10 Stimmen gegen 1 Stimme (Panama) bei Stimmenthaltung Chinas, Polens, der UdSSR und Spaniens angenommen. Der argentinische Außenminister Costa Mendez hatte in der voraufgegangenen Debatte erklärt, mit der Aktion seines Landes sei „einer der letzten Überreste des Kolonialismus in Lateinamerika untergegangen". – Am 2. 4. blockieren die USA im Sicherheitsrat eine Resolution, die alle UN-Mitglieder auffordert, sich jeglicher „direkten, indirekten, offenen und versteckten Anwendung von Gewalt" in einem Land Mittelamerikas und der Karibik zu enthalten. Für die Resolution stimmen 12 Ratsmitglieder; Großbritannien und Zaire enthalten sich der Stimme. – Am 20. 4. tritt die Generalversammlung in eine neue Palästinadebatte ein. Als erster Redner befürwortet der syrische Außenminister Khaddam im Hinblick auf die israelische Politik in den besetzten Gebieten den Ausschluß Israels aus den Vereinten Nationen. In einer Resolution (mit 86 gegen 20 Stimmen bei 35 Enthaltungen) bezeichnet die Versammlung am 28. 4. Israel als „nicht friedliebendes Mitglied".

2. 4. – Argentinien / Großbritannien. Truppen Argentiniens besetzen die vor der argentinischen Küste gelegenen Falkland-Inseln (Malwinen). Die Inselgruppe hat den Status einer britischen Kronkolonie (1800 Einwohner) und wird seit 150 Jahren von Argentinien beansprucht. Großbritannien reagiert noch am gleichen Tag mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. – Am 3. 4. erklärt Premierministerin Thatcher im Unterhaus, Großbritanniens sei entschlossen, die Falkland-Inseln zurückzugewinnen. Falls dies auf friedlichem Wege nicht möglich sei, werde die britische Regierung Waffengewalt anwenden. Von Portsmouth aus werde ein großer Flottenverband auslaufen, der die 13 000 km entfernten Inseln frühestens in zwei Wochen erreichen könne. – Am 7. 4. beauftragt der amerikanische Präsident Reagan seinen Außenminister Haig mit einer Vermittlungsmission. Haig konferiert abwechselnd in London, Buenos Aires und Washington mit den beiden Außenministern Pym (Großbritannien) und Costa Mendez (Argentinien), um eine Kompromißlösung zu finden. Bei den Verhandlungen geht es vor allem um die argentinische Forderung nach Souveränität über die Inselgruppe. Die britische Regierung verfügt eine Seeblockade (mit Wirkung vom 12. 4.) und am 28. 4. auch eine Luftblockade für das Gebiet um die Falkland-Inseln. – Am 25. 4. gibt das Verteidigungsministerium in London bekannt, britische Truppen seien auf der zu den Falklands gehörenden Insel South Georgia gelandet. – Am 30. 4. kündigt die amerikanische Regierung ein Waffen- und Kreditembargo gegenüber Argentinien an. Außenminister Costa Mendez erklärt nach einer Unterredung mit UN-Generalsekretär Perez de Cuellar in New York, sein Land sei bereit, die Resolution 502 des Sicherheitsrates vom 3. 4. zu erfüllen und die Vermittlung der Vereinten Nationen anzunehmen.

5. 4. – USA/UdSSR. Auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus erklärt Präsident Reagan seine Bereitschaft zu einem persönlichen Gespräch mit Generalsekretär Breschnew, falls dieser im Juni d. J. zur Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung nach New York kommen wolle. Er denke dabei nicht an ein offizielles „Gipfeltreffen". – Am 17. 4. stimmt Breschnew in einem Interview mit der „Prawda" einem Treffen mit Reagan zu und schlägt dafür Finnland oder die Schweiz sowie als Termin den Herbst d. J. vor. Ein solches Treffen solle „nicht beiläufig im Zusammenhang mit diesem oder jenem internationalen Forum" durchgeführt werden.

– Großbritannien. Nach heftiger Kritik am Verhalten der Regierung in der Falkland-Krise treten Außenminister Lord Carrington und seine beiden zuständigen Stellvertreter Humphrey Atkins und Richard Luce zurück. Zum Nachfolger Carringtons wird Francis Pym ernannt, früher Verteidigungsminister und bisher Sprecher des Unterhauses.

8. 4. – Abrüstung. Die 26. Runde der Verhandlungen über einen Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa wird in Wien beendet. Vor der Presse erläutern Sprecher der westlichen und der östlichen Seite noch einmal die unterschiedlichen Standpunkte. – Am 21. 4. verabschiedet der 40-Staaten-Abrüstungsausschuß in Genf seinen Bericht für die UN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung (7. Juni bis 9. Juli 1982).

10. 4. – EG. Wegen der militärischen Auseinandersetzungen um die Falkland-Inseln verhängen die Europäischen Gemeinschaften auf Antrag Großbritanniens Sanktionen gegen Argentinien. Es wird ein Einfuhrstopp für argentinische Güter beschlossen, der am 17. 4. in Kraft tritt und zunächst einen Monat gelten soll. Ausgenommen bleiben alle früher geschlossenen Kauf- und Lizenzverträge.

13. 4. – OAS. Nach zweitägiger Debatte in Washington einigen sich die 28 Mitgliedstaaten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) auf eine Resolution zu den militärischen Auseinandersetzungen um die Falkland-Inseln (Malwinen). Die Organisation bietet ihre „freundschaftliche Mitwirkung" bei der Suche nach einer friedlichen Lösung an. – Am 27. 4. bezeichnen die Außenminister der Organisation nach einer weiteren Konferenz in Washington einen sofortigen Waffenstillstand als Voraussetzung für die friedliche Beilegung des Konflikts zwischen Argentinien und Großbritannien. Die Minister unterstützen den argentinischen Anspruch auf die Inselgruppe und fordern Großbritannien zur „sofortigen Einstellung" aller Feindseligkeiten auf. Die USA, Chile, Kolumbien sowie Trinidad und Tobago enthalten sich der Stimme.

15. 4. – BRD / USA. Bundesaußenminister Genscher und der amerikanische Botschafter Arthur Burns unterzeichnen in Bonn ein Regierungsabkommen („Wartime Host Nation Support Agreement"), das die kurzfristige Verle-

gung weiterer amerikanischer Truppen in die Bundesrepublik im Falle eines Krieges oder einer Krise vorsieht. Das zur Erfüllung des Abkommens notwendige Kriegsmaterial, Panzer, Artillerie, Munition und Treibstoff, sollen ständig in der Bundesrepublik gelagert und von der Bundeswehr einsatzbereit gehalten werden. Die zusätzlichen Kosten belaufen sich für jede Seite auf 600 Mill. DM.

17. 4. – Kanada. Die britische Königin Elisabeth II. setzt in Ottawa mit ihrer Unterschrift unter eine Proklamation die erste eigene Verfassung für Kanada in Kraft. Das neue Dokument löst die britische Nordamerika-Akte (British North America Act) vom 29. März 1867 ab, die die Vereinigung mehrerer Kolonien zum kanadischen Dominion regelte. Kanada bleibt weiterhin Mitglied des Commonwealth.

18. 4. – Polen. Ministerpräsident Jaruzelski und der katholische Primas Glemp treffen in Warschau zu einem Gespräch zusammen. Anschließend reist Glemp am 19. 4. erneut zu Verhandlungen in den Vatikan (vgl. „Blätter", 3/1982, S. 258).

19.–23. 4. – SPD. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält in München einen Parteitag ab. In ihren Ämtern bestätigt werden der Parteivorsitzende Willy Brandt (mit 388 Stimmen) sowie sein Stellvertreter, Bundeskanzler Helmut Schmidt (365 Stimmen). Als zweiter Stellvertreter wird der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau gewählt (367 Stimmen), der Hans-Jürgen Wischnewski ablöst. Nach kontroverser Debatte verabschieden die Delegierten mit Mehrheit den Leitantrag des Vorstandes zur Sicherheitspolitik, der am „NATO-Doppelbeschluß" festhält und die erneute Erörterung dieses Themas auf einen Parteitag im Herbst 1983 vertagt. Ein Antrag für ein zweijähriges Moratorium beim Bau neuer Kernkraftwerke wird verworfen.

23. 4. – DDR / BRD. Vor dem Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) der DDR spricht sich SED-Generalsekretär Honecker für eine weitere Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik aus. Die Zeichen, die beim Treffen mit Bundeskanzler Schmidt im Dezember vergangenen Jahres am Werbellinsee gesetzt worden seien (vgl. „Blätter", 1/1982, S. 5 und S. 125 ff.), hätten auch jetzt noch Gültigkeit.

25. 4. – Naher Osten. Entsprechend den Abmachungen von Camp David vom 26. März 1979 (Text in „Blätter", 4/1979, S. 505 ff.) geht die Verwaltung des von Israel besetzten Sinai wieder an Ägypten über. Vertreter Israels nehmen an der Übergabe nicht teil; der ägyptische Präsident Mubarak hatte seine zunächst geplante Teilnahme abgesagt.

27.–28. 4. – BRD / Ungarn. Auf Einladung von Bundeskanzler Schmidt besucht der ungarische Parteisekretär Janos Kadar Bonn. Gesprächspartner Kadars sind neben dem Bundeskanzler auch die Parteivorsitzenden von SPD, CDU, CSU, FDP und DKP sowie führende Vertreter der Wirtschaft. Als Themen des Meinungsaustausches werden die bilateralen Beziehungen und das Ost-West-Verhältnis genannt.

28. 4. – Bundesregierung. Bundeskanzler Schmidt nimmt eine Umbildung des Kabinetts vor, die ausschließlich der SPD angehörende Minister betrifft. Folgende Regierungsmitglieder scheiden aus: Herbert Ehrenberg (Arbeit), Antje Huber (Familie und Gesundheit) sowie Kurt Gscheidle (Post). Das Postministerium übernimmt Hans Matthöfer, bisher Bundesfinanzminister. Zu neuen Bundesministern werden ernannt: Heinz Westphal (Arbeit), Anke Fuchs (Familie und Gesundheit), Manfred Lahnstein (Finanzen). Auch im Bundeskanzleramt und im Bundespresseamt kommt es zu Veränderungen. Im Bundeskanzleramt tritt Hans-Jürgen Wischnewski die Nachfolge von Günter Huonker als Staatsminister an; Wischnewski wird zusätzlich „Bevollmächtigter" der Bundesregierung in Berlin (West). In das Amt des Regierungssprechers, bisher Kurt Becker, kehrt Staatssekretär Klaus Bölling zurück (vgl. „Blätter", 3/1981, S. 258).

29. 4. – El Salvador. Die „Verfassungsgebende Versammlung" (vgl. „Blätter", 4/1982, S. 387) wählt mit 36 gegen 17 Stimmen bei 7 Enthaltungen den Bankier Alvara Magana zum „Übergangspräsidenten". Magana soll das Amt am 2. Mai d. J. übernehmen und den bisherigen Präsidenten Duarte ablösen.

30. 4. – Südafrika / Sambia. An der Grenze zwischen Südafrika und Botswana treffen sich Ministerpräsident Pieter Botha (Südafrika) und Präsident Kenneth Kaunda (Sambia), um die gegenwärtige Situation im südlichen Afrika und die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung für Namibia zu besprechen. Das Treffen, das erste zwischen Botha und einem Vertreter Schwarzafrikas, findet in dem Grenzort Gaborone statt.

Kernwaffen und das Atlantische Bündnis

Es ist erfreulich, daß sich – wie jüngst mit dem Artikel „Kernwaffen und das Atlantische Bündnis"*), den die Amerikaner Bundy, Kennan, McNamara und Smith gemeinsam veröffentlichten – auch in den USA wieder verantwortungsbewußte Politiker zu Wort melden. Im großen und ganzen ist der Analyse dieser Vier zuzustimmen. Sie kann in der Überlegung zusammengefaßt werden, daß die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Nuklear-doktrin mit jeder Drehung der Rüstungsspirale weiter nachlassen muß, weil die von den Amerikanern und damit der NATO vorgesehene Möglichkeit des Ersteinsatzes von Kernwaffen auf eine Katastrophe für die gesamte Menschheit hinausläuft. Bundy, Kennan, McNamara und Smith schlagen vor, sich eine neue Politik und damit eine neue Doktrin des Bündnisses zu überlegen, die darauf ausgerichtet sein sollten, Kernwaffen solange nicht anzuwenden, wie ein Aggressor sie nicht als erster anwenden wird. Sie anerkennen, daß jeder Einsatz von Kernwaffen – und seien es solche kleinsten Maßstabes – stets zu dem alles vernichtenden Schlagabtausch führen müsse. Ihre Forderung lautet daher, eine Politik des Verzichts auf den Ersteinsatz von Kernwaffen in die Wege zu leiten.

Aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland wäre eine derartige politische Vereinbarung als ein Schritt zu einer neuen Sicherheitspolitik zu begrüßen. Eine Verteidigung, die den Einsatz von Kernwaffen zur Abwehr des eingedrungenen Aggressors vorsieht, läuft auf die Vernichtung der zu verteidigenden Menschen hinaus. Die Abschreckungsaussage, dies als erster tun zu wollen, ist eine Drohung mit dem Selbstmord. Aus europäischer und besonders aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland reicht ein Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen jedoch nicht aus. Die vier Amerikaner betonen, daß „keine der beiden Seiten über jeden Zweifel hinaus garantieren könnte, daß im Falle des Ausbruchs eines großen konventionellen Krieges wirklich keine Kernwaffen eingesetzt würden". Es heißt weiter: „Solange die Waffen an sich existieren, wird die Möglichkeit ihres Einsatzes bestehen bleiben".

Somit darf man die mögliche Option des Verzichtes auf den Ersteinsatz von Kernwaffen zwar als einen Schritt ansehen, der in der derzeitigen Nachrüstungsdiskussion als ein Fortschritt betrachtet werden könnte. Trotzdem bliebe auch danach für Europa die ungeheure Gefahr bestehen, daß bei Ausbruch eines Krieges die eine oder die andere Seite sehr schnell zum Einsatz von Kernwaffen mit der Folge der weltweiten Eskalation gelangen könnte. Unser sicherheitspolitisches Ziel kann daher nur sein, alle Trägerwaffen und Sprengköpfe aus den Ländern dieses Kontinents zu entfernen. Wo kein Ziel steht, welches die andere Seite bedroht, verschwindet die Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes dieser Waffen. Diese Logik dürfte für beide Seiten gelten.

Die Verfasser von „Kernwaffen und das Atlantische Bündnis" äußern in zwei weiteren Punkten zutreffende Ansichten. Sie erkennen die Vorteile für das westliche Bündnis in der Entwicklung von Präzisionslenkwaffen, die besonders einem Verteidiger zugute kommen, und sie stellen eine sichtbare Schwächung der militärischen Solidarität des Warschauer Pak-

*) Gleichzeitig erschienen in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs" (Spring 1982) und in „Europa Archiv" (Bonn, 7/1982, S. 183–198). Vgl. die Auszüge im Dokumententeil des vorliegenden Heftes. D. Red.

tes fest. Wörtlich heißt es dann bei ihnen: „Im übrigen besteht seit vielen Jahren eine Tendenz, die relative Stärke der Sowjetunion zu überschätzen".

Aus dieser Erkenntnis heraus fordern sie eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte als ein Gegengewicht zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen. Dazu müßte m. E. genauer gesagt werden, wie diese Verstärkung auszusehen hätte. Wenn man glaubt, mehr Divisionen aufstellen und mehr Panzer in der Bundesrepublik stationieren zu müssen, so dürfte dies kein Schritt zu einer neuen Sicherheitspolitik sein und den Europäern auch keine größere Sicherheit bescheren. Statt eines Kernwaffenkrieges gegebenenfalls in Europa einen konventionellen Krieg in der Form des zweiten Weltkrieges führen zu wollen, würde diesen Kontinent gleichfalls dem Untergang nahe bringen.

Der richtige Ansatz für eine Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, liegt in der Nutzung der – konventionellen – Präzisionslenkwaffen gegen etwaige Angreifer zu Lande, aus der Luft und zu Wasser. Diese Forderung kann erfüllt werden, wenn man eine vollständige Neukonstruierung der Streitkräfte durchführt und eine andere Führung der Operationen als zur Zeit ins Auge faßt. Der Erfolg einer Verteidigung Westeuropas – falls diese Länder angegriffen werden sollten – hängt nicht von der sowieso nur zum Teil gegebenen Präsenz von Truppen im Frieden ab, sondern von dem Willen der Nationen, sich gegebenenfalls verteidigen zu wollen. Eine solche für einen potentiellen Aggressor klar erkennbare Absicht dürfte in Verbindung mit der politischen Labilität der im Warschauer Pakt zusammengefaßten Nationen weit abschreckender wirken als die Drohung mit dem Einsatz von Kernwaffen bzw. die Drohung, auf einen Überfall in der Art der Kampfführung des Zweiten Weltkrieges reagieren zu wollen.

Günter Vollmer

Mit beiden Beinen in den Wolken?

Ihre „Solidarität gilt allen, die mit beiden Beinen in dieser Friedensbewegung, nicht aber mit einem Bein in einem der beiden Militärblöcke stehen." Die's formuliert haben, sind sicher stolz darauf. Sie sind auch davon überzeugt, daß die Weltmacht „dieser" Friedensbewegung binnen kurzem beide Militärblöcke zermalmen wird . . .

Die Friedensbewegungen indes haben, um mit freiem Kopf und Aussicht auf Erfolg arbeiten zu können, mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Realitäten zu stehen, also im „Westen" auf dem des westlichen, im „Osten" auf dem des östlichen „Militärblocks". Diese *Realitäten* sind *historische Komplexe* und daher nicht identisch mit dem Bild, das eine Momentaufnahme von ihnen wiedergibt. Aus einem solchen unhistorischen Diagramm läßt sich nur erkennen, daß es weder hier noch dort an Holzköpfen, widersprüchlichen politischen Entscheidungen und Repressionsakten fehlt. Aus einem noch so detalliert registrierenden Querschnitt dieser Art läßt sich jedoch nicht entnehmen, was für einen Stellen- bzw. Funktionswert der erhobene Befund im jeweiligen politischen System bzw. zwischen den Systemen hat und welche Interessenstrukturen mit Repressionsakten der Staatsgewalt bedient werden. Die geschichts- (= realitäts-)blinde, nur an Repressionsphänomenen sich festmachende Aktionsempfehlung an „westliche" wie an „östliche" Friedensfreunde zerstört zwangsläufig deren systemimmanente Möglichkeiten demokratischer Entfaltung. Wer mit beiden Beinen „in dieser Friedensbewegung" steht, die als gleichsam „dritter Block" ein fiktives Machtgebilde ist, hängt mit beiden Beinen in den Wolken und landet folgerichtig mit dem Kopf bis unter die Ohren im Schlamm des eigenen höchst realen „Militärblocks". Das müssen die Friedensbewegungen in

jedem der realen Blöcke wissen und danach ihr Handeln einrichten. Soll „diese" – das kann hier nur heißen: die Friedensbewegung im „westlichen Militärblock" – nicht mehr sein als eines von vielen Eintagsspektakeln, die mit ihrer eigenen Hilfe von den Feinden des Friedens genüßlich auseinandergenommen werden?

Helmut Ridder

Der Falkland-Konflikt

Als in den ersten Apriltagen als Reaktion auf die Besetzung der Falklandinseln durch argentinische Truppen der Rücktritt des britischen Außenministers Lord Carrington, diplomatische Hektik und die Mobilmachung von Flottenteilen erfolgten, kommentierte ein Großteil der britischen Linken die Ereignisse zunächst mit Ungläubigkeit und Belustigung. Warum sollte wegen einer winzigen Inselgruppe vor der Antarktis zwischen Großbritannien und Argentinien ein Konflikt mit weltweiten Konsequenzen entstehen?

Inzwischen hat die Konfrontation ein gefährliches Ausmaß angenommen. Erste Kampfhandlungen haben stattgefunden: Hunderte von Soldaten haben dabei den Tod gefunden. Eine formelle Kriegserklärung ist nicht ausgesprochen worden. Appelle an den Nationalstolz und die Schürung einer chauvinistischen Stimmung trugen in beiden Ländern dazu bei, daß sich mit beängstigender Schnelligkeit eine Kriegshysterie ausbreitete. Argentinien macht seinen Souveränitätsanspruch mit dem Hinweis geltend, als Nachfolgerstaat der spanischen Überseebesitzungen die Falklandinseln bei der Gründung des Landes 1816 rechtsmäßig übernommen zu haben. Der erste argentinische Gouverneur wurde jedoch 1833 von englischen Truppen vertrieben, und der damalige britische Premierminister begründete die Besitznahme der Falklandinseln damit, daß „keinem anderen Staat ein von Spanien abgeleiteter Rechtsanspruch zugestanden werden könne, wenn Großbritannien Spanien selbst dieses Recht bereits verweigert habe."

Damit war der Disput zwischen England und Spanien im 18. Jahrhundert gemeint; beide Länder hatten sich die Falklandinseln streitig gemacht. Im 19. Jahrhundert stand Argentinien im Schatten der imperialistischen Großmächte. Großbritannien hatte lange Zeit die Wirtschaft des Landes unter Kontrolle und ohne direkte koloniale Unterwerfung ein Abhängigkeitsverhältnis geschaffen, das bis heute in Argentinien nicht vergessen wurde und ein Grund dafür ist, daß auch die argentinische Linke trotz der Gegnerschaft zum Militärregime den Souveränitätsanspruch in gleichem Maße unterstützt. Großbritannien leitet seinen Anspruch auf die Inseln daraus ab, daß sie seit 1833 „friedlich" von London verwaltet wurden und daß den seit mehreren Generationen ansässigen Briten auf den Falklandinseln das Recht der Selbstbestimmung zugestanden werden müsse. Da diese sich unmißverständlich für den Verbleib bei Großbritannien ausgesprochen hätten, stehe die Frage der Souveränität nicht zur Debatte.

Der Konflikt um die Falklandinseln zwischen Großbritannien und Argentinien

WIR WOLLEN FRIEDEN FÜR ALLE ZEITEN

Lieder für den Frieden – aus allen Zeiten, allen Musikrichtungen. Vom traditionellen deutschen Antikriegslied bis zu dem „Give Peace a Chance" der Beatles, von „Die Moorsoldaten" bis zu den bots mit ihrem „weichen Wasser, das den Stein bricht" – endlich mal in einem handlichen Taschenbuch zusammengefaßt.

Preis: DM 8,–/ca. 160 Seiten, 70 Lieder, für Gitarre bearbeitet von Peter Bursch, mit einem Vorwort von Hannes Wader, Best.-Nr. 99993

Verlag „pläne„ GmbH
Postfach 827
4600 Dortmund 1

pläne

war jedoch nie beigelegt worden. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat es wegen der ungeklärten Souveränitätsfrage wiederholt Krisen zwischen beiden Ländern gegeben, und die derzeitige Konfrontation ist das Resultat einer jahrzehntelang praktizierten Politik des Abwartens seitens einer ehemaligen Weltmacht, die die Auflösung ihres Kolonialreiches nicht aus dem Bekenntnis zur umfassenden Entkolonialisierung vornahm, sondern weil sie durch den Druck der Unabhängigkeitsbewegungen und der veränderten Meinung der Weltöffentlichkeit dazu gezwungen wurde. Dieser Mangel an eigenem politischem Willen zur Beseitigung aller noch bestehenden Formen des Kolonialismus hat Großbritannien schon mehrmals in Schwierigkeiten gebracht, weil die Wünsche der jeweiligen britischen Kolonialbevölkerung als vorrangig vor den Forderungen der anderen Seite behandelt wurden. Diese Vorgehensweise war in vielen Fällen selbstgerecht und blind.

Die Suez-Aggression 1956 wurde von dem damaligen britischen Premierminister Anthony Eden in dem Glauben ausgelöst, man müsse den illegalen Akt der Kanalverstaatlichung durch einen Diktator – und damit war Gamal Abdel Nasser gemeint – im Keime ersticken. Die Operation endete im Fiasko. Irland wurde 1921 das Recht verweigert, Souveränität über sein gesamtes Territorium zu erlangen, indem einer Provinz im Norden das Privileg zugestanden wurde, den mehrheitlichen Willen der gesamten irischen Bevölkerung zu ignorieren. Die Begründung lautete damals wie heute, der Wunsch britisch-loyaler Siedler müsse respektiert werden. Die Besiedlung selbst war aber im Rahmen kolonialer Unterwerfung erfolgt. Entkolonialisierung kann jedoch nichts anderes heißen, als daß diese Siedler sich zwischen der Loyalität zur alten Metropole und der Loyalität zum neuen Staat entscheiden müssen. Zimbabwe ist das jüngste Beispiel dieses für die Betroffenen sicher schmerzlichen, historisch aber gerechten Prozesses.

Kein anderer Satz ist in den vergangenen Wochen der Falklandkrise von den britischen Politikern beider Häuser des Parlamentes so häufig wiederholt worden wie „das Prinzip, wonach die Wünsche der Inselbewohner absolut vorrangig bleiben müssen." Wie steht es aber mit der Glaubwürdigkeit der britischen Position, wonach keine Entscheidung über die Köpfe der Betroffenen hinweg gefällt werde? Der Fall der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean läßt vermuten, daß die britische Regierung völlig andere Motive bei der Verteidigung der Falklandinseln hat. Diego Garcia war 1966 von Großbritannien bei der Gewährung der Unabhängigkeit an Mauritius gegen Bezahlung einbehalten worden. 1971 gestattete die damalige konservative Regierung unter Edward Heath den Vereinigten Staa-

ten die Errichtung eier „Nachrichtenstation" auf der Insel. Diego Garcia war die Heimat von etwa 1000 Menschen, die hauptsächlich vom Fischfang lebten. Sie hatten jedoch nicht das Glück, weiße und loyale Briten zu sein, und als die Amerikaner in Einvernehmen mit der britischen Regierung Diego Garcia in einen Luft- und Marinestützpunkt verwandeln wollten, störten die Inselbewohner. Sie wurden kurzerhand auf die 1600 km entfernte Hauptinsel Mauritius deportiert, wo sie bis vor kurzem in den Slums der Hauptstadt dahinbegetierten. Erst jetzt haben sie eine Kompensation angenommen, nachden ihnen endgültig beschieden wurde, daß sie ihre Insel nie wieder haben können. Diese nach den Worten des Labboursprechers für Verteidigungsfragen, John Silkin, „schändlichste Episode der jüngeren britischen Kolonialgeschichte" bildet einen ernüchternden Hintergrund für die massive Militäraktion der britischen Regierung unter Margaret Thatcher zur Verteidigung von „britischen Boden und britischer Bevölkerung".

Eine Inselgruppe, die rund 12 000 km vom Heimatland entfernt ist, soll über jeden Zweifel erhaben britischer Boden sein? Die Anomalie liegt nicht nur in der Distanz. 1800 Menschen leben kulturell und geographisch völlig isoliert am Rande des südlichen Eismeeres; sie haben praktisch keinen Kontakt zum nationalen Leben Englands. Für ihre ‚lateinischen' Nachbarn auf dem Festland zeigen sie Desinteresse und Geringschätzigkeit. Sie haben keine eigenen Tageszeitungen, kein Fernsehen, keine eigenen Rundfunktprogramme außer persönlichem Funkkontakt zwischen der Hauptstadt Stanley und den verstreuten Siedlungen. Die Bevölkerung besteht aus weit mehr Männern als Frauen, und die soziale Atmosphäre dieser Dorfgemeinschaft am Rande der bewohnten Welt ist auf zersetzende Weise introvertiert. Die Falkländer, schrieb im „New Statesman" ein Fernsehjournalist, der 1981 einen Dokumentarfilm über die Inselgruppe gedreht hat, „starben vor der argentinischen Invasion sanft dahin. . . Sie haben weder große Zuneigung noch Verständnis für das Leben im heutigen England." Sie leben fast ausschließlich von Schafzucht, und die Wirtschaft der Inseln wird von der Falkland Islands Company kontrolliert, einer Tochtergesellschaft des britischen Konzerns Charrington Coalite, der nach Art der kolonialen East India Company fast alles gehört: rund 50 % des Grund und Bodens, Gehöfte, Lebensmittelgeschäfte und Banken sowie die Schiffe für den Nachschub und Transport der Wolle, und sie hat auch das Monopol für den Verkauf in England. Die Bewohner dürfen nach ihrer Pensionierung nicht auf den Gehöften bleiben, und die sogenannte Siedlerkolonie ist nichts weiter als der Außenposten einer britischen Firma zur Herstellung von Schafwolle, die jedes Jahr hohen Profit an die Aktienbesitzer im Mutterland abführt, ohne je nennenswerte Investitionen vorgenommen zu haben.

Bis zur argentinischen Besetzung bestand auch in Großbritannien wenig Interesse für die Falklandinseln. Als im vergangenen Jahr ein neues Gesetz über die britische Staatsangehörigkeit verabschiedet wurde, erklärte der Staatssekretär im Außenministerium, Lord Trefgarne, im Oberhaus: „Ich muß Eure Lordschaften darauf hinweisen, daß, wie stark auch die Sympathie sein mag, die Tatsache bestehen bleibt, daß die Falklandinseln nicht Teil des Vereinigten Königreiches sind und auch niemals waren." Bewohner der Falklandinseln deren Eltern oder Großeltern nicht im Vereinigten Königreich geboren wurden, haben nicht die britische Staatsbürgerschaft. Warum also das Aufflammen nationalistischer Hysterie und die Mobilmachung der Flotte in einem Maße, das alle Proportionen übersteigt?

Die britische Rechte argumentierte ganz im Geist der imperialen Vergangenheit. Enoch Powell, Abgeordneter der nordiri-

schen Unionisten und berüchtigt für seine Vorschläge zur Deportation der schwarzen Briten, war am Abend der argentinischen Besetzung so erregt, daß er vor der Fernsehkamera nur den einen Satz herausbekam: „Wir müssen in den Krieg ziehen." Der prominente konservative Abgeordnete Edward du Cann erläuterte die britische Position mit Worten, die vor 100 Jahren bei ähnlicher Gelegenheit sicher nicht anders waren: „Die Verteidigung unseres Reiches beginnt dort, wo sich britische Bürger befinden. . . Wir haben jetzt nichts als unsere Ehre zu verlieren." Margaret Thatcher berief sich sogar ausdrücklich auf das 19. Jahrhundert: „Erinnern sie sich, was Königin Viktoria gesagt hat? Scheitern – diese Möglichkeit gibt es nicht." Im Fernsehen erklärten Militärs vor Schautafeln die Schwierigkeiten des Geländes, des Klimas und der Logistik, die Boulevardblätter überboten sich mit Schlagzeilen, in denen das Wort Krieg unermüdlich wiederholt wurde, und die „Times" prägte den Satz „Wir sind jetzt alle Falkländer".

Dieser nationalistischen Stimmungskampagne mag es zuzuschreiben sein, daß auch die Führung der Labour Partei und einige Abgeordnete der Linken den Feldzug von Frau Thatcher als Sache der Nation ansehen. Parteiführer Michael Foot unterstützt die Entsendung der Flotte mit der Begründung, es handelte sich bei den Falklandinseln „nicht um die Frage irgendeiner kolonialen Abhängigkeit. Es ist eine Frage von Leuten, die mit England verbunden bleiben wollen." Die konservative Zeitung „*Daily Telegraph*" bescheinigte Foot die „Standfestigkeit eines William Pitt und aufrichtigen Patriotismus." Die Unterstützung der Labour Partei im Parlament hat der Regierung Thatcher zweifellos zu der relativ weitgehenden internationalen Sympathie und zur schnellen Verabschiedung der Resolution 502 durch den Weltsicherheitsrat verholfen. Großbritannien kann jedoch nur in einem einzigen Punkt auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft rechnen: in der Frage der Aggression durch Argentinien. Ohne Zweifel liegt bei der gewaltsamen Besetzung der Falklandinseln Friedensbruch vor. Dies berührt jedoch nicht die viel tiefer liegende Frage der Souveränität. Seitdem Argentinien 1948 offiziell die Falklandinseln als Teil seines Territoriums erklärte, haben sich die Vereinten Nationen 1966, 1968, 1974 und 1976 mit dem Thema befaßt und Großbritannien und Argentinien aufgefordert, „zu einer friedlichen Lösung des Souveränitätskonfliktes über die Falklandinseln (Islas Malvinas) zu gelangen, um der kolonialen Situation ein Ende zu bereiten." es dürfte bei dieser deutlichen Formulierung wenig Ungewißheit darüber bestehen, wie die Vereinten Nationen abstimmen würden, wenn Großbritannien die Frage der Souveränität vor das Weltforum brächte. Die Resolution 502 fordert außerdem dazu auf, „eine diplomatische Lösung zu finden und sich der Anwendung von Gewalt sowie der Gewaltandrohung zu enthalten." In diesem Punkt hat Großbritannien bereits durch die Entsendung seiner Flotte, und um so mehr durch den Einsatz von Schiffen und Soldaten beim Angriff auf argentinische Stellungen, die UN-Resolution verletzt. Michael Foot hat bisher ebenfalls „Verhandlungen von einer Position der Stärke" aus gefordert, aber krtische Stimmen innerhalb der Labour-Partei sowie der Friedensbewegung und der organisierten Arbeiterbewegung wie des Dachverbandes der schottischen Gewerkschaften STUC haben jedoch inzwischen zu einem Wandel in der offiziellen Haltung der Labour Partei geführt. Denis Healey befand sich bereits zu einer persönlichen Unterredung mit dem UN-Generalsekretär in New York, um die Möglichkeiten einer Übergangsregelung in Form einer UN-Verwaltung der Falklandinseln zu erörtern. Seit der gewaltsamen Einnahme der Insel South Georgia durch britische Truppen hat die Labourfraktion im Parlament der Regierung Thatcher ihre Unterstützung aufgekündigt.

Die klarste Alternative zur Kanonenbootpolitik der konservativen Regierung hat der linke Labourabgeordnete Tony Benn ausgesprochen: die Souveränitätsfrage solle von den Vereineten Nationen entschieden und die Flotte unverzüglich abgezogen werden. Großbritannien solle sich dazu verpflichten, jedem Falkländer, der sich woanders niederlassen wolle, eine volle Entschädigung zu zahlen. Er erklärte ferner, daß „die Existenz des Faschismus in Argentinien nicht als Entschuldigung für Krieg benutzt werden kann." Bis zum Ausbruch der Krise nahm die Regierung Thatcher (und auch die Labourregierung unter Callaghan) keinen Anstoß daran, daß in Argentinien eine faschistische Militärdiktatur herrsche und lieferte den Generälen Waffen, die jetzt gegen englische Soldaten eingesetzt werden. Überhaupt scheint die Finanzwelt der City auch weiterhin den patriotischen Aufrufen der Premierministerin zu wirtschaftlichen Sanktionen nur zögernd zu folgen oder sie zu umgehen. Das Bankhaus J. Henry Schroder Wagg transferierte am 1. April, also einen Tag *vor* der argentinischen Invasion, seine argentinischen Kreditkonten von London nach Zürich. Das Bankhaus entging damit den Auswirkungen des erst zwei Tage später verhängten Boykotts und erwies sich als weit besser informiert als das britische Außenministerium. Noch peinlicher war die Enthüllung in der Sonntagszeitung „*The Observer*", daß der Vorsitzende des Bankhauses, der Graf von Airlie, mit der königlichen Familie verwandt ist. Welche Opfer bringen diese Kreise für den Patriotismus von Frau Thatcher?

Die gewaltsame Rückeroberung der Falklandinseln war für Margaret Thatcher von Anfang an beschlossene Sache. Darauf deuten die Bemerkungen des amerikanischen Außenministers Haig am Rande seiner Vermittlungsbemühungen und auch der Verlauf der militärischen Operation. Hat Großbritannien noch viel weitgehendere Interessen an der Inselgruppe als den Schutz ihrer Bewohner? 1976 hatte Lord Shackleton im Auftrag der damaligen Labourregierung einen Bericht über das wirtschaftliche Potential der Falklandinseln erstellt. Argentinien hatte die Mission Shackletons als Bruch von 1971 mit Großbritannien getroffenen Vereinbarungen interpretiert und aus Protest seinen Botschafter aus London abgezogen. Die Befürchtungen der argentinischen Regierung erscheinen im nachhinein nur zu gerechtfertigt. Wie Lord Shackleton jetzt in einem Artikel in „The Observer" selbst ausführt, war der Bericht Grundlage zur langfristigen strategischen Einschätzung der Inselgruppen bis zum antarktischen Festland. Für die britischen Regierung würde der Verlust der Falklandinseln einen ungünstigen Präzedenzfall für den Disput über die antarktischen Besitzungen selbst schaffen. Vor dem Hintergrund der Seerechtskonferenz haben kleine Inseln wegen der 200 Meilen-Zone eine gewaltige wirtschaftliche und strategische Bedeutung. Lord Shackleton weist ausdrücklich hierauf hin und bemerkt, daß neben möglichen Ölvorkommen der Reichtum an Krill in der Region vermutlich die gesamte Weltfangquote übersteigt. Sein Artikel trägt die Überschrift „Falklands Reichtümer in Gefahr". Es fehlt sicher nicht ganz unbewußt der kleine, aber wichtige Zusatz „für Großbritannien". Hugh Jenkins, Labourmitglied des Oberhauses und prominenter Veteran des linken Flügels der Partei, kommentierte in einem Leserbrief an die „Times" die angebliche Prinzipienfestigkeit der britischen Position im Falklandkonflikt mit dem Hinweis auf Suez, Diego Garcia und das Staatsangehörigkeitsgesetz und schließt mit der spöttischen Bemerkung, „wir sind die größten Trapezkünstler unter den Nationen dieser Erde."

Werner Glinga

W. Prinz, Das Flensburger Energiemodell, in: H. Hatzfeld/H. G. Schumacher/D. Teufel, Kohle, Frankfurt/M. 1982.
Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Sondergutachtens „Energie und Umwelt", Wiesbaden, März 1981.
H. D. Schilling, Die Wirbelschichtfeuerung, in: VDI-Berichte Nr. 322, 1978.
W. Schott/D. Teufel, Kohle„veredlung" – Ökologische Auswirkungen und energiepolitische Aspekte, IFEU – Institut für Energie- und Umweltforschung, Im Sand 5, 6900 Heidelberg, 1981 (IFEU-Bericht Nr. 13).
B. Strümpel, Das Konzept der dezentralen Wärme-Kraftkopplung auf Kohlebasis, in: H. Hatzfeldt/H. G. Schumacher/D. Teufel, Kohle, Frankfurt/M. 1982.

Alternativen

Memorandum '82: Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik

(Wortlaut)

Die „Arbeitsgruppe Memorandum – Alternativen der Wirtschaftspolitik" („Memorandum-Gruppe") aus Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftern legt, wie in den vergangene Jahren, auch zum diesjährigen 1. Mai ein wirtschaftspolitisches Alternativgutachten vor. (Die bisher erschienenen Memoranden sind im jeweiligen Mai-Heft der „Blätter" dokumentiert.) Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut der „Kurzfassung" des diesjährigen Alternativgutachtens, die als das eigentliche „Memorandum" inzwischen von über 600 Wissenschaftlern und Gewerkschaftern unterzeichnet worden ist. Sonderdrucke des Memorandums sind lieferbar.

1. Krise ohne Ende? Zur sozialen Lage in der Bundesrepublik

Ein weiterer drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit, erneut sinkende Realeinkommen und wachsende Armut kennzeichnen gegenwärtig – im achten Jahr der Massenarbeitslosigkeit – die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik.

Drei Millionen Arbeitslose

Rund zwei Millionen Menschen sind in diesen Monaten bei den Arbeitsämtern als arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote stieg von 5,6% im Februar 1981 auf 8,1% im Februar 1982. In einzelnen Regionen übersteigt sie die 20%-Marke, so im Bezirk Passau, wo mit einer Quote von 23% fast jeder vierte Arbeitnehmer arbeitslos gemeldet ist.

Allerdings ist die Zahl der Arbeitslosen in Wirklichkeit höher, als in der offiziellen Statistik ausgewiesen, weil nur etwa zwei Drittel der Arbeitslosen von den Ämtern erfaßt werden. Die Gesamtzahl der arbeitslosen Menschen in der BRD beträgt daher gegenwärtig rund drei Millionen, die vollständige Arbeitslosenquote liegt bei rund 12,5%.

Die Unternehmen nutzen die Massenarbeitslosigkeit immer stärker zum Aussondern derjenigen Lohn- und Gehaltsabhängigen, die nicht zum leistungsstärksten Teil der Arbeitnehmer gehören. Sie schaffen damit selber die sog. „Problemgruppen", die dann als schwer vermittelbar gelten und damit zunehmend die Perspektive auf einen neuen Arbeitsplatz verlieren. Gleichzeitig verschlechtert sich die materielle Versorgung der Arbeitslosen von Jahr zu Jahr. 1981 erhielten nur 67% der registrierten Arbeitslosen überhaupt Arbeitslosenunterstützung. Mit den zu Beginn dieses Jahres im Rahmen der „Operation '82" in Kraft getretenen Neuregelungen des Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes wurden die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe weiter verschärft, die Sperrzeiten verlängert und die Zumutbarkeitsbestimmungen drastisch zuungunsten der Arbeitslosen neu geregelt. So soll ein hochqualifizierter Facharbeiter in Zukunft gezwungen werden, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit eine Tätigkeit als Hilfsarbeiter anzunehmen.

Sinkende Einkommen, zunehmende Armut, verbaute Lebensperspektiven

Die Massenarbeitslosigkeit verschlechtert auch die Lage der (noch) Beschäftigten. Ihnen wird 1982 ein neuerlicher Rückgang der Realeinkommen um 1,5 bis 2% zugemutet, nachdem die Reallöhne und -gehälter bereits 1980 und 1981 gesunken waren. Die im Rahmen der „Operation '82" beschlossenen Einkommenskürzungen und Kostensteigerungen betreffen fast ausschließlich die Masse der abhängig Beschäftigten, während die Selbständigen im wesentlichen ungeschoren bleiben. Es wird sogar versucht, die Beamtengehälter im öffentlichen Dienst vorab um 1% zu kürzen.

Für die unmittelbare Zukunft muß mit einer wachsenden Armut in der Bundesrepublik gerechnet werden. Bereits 1980 war die Sozialhilfe für 600 000 Haushalte einzige oder doch wesentliche Einkommensquelle. Weil in der Regel nur gut die Hälfte der Empfangsberechtigten den Anspruch auf Sozialhilfe wahrnehmen, ist davon auszugehen, daß 1980 – dem Jahr vor dem neuerlichen Konjunktureinbruch mit einer Arbeitslosenquote von „nur" 3,8% – bereits 1,1 Millionen Haushalte (das ist jeder zwanzigste) in Armut lebten. Die Konjunkturentwicklung der Jahre 1981 und 1982 und vor allem die in dieser Zeit von der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit beschlossenen Kürzungen bei den Sozialleistungen werden die Zahl der Armen und deren Armut auch in diesem Jahr weiter zunehmen lassen.

Die Verschlechterung der Arbeits- und Einkommenschancen wirkt sich auf die gesamte Lebenssituation der Lohn- und Gehaltsabhängigen aus: Sie verstellt Hunderttausenden von Jugendlichen eine positive Lebensperspektive, hält Arbeitslose wie Beschäftigte in wachsender Zukunftsangst, fordert von denjenigen, die ihren Arbeitsplatz noch nicht verloren haben, widerspruchslose Anpassung gegenüber Unternehmerherrschaft, schafft den Nährboden für Spaltung, Konkurrenz und Diskriminierung unter den verschiedenen Gruppen der Arbeitnehmer und produziert ein gesellschaftspolitisches Klima, das notwendigen inneren Reformen ebenso entgegensteht wie dem Abbau internationaler Spannungen.

2. Sozialabbau und Gewinnförderung verschärfen die Krise! Zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

Statt dem Anstieg der Arbeitslosigkeit energisch gegenzusteuern, statt die Voraussetzungen für ein qualitatives Wachstum zu schaffen, das auf mehr Arbeitsplätze und eine bessere Versorgung

der Menschen gerichtet ist, hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung die konjunkturelle Talfahrt verschärft. Sie ist damit neben den Widersprüchen, die im Wirtschaftssystem liegen, zu einer zusätzlichen Krisenursache geworden.

Zu wenig Gewinne zum Investieren?

Unverdrossen setzt die Bundesregierung auf die Formel von den Gewinnen, die Investitionen schaffen, und den Investitionen, die für Vollbeschäftigung sorgen. Diese Kette ist jedoch brüchig, wie wir schon mehrfach nachgewiesen haben: So stiegen die privaten Nettoprofite von 1970 bis 1980 um jahresdurchschnittlich 7,4%, die Nettoinvestitionen der Unternehmen im gleichen Zeitraum aber nur um jahresdurchschnittlich 4,2%. Damit nahm die investive Verwendung der Profite beständig ab: Wurden 1971 noch 64% der Nettoprofite reinvestiert, so waren es 1980 nur noch 52%.

Diese Entwicklung zeigt deutlich, daß steigende Gewinne in immer geringerem Ausmaß zusätzliche Investitionen hervorrufen.

– Gleichzeitig führt die Einführung neuer arbeitssparender Technologien dazu, daß durch eine gegebene Zusatzinvestition immer weniger zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und durch die Ersatzinvestitionen immer mehr Arbeitsplätze vernichtet werden.

Die Ursachen für die gegenwärtige Wachstumsschwäche sind also nicht in einer unzureichenden Entwicklung der Unternehmensgewinne zu suchen, sondern darin, daß die bei den Unternehmen anfallenden Gewinne nur unzureichend reinvestiert, d. h. zum weiteren Ausbau des Produktionsapparates und damit beschäftigungswirksam verwendet werden. Dies wiederum ist angesichts der beschriebenen Gewinnentwicklung nicht zu erklären über die mangelnde Finanzierbarkeit zusätzlicher Investitionen, sondern über die den Unternehmen fehlende Erwartung, neu zu schaffende Kapazitäten auch auslasten zu können.

Unzureichender Verbrauch als Wachstumsbremse

Der nur mäßige Anstieg der privaten Verbrauchsnachfrage in den späten 70er Jahren und zuletzt deren reales Absinken in 1981 und, wie zu erwarten, auch 1982 gibt den pessimistischen Unternehmenserwartungen recht. Die sinkende Verbrauchsnachfrage ist aber nicht etwa auf eine Überversorgung der Mehrheit der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen zurückzuführen, sondern auf die seit Jahren unzureichende Entwicklung der Masseneinkommen und des öffentlichen Verbrauchs. Es ist daher unter Gesichtspunkten des ökonomischen Kreislaufs kein Wunder, daß der letzte Konjunkturaufschwung eine nur geringe Dynamik aufwies; denn schon rasch zeigte sich, daß die aufgebauten Produktionskapazitäten wegen zu geringer Endnachfrage nicht ausgelastet würden. Dies mußte zu einem Nachlassen der Investitionsnachfrage führen und damit den erneuten Konjunkturabschwung von einem ohnehin niedrigen Wachstumsniveau aus hervorrufen.

Indem die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung vor allem auf die Ankurbelung der Unternehmensgewinne auf Kosten der privaten und staatlichen Nachfrage setzte, hat sie an den Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise systematisch vorbeigewirtschaftet. Sie hat jedoch darüber hinaus durch ihr eigenes Ausgabe- und Einnahmeverhalten für einen zusätzlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit gesorgt: Die Haushaltspolitik der Bundesregierung und die Geldpolitik der Bundesbank stehen nach wie vor im Zeichen einer verschärften Politik des Sparens und Umverteilens zugunsten der Gewinneinkommen, des Sozialabbaus und der Zurückdrängung des privaten und des öffentlichen Verbrauchs, der Hochzinspolitik und der Orientierung auf die außenwirtschaftliche Expansion.

Haushaltspolitik beschleunigt den Abschwung

Bereits die Koalitionsvereinbarungen von SPD und FDP im November 1980 sahen einen begrenzten Anstieg des Bundeshaushalts für 1981 um 4% vor, real also einen Rückgang der Staatsausgaben. Der Haushalt 1981 stieg dann zwar um insgesamt 7,2%, stand aber in seiner sozialpolitischen Ausrichtung bereits ganz im Zeichen der im Sommer vollzogenen „Operation '82". Diese sieht ei-

nen Anstieg der Ausgaben des Bundes von 4,2% und bis 1985 Einsparungen von insgesamt 77,8 Mrd. DM vor. Gespart werden soll vor allem im Sozialbereich und bei den öffentlichen Dienstleistungen. Der Haushaltsentwurf für 1982 vollzieht die Vorgaben der „Operation '82" und damit den bisher gravierendsten Einschnitt in die Wirtschafts- und Sozialpolitik seit Bestehen der Bundesrepublik. Und bereits jetzt wird die „Operation '83" in Angriff genommen, von der weitere Einsparungen im Sozialbereich zu erwarten sind. Die Bundesregierung stellt diese Politik als unumgänglich dar, um den Widerstand der betroffenen Bevölkerungskreise zurückzudrängen; dies geschieht vor allem mit drei Argumenten:

– Das soziale System müsse gegen Mißbrauch geschützt, parasitäres Anspruchsdenken zurückgedrängt werden. Die tatsächlichen Eingriffe in das System der sozialen Sicherung zeigen jedoch, daß es den politisch Verantwortlichen keineswegs in erster Linie um „Mißbrauchskorrekturen" geht, sondern um den Abbau öffentlicher Sozialleistungen allgemein.

– Dieser Abbau – so heißt es weiter – sei erforderlich, weil die wachsenden Sozialleistungen nicht mehr finanzierbar seien, das Defizit im Staatshaushalt sei bereits zu groß, die Staatsschuld verhindere das nötige Absinken der Zinsen und führe gleichzeitig zu nicht mehr tragbaren Zinskosten im Staatshaushalt.

Dagegen gilt es festzuhalten: Das gegenwärtig zu hohe Zinsniveau ist gewolltes Ergebnis der Bundesbankpolitik und nicht auf die Staatsverschuldung zurückzuführen. Die Jahre 1975 bis 1979 haben gezeigt, daß ein starker Anstieg der Staatsschuld mit einem deutlichen Absinken der Zinsen zu vereinbaren ist, wenn die Geldpolitik dies zuläßt. Die Zinsbelastung des Staatshaushalts ist erstens zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß die Bundesregierung keine Maßnahmen ergreift, sich stärker bei der Bundesbank bzw. zu niedrigeren Zinsen (z. B. durch Zwangsdarlehen) im Bankensektor zu verschulden. Zweitens sind erwiesenermaßen die Zinskosten der Staatsverschuldung auch gegenwärtig geringer als jene Kosten, die durch einen zusätzlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Falle der Nichtverschuldung entstehen würden, weil dann die Staatsausgaben noch stärker sinken müßten und mit ihnen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Darüber hinaus führt die gegenwärtige Wirtschaftspolitik gerade nicht zu einem Absinken der Staatsschuld. Weil die unzureichende und falsch strukturierte Ausgabenexpansion des Staates die Nachfrageentwicklung zusätzlich belastet, wächst die Arbeitslosigkeit zusätzlich, verursacht damit zusätzliche fiskalische Kosten und gleichzeitig einen zusätzlichen Ausfall bei den Steuereinnahmen. Die staatliche Austeritätspolitik, wenn auch mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung lautstark begründet, entfernt sich immer weiter von diesem Ziel, statt es zu erreichen, ohne etwas zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen.

Schließlich wird die Ausrichtung der staatlichen Wirtschaftspolitik auf außenwirtschaftliche Expansion die negativen Wirkungen des Austeritätskurses auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung nicht kompensieren können. Unter den Bedingungen eines nur mäßig wachsenden Weltmarktvolumens drängt eine aggressive Außenwirtschaftsstrategie das Ausland zunehmend in die Protektion seiner heimischen Industrien mit der Folge einer zunehmenden Zerrüttung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und der weiteren Zunahme internationaler Spannungen.

Geldpolitik verbaut den Aufschwung

Die restriktive Haushaltspolitik der Bundesregierung war begleitet und in ihrer negativen Wirkung verstärkt von der Hochzinspolitik der Bundesbank. Nach wie vor begründet die Bundesbank die Notwendigkeit restriktiver Geldpolitik mit außenwirtschaftlichen Zwängen: Der hohe Zinssatz verhindere den Kapitalabfluß und damit eine Abwertung der DM, und dies sei erforderlich, um das Leistungsbilanzdefizit der BRD-Wirtschaft zu finanzieren. Tatsache ist jedoch, daß die Hochzinspolitik eine Abwertung der DM gegenüber dem Dollar nicht verhindern konnte und daß es gerade die gegen die Politik der Bundesbank zustandegekommene Abwertung war, die den Abbau des Leistungsbilanzdefizits unterstützt hat, weil sie Exporterleichterungen in den preisempfindlichen Bereichen der westdeutschen Exportpalette zur Folge hatte.

Insgesamt setzte und setzt die Bundesregierung auf einen Konjunkturaufschwung durch wachsende Exporte. Der „Konkurrenzfähigkeit" bundesdeutscher Unternehmen müsse sich – so wird gefordert – alles unterordnen. Letztlich heißt das, daß die Lücke in der binnenwirtschaftlichen

Nachfrage durch hohe Exportüberschüsse ausgeglichen werden soll. Den in der BRD Beschäftigten wird dabei ein Einkommensverzicht abverlangt, um die Preise auf dem Weltmarkt niedrig halten zu können; den Beschäftigten anderer Länder soll binnenwirtschaftliche Kaufkraft entzogen werden, damit die bundesdeutschen Investitionen durch verstärkte Importe dieser Länder ausgelastet werden. Druck auf die Einkommen hier und ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den importierenden Ländern sind notwendige Bestandteile dieses Konzeptes der Wirtschaftsbelebung über Exportsteigerung. Die Erfahrung zeigt darüber hinaus, daß eine solche Strategie keinesfalls immer greift: Auch die außerordentlich starke Ausweitung des Exportes 1981 war nicht in der Lage, den Mangel an binnenwirtschaftlicher Kaufkraft auszugleichen. Dies wird in Zukunft noch weniger der Fall sein.

Insgesamt läßt sich die Haushalts- und Geldpolitik des vergangenen Jahres in dreierlei Hinsicht kritisieren:

– sie wirkte prozyklisch, verschärfte damit das Beschäftigungsproblem, statt Lösungsansätze zu liefern;
– sie verschlechterte die materielle und soziale Absicherung der Betroffenen und rief sozialpolitisch zusätzlichen Problemdruck hervor;
– und dies alles, ohne daß die Haushaltspolitik dem Konsolidierungsziel näher gekommen wäre, das so sehr im Zentrum der offiziellen Begründung dieser Politik gestanden hat und weiterhin steht.

Letztlich dient die Politik der Bundesregierung nur den finanzstarken und expansiven Unternehmen, die aufgrund ihrer hohen Selbstfinanzierungsmöglichkeiten nicht auf teure Kredite angewiesen sind, die sich die Konkurswelle bei kleinen und mittleren Unternehmen für die Stärkung der eigenen Marktposition zunutze machen können und die in ihrer Exportorientierung vom Kurs der Bundesregierung unterstützt werden und vom inländischen Nachfrageausfall kaum betroffen werden.

„Gemeinschaftsinitiative": ohne Schubkraft für Wachstum

Die im Februar beschlossene „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität" ändert den kritisierten Austeritätskurs nicht. In seinem Kern beinhaltet dieses „Beschäftigungsprogramm" eine zehnprozentige Investitionszulage, die ca. 4 Mrd. DM aus dem Staatshaushalt in die Unternehmen schleusen wird. Es wird sich jedoch im wesentlichen in diesem Gewinnsubventionseffekt erschöpfen, weil globale Investitionszulagen keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, sondern nach den Erfahrungen früherer Jahre damit vor allem ohnehin geplante Investitionen subventionieren werden. Die zur Finanzierung der Gemeinschaftsinitiative vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung tut ein übriges dazu, daß dieses Programm zwar die Gewinnposition der Unternehmen verbessert, aber wegen der nochmaligen Schwächung der privaten Nachfrage die Arbeitslosigkeit eher noch erhöhen wird. Die beschlossene Verschlechterung des Mieterschutzes hat die Verbraucher zudem noch in ihrem Grundbedürfnis nach angemessenem Wohnraum stärker belastet. Eine der wesentlichen sozialen Errungenschaften der sozialliberalen Koalition ist damit weitgehend wieder zurückgenommen worden.

3. Beschäftigungsprogramm für qualitatives Wachstum: erster Schritt aus der Krise

Eine Fortsetzung des wirtschaftspolitischen Kurses der Bundesregierung wird für die kommenden Jahre mit Sicherheit eine erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit und eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes bringen. Diese Entwicklung ist nur durch eine grundsätzliche Umorientierung der Wirtschaftspolitik abzuwenden, die die Interessen der Bevölkerung nach menschengerechten Arbeitsplätzen, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Einkommen, bessere Bedürfnisbefriedigung und Mitbestimmung über die Produktion gegen die gewinnorientierten Kapitalinteressen durchsetzt. Ein solcher qualitativer Typ wirtschaftlichen Wachstums ist unter der gegenwärtig vorherrschenden Anbindung von Produktion und Verteilung an das privatwirtschaftliche Gewinninteresse nicht zu gewährleisten. Durchgreifende Strukturreformen sind deshalb erforderlich. Auch wenn diese nur langfristig durchsetzbar sind, so muß eine staatliche Wirtschaftspolitik, die sich an diesen Zielen

orientiert, bereits jetzt Maßnahmen ergreifen, die in der Richtung dieser langfristigen Strukturreformen liegen. Staatliche Wirtschaftspolitik muß deshalb von der Ausgabenseite her nicht nur kurzfristig auf die Belebung der Konjunktur ausgerichtet sein, da dies die Probleme nur teilweise und vorübergehend lösen kann; sie muß langfristig auch das Wachstum schrittweise aus der Unterordnung unter die privatwirtschaftlichen Gewinninteressen herauslösen und an gesellschaftlichen Beschäftigungs- und Versorgungsinteressen orientieren,

- indem der öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Bereich ausgeweitet und sein unternehmerisches Verhalten in den gesellschaftlichen Aufgaben ausgerichtet wird,
- indem die Entscheidungsmöglichkeiten des privaten Kapitals durch Auflagen und Kontrollen eingeschränkt werden,
- indem die Entscheidungsmöglichkeiten der abhängig Beschäftigten über Investitionen, Produktion, Arbeitsplätze erweitert und gestärkt werden.

Gleichzeitig hat staatliche Beschäftigungspolitik mit dazu beizutragen, daß ein qualitatives Wachstum auch humanere Arbeitsplätze garantiert, sowohl durch besseren Kündigungsschutz als auch durch Unterstützung aller Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung und durch schärfere Auflagen bei den Arbeitsbedingungen.

In diesem Sinne schlagen wir zur Einleitung einer sozialorientierten Beschäftigungspolitik folgende Sofortmaßnahmen vor:

1. *Ein Beschäftigungsprogramm für 1982 in Höhe von 20 Mrd. DM,* das einzugliedern ist in das bereits in früheren Memoranden ausgeführte „Zukunftsprogramm für die 80er Jahre" mit einem Gesamtvolumen von 200 Mrd. DM (in konstanten Preisen) und einer Laufzeit von 10 Jahren. Die für 1982 bereitzustellenden Mittel sollen vor allem den folgenden Bereichen gesellschaftlicher Daseins- und Zukunftsvorsorge zugeführt werden:

- Förderung und Umsetzung neuer Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen sowie zur Anwendung alternativer Energie- und Rohstoffquellen
- Maßnahmen zum sozialen Wohnungsbau und zur Wohnungsmodernisierung
- Wiederherstellung und Verbesserung der Umweltqualität (Abwässerreinigung, Lärmschutz, Wasserversorgung, Müllbeseitigung und -wiederaufbereitung, Regionalprogramme wie „Bodensee-Rhein"- und „Weser-Elbe"-Programm)
- Verbesserung der beruflichen Bildung und Weiterbildung (Ausbau über- und außerbetrieblicher Ausbildungsstätten vor allem in strukturschwachen Regionen, Ausnutzung vorhandener Kapazitäten in der schulischen Bildung durch Einstellung zusätzlicher Lehrer)
- Ausbau der Städtesanierung unter Beteiligung der Anwohner (Wohnumweltverbesserung, Grünzone, Lärmbekämpfung, Erholungsgebiete)
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs
- Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt (Verringerung der Lärm-, Staub- und Schmutzbelastung, Reduzierung schädlicher Arbeitsstoffe)
- Ausbau öffentlicher Dienstleistungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen (Alten-, Jugend-, Behindertenhilfe, Ausländerbetreuung, Betreuung von Suchtkranken)
- Ausbau und Verbesserung des Gesundheitswesens

Die Ausgestaltung eines solchen Ausgabenprogramms zeigt, wie sich beschäftigungssichernde und versorgungspolitisch dringend erforderliche Maßnahmen verknüpfen lassen.

2. *Veränderungen in der Struktur des Staatshaushalts* sollen auf der Einnahmeseite durch konsequente Ausschöpfung des Steuerrechts, Abbau ungerechtfertigter Steuerbegünstigungen und gezielte Steuererhöhungen die Deckungslücke im Bundeshaushalt verringern. Wir halten dabei kurzfristig Mehreinnahmen von rund 29 Mrd. DM für erzielbar, die zur Hälfte dem Bund und zur Hälfte den Ländern und Gemeinden zufließen sollen. Im einzelnen geht es dabei um:

- die striktere Handhabung des Steuerrechts (Mehreinnahmen: 6,3 Mrd. DM) durch eine nachhaltige Bekämpfung der Steuerhinterziehung (u. a. durch Einführung des Quellenabzugsverfahrens bei Einkommen aus Geldvermögen) sowie die Verminderung und Zinsbelastung von Steuerrückständen

- Einnahmesteigerungen durch den Abbau von Steuersubventionen um 11,1 Mrd. DM
  bei verschiedenen im 8. Subventionsbericht genannten Steuervergünstigungen (3,6 Mrd. DM)
  beim Ehegatten-Splitting für Spitzenverdiener (6,0 Mrd. DM)
  durch das Verbot, Bewirtungskosten und Geschenke als Betriebsausgaben abzusetzen (1,5 Mrd. DM)

Die Einnahmen des Bundes würden hierdurch um ca. 5,6 Mrd. DM erhöht.

- Einnahmesteigerungen durch Steuererhöhungen von 5,5 Mrd. DM
  höhere Besteuerung der „windfall-profits" der in der Bundesrepublik fördernden Ölkonzerne (2 Mrd. DM)
  Ergänzungsabgabe mit Einkommensgrenze zur Einkommens- und Körperschaftssteuer (3 Mrd. DM)
  Abschaffung der Veräußerungsfrist bei der Bodenwertzuwachssteuer (500 Mio. DM).

Auf der Ausgabenseite des Staatshaushalts können allein durch Einfrieren der Rüstungsausgaben auf dem Niveau von 1981 (Ersparnis: 2,3 Mrd. DM) und eine Senkung der Finanzhilfen des Bundes an den Unternehmenssektor (1,4 Mrd. DM) kurzfristig 3,7 Mrd. DM freigemacht und in beschäftigungs- und versorgungspolitisch sinnvollere Bereiche verlagert werden.

Eine *Verbesserung der Finanzlage bei der Bundesanstalt für Arbeit* ist durch die Einführung eines allgemeinen Arbeitsmarktbeitrages (4 Mrd. DM) und einer Arbeitgeberumlage (1,4 Mrd. DM) herbeizuführen, um weiteren Beanspruchungen des Bundeshaushalts erst einmal vorzubeugen.

3. Die *staatliche Kreditaufnahme muß ausgeweitet werden.* Die gesamtwirtschaftlichen Grenzen der Staatsverschuldung sind keineswegs erreicht, die Zinsbelastungen können durch eine stärkere Inanspruchnahme des zinslosen Bundesbankkredits und durch die Auflage niedrig verzinster Zwangsanleihen im Bankensektor in ihrem Anstieg gebremst werden. Im Grobentwurf des Bundeshaushalts, wie er sich auf der Grundlage unserer Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm in Höhe von 20 Mrd. DM und einem an der erwarteten Steigerung des nominalen Sozialprodukts für 1982 von 6% ausgerichteten Zuwachs des Haushaltsvolumens auf 245 Mrd. DM ergeben würde, beträgt die erforderliche Nettokreditaufnahme 36,6 Mrd. DM.

4. Eine *Beendigung der Hochzinspolitik der Bundesbank* ist für die Beschäftigungswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen von erheblicher Bedeutung. Die seit 1979 extrem hohen Zinsen wirken krisenverschärfend bzw. aufschwungbehindernd und konzentrationsfördernd. Wie bereits dargestellt, ist eine deutliche Senkung der Zinsen auch unter Einbezug weltwirtschaftlicher Zusammenhänge unbedingt nötig und möglich.

Wenn die hier geforderten Maßnahmen, die sich allein auf eine Umorientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik richten, auch nicht ausreichen werden, um eine dauerhafte Lösung der gegenwärtigen Entwicklungsprobleme unseres Landes zu gewährleisten – hinzutreten müßte eine ebenso weit greifende Umorientierung auf Länder- und Gemeindeebene sowie eine über staatliches Handeln hinausgreifende gesellschaftliche Strukturreform, wie wir sie in früheren Memoranden bereits angedeutet haben –, so ist die hier vorgeschlagene beschäftigungs- und versorgungspolitische Offensive dennoch unabdingbarer Bestandteil einer Gesamtlösung.

Dabei zeigen gegenwärtig nicht zuletzt die Erfahrungen mit unterschiedlich ausgerichteten Strategien staatlicher Wirtschaftspolitik im internationalen Rahmen:

– Eine auf Sparen und Umverteilung zugunsten der Gewinne angelegte Wirtschafts- und Sozialpolitik (Beispiele: Großbritannien und USA) führt zu einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, privater und öffentlicher Armut gleichermaßen, ohne die Bedingungen für eine ökonomische Besserung zu schaffen. Im Gegenteil: sie verbaut alle Chancen für eine Zukunft, die dem Lebensinteresse der Bevölkerungsmehrheit Rechnung trägt.

– Eine auf demokratische Wirtschaftsreform angelegte expansive Wirtschaftspolitik (Beispiel Frankreich) bietet hingegen – bei allen Problemen und Unsicherheiten der politischen Durchsetzung und konsequenten Weiterführung einer solchen Politik – die Chance, eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Wende zu initiieren, von der allein eine Lösung der sozialökonomischen Entwicklungsprobleme dieses Jahrzehnts zu erwarten ist.

Zusammenfassende Gesamtrechnung für 1982 in Mrd. DM

	Bundesregierung	Alternativvorschlag
1. *Ausgaben*		
Kernhaushalt (Haushalt 1981 + 3,2 bzw. 6%)	*240,5*	*245,0*
Beschäftigungssonderprogramm		*20,0*
Gesamtausgaben		*265,0*
2. *Einnahmen*		
Steuer-, Verwaltungs- und Münzeinnahmen (Stand Januar 1982)	*213,7*	*213,7*[1])
Mehreinnahmen durch		
verbesserten Steuereinzug		*6,3*
steuerlichen Subventionsabbau		*5,6*
Steuererhöhungen		*2,8*
Gesamteinnahmen	*213,7*	*228,4*
3. *Nettokreditaufnahme*	*26,8*	*36,6*
	240,5	*265,0*

1) Wir sind nicht in der Lage, eigene Steuerschätzungen vorzulegen, und übernehmen daher die Angaben der Bundesregierung vom Januar 1982. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß bei einem Greifen des vorgeschlagenen Beschäftigungsprogramms das Steueraufkommen höher ausfallen wird. Das verringert den Umfang der erforderlichen Nettokreditaufnahme.

Wirtschaftsinformation

Der Außenhandel im Jahre 1981

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Der Hinweis auf „außenwirtschaftliche Risiken" darf bei keiner der offiziellen oder offiziösen Krisenerklärungen fehlen. Fehlentwicklungen in der Wirtschaft der Bundesrepublik – so möchte man glauben machen – hängen weder mit der Konstruktion des Wirtschaftssystems noch mit der Orientierung der Wirtschaftspolitik zusammen: „äußere" Faktoren sollen die Hauptschuld tragen.

Dabei wird zielgerichtet übersehen, daß die außenwirtschaftlichen Bedingungen die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik bis zuletzt begünstigt haben, daß es auch in den 70er Jahren trotz verengter Expansionsspielräume gelungen ist, die außergewöhnlich stabile außenwirtschaftliche Position des Landes zu halten. Im Jahre 1981 ist es wiederum – entgegen allen Progno-

Dokumente zum Zeitgeschehen

„Kernwaffen und das Atlantische Bündnis"

Auszüge aus dem gemeinamen Artikel von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith

Der vorliegende Beitrag bekannter amerikanischer Politiker, den wir in wesentlichen Auszügen dokumentieren, hat in der internationalen Presse und in der bundesdeutschen Öffentlichkeit einiges Aufsehen erregt, da er die herrschende westliche Nuklear-Doktrin infragestellt und den von USA und NATO bisher abgelehnten Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen befürwortet. In den Bundestagsparteien und in der Bundesregierung war die Resonanz auf das Ansinnen amerikanischer Politiker, gängige Tabus einer erneuten Reflexion zu unterziehen, überwiegend betretenes Unverständnis. Im vorliegenden Heft der „Blätter" äußert sich Generalmajor a. D. Günter Vollmer zu diesem Thema (siehe: „Kommentare und Berichte").

Die Verfasser des Beitrags, der gleichzeitig in „Foreign Affairs", Spring 1982, und im „Europa Archiv", 7/1982, erschien, sind: McGeorge Bundy, Professor für Geschichte an der New York University, 1961-1966 Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für nationale Sicherheit; George F. Kennan, Professor Emeritus der Universität Princeton, ehemaliger amerikanischer Botschafter in der Sowjetunion (1952) und in Jugoslawien (1961-1963); Robert S. McNamara, 1961-1968 amerikanischer Verteidigungsminister, 1968-1981 Präsident der Weltbank; Gerard Smith, 1969-1972 Leiter der amerikanischen Delegation bei den SALT-Verhandlungen, 1977-1980 Sonderbeauftragter und Sonderbotschafter des US-Präsidenten für Angelegenheiten der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. D. Red.

Wir sind vier Amerikaner, die viele Jahr lang intensiv mit der Relation zwischen den Kernwaffen, dem Frieden und der Freiheit der Mitglieder des Atlantischen Bündnisses zu tun hatten. Nachdem wir voneinander gehört hatten, daß jeder von uns für sich zu neuen Ansichten in dieser schwierigen, aber lebenswichtigen Frage gekommen ist, haben wir zusammen geprüft, wieweit unsere Gedanken und die Schlußfolgerungen aus unseren diversen Erfahrungen zusammengeführt werden können; der folgende Beitrag ist das Ergebnis. In ihm wird die Ansicht vertreten, daß eine neue Politik großen Nutzen bringen könnte, doch sein Zweck ist, den Anstoß zu einer Diskussion zu geben, nicht aber schon ein abschließendes Urteil zu fällen.

. . . Ein wichtiges Element jeder dieser Doktrinen war, daß die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft erklärten, zur Abwehr einer Aggression in Europa als erste Kernwaffen einzusetzen – und auch wirklich Pläne ausarbeiteten, sie notfalls als erste einzusetzen. Dieses Element verlangt heute nach einer Revision. Sowohl seine Nachteile für den Zusammenhalt des Bündnisses als auch seine Bedrohlichkeit für die Sicherheit der Welt nehmen zu, während seine Glaubwürdigkeit als Abschreckung nachläßt.

Diese Politik wurde zu einer Zeit eingeführt, da die nukleare Überlegenheit der Vereinigten Staaten überwältigend war; aber diese Überlegenheit ist längst vorbei und kann nicht zurückgewonnen werden. Schon in den fünfziger Jahren erkannten sowohl Premierminister *Churchill* als auch Präsident *Eisenhower* an, daß die nukleare Schlagkraft beider Seiten so groß geworden war, daß ein Atomkrieg eine gräßliche Katastrophe für alle wäre, die von ihm betroffen würden. Die Entwicklung der folgenden Jahrzehnte hat diese Tatsache nur bestätigt und bekräftigt. Die Zeit ist gekommen, sorgsam die Mittel und Wege des Übergangs zu einer neuen Politik und Doktrin des Bündnisses zu überlegen: Kernwaffen so lange nicht anzuwenden, wie ein Aggressor sie nicht als erster anwendet.

Unglaubwürdigkeit der Eskalationskontrolle

Die Verwirrung, die derzeit in der nuklearen Politik und Praxis des Bündnisses herrscht, ist offenkundig. Die Regierungen und ihre Vertreter halten nach außen hin die Einheit aufrecht, indem sie an der Unterstützung des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 festhalten, demzufolge 572 neue amerikanische Raketen mittlerer Reichweite in Europa aufgestellt werden sollen, wenn in den im November 1981 aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion keine befriedigende Übereinkunft über die Begrenzung solcher Waffen erreicht werden kann. Aber hinter dieser Fassade der Einigkeit finden zwietrachtsäende Debatten statt, besonders in Ländern, in denen die neuen Waffen stationiert werden sollen.

Die Argumente der Befürworter dieser Nachrüstung varriieren auf beunruhigende Weise. Das einfachste und gefühlsmäßig überzeugendste Argument lautet, diese neuen Waffen würden als Gegengewicht gegen die neuen sowjetischen SS-20-Raketen benötigt; es mag sein, daß eine Anerkennung der oberflächlichen Attraktivität dieser Position Präsident *Reagans* eindrucksvoll – aber vermutlich nicht verhandlungsfähigem – Vorschlag zugrundeliegt, die geplanten Dislozierungen aufzugeben, wenn alle SS-20 demontiert werden. Andere offzielle Vertreter bringen ein ganz anderes Argument vor: daß ohne neue und überlebensfähige amerikanische Waffen, die Rußland von Westeuropa aus erreichen können, keine Gewähr dafür gegeben sei, daß die strategischen Streitkräfte der Vereinigten Staaten auf die Verteidigung Westeuropas verpflichtet bleiben; nach diesem Argument werden die neue Raketen benötigt, um die Wahrscheinlichkeit zu vergrößern, daß jeder Krieg in Europa nukleare Geschosse auf die Sowjetunion ziehen würde,und um somit den Aggressor von vornherein abzuschrecken. Dieses Argument ist in der Logik unterschieden von jeder Sorge vor der SS-20, und das erklärt vermutlich die kaum verhüllte Hoffnung einiger Planer, daß der Reagan-Vorschlag zurückgewiesen werde. So unterschiedliche Begründungen wecken beträchtliche Zweifel am wirklichen Sinn der vorgeschlagenen Nachrüstung.

. . . Es ist Zeit zu erkennen, daß es niemandem je gelungen ist, einen überzeugenden Grund für die Annahme anzubieten, daß irgendein Einsatz von Kernwaffen und sei es kleinsten Ausmaßes, mit einiger Sicherheit begrenzt gehalten werden könnte. Jede seriöse Analyse und jede militärische Übung im Laufe von mehr als 25 Jahren haben demonstriert, daß selbst der behutsamste Gefechtsfeld-Einsatz zu enormer Vernichtung von Leben und Eigentum von Zivilisten führen würde. Es gibt für niemanden Anlaß, sich irgendwie darauf zu verlassen, daß ein solcher Nukleareinsatz nicht zu weiterem und noch vernichtenderem Schlagaustausch führen wurde. Jeder Einsatz von Kernwaffen in Europa, sei es durch das Bündnis oder gegen es, schafft ein hohes und unentrinnbares Risiko der Eskalation in den allgemeinen Atomkrieg, der allen den Ruin und keinem den Sieg bringen würde.

Die einzige klar definierbare Abschottung gegen die weltweite Katastrophe eines allgemeinen Atomkrieges ist diejenige, die zwischen allen anderen Arten von Konflikt und jedweder Anwendung von Kernwaffen besteht. Dieses Schott breit und stark zu halten, liegt zutiefst im Interesse der ganzen Menschheit. In der Rückschau ist es wirklich erstaunlich, daß die Vereinigten Staaten nicht schon früher auf diese Realität eingegangen sind. . .

In diesen Überlegungen muß die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Mittelpunkt stehen. Amerikaner vergessen allzu leicht, was die Menschen in der Bundesrepublik niemals vergessen können: daß sie nämlich in einer dreifach exponierten Situation leben, die einmalig unter den großen demokratischen Industriestaaten ist. Sie haben keine Atomwaffen; sie haben eine lange Grenze gemeinsam mit dem Sowjetimperium; ihr Land wäre in jedem Konflikt im zentralen Frontabschnitt das erste Schlachtfeld. Keine dieser Bedingungen läßt sich ändern, und zusammen bilden sie eine enorme Belastung.

. . . Der ganz besondere Charakter der Nuklearbeziehung zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten ist ein äußerst gewichtiger Grund dafür, dieses Verhältnis mit größter Sorfalt zu definieren. Es kommt selten vor, daß eine größere Nation in bezug auf eine für ihr Überleben notwendige Stärke gänzlich von einer anderen Nation abhängt. Es ist ohne Beispiel, daß eine Nation, und sei sie noch so mächtig, sich zur Verteidigung einer anderen Nation zu einer Handlungsweise verpflichtet, die ihre eigene nukleare Verwüstung nach sich ziehen könnte. Eine Politik des Verzichts auf Ersteinsatz von Kernwaffen würde nicht und sollte nicht den Widerruf dieser

außergewöhnlichen Garantie bedeuten, sondern nur ihre Neudefiniton. Sie würde auch weiterhin die Bereitschaft verlangen, jeden nuklearen Angriff auf die Bundesrepublik mit amerikanischen Kernwaffen zu beantworten, und diese Verpflichtung allein wäre schon anspruchsvoll genug, um nachdrücklich zu demonstrieren, daß eine Politik des Verzichts auf Ersteinsatz keineswegs einer Preisgabe der deutschen Verbündeten gleichkäme.

Das Recht der Deutschen auf Mitsprache in dieser Angelegenheit beruht nicht allein auf ihrer geographischen Lage, auch nicht einfach auf ihrer Abhängigkeit von der amerikanischen Nuklearstrategie. Die Menschen in der Bundesrepublik haben ihr standhaftes Engagement für den Frieden, für kollektive Verteidigung und für innerpolitische Mäßigung unter Beweis gestellt. Die Überlegungen, die wir hier anregen sollten ihren Grundbedürfnissen Rechnung tragen. Es ist anzunehmen, daß die Deutschen – wie wir alle – vor allem den Wunsch haben, daß es keinen Krieg irgendwelcher Art geben möge, aber auch das Bedürfnis, den Frieden mit Hilfe von Streitkräften zu verteidigen, die ihnen nicht nur die fürchterliche Option der nuklearen Eskalation lassen.

Die konventionelle Alternative zum Ersteinsatz von Kernwaffen

Wenn wir glauben, eine sorfältige Analyse werde zu der klaren Schlußfolgerung führen, daß es Zeit ist, entschieden auf eine Politik des Verzichts auf Ersteinsatz von Kernwaffen hinzusteuern, so liegt es andererseits auf der Hand, daß eine solche Politik sich stützen muß auf ein stärkeres Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der konventionellen Streitkräfte des Bündnisses; das gilt vor allem für die im zentralen Frontabschnitt stationierten sowie die zur raschen Verstärkung verfügbaren Streitkräfte. Es erscheint sicher, daß die Nationen des Bündnisses gemeinsam durchaus in der Lage sind, Streitkräfte im erforderlichen Umfang aufzustellen, und zwar im Rahmen realistischer Budgetansätze, aber es ist eine ganz andere Frage, ob sie den dazu nötigen politischen Willen aufbringen. Die Erfahrungen aus der Geschichte des Bündnisses sind unterschiedlich . . .

Eine besondere Auswirkung, die der Verzicht des Bündnisses auf den Ersteinsatz von Kernwaffen haben würde, läßt sich schon jetzt absehen: Er würde der Beibehaltung und Verbesserung des speziell amerikanischen Beitrags zu den konventionellen Streitkräften in Europa neue Aktualität verleihen. Das hauptsächliche politische Problem einer Politik des Verzichts auf Ersteinsatz liegt darin, daß sie in Europa und besonders in der Bundesrepublik als Zeichen für ein geringeres Interesse der Amerikaner am Bündnis und an einer wirksamen umfassenden Abschreckung aufgefaßt werden könnte. Wir behaupten das genaue Gegenteil: daß eine solche Politik unter allen verfügbaren Optionen am besten geeignet ist, das Bündnis geschlossen und wirksam zu erhalten. Gleichwohl ist die psychologische Realität im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten doch so beschaffen, daß bei einem prinzipiellen Verzicht auf Ersteinsatz einem zersetzenden Mißtrauen der Deutschen gegenüber den amerikanischen Intentionen nur begegnet werden kann, wenn die Amerikaner ihrererseits akzeptieren, daß sie zu der konventionellen Rüstungsanstrengung, die dann erforderlich sein kann, einen angemessenen Beitrag leisten müssen.

Es wäre aber falsch, voreilig anzunehmen, daß diese neuen Rüstungsanstrengungen ungeheuer aufwendig sein müßten. Das Problem hat viele Seiten, und es wird zusätzlich dadurch kompliziert, daß Technologie und Politik in ständigem Wandel begriffen sind. Die Entwicklung von Präzisionslenkwaffen auf der technologischen Seite und die sichbare Schwächung der militärischen Solidarität des Warschauer Paktes auf der politischen Seite sind nur zwei Beispiele für Veränderungen, die zum Vorteil des westlichen Bündnisses wirken. Im übrigen besteht seit vielen Jahren eine Tendenz die relative konventionelle Stärke der Sowjetunion zu überschätzen und die Tatsache zu unterschätzen, daß die Sowjets sich der enormen Kosten und Risiken jeder Art von Aggression gegen die NATO sehr wohl bewußt sind.

Verfeinerung der Nuklearen Optionen?

Die Konzeption eines Verzichts auf jeden Ersteinsatz von Kernwaffen sollte auch sorgfältig im Hinblick darauf geprüft werden, welchen Wert die in der NATO gegenwärtig bestehenden Pläne für den selektiven und begrenzten Kernwaffeneinsatz eigentlich haben. Viele Szenarios für die nukleare Kriegführung sind unsinnig; doch muß anerkannt werden, daß vorsichtig und nüchtern denkende hohe Offizere es für angebracht hielten, sich zu fragen, welche Alternativen zur Kapi-

tulation sie ihren zivilen Vorgesetzten vorschlagen könnten, falls ein massiver sowjetischer Angriff mit konventionellen Kräften kurz vor dem entscheidenden Durchbruch stehen sollte. Aus dieser Frage entstanden Notfallplanungen für den Einsatz einer geringen Zahl von Kernwaffen auf dem Gefechtsfeld, mit dem eine Katastrophe dieser speziellen Art möglicherweise zu verhindern wäre. Es ist kaum zu sehen, wie eine solche Aktion unternommen werden könnte, ohne zugleich das enorme Risiko der raschen und katastrophalen Eskalation einzugehen; aber es ist andererseits eine faire Forderung, daß eine Politik des Verzichts auf Ersteinsatz sich auf so starke konventionelle Kräfte stützen muß, daß Planungen dieser Art überflüssig werden.

Im Hinblick auf dieses Problem wäre es nützlich, genauer darüber nachzudenken, ob es eine annehmbare Zwischenstufe vor der Politik des Verzichts auf Ersteinsatz gibt. Eine denkbare Alternative wäre als „Verzicht auf *frühzeitigen* Ersteinsatz" zu umschreiben; eine solche Politik könnte die Option einer begrenzten nuklearen Aktionzur Verhinderung einer endgültigen, vernichtenden konventionellen Niederlage offenlassen, und man könnte annehmen, daß sie, indem sie jedem sofortigen Ersteinsatz abschwört und stattdessen mehr Nachdruck auf konventionelle Fähigkeiten legt, ein wenig zur Milderung der gegenwärtig herrschenden Ängste beitragen würde.

Andererseits wäre gerade der Wert einer klaren und einfachen Position besonders hoch, und zwar vor allem im Hinblick auf ihre Wirkung bei uns selbst und bei unseren Verbündeten. Das Problematische an Ausnahmen ist, daß sie leicht zu Regeln werden. Es scheint viel besser zu sein, auch die zurückhaltendste Option für den begrenztesten Nuklearschlag zur Verhinderung einer noch so unmittelbar drohenden konventionellen Niederlage außerhalb der autorisierten Politik zu belassen. Was das Bündnis heute am meisten braucht, ist nicht eine Verfeinerung seiner nuklearen Optionen, sondern eine klare Entscheidung, solche Optionen solange zu meiden, wie sie auch von anderen gemieden werden... .

Militärische Gründe für den Verzicht

Der erste mögliche Vorteil einer Politik des Verzichts auf Ersteinsatz liegt im Unterhalt der nuklearen Abschreckungskräfte, die dann noch immer benötigt würden. Wenn die Vereinigten Staaten erst einmal von der Notwendigkeit befreit werden, Planungen für einen glaubwürdigen Ersteinsatz zu erstellen, entgehen sie auch vielen der komplizierten Überlegungen, die zu Behauptungen geführt haben, daß alle möglichen neuen Nuklearpotentiale gebraucht würden, um die Fähigkeit zur sogenannten „Eskalationsbeherrschung" zu schaffen oder wiederherzustellen – eine Fähigkeit, einen Nuklearkrieg auf jeder Ebene zu führen und zu „gewinnen". Was bei einem Verzicht auf Ersteinsatz benötigt würde, ist eine Reihe von Potentialen, welche die Vereinigten Staaten bereits im Überfluß besitzen: Potentiale für eine angemessene Vergeltung jede Art von sowjetischem Nuklearangriff, welche die Sowjetunion nicht im Zweifel darüber lassen, daß sie ebenfalls eine Politik des Verzichts auf Ersteinsatz befolgen muß. Die sowjetische Regierung ist sich der jeder Anwendung dieser Waffen innewohnenden ungeheuren Gefahr schon bewußt, und es gibt weder jetzt noch in absehbarer Zukunft eine sowjetische „Überlegenheit", die irgend jemanden in Moskau zu nuklearem Abenteuertum verleiten könnte. (Wir sind alle vier ganz und gar nicht überzeugt von dem in den letzten Jahren vorgebrachten Argument, daß die Sowjetunion irgendwann die rationale Erwartung hegen könnte, Gewinn aus einem so verrückten Unternehmen wie einem massiven Erstschlag gegen die amerikanischen landgestützten strategischen Raketen ziehen zu können.)

Wenn es einmal feststeht, daß das Bündnis auf dem nuklearen Gebiet ausschließlich angemessen überlebensfähige und diversifizierte *Zweitschlags*-Streitkräfte benötigt, fallen die Erfordernisse für die Modernisierung der wichtigsten Kernwaffensysteme bescheidener aus als angenommen. Insbesondere können wir von der Vorstellung wegkommen, daß wir allem, was die Raketen-Befehlshaber in der Sowjetunion ihrer Regierung abgewinnen, etwas gleichwertiges gegenüberstellen müßten. Es erscheint auch zweifelhaft, ob es bei einer solchen Politik noch notwendig oder wünschbar wäre, Neutronenwaffen einzuführen. Die durch bescheidenere Nuklearprogramme erzielten Erspanisse könnten mit zur Deckung der finanziellen Kosten unseres Beitrags zu den konventionellen Streitkräften verwendet werden.

Es ist wichtig, hier Mißverständnisse zu vermeiden. Unter den Bedingungen der achtziger Jahre

und ohne ein beiderseitiges Einvernehmen über eine sehr weitgehende Verringerung der Nuklearstreitkräfte ist es sicher, daß für die nukleare Abschreckung immer noch große, verschiedenartige und überlebensfähige Nuklearstreitkräfte benötigt werden. Es geht nicht darum, daß die Vereinigten Staaten einseitig zu einer „Minimal"-Streitmacht von ein paar dutzend oder auch ein paar hundert Flugkörpern übergehen sollten, sondern vielmehr darum, daß sie, wenn sie erst einmal dem Druck entrinnen, als bereit und fähig zum Ersteinsatz erscheinen zu müssen, herausfinden werden, daß die Erfordernisse viel weniger hoch sind, als jetzt weit und breit angenommen wird.

Eine Haltung des Verzichts auf Ersteinsatz dürfte auch den verständlichen Ängsten weit entgegenkommen, die hinter einem großen Teil des neu erwachten Interesses an der nuklearen Abrüstung stehen, sowohl in Europa wie auch in der Vereinigten Staaten. Einigen der Vorschläge, die aus diesem neuerwachten Interesse hervorgegangen sind, mag für den Augenblick die Durchführbarkeit fehlen. So etwa tragen die Vorschläge, „ganz" Europa von Portugal bis Polen – zu einer kernwaffenfreien Zone zu machen, allem Anschein nach der Tatsache nicht voll Rechnung, daß Tausende von Langstreckenwaffen aus der Tiefe der Sowjetunion immer noch Westeuropa erreichen können. Eine Politik des Verzichts auf Ersteinsatz jedoch könnte, mit der damit einhergehenden Verringerung der Erfordernisse für neue Kernwaffensysteme des Bündnisses, eine beträchtliche Verminderung von Ängsten aller Art ermöglichen. Gewiß würde solch eine neue Politik die gegenwärtig in Europa vorgebrachte, höchst brisante Behauptung neutralisieren, daß die Pläne für eine Moderneisierung der Kernwaffen mittlerer Reichweite eine HOoffnung der Amerikaner wider spiegelten, einen auf Europa begrenzten Nuklearkrieg zu führen. Eine solche Modernisierung mag unter einer Politik des Verzichts auf Ersteinsatz nötig sein oder auch nicht; diese Frage wäre in Anbetracht der Größe und Vielseitigkeit der sonstigen vorhandenen und zu erwartenden amerikanischen Streitkräfte vor allem in Europa zu entscheiden (so wie heute auch).

Eine effektive Politik des Verzichts auf Ersteinsatz wird auch die Gefahr eines konventionellen Angriffs auf Europa vermindern. Diese Gefahr war niemals so groß, wie es Untergangspropheten behauptet haben, und lag immer hauptsächlich in der Möglichkeit, daß die Sowjetführer annehmen könnöten, sie könnten einen schnellen und begrenzten Gewinn erzielen, der hingenommen würde, weil eine gemeinsame Verteidigug oder Antwort nicht zustande zu bringen wäre. Diese Versuchung ist durch den in den letzten zwanzig Jahren erzielten Aufbau der konventionellen Kräfte des Bündnisses sehr viel kleiner geworden und sie würde noch weiter berringert durch die zusätzliche Verlagerung des Verhältnisses der Rüstungsanstrengungen des Bündnisses, die durch eine Politik des Verzichts auf Ersteinsatz sowohl möglich als auch erforderlich wird. Die Gefahr, daß ein zum Abenteuerertum neigender Sowjetführer das schreckliche Wagnis konventioneller Aggression eingehen könnte, war in der Vergangenheit größer als heute und ist heute größer, als sie bei einer durch wirksame konventionelle Verteidigung unternauerten Politik des Verzichts auf Ersteinsatz wäre . . .

Eine Position und Politik des Verzichts auf Ersteinsatz könnte auch mithelfen, den Weg in Richtung auf eine ernsthafte Verminderung der Kernwaffen auf beiden Seiten freizu machen. Die Jahrzehnte des Atomzeitalters haben gezeigt, wie schwierig es ist, zu Vereinbarungen zu gelangen, die diese Waffen wirklich beschränken, und niemand kann mit Sicherheit behaupten, daß dieser oder jener Schritt einen entscheidenden Unterschied bewirke. Aber geanu wie eine Politik des Verzichts auf Ersteinsatz auf unserer Seite die Zwänge in Richtung auf massive neue Nuklearstreitkräfte vermindern sollte, so dürfte sie auch zur Verstärkung des internationalen Ansporns für die Sowjetunion beitragen, selbst ebenfalls etwas Zurückhaltung zu üben. Hier darf nicht übertrieben werden, und mit Sicherheit ist die sowjetische Beschaffungspolitik nicht einfach ein zeitlich versetztes Spiegelbild der amerikanischen. Nichtsdestoweniger gibt es selbst in der Sowjetunion Verbindungen zwischen dem, was gesagt wird, und dem, was getan wird, und es gibt selbst dort auf Mäßigung wirkende Kräfte, die druch eine gemeinsame erklärte Politik des Verzichts auf Ersteinsatz gestärkt werden könnten. Zumindest würde eine solche Erklärung beiden Seiten einen zusätzlichen Grund für die Suche nach Vereinbarungen geben, die einen ungeheuer kostspieligen und potentiell destabilisierenden Wettlauf nach irgendeinem strategischen Vorteil im Weltraum verhindern würden.

. . . Was wir zu erhoffen wagen, ist für die hier skizizzierte Politik jene Art frischer und breiter Erörterung, wie sie jeweils mitgeholfen hat uns vor fünfzehn Jahren auf den Weg zu SALT I, vor 25

Jahren zu dem Abkommen über den partiellen Teststopp und vor 35 Jahren zum Bündnis selbst zu bringen. Eine Erörterung dieser Art kann um so ernsthafter und vielversprechender geführt werden, wenn man sich eine einfache und oft übersehene Tatsache vor Augen hält: Nach 1945 hat es keinen Ersteinsatz von Kernwaffen gegeben, und in keinem Land bedauert jemand diese Tatsache. Der richtige Weg zur Reinhaltung dieses Registers ist die Einsicht, daß es im Zeitalter des massiven thermonuklearen Overkills keinen Sinn mehr hat – wenn es denn je welchen hatte –, diese Waffen für irgend einen anderen Zweck bereitzuhalten als für die Verhinderung ihres Einsatzes.

Aufstehen für den Frieden. Den Widerstand verstärken! Keine neuen Atomraketen in Europa! Aufruf zur internationalen Demonstration anläßlich des NATO-Gipfels am 10. Juni 1982 in Bonn

(Wortlaut)

Trotz der weltweit wachsenden Friedensbewegung und der Anfang Juni beginnenden UNO-Abrüstungskonferenz in New York will die NATO am 10. Juni eine Gipfelkonferenz in Bonn durchführen, um neue Aufrüstungsprogramme zu beraten. Mit dieser Konferenz sollen die NATO-Staaten auf die von der Reagan-Administration angestrebte weltweite Vormachtstellung festgelegt werden. Dieser NATO-Gipfel ist eine Herausforderung für alle Menschen, die für die Erhaltung des Friedens und für konkrete Abrüstungsschritte eintreten.

Die weltweite Aufrüstung hat unvorstellbare Ausmaße angenommen, die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Die Gefahr der atomaren Vernichtung der Welt wird immer größer. Seit mehr als 30 Jahren haben NATO und Warschauer Pakt so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Diese Gefahr wächst durch eine neue Generation atomarer Vernichtungswaffen und die Fortentwicklung der chemischen und bakteriologischen Waffen.

Jährlich werden über 1,3 Billionen DM für Rüstung ausgegeben, das sind 36 000 DM in der Sekunde. Jede Sekunde wird auch ein Kind geboren und über ein Drittel dieser Kinder sterben vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Rüstung tötet nicht erst im Krieg; Rüstung bedeutet schon täglich, stündlich den Tod vieler in der Welt, denn diese Aufrüstung geht auf Kosten der Länder der Dritten Welt, wo jedes Jahr Millionen Menschen an Hunger sterben. Bei uns steigt die Arbeitslosigkeit, werden soziale Leistungen gestrichen und bleiben dringend notwendige Umweltschutzmaßnahmen aus.

Unser Ziel ist die vollständige weltweite Abrüstung, zu der wir konkrete Schritte in Europa durchsetzen wollen. Europa ist in besonderer Weise durch die Aufrüstung bedroht. Hier lagern jetzt schon mehr Atomwaffen auf engstem Raum als sonst irgendwo auf der Welt. 1983 sollen laut NATO-Doppelbeschluß neue US-amerikanische Atomraketen, Pershing II und Cruise Missiles in West-Europa, vor allem in der Bundesrepublik, stationiert werden. Diese neuartigen Waffensysteme entsprechen der US-Strategie eines auf Europa begrenzten Atomkriegs. Pershing II und Cruise Missiles sind zur Führung eines atomaren Erstschlags geeignet. Sie bringen nicht mehr Sicherheit, sondern die Kriegsgefahr.

In dieser lebensbedrohenden Situation sind die Europäer aufgerufen, ihre Interessen nach Frieden und Abrüstung selbst wahrzunehmen. Die Genfer Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA haben nur einen Sinn, wenn sie zur tatsächlichen Abrüstung der nuklearen Mittelstrekkenwaffen in Ost und West führen. Erste Voraussetzung dafür ist die Verhinderung der geplanten atomaren Aufrüstung durch Perhing II und Cruise Missiles. Eine Lösung, die nur landgestützte Mittelstreckenraketen beinhaltet, ist eine verlogene „Nullösung". Eine echte Nullösung im Mittelstreckenbereich muß alle Mittelstreckenwaffen umfassen. Wachsender Druck der Friedensbewegung ist notwendig.

Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden fordert soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, politische Freiheit, die Achtung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen die menschenverachtende Interventionspolitik der US-Regierung in Zentralamerika, dem Nahen Osten, dem südlichen Afrika und anderen Teilen der Welt.

Wir fordern von der Bundesregierung die eindeutige Unterstützung einer politischen Lösung in El Salvador unter Beteiligung der Vereinigten Opposition FDR/FMLN, die als repräsentative politische Kraft anerkannt werden muß. Die Grausamkeiten, die von pro-us-amerikanischen Marionettenregierungen an wehrlosen Menschen begangen werden und die Anhäufung von immer mehr Vernichtungswaffen bei uns sind das Ergebnis ein und derselben Politik der US-Regierung, wieder unbestrittene Weltmacht Nummer Eins zu werden.

Wir verurteilen die Unterstützung der Militärregierung der Türkei durch die NATO-Mitgliedsstaaten.

Wir sind für die Aufhebung des Kriegsrechts und eine politische Lösung in Polen. Wir wehren uns aber dagegen, daß die Situation in Polen durch die NATO als Mittel zur Verschärfung der internationalen Spannungen genutzt wird.

Wir fordern eine politische Lösung des Konflikts in Afghanistan, die die nationale Selbstbestimmung des afghanischen Volkes sicherstellt, jegliche ausländische Einmischung beendet und den Abzug der sowjetischen Truppen einschließt.

Wir wenden uns gegen jede Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker der Welt, egal von wem und wo immer sie begangen wird.

Unser Widerstand gegen die atomare Bedrohung darf nicht nachlassen. Das Gleichgewicht des Schreckens kann den Frieden nicht sichern. Wir wollen dem alten Militärdenken unsere Friedenskonzepte entgegensetzen. Dazu brauchen wir weiterhin Mut, Kraft, Phantasie und langen Atem.

Allein eine starke Friedensbewegung kann zusammen mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt die Politik der USA und der NATO durchkreuzen. Dabei stehen wir in Europa nicht allein. Auch in den USA wächst die Friedensbewegung. Das „andere" Amerika ist längst zu einem mächtigen Verbündeten im Kampf gegen den Kriegskurs der US-Regierung geworden.

Deshalb rufen Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung anläßlich des NATO-Gipfels und der UNO-Abrüstungskonferenz vom 5. bis 12. Juni bundesweit zu Friedensaktionen auf.

Kommt alle zur internationalen Friedensdemonstration am 10. Juni nach Bonn.

– Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atom- und aller anderen Massenvernichtungswaffen in West- und Osteuropa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.

– Wir fordern eine drastische Senkung der Rüstungsausgaben in Ost und West.

– Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen, Neutronenbomben und Giftgase in Europa.

– Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder gelagert noch hergestellt oder verwendet werden.

– Wir fordern die USA auf, in Genf ernsthaft zu verhandeln, so daß eine wirkliche Nullösung mit der Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenwaffen erreicht wird.

– Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen zu wirksamen Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.

– Wir fordern den sofortigen Stop der BRD-Rüstungsexporte in Krisenherde und Länder der Dritten Welt.

– Wir fordern die Bundesregierung auf, jede direkte oder indirekte Unterstützung der US-Interventionspolitik in Mittelamerika zu unterlassen.

Voraussetzung für die erfolgreiche Durchsetzung dieser Forderungen ist eine starke Friedensbewegung.

Erklärung der Krefelder Initiative zum Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan in der Bundesrepublik vom 11. März 1982

(Wortlaut)

Als Provokation der Friedensbewegung ist die Einladung des amerikanischen Präsidenten Reagan durch die Bundesregierung für den Juni dieses Jahres zu werten. Denn:

– Der durch die USA forcierte Rüstungswahnsinn nimmt immer bedrohlichere Formen an.

– Schon werden die ideologischen Voraussetzungen für neue menschenverachtende Vernichtungsmaschinerien geschaffen, erfolgt die Aufrüstung der NATO-Staaten mit chemischen Massentötungsmitteln, die eine neue Qualität des Wettrüstens darstellt.

– Die immer wieder vorgetragenen Pläne, die NATO über ihren vertraglich festgelegten Zweck, nämlich den eines Verteidigungsbündnisses, auszudehnen, Pläne, die NATO zum Instrument globaler amerikanischer Vormachtpolitik zu deformieren, sind nicht nur mit der ursprünglichen Zielsetzung der NATO unvereinbar, sie erhöhen auch die Kriegsgefahr in allen Teilen der Welt.

– Hand in Hand mit der Rüstungseskalation, die immer unbegreiflichere Größenordnungen erreicht, geht einher ein gigantischer Sozialabbau, wie ihn die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Geschichte noch nie gesehen hat.

– Während auf der einen Seite die sozial Schwächsten von den sogenannten Sparmaßnahmen getroffen werden, erreichen die Kosten für unsinnige Rüstungsobjekte immer unerträglichere Dimensionen, werden bereits jetzt, da der Widerstand sich mehr und mehr formiert, Infrastrukturmaßnahmen geschaffen, die die Stationierung neuer Waffen schon als vollendete Tatsache darstellen wollen.

Wir erklären:

– Der friedliche, gewaltlose Protest gegen die Politik der USA, gegen die Einladung Reagans durch Schmidt und Genscher ist das legitime, notwendige Anliegen der Friedensbewegung. Die Friedensbewegung steht – wie am 10. Oktober 1981 – für friedliche Aktion.

– Wir solidarisieren uns mit der von Tag zu Tag stärker werdenden amerikanischen Friedensbewegung, die die gleichen Ziele verfolgt wie wir. Nicht gegen das amerikanische Volk richtet sich unser Protest, sondern gegen die atomare Vernichtung unseres Landes und Kontinents durch die unverantwortliche Politik der Reagan-Administration.

Unser Widerstand muß noch stärker werden.

– Die Unterschriftenaktion unter den Krefelder Appell geht verstärkt weiter.

– Machen wir die Ostermärsche zu einer friedlichen Demonstration gegen den Atomtod.

– Unterstützen wir phantasievolle, gewaltfreie Aktionen, die gegen die Stationierung gerichtet sind.

– Gestalten wir das bundesweite Fest der „Künstler für den Frieden" am 11. September 1982 in Dortmund zu einer machtvollen Manifestation für den Frieden, als Zeichen der Verweigerung der Zustimmung zum NATO-Raketenbeschluß!

Machen wir den Krefelder Appell zur Volksabstimmung gegen neue Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa!

Autoren dieses Heftes

Günter VOLLMER, geb. 1917 in Berlin, Generalmajor der Bundeswehr a. D., erst Wehrpflichtiger, dann Berufssoldat im Zweiten Weltkrieg, vier Jahre sowjetische Gefangenschaft, danach Ausbildung zum Industriekaufmann, 1956 Eintritt in die Bundeswehr, Generalstabsausbildung, Generalstabsdienst, Truppendienst, Tätigkeit im Bundesministerium der Verteidigung, zuletzt Befehlshaber einer der sechs Wehrbereiche der Bundesrepublik (Wehrbereich II, Sitz Hannover), 1977 in den Ruhestand getreten, nach der Pensionierung Mitarbeit in der sogenannten De Maizière-Kommission zur Entbürokratisierung der Streitkräfte. *** *Helmut RIDDER*, Dr. jur., geb. 1919, Prof. für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik in Gießen; Mitinitiator des Krefelder Appells; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Werner GLINGA*, geb. 1945 in Bernburg/Saale, Studium der Romanistik, Germanistik und Publizistik in Münster, Paris und London; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, lebt als Journalist in Großbritannien. *** *Michael T. KLARE*, Direktor des Forschungsprojekts Militarismus und Abrüstung am Institut für Politische Studien in Washington, D. C.; Verfasser eines demnächst erscheinenden Buches über die Waffenkäufe der USA an die Dritte Welt. *** *Herbert WULF*, Dr., Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg, beschäftigt sich vor allem mit den ökonomischen Auswirkungen der Rüstung; Mitautor der Bücher Arbeitsplätze durch Rüstung? Reinbek 1978, Sicherheitspolitik, Rüstung und Abrüstung, Frankfurt/Berlin/München 1982. *** *Nikolai PORTUGALOW*, geb. 1928, Studium am Institut für Internationale Beziehungen in Moskau, Korrespondent für APN und Literaturnaja Gazeta in der Bundesrepublik, Übersetzer deutscher Literatur (Grass, Böll, Lenz), seit 1979 Berater in der Abteilung Internationale Information im ZK der KPdSU. *** *Wilhelm HANKEL*, Dr. rer. pol., geb. 1929 in Danzig, Professor für internationale Ökonomie am Bologna Center der Johns Hopkins University in Bologna/Italien. *** *Hartmut BOSSEL*, Dr., geb. 1935 in Braunschweig, Professor für Umweltschutz an der Gesamthochschule Kassel; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen u. a. „Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft", Frankfurt, 1978; Concepts and tools of computer-assisted policy analysis, Basel 1977, Mitautor „Energiewende", 1980.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 6/1982 der „Blätter" wird am 14. 6. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 5/82
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-325366-01-01 527
LANGWEG-BERHOERSTER
RENATE

TROSCHELSTR 12

5300 BONN

DER PLAN EUROSHIMA

Günter Neuberger

Der Plan Euroshima

Reagan im Klartext.
Aus Reden und Schriften von Reagan, Haig, Weinberger
176 Seiten, DM 10,—

Reagan hat das größte Rüstungsprogramm der Geschichte in Gang gebracht. „Dieser Verteidigungshaushalt ist so groß, die Betonung der Nuklearwaffen so stark und der Redeschwall über die sowjetische Bedrohung so extrem, daß man dem Gefühl nicht widerstehen kann, daß wir uns darauf vorbereiten, einen Atomkrieg zu führen und zu gewinnen." (William Fulbright, ehemaliger Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats.)

Wichtigeres als Frieden?

Eine Handreichung für die Friedensbewegung aus Anlaß des NATO-Gipfels und des Reagan-Besuchs in Bonn

Am 10. Juni 1982 wird – anläßlich der von Brüssel nach Bonn verlegten NATO-Gipfelkonferenz – US-Präsident Reagan erstmals die Bundeshauptstadt besuchen. Die Friedensbewegung hat für diesen Tag zu einer internationalen Großdemonstration in Bonn aufgerufen. Über den Aufruf und die Stoßrichtung dieser Demonstration ist gestritten worden, auch innerhalb der Friedensbewegung. Ist es angemessen, gegen Reagan als Bonn-Besucher auf die Straße zu gehen? Oder eine unzulässige Personalisierung? Ausdruck eines unreflektierten Antiamerikanismus? Einer einäugigen Weltsicht?

Wenn im Juni in Bonn, Berlin und anderswo – z. B. am 12. Juni in New York! – Hunderttausende für den Frieden auf die Straße gehen, dann hat das u. E. wenig mit Antiamerikanismus, aber viel mit tiefer Beunruhigung über eine amerikanische Politik zu tun, für die der Name Reagan Programm geworden ist und gegen die sich jetzt in auch den USA selbst eine machtvolle Friedensbewegung erhebt. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, die vor allem im Widerstand gegen die geplante Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in Westeuropa, aus Sorge über die Abwendung der USA von der Entspannung, von SALT und aus Bestürzung über die neue amerikanische Atomkriegsdoktrin gewachsen ist, ist durch den demonstrativen Auftritt der Verantwortlichen auf dem potentiellen Hauptkriegsschauplatz gefordert.

Es erscheint angebracht, nicht nur aus Anlaß des Reagan-Besuchs, größtmögliche Klarheit über die gegenwärtige amerikanische Politik, über die Ursachen der über die Friedensbewegung im engeren Sinn weit hinausreichenden Beunruhigung, zu vermitteln. Neben sachkundigen Analysen der außenpolitischen Strategie und der Wechselbezüge zwischen Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration (in den nachfolgenden Beiträgen von Klare und Wulf) trägt dazu wohl vor allem der Wortlaut dessen bei, was Reagan und seine Mitarbeiter über Fragen von Krieg oder Frieden zu sagen haben. Einzelne Äußerungen haben immer wieder für Erschrekken gesorgt, sind dann aber auch immer wieder rasch verharmlost oder verdrängt worden.

Wir haben uns die Mühe gemacht, die entscheidenden Äußerungen so vollständig wie möglich zusammenzutragen – und das Bild, daß sich ergibt, läßt an Deutlichkeit wahrhaftig nichts zu wünschen übrig. Es gibt „Wichtigeres" als den Frieden für diese Administration – das sind keine mißverständlichen Formulierungen, keine Wahlkampfsprüche, keine isolierten Ausrutscher, das hat klar erkennbar System. Und was immer man von der Politik der anderen Seite halten mag – so wird gegenwärtig in keiner anderen Regierung gesprochen als in der unseres Hauptverbündeten, unserer „Schutzmacht"! Man muß diese Sprache, diese Denkschablonen im Originalton hören – gerade angesichts der in diesen Wochen verständlicherweise forcierten Retuschierungsversuche –, um die Friedensbewegung, jetzt auch in Amerika selbst, wirklich begreifen zu können. Niemand kann behaupten, er habe von nichts gewußt. . .

Eine ausführliche Dokumentation der Positionen Reagans, Weinbergers, Haigs u. a. erscheint Anfang Juni im Pahl-Rugenstein Verlag: Günter Neuberger (Hrsg.), Der Plan Euroshima. Reagan im Klartext. Ebenfalls in Kürze erscheinen wird eine Dokumentation über die neue Friedensbewegung in Amerika. Titel: We shall over come. D. Red.

„Dieser Verteidigungshaushalt ist so groß, die Betonung der Nuklearwaffen so stark und der Redeschwall über die sowjetische Bedrohung so extrem, daß man dem Gefühl nicht widerstehen kann, daß wir uns darauf vorbereiten, einen Atomkrieg zu führen und zu gewinnen."

William Fulbright, ehem. Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senats, 1982. Zit. nach Günter Neuberger, Der Plan Euroshima, Reagan im Klartext, Köln 1982 (erscheint im Juni)

Ein göttlicher Plan, ein Volk von besonderer Bestimmung

„Ich glaube seit langem, daß es einen göttlichen Plan gibt, der dieses Land einem Volk von besonderer Bestimmung überschrieben hat."

Ronald Reagan, 1976, zit. nach „Der Spiegel", 4/1981

„In unsere Hände hat Gott das Schicksal einer bedrängten Menschheit gelegt."

Ronald Reagan, 1978, Quelle: Ebd.

Die Sowjets: Lügen, betrügen, begehen jedes Verbrechen

„Auf der ersten Pressekonferenz seiner Präsidentschaft wurde Reagan gefragt, welches Bild er sich von den Plänen der Sowjets mache. Er antwortete darauf mit einer Vehemenz wie bei keiner anderen Frage: ‚Ich brauche darüber nicht nachzudenken, was ihre Ansichten sind. Ich kenne keinen führenden sowjetischen Politiker, die gegenwärtige Führung eingeschlossen, der nicht mehr als einmal bekräftigt hätte, daß es ihr Ziel sei, die Weltrevolution und den einen sozialistischen oder kommunistischen Weltstaat herbeizuführen.' Die Sowjets hätten, so fuhr Reagan fort, ‚offen erklärt, daß sie nur als moralisch anerkennen, was dieses Anliegen fördert. Damit wollen sie sagen, daß sie sich das Recht herausnehmen, jedes Verbrechen zu begehen, zu lügen, zu betrügen, um ihr Ziel zu erreichen'."

US-Präsident Reagan, 1981, zit. nach „Die Welt" v. 31. 1./1. 2. 1981

„. . . . Kommunismus ist eine Abweichung, keine normale Lebensweise menschlicher Wesen, und ich denke, daß wir die ersten Risse sehen, den Anfang vom Ende."

US-Präsident Reagan auf der Pressekonferenz am 16. 6.1981, zit. nach „Wireless Bulletin from Washington", Bonn, (WB) v. 17. 6. 1981

Wir werden uns des Kommunismus entledigen

„Die Zivilisation wird sich des Kommunismus entledigen als eines traurigen, bizarren Kapitels der Menschheitsgeschichte, dessen letzte Seiten just in diesem Augenblick geschrieben werden. . . Die westliche Welt wird den Kommunismus nicht eindämmen, sie wird ihn überleben. Wir werden uns nicht damit abgeben, ihn anzuprangern, wir werden uns seiner entledigen. . . "

US-Präsident Reagan, Ansprache in der Notre-Dame-Universität am 17. 5. 1981, zit. nach WB v. 20. 5. 1981

Heroische Träume

„Es ist an der Zeit, daß wir erkennen, daß wir ein zu großes Volk sind, um uns auf zu kleine Träume zu beschränken."

US-Präsident Reagan in der Ansprache zu seinem Amtsantritt am 20. 1. 1981, zit. nach „Amerika-Dienst," Bonn, (AD) v. 21. 1. 1981

„Wir haben jedes Recht, heroische Träume zu träumen."

Ebd.

Wichtigeres als Frieden?

„Amerika muß diesen Krieg gewinnen, deshalb werde ich arbeiten, sparen, Opfer bringen, dulden, freudig kämpfen und mein Bestes tun, als ob der Ausgang des ganzen Kampfes von mir allein abhinge."

Von Ronald Reagan in seiner Antrittsrede als Präsident programmatisch zitierte Tagebucheintragung eines im Ersten Weltkrieg gefallenen US-Soldaten. Zit. nach WB v. 21. 1. 1981

Wie, wenn nicht durch Krieg?

„Die Sowjets wissen besser als wir, daß das russische Volk die Bolschewiken haßt und die anderen Völker hassen beide, die Russen und die Bolschewiken. . . Aber wie viele tyrannische Regime sind denn überhaupt zusammengebrochen – wenn nicht durch Niederlagen im Krieg?"

Eugene Rostow, Abrüstungsbeauftragter der Reagan-Regierung, in einem Interview im „Spiegel" (30/1981)

„Die sowjetischen Führer müssen wählen zwischen der friedlichen Umwandlung des kommunistischen Systems in Richtung auf das westliche Modell oder in den Krieg ziehen."

Richard Pipes, Professor an der Harvard-Universität und Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats der USA im März 1981, zit. nach Günter Neuberger, Der Plan Euroshima, a.a.O.

Wiederherstellung der Weltordnung

„Die Verknüpfung, die wir zwischen dem sowjetischen Verhalten und der Rüstungskontrolle anstreben, sollte sich nicht nur in einem vorübergehenden oder isolierten sowjetischen Verhalten manifestieren, gleich dem Anblick einer Taube über stürmischen Gewässern, sondern in der durch die Abschreckung gestützten Wiederherstellung der Weltordnung."

Eugene Rostow, Aussage vor dem Außenpolitischen Senatsausschuß, zit. nach AD v. 1. 7. 1981

Wir sollten „uns entschließen, in unseren Rüstungsprogrammen fortzufahren, gleich ob die Nachrichten vom Verhandlungstisch günstig oder ungünstig sind."

Ebd.

Größere Risiken – bessere Chancen

Frage: „Glauben Sie, daß es Krieg gibt?"

Antwort: „Die Situation für die freie Welt in den achtziger Jahren ist meiner Meinung nach so, daß wir mit größeren Risiken konfrontiert sind. Aber wir erfreuen uns auch einigermaßen besserer Chancen. . .

Es ist an der Zeit, daß die Sowjetunion erkennt, daß der Versuch, die Dinge durch direkte oder indirekte Gewaltanwendung zu verändern, durch sogenannte Befreiungskriege, durch Terrorismus, durch Aktivitäten von Stellvertretern oder durch direktes sowjetisches Eingreifen, wie wir es in Afghanistan erleben, Risiken mit sich bringt, die unausweichlich die lebenswichtigen Interessen der Sowjetunion komplizieren und gefährden werden.

Es gibt eine Fülle von Mitteln und Wegen, sich dieser Situation anzunehmen. Sie bewegen sich auf der ganzen Tonleiter politischer, wirtschaftlicher und sicherheitsbezogener Aktionen. All das muß in ausgewogener Weise behandelt und integriert werden. Dabei geht es nicht einfach um eine Frage des militärischen Gleichgewichts allein – es geht weit darüber hinaus. . . Die NATO braucht einen Weitblick, der über die einfachen Grenzen des Bündnisses selbst hinausreicht. . .

US-Außenminister Alexander Haig im „stern" v. 13. 8. 1981

Schließlich hat die Menschheit auch in beiden Weltkriegen gelitten

„Spiegel": „Nun bedrohen aber vor allem die Atomwaffen die Zukunft der Menschheit."
Rostow: „Gewiß tun sie das. Aber schließlich hat die Menschheit auch in beiden Weltkriegen schwer gelitten."

Eugene Rostow, Abrüstungsbeauftragter der Reagan-Regierung, in einem Interview mit dem „Spiegel" (30/1981)

Wichtigeres als Frieden?

Sowjetischer Zusammenbruch, mit einem Winseln

„Wir müssen sicherstellen, daß dieses sowjetische Imperium, wenn es denn aufgrund seiner eigenen Widersprüche zusammenbricht, das mit einem Winseln tut und nicht mit einem großen Knall."

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger in einem „Spiegel"-Interview (40/1981)

Den Schutz einer gewissen Prozentzahl von Bürgern sichern

„In einem Interview mit der ‚Los Angeles Times' sagte Vizepräsident Bush: ‚Man muß die Überlebensmöglichkeit der Oberkommandos sichern, die Überlebensmöglichkeit eines Industriepotentials, man muß den Schutz einer gewissen Prozentzahl von Bürgern sichern und eine Kapazität an Waffen haben, die der Gegenseite mehr Schaden zufügt, als sie einem selber zufügen kann – das ist genau der Weg, auf dem man einen Sieger in einem Nuklearkrieg hat.' Und Bush machte sich auch schon Gedanken über die Zahl der Überlebenden: ‚Mehr als fünf Prozent' selbst dann, wenn jede Seite alles losgefeuert hat, was sie besitzt!"

Quelle: „stern", 43/1981

Land für Land Situationen schaffen. . .

„Wie Sie wissen, ist eine unserer Voraussetzungen bei der Nuklearplanung, daß wir unter bestimmten Umständen, die sich wahrscheinlich in Europa entwickeln werden, gezwungen sein könnten, als erste Gebrauch von Nuklearwaffen zu machen. . . (es ist) lebenswichtig, daß die laufenden Projekte für einen beschränkten Einsatz von Nuklearwaffen der USA in Europa und für andere militärische Maßnahmen, die nur im Spannungsfall zur Verfügung stehen, beschleunigt und abgeschossen werden müssen. . .

Wir werden niemals in der Lage sein, in dieser lebenswichtigen Region unsere gemeinsamen Pläne zu verwirklichen, wenn wir keine außergewöhnlichen Anstrengungen unternehmen, europäische Tendenzen in Richtung Neutralismus, Pazifismus und Unilateralismus in Schach zu halten. . .

Wenn Argumente, Überzeugen und Einwirkung auf die Medien fehlschlagen, dann bleibt uns keine Alternative, als die Zaghaften in Europa aufzurütteln, indem wir, Land für Land, Situationen schaffen, dazu geeignet, sie davon zu überzeugen, wo ihre Interessen liegen. Dies würde geeignete und effektive Aktionen erfordern von jener hochempfindlichen Sorte, die wir schon oft erörtert haben. . .

General Haig als NATO-Oberkommandierender in einem Brief v. 26. 6. 1979 an NATO-Generalsekretär Luns; zit. nach Günter Neuberger, Der Plan Euroshima, a.a.O.

Entspannung? Warum sollten die Leute das Geld dann für Verteidigung ausgeben?

„Wir sollten keine Mißverständnisse in Sachen Entspannung zulassen. Man kann nicht erwarten, daß die amerikanische Gesellschaft oder irgendein westliches Volk bereit ist, Opfer zu bringen in Form höherer Verteidigungsausgaben, wenn sie dies als unnötig empfinden. Und wenn man ihnen sagt, daß wir uns in einer entspannten Periode befinden – einer Periode der Entspannung –, warum sollten sie das Geld dann für Verteidigung ausgeben?"

Max Kampelman, US-Delegierter zur KSZE in Madrid, zit. nach WB v. 3. 2. 1981

Ist die „Nachrüstung" überhaupt verhandelbar? Nein.

„Spiegel:. . . Ist die Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik sowie der Cruise Missiles in der Bundesrepublik sowie in anderen westlichen Ländern überhaupt verhandelbar?
Rostow: Nein. Dies ist eine Verpflichtung, eine Entscheidung, die von der NATO getroffen wurde. Es wäre das Ende von allem, wenn die NATO-Entscheidungen fällt und dann entdeckt, daß die Sowjet-Union ein Veto dagegen besitzt."

Eugene Rostow, Abrüstungsbeauftragter der Reagan-Regierung, in einem Interview im „Spiegel" (30/1981)

„Spiegel: Haben die Sowjets nicht eher Angst davor, von einem starken Westeuropa, einem starken Amerika, einem starken China, einem starken Japan eingekreist zu werden? Haben Sie Verständnis für diese sowjetische Besorgnis?
Rostow: Ich glaube nicht einen Augenblick daran."

Ebd.

. . . ohne daß eine der beiden Führungsmächte auf den Knopf drücken würde

„. . . könnte ich mir vorstellen, daß es zu einem Schlagabtausch mit taktischen Waffen (Atomwaffen) gegen Truppen auf dem Gefechtsfeld kommen könnte, ohne daß eine der beiden Führungsmächte auf den Knopf (f. d. strategischen Waffen, die die andere Seite direkt treffen würden –d. Red.) drücken würde."

US-Präsident Reagan in einem Gespräch mit amerikanischen Chefredakteuren am 16. 10. 1981, zit. nach „Blätter", 11/1981

Zündung einer Atomwaffe zu Demonstrationszwecken

„US-Außenminister Haig hat vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats von Notstandsplänen der NATO für die Explosion einer Atomwaffe zu ‚Demonstrationszwecken' gesprochen. Wörtlich sagte Haig: ‚Zum Beispiel gibt es in der NATO-Doktrin Notstandspläne für die Zündung einer Atomwaffe zu Demonstrationszwecken, um der anderen Seite zu zeigen, daß sie die Toleranzgrenzen in den konventionellen Bereichen überschreitet – alles mit dem Ziel, die Gewalt auf dem niedrigsten Niveau zu halten.'"

Quelle: „Kölner Stadtanzeiger" v. 6. 11. 1981

Einige Kernwaffen auf dem europäischen Schauplatz

„Es ist einfach eine Tatsache, daß – wie unglücklich und schrecklich das auch für die Welt sein würde – möglicherweise einige Kernwaffen zum Einsatz kommen könnten im Zusammenhang mit einem Krieg, der bis zu jenem Zeitpunkt ausschließlich auf dem europäischen Schauplatz geführt worden wäre."

US-Verteidigungsminister Weinberger in einem Fernseh-Interview mit NBC am 27. 10. 1981 zu Reagans Äußerungen vor Chefredakteuren am 16. 10. 1981

„Eine Strategie unter dem Motto ‚kein Ersteinsatz!' (von Atomwaffen durch die USA bzw. die NATO; d. Red.) wäre das Ende der flexible response (offizielle NATO-Strategie der abgestuften Erwiderung) und damit zugleich das Ende der Glaubwürdigkeit der westlichen Abschreckungsstrategie."

US-Außenminister Haig am 6. 4. 1982 vor dem Zentrum für strategische und internationale Studien der Georgetown-Universität, zit. nach WB v. 7. 4. 1982

Wichtigere Dinge, als im Frieden zu leben

„Haig bekräftigte, daß er einen Atomkrieg als ‚unvorstellbares Unglück' ansehe, es jedoch ‚wichtigere Dinge gibt, als im Frieden zu leben'"

FAZ v. 12. 1. 1981 (zum Problem des Wortlauts vgl. Bernd Greiner in: „Blätter", 2/1981, S. 133 f. und 10/1981, S. 1161 f. – „Haig – Original und Fälschung").

. . . einschließlich der Anwendung von Atomwaffen

Worauf es ankommt, ist „. . . die Bereitschaft eines amerikanischen Präsidenten, in Übereinstimmung mit unseren Verbündeten, jeden erforderlichen Schritt, einschließlich der Anwendung von Atomwaffen, zu tun, um unsere Lebensinteressen zu schützen, sofern dies – was der Himmel verhüten möge – nötig werden sollte."

Alexander Haig, ebd.

Sieg ist möglich

„. . . die sowjetische Führung wäre weniger von der amerikanischen Bereitwilligkeit, einen begrenzten Atomschlag zu führen, beeindruckt, als von einer glaubhaften amerikanischen Siegesstrategie. Eine solche Theorie hätte das Ende des Sowjetstaates ins Auge zu fassen. Die Vereinig-

ten Staaten sollten planen, die Sowjetunion zu besiegen, und dies zu einem Preis, der eine Erholung der USA erlauben würde. Washington sollte Kriegsziele festlegen, die letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegs-Weltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht, in Betracht ziehen.
Die furchterregendste Bedrohung für die Sowjetunion wäre die Zerstörung oder eine schwerwiegende Beeinträchtigung ihres politischen Systems. Daher sollten die Vereinigten Staaten in der Lage sein, die Schlüsselfiguren der Führung, ihre Kommunikationsmittel und -wege und einige ihrer innenpolitischen Kontrollinstrumente zu zerstören. Die UdSSR mit ihrer mächtigen Überzentralisierung der Macht, zusammengefaßt in der riesigen Bürokratie in Moskau, dürfte höchst verwundbar einem solchen Angriff gegenüber sein. Die Sowjetunion würde möglicherweise aufhören zu funktionieren, wenn ihr Sicherheitsdienst, der KGB, ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen würde. Wenn es gelänge, dieMoskauer Bürokratie zu eliminieren, zu beschädigen oder zu isolieren, dann könnte die UdSSR sich in eine Anarchie auflösen. Deshalb sind die ausgedehnten Zivilschutzvorbereitungen auch dazu gedacht, das Überleben der sowjetischen Führung zu sichern. Eine kluge amerikanische Zielplanung und Waffenbeschaffung könnte in der Lage sein, der Sowjetunion diese Sicherheit eines politischen Überlebens streitig zu machen.
Ist erst einmal die Zerstörung des Sowjetstaats als Kriegsziel festgelegt, so sollten die Verteidigungsexperten einen optimalen Zielplan zur Erreichung des Erstrebten aufstellen. Beispielsweise könnte die politische Kontrolle der Sowjetunion über ihre Gebiete in Zentralasien und im Fernen Osten durch eine selektive Zielplanung geschwächt werden. Dasselbe trifft auch auf Transkaukasien und Osteuropa zu."

Zit. nach: „Blätter", 12/1980, S. 1506. Colin S. Gray ist ein maßgeblicher militärischer Berater der Reagan-Administration, Mitarbeiter des Hudson-Instituts. Der zitierte Artikel erschien unter dem Titel „Victory is possible" in Heft 39 der maßgeblichen Politikzeitschrift „Foreign Policy" (Summer 1980)

„Der Friede allein ist nicht genug. Viele Länder leben in Frieden. . . Polen zum Beispiel. . . Noch ist es nicht zur Intervention gekommen, und man mag das Frieden nennen, aber es ist ein Friede ohne Freiheit."

US-Verteidigungsminister Weinberger vor dem World Affairs Council am 28. 4. 1981, zit. nach Günter Neuberger, Der Plan Euroshima, a. a. O.

Frieden auf Basis des kommunistischen Wortverständnisses ist unmöglich

„Ob immer genug Platz auf der Welt sein wird für die beiden Systeme von Kapitalismus und Kommunismus, kann nur die Geschichte selbst entscheiden. Ernste Friedensangebote müssen ständig geprüft werden; aber ‚Frieden' auf der Basis des kommunistischen Wortverständnisses ist eine Unmöglichkeit.

Richard V. Allen, der spätere erste Sicherheitsberater Präsident Reagans 1966 in seiner (abgelehnten) Münchner Dissertation, zit. nach „Der Spiegel", 4/1981

„Ihnen wird auffallen, daß der Präsident von der ‚Schaffung' des Weltfriedens – nicht von dessen ‚Erhaltung' oder ‚Sicherung' sprach. . . (und es sei „gerechtfertigt", wenn Präsident Reagan das *düstere Wort* ‚schaffung' benutzte"; d. Red.). Wir können nicht erwarten, daß in einem solchen Umfeld („in dem die öffentliche Ordnung der Welt zerfallen" sei, ebd.; d. Red.) Rüstungskontrollabkommen besonders erfolgreich sind. Solche Abkommen können den *Frieden, wenn er erst geschaffen ist,* verstärken und schützen . . .

Eugene Rostow, Abrüstungsbeauftragter der Regierung Reagan, vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 6. 10. 1981, zit. nach Günter Neuberger, Der Plan Euroshima, a.a.O.

Wir müssen fähig sein zu gewinnen

„. . . leicht irritiert haben mich akademische Debatten wie die, ob wir uns auf eineinhalb Kriege vorbereiten sollten oder auf zweieinviertel Kriege. Solch künstliche Annahmen vernachlässigen sowohl die Risiken, als auch die Gelegenheiten, denen wir uns gegenüber sehen könnten. Wir müssen bereit sein, uns mit der militärischen Macht der Sowjetunion auseinanderzusetzen, wie immer sie eingesetzt werden sollte. Und wenn die Abschreckung versagt, müssen wir fähig sein zu gewinnen, um zu überleben."

US-Verteidigungsminister Weinberger vor dem Council on Foreign Relations, zit. WB v. 18. 6. 1981

Gegenoffensiven in anderen Regionen

„Wir werden uns nicht beschränken, einer Aggression an der betreffenden unmittelbaren Front entgegenzutreten. Wenn wir zum Krieg gezwungen werden, müssen wir bereit sein, Gegenoffensiven in anderen Regionen zu führen und zu versuchen, die Schwächen des Agressors auszunutzen, wo immer sie sich zeigen."

Caspar Weinberger, ebd.

„Die ganze Welt ist in der Tat Sache der NATO."

US-Außenminister Haig auf eine „Spiegel"-Frage, zit. nach „Der Spiegel", 6/1981

„Wir können heute keine Politik mehr akzeptieren, die eine künstliche Linie zwischen der Diplomatie und der Fähigkeit zieht, militärische Macht zur Geltung zu bringen."

US-Außenminister Haig in einer Erklärung vor dem US-Senat am 30. 7. 1981, zit. nach Günter Neuberger, Der Plan Euroshima, a. a. O.

Intervention zum Schutz unseres (!) Öls?

„Heißt das nun, daß ich eine Intervention zum Schutz unseres Öls empfehle? Nun, es gibt zweifellos Umstände, unter denen eine solche Empfehlung gegeben werden könnte. Ich bin gegenwärtig sehr besorgt darüber, wie unzureichend unsere Fähigkeit ist, die Dinge zu tun, nach denen Sie fragen. . . "

US-Außenminister Haig vor dem Außenpolitischen Senatsausschuß, zit. nach WB v. 14. 1. 1981

„Amerikas Handel und Industrie, der Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen und die Lebensadern der westlichen Allianz hängen von unserer Fähigkeit ab, die Meere zu kontrollieren. Wir müssen in der Lage sein, jeden militärischen Gegenspieler, der diesen Zugang bedroht, zu besiegen. Dies ist kein Bereich, in dem Begriffe wie Gleichwertigkeit oder Parität irgendwelche Bedeutung haben. Wir müssen die maritime Überlegenheit haben. Die Kontrolle der Meere ist für unsere Sicherheit so essentiell wie für die Sowjetunion die Kontrolle ihrer Landgrenzen."

Ebd.

Unbestreitbar überlegen sein

„Ich hoffe, ich habe neulich nicht den Eindruck hinterlassen, daß ich die Wünschbarkeit von Überlegenheit herabsetze und diese These zurückweise. Worauf ich hinaus wollte, war die Empfehlung, daß wir in dieser Triade (der Abschreckung), gemeinsam mit unseren Verbündeten, unbestreitbar überlegen sein müssen, im weitesten Sinne des Begriffs Überlegenheit."

US-Außenminister Haig vor dem Außenpolitischen Senatsausschuß, zit. nach WB, 16. 1. 1981

„Das strategische Modernisierungsprogramm umfaßt fünf sich gegenseitig verstärkende Elemente: – Verbesserte Fernmelde- und Leitsysteme, die besser in der Lage sind, zu überleben und eine Nuklearkrieg zu führen, falls die Abschreckung versagen sollte; – Modernisierung unserer Bomberstreitmacht mit der Produktion des Flugzeuges vom Typ B-1B Mitte der achtziger Jahre und eines hochmodernen Tarnbombers (nicht zu ortender Bomber) in den neunziger Jahren; – Entwicklung und Dislozierung einer neuen unterseebootgestützten Rakete (Trident II) mit ver
„Das strategische Modernisierungsprogramm umfaßt fünf sich gegenseitig verstärkende Elemente:
– Verbesserte Fernmelde- und Leitsysteme, die besser in der Lage sind, zu überleben und einen Nuklearkrieg zu führen, falls die Abschreckung versagen sollte;
– Modernisierung unserer Bomberstreitmacht mit der Produktion des Flugzeuges vom Typ B-1B Mitte der achtziger Jahre und eines hochmodernen Tarnbombers (nicht zu ortende Bomber) in den neunziger Jahren;
– Entwicklung und Dislozierung einer neuen unterseebootgestützten Rakete (Trident II) mit verbesserter Reichweite, Treffsicherheit und Nutzlast; darüber hinaus werden die seegestützten strategischen Streikräfte in naher Zukunft durch die Dislozierung seegestützter Marschflugkörper verstärkt;
– Programme zur schrittweisen Verbesserung der Treffsicherheit, Größe und Überlebensfähigkeit landgestützter Raketen durch die Dislozierung der MX-Rakete in bestehenden festen Silos und Forschung für künftige überlebensfähigere Alternativen der Stationierung;

– Verbesserung der strategischen Verteidigung, einschließlich der Modernisierung des Vorwarnsystems für Bombenangriffe, Beschaffung neuer Abfangjäger vom Typ F-15 und beschleunigter Entwicklung einer Raketenabwehr. . ."

US-Präsident Reagan am 8. Februar 1982 in seiner Haushaltsbotschaft an den US-Kongreß, zit. nach AD v. 10. 2. 1982

„Wir müssen bereit sein, einen konventionellen Krieg zu führen, der sich auf viele Teile des Globus erstrecken kann."

US-Verteidigungsminister Weinberger beim Jahrestreffen d. Vereinigung amerikanischer Zeitungsverleger am 5. 5. 1981 in Chicago, zit. nach Günter Neuberger, Der Plan Euroshima, a. a. O.

Es muß zwangsläufig zur Konfrontation kommen

Wir müssen auch im Hinblick auf das militärische Gleichgewicht und auf Krisengebiete neue Realitäten schaffen, um die Sowjetunion zu ermutigen, die Notwendigkeit einer Mäßigung im eigenen Interesse zu akzeptieren. . .
Und schließlich müssen wir, genauso wie die Sowjetunion die marxistisch-leninistischen Kräfte im Westen und Süden aktiv unterstützt, den demokratischen Kräften nachdrücklich Unterstützung gewähren, wo immer sie existieren – auch in den Ländern, die gegenwärtig kommunistisch sind. . . Wir wollen, daß der Wettstreit zwischen Demokratie und Kommunismus mit friedlichen und politischen Mitteln geführt wird, aber uns stehen auch andere Mittel zur Verfügung. . .
Die Geschichte lehrt uns, daß Fortschritt nicht unausweichlich kommt. Freiheit und Demokratie sind oft verwehrt worden, und Völker sind mit Gewalt dem Diktat falscher Lehren unterworfen worden. Aber wenn wir etwas aus diesem unruhigen Jahrhundert gelernt haben, dann ist es, wie Churchill einmal erklärte, daß nur die rasche Sammlung der Kräfte, um militärischer und moralischer Aggression zu begegnen, den Frieden erhalten kann. Eine solche rasche Sammlung der Kräfte wird uns in die Lage versetzen, eine ganze Welt zu schaffen, eine freie Welt, ohne sie dabei in Stücke zu sprengen. Die Macht Amerikas muß diesem Zweck dienen.

US-Außenminister Haig vor der amerikanischen Handelskammer in Washington am 27. 4. 1982, zit. nach AD v. 28. 4. 1982

„Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und dem Westen sind – in politischer, wirtschaftlicher, philosophischer und vor allem auch moralischer Hinsicht – so tief und grundlegend, daß es zwangsläufig zu Unstimmigkeiten und Konfrontation kommen muß."

W. Tapley Bennet, Ständiger Vertreter der USA im Nordatlantikrat, vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in München am 23. 2. 1981, zit n. AD v. 4. 3. 1981

Die Zukunft ist voll großer Verheißungen

„Wenn wir uns den künftigen Herausforderungen gemeinsam stellen, können wir zuversichtlich sein, daß wir, wie Außenminister Haig es kürzlich formulierte, der unausweichlichen und unerbittlichen Überlegenheit des Marxismus Leninismus als System nie begegnen werden. Ganz im Gegenteil: Der Marxismus-Leninismus hat sich als ein grundlegender historischer Irrtum erwiesen. Aus den Fenstern des Kreml blickend, muß die Aussicht in alle Richtungen heute so düster sein wie schon lange nicht mehr . . .
Wenn wir schon in einer Zeit der Gefahr leben, leben wir doch auch in einer Zeit großer Chancen und Möglichkeiten. Die Zukunft ist voll großer Verheißungen. Wir brauchen nur in Einigkeit, Stärke und Zuversicht auf unserem Weg voranzuschreiten."

NATO-Botschafter Bennet, ebd.

Wenn nötig, heute in den Krieg ziehen

„Wir müssen bereit sein, wenn nötig heute in den Krieg zu ziehen, und wir müssen uns gleichzeitig darauf vorbereiten, die Schlachten von morgen gegen den Gegner von morgen zu schlagen."

US-Verteidigungsminister Weinberger vor dem Senate Armed Services Committee, zit. nach WB v. 5. 3. 1981

Die Ära der Skrupel ist vorbei

„Ich habe . . . von einem neuen Geist gesprochen, der, in unserem Land lebendig geworden ist. Die Ära der Skrupel ist vorbei."

US-Präsident Reagan vor Absolventen der Militärakademie West Point am 27. 5. 1981, zit. nach Günter Neuberger, Der Plan Euroshima, a. a. O.

Jederzeit, überall, mit allen Waffen . . .

Die globale Militärstrategie der USA unter Ronald Reagan*)

Von Michael T. Klare

Als er ins Weiße Haus einzog, kündigte Präsident Reagan eine Doppelstrategie an, um „Amerika wiederzubeleben" – ein Wirtschaftsprogramm, das die Wirtschaft stimulieren sollte, und ein Militärprogramm, das die amerikanische Militärmacht wiederherstellen sollte. Das Wirtschaftsprogramm umfaßt die Haushalts- und Steuerkürzungen, über die jetzt im Kongreß abgestimmt wird; das Militärprogramm sieht den Einsatz von zusätzlich 185 Mrd. US-Dollar innerhalb der nächsten fünf Jahre für Ausbau und Modernisierung der Kämpfenden Truppe der USA vor. Reagans Wirtschaftsplan ist im Kongreß und in der Presse weitgehend analysiert und untersucht worden, aber es hat kaum jemand versucht, die *strategischen Konzepte*, die seinen militärischen Plänen zugrundeliegen, herauszuarbeiten. Meistens werden seine Pläne einfach als „*mehr von allem*" beschrieben – mehr Flugzeuge, mehr Schiffe, mehr Bomben. Doch obwohl die Militärpolitik der Reagan-Adminisration noch nicht fertig ausformuliert ist, ist es schon möglich, die Konturen von Ronald Reagans ganz eigener Einstellung zu nationaler Sicherheit und Krieg zu erkennen. Seine Einstellung macht umfangreiche Anleihen bei der Vergangenheit, baut aber auch viele neue Gesichtspunkte ein; sie ist, wie wir sehen werden, höchst gefährlich.

Die Militärpolitik der Administration wurde am 4. März 1981 zum erstenmal enthüllt, als Verteidigungsminister Caspar Weinberger den Kongreß aufforderte, über den 1,3 Billionen Dollar-Haushalt des Verteidigungsministeriums für die nächsten fünf Jahre,der vom ehemaligen Präsidenten Carter vorgelegt worden war, hinaus 185 Mrd. Dollar zusätzlich zu bewilligen. Diese Vergrößerung des Budgets war nach Weinbergers Erklärung nötig, um den militärischen Abstieg seit Ende des Vietnam-Krieges zu beenden. „Es ist wichtig, daß die amerikanische Bevölkerung die Notwendigkeit einer Wiederaufrüstung Amerikas einsieht", erklärte er. Um dieses „Wiederaufrüstungs"-Programm durchführen zu können, forderte Weinberger eine progressive Haushaltserhöhung, die die gesamten Verteidigungsausgaben auf 222 Mrd. Dollar für 1982, 255 Mrd. Dollar für 1983, 289 Mrd. Dollar für 1984 und auf 327 Mrd. Dollar für 1985 bringen würde[1]). Selbst wenn man bei diesen Zahlen die Inflation berücksichtigt, bedeuten sie die größte anhaltende Ausweitung der US-amerikanischen Militärmacht seit dem Zweiten Weltkrieg.

*) Der folgende Aufsatz wird im Juni 1982 auch in einer Aufsatz-Sammlung von Michael Klare veröffentlicht, die unter dem Titel „Jederzeit, überall, mit allen Waffen . . . Die Entwicklung der neuen Interventionspolitik der USA" als „Extra 4" der „Militärpolitik Dokumentation" erscheinen wird. D. Red.

1) „The New York Times" v. 5. 3. 1981.

Bis jetzt sind diese Haushaltsvorlagen noch nicht durch eine der gründlichen strategischen Analysen ergänzt, die normalerweise zu den Ausgabenplänen des Pentagon gehören. Trotzdem kann man den Standpunkt der Administration aus einzelnen Waffen-Programmen und aus neueren Reden von Reagan, Weinberger und Außenminister Haig konstruieren. Trotz einiger inhaltlicher Widersprüche zwischen diesen dreien schält sich ein gemeinsamer Kern heraus: die Vereinigten Staaten müssen in der Lage sein, *jederzeit an jedem Punkt* der Erdoberfläche (oder am Himmel) *und auf jedem Niveau* militärischer Auseinandersetzung einen Krieg zu führen – von schmalspurigen Anti-Guerilla-Aktionen bis hin zum umfassenden Nuklearkrieg. Weinberger erklärte am 5. Mai 1981: „Wir müssen in der Lage sein, uns in Kriegen jeder Form und Größe und Gegend, in der wir vitale Interessen haben, zu verteidigen."[2])

Auf den ersten Blick scheint diese „ökumenische" Einstellung zum Krieg etwas schlicht. Es mangelt ihr so sehr an Raffinesse, daß einige Kommentatoren beklagten, daß der derzeitigen Administration ein klares strategisches Konzept fehle, verglichen mit der Truman-Doktrin, der Nixon-Doktrin, der Carter-Doktrin usw. Aber dieser Mangel an Raffinesse darf nicht mit einem Mangel an Phantasie oder Entschlußkraft verwechselt werden. Denn wenn man Ronald Reagans Politik mit der seiner Vorgänger vergleicht, entdeckt man, daß eine außergewöhnlich umfassende und energische Strategie sich abzuzeichnen beginnt. Diese Strategie betont, daß Amerika weltweit „vitale Interessen" hat und bringt den Unterhalt einer Kriegsmacht, die in der Tat weltweit einsetzbar ist, mit sich – was viele Administrationen vor dieser als Planungsziel formuliert hatten, ohne es je wirklich in Angriff zu nehmen. So eine Politik hat natürlich tiefgreifende Folgen für die Vereinigten Staaten – und auch für die Welt insgesamt. Bevor ich diese Auswirkungen näher beschreibe, ist es aber nötig, Ronald Reagans strategisches Konzept genau zu beschreiben und zu zeigen, was er von der Politik seiner Vorgänger übernimmt und was er ablehnt.

I. Die Evolution der Doktrin: von Eisenhower bis Carter

Der militante Ton von Reagans Äußerungen über das Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion hat viele Analytiker zu der Annahme gebracht, daß Reagans Politik der der Eisenhower-Administration – und zwar speziell der des Außenministers John Foster Dulles – entlehnt ist. Tatsächlich schuldet Reagan der Rhetorik der Eisenhower/Dulles-Ära viel; seine Militärpolitik verdankt er aber viel eher der Kennedy-Administration. Denn trotz der aggressiv missionarischen Haltung von Minister Dulles war die Eisenhower-Zeit militärisch relativ gemäßigt: nachdem der Koreakrieg zuende war, wurden die Militärausgaben reduziert, die Truppenstärke abgebaut und die Bereitschaft, sich auf kriegerische Auseinandersetzungen einzulassen, ging zu-

2) Caspar Weinberger, Rede vor der American Newspaper Publishers Association (ANPA, Amerikanische Zeitungsverleger-Vereinigung) bei einem Treffen in Chicago am 5. Mai 1981, Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums.

rück. Diese Veränderungen wurden damit gerechtfertigt, daß die Vereinigten Staaten ausreichend durch die Strategie der „massiven Vergeltung" (massive retaliation) geschützt seien, die davon ausging, daß ein Angriff gegen die USA oder einen ihrer Hauptverbündeten durch die Drohung mit sofortiger und gnadenloser nuklearer Vergeltung verhindert werde. Überzeugt davon, daß diese Drohung ausreichte, um größere Angriffe gegen US-Interessen abzuwehren, kürzte Eisenhower konventionelle (also nichtnukleare) Kampfkapazitäten deutlich – eine Maßnahme, die John F. Kennedy aufzuheben versprach.

Gegen Ende der Eisenhower-Ära begann eine Gruppe strategischer „Dissidenten", die Voraussetzungen der herrschenden Militärpolitik in Frage zu stellen. Die Dissidenten unter Führung des ehemaligen Armeestabchefs Maxwell D. Taylor und des Harvard-Professors Henry A. Kissinger warfen der Strategie der massiven Vergeltung vor, daß sie nur effektiv sei im sowieso unwahrscheinlichen Fall einer Drohung mit einem massiven Angriff gegen die USA oder die NATO. Sie sei aber kein wirkungsvolles Abschreckungsmittel gegen die Woge revolutionärer Aufstände, die sich zu diesem Zeitpunkt über die Dritte Welt ergoß. Die Kritiker argumentierten weiter, daß zwar der Verlust eines einzelnen Regimes in der Dritten Welt fundamentale Interessen der USA nicht bedrohe, daß aber der massierte Verlust mehrerer Länder mit Sicherheit zu einer Bedrohung werde – besonders in Hinblick auf die rasche Ausdehnung von US-Handel und -Investitionen in Gegenden der Dritten Welt. „Massive Vergeltung als leitendes strategisches Konzept hat in eine Sackgasse geführt", schrieb Taylor 1959. Sie möge zwar „den Großen Krieg – einen Dritten Weltkrieg –" verhindert haben, aber „sie hat nicht den Kleinen Frieden erhalten: d. h. Frieden vor Unruhen, die nur im Vergleich zur Katastrophe eines Weltkrieges klein sind." Damit der US-Führung eine ganze Bandbreite von Reaktionen auf jede mögliche Bedrohung zur Verfügung stehe, schlug Taylor die Doktrin der „Flexible Response" (flexible Reaktion) vor. „Flexible Response" definierte er als den Aufbau von „Reaktionsmöglichkeiten für das ganze Spektrum möglicher Bedrohungen, so daß jede Situation vom nuklearen Weltkrieg bis hin zu Infiltration und Aggression, die (jetzt) Laos und Berlin bedrohen, bewältigt werden kann"[3]).

Als John F. Kennedy 1961 Präsident wurde, wurden die Außenseiter der Eisenhower-Ära die neuen Mandarine Washingtons. General Taylor wurde Kennedys Berater in Fragen der nationalen Sicherheit, später wurde er Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs aller Waffengattungen (der „Joint Chiefs of Staff"). Auch andere frühere „Dissidenten" besetzten wichtige Posten im Verteidigungsministerium. Noch wichtiger war aber, daß Kennedy die Strategien der Dissidenten aufgriff, so daß die Flexible Response zur neuen Religion wurde[4]).

3) Maxwell D. Taylor, The Uncertain Trumpet, New York 1960, S. 5 ff.
4) Vgl. Roger Hilsman, To Move a Nation, Garden City 1967.

Im Pentagon wurde die Strategie der Flexible Response in der „Zweieinhalb-Kriege-Doktrin" eingeschlossen. Diese Doktrin besagte, daß die Vereinigten Staaten immer ausreichende militärische Stärke haben müssen, um zwei größere Kriege gleichzeitig führen zu können – einen in Europa und einen in Fernost – neben einem begrenzten („halben") Krieg woanders. Diese grandiose Vorstellung erforderte natürlich eine enorme Zuweisung finanzieller und personeller Mittel – mehr Mittel als irgendein Land sie ohne tiefgreifende Folgen für alle sozialen Schichten entbehren könnte. Deshalb wurde dieser Plan auch nie völlig durchgezogen. Trotzdem richteten sich die US-Militärausgaben und auch die Organisation der US-Armee weiter nach dem Zweieinhalb-Kriege-Modell, was sich in der Aufrechterhaltung von voneinander unabhängigen Befehlsstäben für Europa/Asien/Afrika (Eurcom), dem Pazifik (Pacom), und Lateinamerika (Southcom) niederschlug.

Obwohl die zwei größeren Kriege des Zweieinhalb-Kriege-Modells bei weitem den größten Teil militärischer Ressourcen in den USA beanspruchten, waren US-Strategen während der Kennedy-Ära fast ausschließlich mit dem drohenden halben Krieg beschäftigt. Aus Sorge, daß eine Reihe von Guerilla-Siegen das globale Kräftegleichgewicht zu Gunsten Moskaus verändern könnte, machten sich Kennedys Berater daran, eine lückenlose Strategie der „Anti-Guerilla-Kriegsführung" (Counterinsurgency) zu entwickeln, um den Erfolg der Vereinigten Staaten in Auseinandersetzungen mit Guerillas zu sichern[5]). Als sie sich ihrer Fähigkeit, nationale Befreiungskriege niederzuschlagen, sicher fühlten, fingen diese Strategen an, ein „Übungsgelände" zu suchen, um Taktik und Waffen der Anti-Guerilla-Kriegsführung auszuprobieren. Für diesen zwielichtigen Test wählten sie – was ihnen später sehr leid tat – schließlich Vietnam.

Der Vietnam-Krieg sollte eigentlich ein „Unterholzbrand"-Krieg sein, Prototyp für den „halben" Krieg des Zweieinhalb-Kriege-Modells. Als sich herausstellte, daß die vietnamesischen Guerillas den Taktiken der Anti-Guerilla-Kriegsführung gewachsen waren, steigerte die US-Führung den Konflikt von einem halben zu einem ganzen Krieg und zog so die ganze Kennedy-Strategie in eine Krise. Denn die meisten Amerikaner hielten das immer weiter wachsende militärische Engagement für völlig unverhältnismäßig angesichts der Interessen, die angeblich in Vietnam bedroht waren. Es wurde immer deutlicher, daß die Bevölkerung jeder weiteren Eskalation ablehnend gegenüberstand. Schließlich zwang sie Washington, sich ganz aus dem Krieg zurückzuziehen. Um derartige Fehlkalkulationen in Zukunft auszuschließen, wurden die Abgeordneten von ihren Wählern sogar so weit unter Druck gesetzt, straffe Beschränkungen der präsidentiellen Entscheidungskompetenzen im Kriegsfall im Ausland zu beschließen. Diese Einstellung, später als „Vietnam-Syndrom" bezeichnet, führte zur Verabschiedung des War Powers Act, zur Ab-

5) Vgl. Douglas S. Blaufarb, The Counterinsurgency Era, New York 1977; und Michael T. Klare, War Without End, New York 1972.

stimmung gegen US-amerikanische militärische Einmischung in Angola und zur Abschaffung der Wehrpflicht.

Als Reaktion auf Beschränkungen und Druck nahmen US-Strategen eine neue militärische „Nach-Vietnam"-Haltung ein, die darauf abzielte, zentrale Interessen im Ausland zu sichern, dabei aber direktes US-amerikanisches militärisches Engagement bei Konflikten in der Dritten Welt zu vermeiden. Da Reagans Militärpolitik größtenteils als Reaktion auf diese nach-Vietnam-Haltung zu verstehen ist, ist es sinnvoll, ihre wichtigsten Komponenten hier zusammenzufassen:

„Zentrale" im Gegensatz zu peripheren Interessen:

Da offensichtlich war, daß die amerikanische Öffentlichkeit keinen weiteren größeren Konflikt in einer Gegend der Welt, die nur von geringem geopolitischen Interesse ist, dulden würde, bemühten sich US-Strategen, einen Unterschied zwischen unseren „zentralen" Interessen und zweitrangigen oder peripheren Interessen zu machen. Unsere zentralen Interessen müßten mit der vollen Wucht der amerikanischen Stärke verteidigt werden; die Verteidigung der nur peripheren Interessen könnte größtenteils an Alliierte und Stellvertreter delegiert werden. Zu der Kategorie der zentralen Interessen gehören Europa, Japan/Korea und die Ölfelder des Nahen Ostens. Zur zweiten Kategorie gehörten weit entfernte Gebiete der Dritten Welt.

Allianzsysteme und die Nixon-Doktrin:

Um die Belastung der eigenen Armee zu verringern, versuchte Washington, Amerikas Alliierte zu größeren Verteidigungsleistungen zu veranlassen, besonders die europäischen Großmächte und Japan. Außerdem zog sich Washington „Stellvertreter-Polizei" heran, um amerikanische Interessen in bestimmten Gebieten der Dritten Welt zu verteidigen. Dieses Verhalten, salopp als „Nixon-Doktrin" definiert, führte zu einem massiveren Auftreten der USA in der NATO und zum Transfer oder Verkauf großer Mengen technisch hochentwickelter Waffen an regionale Polizisten wie den Iran und Saudi Arabien.

Entspannung mit der Sowjetunion, Annäherung an China:

Um seine Machtausübung weiter zu vereinfachen, leitete Washington eine Politik der Entspannung mit der Sowjetunion ein und nahm diplomatische Kontakte mit der Volksrepublik China auf. Durch Entspannung, so hoffte die US-Führung, könnte man Moskau dazu bewegen, bei der Zügelung und Befriedung von Konflikten in der Dritten Welt mitzuarbeiten, als Gegenleistung für Zugeständnisse im Handel und einer Verlangsamung des nuklearen Rüstungswettlaufs. Die Annäherung mit Peking verfolgte einen ähnlichen Zweck: Entschärfung amerikanisch-chinesischer Spannungen und damit eine Verringerung militärischer Aufgaben der USA in Asien.

Die „1½-Kriege"-Doktrin:

Als Reaktion auf diese Initiativen und aus Einsicht in die Grenzen der militärischen Kraft der USA gab das Pentagon schließlich die 2½-Kriege-Haltung auf zugunsten einer realistischeren und wirtschaftlicheren 1½-Kriege-Doktrin. Da China nicht mehr als größerer Gegner galt, war der Große Krieg für Europa reserviert, der halbe Krieg für den Nahen Osten, die koreanische Halbinsel oder einen anderen Schauplatz in der Dritten Welt.

Dieses Strategie-Design, entwickelt von der Nixon-Administration, verfeinert von den Ford- und Carter-Regierungen, hatte während eines Großteils der 70er Jahre Gültigkeit. Gegen Ende des Jahrzehnts rüttelten aber neue Probleme im In- und Ausland an seinem Fundament. Zum ersten brachte die Entspannung nicht die Vorteile – zunehmende sowjetische Kollaboration bei der Eindämmung von Konflikten in der Dritten Welt –, die von ihren Autoren versprochen worden war. Obwohl Moskau in einigen Gegenden tatsächlich mit den USA zusammenarbeitete (besonders im Nahen Osten, wo es dazu beitrug, auf das ägyptische Verhalten während und nach dem Oktober-Krieg zügelnd einzuwirken), unterstützte es weiterhin Befreiungskämpfe in den portugiesischen Kolonien und half später linken Regierungen in Angola und Äthiopien, ihre Widersacher zu besiegen.

Zweitens brachte die Nixon-Doktrin es mit sich, daß die USA auf autokratische Herrscher, wie den Schah im Iran, angewiesen waren, deren Hauptinteressen nicht immer mit denen Washingtons übereinstimmten und deren autoritäre Methoden große Teile der Bevölkerung zu Regimegegnern machten, was neue Unruheherde schuf. Als der Schah im Januar 1979 gestürzt wurde, stürzte die ganze „Stellvertreter"-Strategie mit ihm.

Drittens ging das Modell zentraler/peripherer Interessen an der Tatsache vorbei, daß die ökonomischen US-Interessen zunehmend weiter gestreut waren in einer Welt, die immer stärker durch gegenseitige Abhängigkeit geprägt ist. Deshalb kann Aufruhr in einer entlegenen Ecke leicht auf andere Ecken übergreifen, die wichtiger sind –, so wie die islamische Erhebung im Iran Auflehnungen in anderen islamischen Ländern nach sich gezogen hat und wie der Kampf in El Salvador eine regionale Feuersbrunst in Zentralamerika bedeuten kann.

Diese Entwicklungen waren eine ernste Herausforderung an das Festhalten Washingtons an der Nach-Vietnam-Strategie, wie man an den sprunghaften Veränderungen in der Politik der Carter-Regierung sieht. Letztlich waren es dann aber doch eher innen- als außenpolitische Zwänge, die dieser Politik im Endeffekt den Todesstoß versetzten. Die Übernahme der 1½-Kriege-Doktrin und die daraus folgende Reduzierung militärischer Stärke war vom militärischen Establishment nie wirklich akzeptiert worden. Diese Kreise setzten eine immer lauter werdende Kampagne in Gang, mit dem Ziel, das Vietnam-Syndrom aufzugeben und die gewaltigere 2½-Kriege-Doktrin aus der Zeit vor dem Vietnam-Krieg wieder an seine Stelle zu setzen.

Als diese Kampagne in Bewegung kam, trat eine neue Gruppe „strategischer Dissidenten" in den Vordergrund, die, wie die der Eisenhower-Ära, die Grundlagen der herrschenden Doktrin kritisierte. Unter Führung militärischer Schwergewichtler wie dem ehemaligen Verteidigungsminister James R. Schlesinger, dem ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig und dem früheren Chefplaner der Marine Elmo R. Zumwalt attackierten diese Kritiker Carters Politik der Nicht-Einmischung mit Argumenten, die denen der früheren Dissidenten gegen die massive Vergeltung stark ähnelten. Sie vertraten die These, daß amerikanische Zurückhaltung selbst in peripheren Gebieten wie Angola oder Äthiopien größere Herausforderungen in kritischeren Gegenden, wie dem Nahen Osten ermutigen würde[6]). In einer Zusammenfassung des Standpunktes der Dissidenten bemerkte „Business Week" 1979, daß „die politischen Grundsätze, die durch den Vietnam-Krieg entstanden sind", jetzt drohten, „die Fähigkeit der Nation zu untergraben, den lebensnotwendigen Öl-Zufluß (aus Nahost) zu sichern", und so „den Lebensstandard, der seit dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut worden ist", bedrohen[7]). Diese Argumentation, die nach dem Fall des Schah und der sowjetischen Invasion in Afghanistan immer schriller wurde, wurde dann schließlich zum Mittelpunkt von Reagans Strategie, mit der er Carter in den Präsidentschaftswahlen 1980 schlug.

Jetzt, wie zur Zeit Kennedys, sind die Außenseiter der vorhergehenden Epoche tonangebend: Haig ist Außenminister und viele andere Kritiker der Carter-Politik haben Schlüsselstellungen in der neuen Administration. Was aber noch wichtiger ist: diese Gruppe ehemaliger Dissidenten hat viele der strategischen Konzepte der früheren Gruppe übernommen. Denn der deutlichste Vorläufer von Reagans „ökumenischer" Verteidigungspolitik ist nichts anderes als Maxwell Taylors Flexible Response-Strategie. Zwischen der Forderung Weinbergers nach Wiederherstellung der Kapazität, „unsere Interessen in Kriegen jeder Form und Größe und in jeder Region, in der wir vitale Interessen haben, verteidigen zu können" und Taylors früherem Ruf nach „Reaktionsmöglichkeiten für das ganze Spektrum von möglichen Bedrohungen" ist in der Tat kein großer Unterschied.

II. Die Umrisse von Reagans Verteidigungspolitik

Reagans Verteidigungspolitik ist also im Grunde eine Neuformulierung der Flexible Response-Doktrin aus Kennedys Regierungszeit. Aber hinter der Reagan-Politik steckt viel mehr – was erst jetzt richtig deutlich wird, da wir die Nach-Vietnam-Militärpolitik untersucht haben, die ersetzt werden soll. Zu den wichtigsten Grundzügen seiner Politik gehören:

6) Vgl. James R. Schlesinger, A Testing Time for America, in: „Fortune", Februar 1976, S. 74–77, 147–153; und Ben J. Wattenberg, It's Time to Stop America's Retreat, in: „The New York Times Magazine" v. 22. 7. 1979, S. 14–16, 68–69.

7) The Decline of U.S. Power, in: „Business Week" v. 12. 3. 1979, S. 37–41.

1. Weltweite Verteidigungsinteressen (Globalism)

Im Gegensatz zur Nach-Vietnam-Haltung, die zwischen zentralen und peripheren Interessen unterschied, nimmt die Reagan-Administration eine weltweite Verteidigungshaltung ein, nach der überall auf der Welt direkt oder indirekt „vitale Interessen" der USA bestehen. Diese Verteidigungspolitik versteht „vitale Interessen" sowohl wörtlich, d.h. speziell in Bezug auf ausländische Rohstoffquellen, die von der US-Wirtschaft gebraucht werden, als auch auf einer allgemeineren Ebene. Danach haben die USA ein unabdingbares Interesse an der Erhaltung des Status quo auf der Welt und müssen deshalb alle Versuche, diesen Status quo zu verändern, egal wo, bekämpfen, um die Lebensfähigkeit der bestehenden Weltordnung zu schützen. „Wir leben in einer Zeit, in der ein Putsch, ein größerer Streik, ein terroristischer Angriff oder ein abgelegener Krieg zwischen zerstrittenen Nachbarn in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß weltweite Konsequenzen zur Folge haben kann, die unser nationales Wohlergehen und unsere nationale Sicherheit beeinträchtigen." Aus dieser Einschätzung folgerte der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs aller Waffengattungen, David C. Jones, im Januar vor dem Kongreß, daß wir „eine umfassende strategische Vorstellung brauchen, die regionale Auseinandersetzungen in einem größeren globalen Rahmen sieht."[8]) In einer anderen Darstellung dieser Einschätzung forderte Verteidigungsminister Weinberger das Militär auf, Einsatzpläne zu entwickeln, die es den USA ermöglichen würden, auf feindseliges sowjetisches Vorgehen in einer Gegend mit Gegenschlägen in einer anderen zu reagieren. „Wir müssen darauf vorbereitet sein, Gegen-Offensiven in anderen Regionen in Gang zu setzen", erklärte er am 5. Mai 1981, „und darauf, die Schwächen des Angreifers auszunutzen, wo immer wir sie finden."[9])

2. Unilateralismus

Trotz einer verbalen Festlegung auf die Neubelebung der NATO hat die Reagan-Administration offensichtlich sehr viel weniger Vertrauen zu Verbündeten und Stellvertretern als die vorhergehenden Regierungen. Mit dem Argument, daß nur die USA die Kapazitäten hätten, sowjetischen Aggressionen und anderen Bedrohungen des Westens weltweit entgegenzutreten, bestehen Regierungsvertreter darauf, daß wir fähig sein müssen, unilateral zu handeln, wenn es zur Erhaltung der bestehenden Weltordnung nötig ist. Das wird für die Länder am Persischen Golf am deutlichsten vertreten, wo die USA die volle Verantwortung für die Verteidigung der westlichen Ölinteressen übernommen haben. Es ist aber auch auf andere kritische Regionen der Dritten Welt übertragen worden.

8) David C. Jones, U.S. Military Posture for Fiscal Year 1982, Washington 1981, S.1.
9) Weinberger, ANPA Rede, a.a.O.

3. Konfrontation statt Entspannung

Dieser Punkt muß nicht eingehend ausgeführt werden, da die Verbalinjurien der Regierung gegen die Sowjetunion viel Publizität erhalten haben. Einer der Effekte dieser Politik ist der ausdrückliche Unwille der Administration, neue Waffenkontroll-Verhandlungen mit Moskau anzufangen. Verhandlungen dieser Art „können nicht der politische Angelpunkt oder das entscheidende Barometer der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion sein"[10]), meint Außenminister Haig. Stattdessen, so sagte Haig vor der „Foreign Policy Association" (Gesellschaft für Außenpolitik) am 14. Juli 1981, wird die Administration sehr viel größeres Gewicht darauf legen, auf sowjetisches Vorgehen in der Dritten Welt zu reagieren. Im Rahmen der möglichen Reaktionen auf ein solches Vorgehen – zu dem auch aggressive Akte von „Stellvertreter"-Ländern wie Kuba, Libyen oder Vietnam gezählt werden – sind die USA grundsätzlich auch darauf vorbereitet, militärisch zu intervenieren. Das klang auch an, als Reagan auf eine Frage nach El Salvador antwortete, „wir werden nicht passiv dasitzen und einer Invasion außenstehender Mächte zusehen."[11])

4. Keine nuklearen Beschränkungen

Im Gegensatz zu Präsident Carter, der seinen Widerwillen gegen den Einsatz von Nuklearwaffen oft äußerte, scheint die derzeitige Administration sehr viel entspannter in der Frage eines Nuklearkrieges zu denken. Das heißt nicht, daß Regierungsangehörige die Aussicht auf einen Nuklearkrieg nicht entsetzt, sondern eher, daß sie, in Übereinstimmung mit ihrer Verpflichtung auf die Strategie der Flexible Response, Nuklearwaffen nur als eine Waffe aus einem ganzen Spektrum betrachten, das eventuell als Antwort auf einen möglichen Ernstfall gewählt werden muß. Diese Sichtweise schlägt sich in Äußerungen von Minister Weinberger nieder, daß die Vereinigten Staaten möglicherweise zur militärischen Eskalation „sowohl vertikal als auch horizontal" bereit sein müssen („vertikal" heißt die Leiter der Eskalation von konventionellen zu nuklearen Waffen hinauf, und „horizontal" heißt die Erdoberfläche entlang von einer Lokalität zur nächsten) als Reaktion auf einen sowjetischen Angriff auf die Ölfelder des Nahen Ostens[12]). Sie zeigt sich auch in der Entschlossenheit der Administration, die Modernisierung der US-Mittelstreckenraketen in Europa und an Bord der US-Schiffe auf See voranzutreiben.

5. Zurück zur Doktrin der $2^1/_2$-Kriege

Im Einklang mit den genannten Prinzipien hat die Reagan Administration stillschweigend die $2^1/_2$-Kriege-Doktrin der Kennedy-Ära wiederbelebt. Aber der Plan Reagans hat nicht dieselben $2^1/_2$-Kriege im Auge. Zwar bleibt Europa Schauplatz eines der „ganzen" Kriege, aber die Region am Persischen Golf

10) Zit. nach: „San Francisco Chronicle" v. 15. 7. 1981.
11) Zit. nach: „San Francisco Chronicle" v. 4. 3. 1981.
12) Vgl.: „The Washington Post" v. 17. 7. 1981.

hat den Fernen Osten als Schauplatz des zweiten größeren Krieges verdrängt. Um den USA die Möglichkeit zu geben, einen „richtigen" Krieg in den Ländern des Persischen Golfs zu führen, ist die schnelle Einsatztruppe (Rapid Deployment Force) von einem untergeordneten Kommando zu einem vollen eigenständigen Befehlsstab wie Pacom, Eurcom und Southcom befördert worden. Diese Entscheidung, verkündet von Minister Weinberger am 24. April 1981, wird die Einrichtung von technisch hochstehenden Logistik-, Kommunikations- und Nachrichtendienstkapazitäten nach sich ziehen – und letzten Endes die ständige Einsatzbereitschaft von US-Kampftruppen in dieser Region[13]).

6. Überlegenheit zur See

In Übereinstimmung mit ihrer Globalpolitik und der wachsenden Besorgnis in den USA wegen Abhängigkeit von Rohstoffimporten ist die Reagan-Administration entschlossen, die Überlegenheit der USA zur See zu erhalten und auszubauen. Während des Präsidentschaftswahlkampfs 1980 versprach Reagan die Seemacht der Vereinigten Staaten von 450 auf 600 Schiffe zu verstärken. Entsprechend entwarf Verteidigungsminister Weinberger einen Fünf-Jahres-Plan über 120 Mrd. Dollar für den Schiffbau, um dieses Versprechen zu erfüllen. Er rechtfertigte dieses Mammutprogramm mit der Bemerkung, daß „der amerikanische Handel und die amerikanische Industrie, (unser) Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen und die Stärke des westlichen Bündnisses auf unserer Fähigkeit, die Meere zu kontrollieren, beruhen."[14]) Überlegenheit zur See ist für einen zukünftigen Einsatz der schnellen Einsatztruppe, die ihren Nachschub von See erhält, und für den Erfolg der „Irgendwo-zurückschlagen"-Politik der Regierung unabdingbar. Weil „wir darauf vorbereitet sein müssen, einen konventionellen Krieg zu führen, der sich in alle Ecken des Globus ausdehnen kann", so erklärte Weinberger am 5. Mai 1981, „hat unser Bedarf nach Überlegenheit zur See besondere Dimensionen[15])."

7. Die Rehabilitation der Anti-Guerilla-Kriegsführung

Als Teil der „$1/2$-Kriegs"-Kapazität, die mit der $2\,1/2$-Kriege-Doktrin der Administration wiederhergestellt wurde, ist das Verteidigungsministerium dabei, die Einrichtungen der Anti-Guerilla-Kriegsführung der Vietnam-Zeit, die nach Ende des Krieges aufgelöst worden waren, wiederzubeleben und auszubauen. Diese Einrichtungen – u. a. Sondereinheiten der Armee, die „SEAL-Kommando-Teams" der Marine (sea/air/land commando teams) und die Sondereinsatztruppen der Luftwaffe – haben neue Finanzierung und Aufmerksamkeit vom Pentagon erhalten und werden in die schnelle Einsatztruppe integriert. Noch wichtiger ist, daß diese Einheiten bereits zu ausgewählten Kriegsschauplätzen in der Dritten Welt – besonders bekanntgeworden ist ihr

13) Vgl.: „The New York Times" v. 25. 4. 1981; und „The Wall Street Journal" v. 27. 4. 1981.
14) Caspar Weinberger, Rede vor dem House Armed Services Commitee v. 10. 3. 1981, Abschrift des Verteidigungsministeriums.
15) Weinberger, ANPA-Rede, a.a.O.

Einsatz in El Salvador – geschickt worden sind und wahrscheinlich in den kommenden Jahren mit noch größerer Regelmäßigkeit auftauchen werden[16]).

8. Kampfbereitschaft

Neben all diesen Komponenten der strategischen Planung der Administration gibt es ein weiteres Prinzip, das alle anderen durchdringt und belebt: Kampfbereitschaft – die erhöhte Mobilität von US-Kampftruppen im Ausland. Nach der Definition des Verteidigungsministers soll Kampfbereitschaft sich „auf alles beziehen, was die Kurzfristigkeit erhöht, in der unsere Truppen auf mögliche Kampfsituationen reagieren, wirkungsvoll einsatzbereit sein und in Kampfhandlungen standhalten können[17]).

Unter dieser Überschrift forderte Weinberger für das Haushaltsjahr 1981/82 11 Mrd. Dollar zusätzlich. Der größte Teil dieser zusätzlichen Gelder wird für die Weiterentwicklung der schnellen Einsatztruppe und für die Beschaffung von zusätzlichem Treibstoff, Proviant und Munition genutzt. Über diese konkreten Maßnahmen hinaus bedeutet die Kampfbereitschaft aber auch eine besondere innere Haltung – die Bereitschaft, Krieg als ein vernünftiges und sogar notwendiges außenpolitisches Instrument zu betrachten. Diese innere Haltung, die sich scharf vom Nicht-Einmischungs-Standpunkt des „Vietnam-Syndroms" abhebt, hat sich in mehreren Äußerungen von Reagan, Haig und Weinberger niedergeschlagen, z. B. daß die Vereinigten Staaten nicht „passiv dasitzen" könnten als Antwort auf sowjetische Provokationen, und in der Verpflichtung der Regierung auf einen Ausbau der Interventions-Kapazitäten der USA. Der Verteidigungsminister führte dazu am 5. Mai 1981 aus, daß diese Haltung davon ausgehe, daß „unsere globalen Interessen und Verpflichtungen es erfordern, daß wir dringend mit der Entwicklung besserer Fähigkeiten, auf Krisen fern unserer Küsten reagieren und dort so lange wie nötig bleiben zu können (anfangen)[18])."

Unter dem Banner der Kampfbereitschaft sind diese acht Prinzipien die vorderste Staffelung von Ronald Reagans Militärpolitik. Andere Komponenten – jede mit eigenen weitreichenden Konsequenzen – folgen auf dem Fuße: *verstärkte Waffenverkäufe* an pro-amerikanische Regime in der Dritten Welt; *Gleichgültigkeit gegenüber Waffenkontrollverhandlungen,* wie dem SALT II-Vertrag oder Gesprächen über eine Beschränkung der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa; *zunehmende militärische Zusammenarbeit mit China,* was den Verkauf von Waffen mit hohem technischem Standard und Waffenproduktionstechnologien einschließt; *verstärkte Produktion von Plutonium* und anderen spaltbaren Materialien für die vielen neuen Kernwaffen, die jetzt in Produktion gehen; *Expansion der militärisch-industriellen Grund-*

16) Vgl. Michael T. Klare, Une Nouvelle Doctrine de Contre-Insurrection, in: „Le Monde Diplomatique", April 1981, S. 1, 9.
17) Caspar Weinberger, Highlights of Budget Revisions for Fiscal Years 1981 and 1982, Memorandum des Verteidigungsministeriums v. 2. 3. 1981.
18) Weinberger, ANPA-Rede, a.a.O.

lagen, was die Verschiebung von finanziellen und technischen Ressourcen von der zivilen zur militärischen Industrie bedeutet.

Gemeinsam werden diese Prinzipien und Initiativen eine tiefgreifende Wirkung sowohl auf die Außenpolitik als auch auf die Lebensqualität in den Vereinigten Staaten haben. Auf alle Fälle aber werden diese militärpolitischen Programme eine deutliche Verlagerung von Bundesgeldern zur Folge haben, vom sozialen Sektor weg hin zum militärischen. Dadurch werden Millionen von armen und benachteiligten Amerikanern, die mehr oder weniger von staatlicher Unterstützung abhängig sind, in beträchtliches Elend gestoßen. Viele Ökonomen sind darüberhinaus der Meinung, daß der vorgeschlagene Zuwachs bei Militärausgaben die erwarteten Steuereinnahmen weit übertreffen wird (dies umso mehr, wenn Reagans Pläne zu Steuersenkungen angenommen werden) und so eine neue Phase zweistelliger Inflation auslösen wird. Außerdem ist die Frage der Einberufung noch offen –, denn obwohl Reagan weiterhin behauptet, aus philosophischen Gründen gegen eine allgemeine Wehrpflicht zu sein, ist es völlig unmöglich, seine weltumspannende Verteidigungspolitik mit dem bestehenden Freiwilligen-Heer zu verwirklichen. Deshalb muß mit einer Rückkehr zur Wehrpflicht (wahrscheinlich nach den Kongreßwahlen 1982) gerechnet werden.

Zwar werden die innenpolitischen Konsequenzen von Reagans Militärpolitik beträchtlich sein – die internationalen Auswirkungen werden wesentlich weiterreichend sein. Denn man kommt nicht um die Schlußfolgerung herum, daß die Entschlossenheit der Administration, alle Bedrohungen des Status quo – egal wo und wann – zu bekämpfen, das Risiko erhöht, daß die USA sich militärisch im Ausland engagieren. Im günstigsten Fall würde so ein Engagement sich auf eine Reihe von „polizeilichen" Aktionen beschränken, wie die Intervention 1965 in der Dominikanischen Republik. Im schlimmsten Fall könnte es zu einer größeren Auseinandersetzung wie in Vietnam oder Korea führen – oder noch schlimmerem. Denn heute sind viele Länder der Dritten Welt mit der ganzen Bandbreite moderner Waffen ausgerüstet – und da außerdem die Sowjetunion ihre Kapazität zur Verteidigung und Unterstützung ihrer Alliierten erweitert hat, würde jeder amerikanische Feldzug in Afrika oder Asien das Risiko einer Eskalation zu einer größeren Feuersbrunst oder sogar einer Konfrontation der Großmächte in sich bergen.

Aber selbst wenn diese Politik nicht sofort zum Krieg führt, wird sie das internationale Gefüge stören und verzerren. Da die Administration so viel Gewicht darauf legt, sowjetischer Abenteuerlust in der Dritten Welt entgegenzutreten und da sie dazu neigt, die Drahtzieher jeder Bedrohung in Übersee in Moskau zu suchen, wird die amerikanische Führung alle zukünftigen internationalen Auseinandersetzungen durch das Prisma des Konflikts zwischen den Supermächten sehen – und wahrscheinlich die Konfrontation suchen. Diese Herangehensweise verzerrt zwangsläufig den Charakter lokaler Konflikte und erschwert so den Versuch, zu verhandeln und sich zu einigen. Diese Situation ist in El Salvador schon gegeben, wo das Eingreifen der USA einen internen Kon-

flikt zu einer größeren internationalen Auseinandersetzung gemacht hat. Es kann sich bald im Tschad, in Kampuchea und anderen Gegenden wiederholen, falls Washington eine indirekte oder versteckte Drohung Moskaus zu erkennen glaubt. Diese Sichtweise erschwert auch internationale Kooperation bei der Lösung anderer Probleme wie Unterentwicklung in der Dritten Welt, Rohstoffknappheit und Weiterverbreitung von Nuklearwaffen. Schließlich werden Reagans militärpolitische Prinzipien auch mit Sicherheit die Beziehungen der USA zu Europa beeinträchtigen. Die meisten Regierungen Westeuropas wollen eine pluralistische Welt, in der Europa eine unabhängige und konstruktive Rolle spielen kann als Vermittler bei Nord/Süd- oder Ost/West-Konflikten. Die Reagan-Strategie basiert auf einer bipolaren Sicht der Welt, in der europäische Politik – wie die Politik aller Regionen – in die herkömmliche Kalte-Kriegs-Schablone gezwungen wird. Obwohl das Gros der US-Strategen erkennt, daß Europa diese Haltung nicht bereitwillig übernehmen wird, wird Washington trotzdem den Druck auf europäische Regierungen verstärken, Amerikas gewaltigen Ausbau des Militärs nachzuahmen und bei anti-sowjetischen Aktionen mitzumachen. Und sollte Europa sich unwillig zeigen, an US-gelenkten „Polizei"-Aktionen in der Dritten Welt teilzunehmen, ist Washington durchaus bereit, alleine vorzugehen – egal, welche Folgen das für europäische Politik oder Interessen in der betreffenden Region haben kann.

Die Reagan Administration ist jetzt noch nicht lange genug im Amt, um diese Militärpolitik fertig entwickelt zu haben. Einige Komponenten werden sicherlich auf Druck des Kongresses oder ökonomischer Fakten modifiziert. Andere werden sich als von größerer oder geringerer Bedeutung in speziellen Krisen im Ausland erweisen. Auf alle Fälle entfaltet sich diese Militärpolitik mit einer Logik und Konsequenz, die wahrscheinlich vorherrschen werden, so lange die Reagan Administration an der Regierung ist. Im Moment kann man einige Begleiterscheinungen dieser strategischen Planung ansatzweise erkennen, andere werden erst in einiger Zeit deutlich werden. Geht man aber von dem aus, was jetzt schon sichtbar ist, wird ganz deutlich, daß die Wahrscheinlichkeit militärischen Engagements der USA in der Dritten Welt jetzt sehr viel größer geworden ist – und damit zwangsläufig auch das Risiko bewaffneter Auseinandersetzung zwischen den Großmächten und eines Weltkrieges.

Zum Zusammenhang von Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration

Von Herbert Wulf

Die amerikanische Wirtschaftspolitik unter Präsident Reagan ist durch drastischen Sozialabbau, Steuersenkungen zugunsten der Reichen und die Betonung des „freien Spiels der Kräfte" gekennzeichnet. Auch militärpolitisch sind deutliche Veränderungen festzustellen: In den nächsten fünf Jahren sind Ausgaben im Rüstungshaushalt von 1 600 000 000 000 (1600 Milliarden) Dollar geplant. In den Planungsstäben setzten sich Strategen durch, die Kriegsführungsoptionen betonen und Kriegsverhinderungsstrategien vernachlässigen. Dies schlägt sich in den beschlossenen Waffenbeschaffungsprogrammen nieder. In dem folgenden Beitrag wird versucht nachzuzeichnen, wie die Reagan-Regierung zu Beginn ihrer Amtszeit die außenpolitische, militärische und wirtschaftliche Situation der Vereinigten Staaten einschätzte (Teil I); die vorgeschlagenen Lösungskonzepte (Teil II) und die Konsequenzen (Teil III) auf wirtschaftlichem, sozialem und militärischem Gebiet werden analysiert.

I. Standortbestimmung der Reagan-Regierung

1. Die außenpolitische Lage: Verlust der Führungsrolle

Was ist aus Amerika, dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten, geworden? So fragen und klagen seit einigen Jahren die Konservativen. Weniger als ein Jahr vor seinem Amtsantritt veröffentlichte der damalige Präsidentschaftsanwärter Reagan Grundsätze seiner Außenpolitik: es müsse, erstens, eine Außenpolitik sein, auf die „alle Amerikaner stolz sein können"; zweitens müsse Außenpolitik auf einer „gesunden Wirtschaft" beruhen; die dritte Bedingung für erfolgreiche Außenpolitik sei die „Wiederherstellung militärischer Stärke."[1]) Diese *außenpolitisch* unspezifischen Bemerkungen sind Ausdruck der Unzufriedenheit über den Rückgang des amerikanischen Einflusses auf vielen Gebieten und in vielen Regionen sowie über die Kritik an der mangelnden amerikanischen Führungsrolle. Statt sich ständig in die Defensive drängen zu lassen, wird eine „tough-guy"(„harter Bursche")-Attitude[2]) auch in den internationalen Beziehungen an den Tag gelegt. Nicht Konzepte für internationale Zusammenarbeit, sondern die Betonung der „nationalen Erneuerung" (der Stolz der Amerikaner, die gesunde Wirtschaft, die militärische Stärke) sind die Grundlage für „revival" (Wiederbelebung) und „resurgence" (Auferstehung)[3]).

Kritiker der Entspannungspolitik, die für eine harte Linie gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten plädierten, begannen sich bereits vor dem Ende des Vietnamkrieges zu organisieren. Seit Mitte der 70er Jahre wurde die Formierung einer außenpolitischen Lobby unter Führung von Paul Nitze (heute Verhandlungsleiter der Rüstungskontrollverhandlungen), Eugene Rostow (heute Abrüstungsbeauftragter), Ja-

1) Genau ein Jahr später, am 21. 3. 1981, betonte der damalige Nationale Sicherheitsberater, Richard Allen, diese drei Prinzipien; vgl. „Wireless Bulletin from Washington" (im folgenden zit. als „Wireless . . .") v. 24. 3. 1981, S. 6.

2) Stanley Hoffmann, Muscle or Brain, in: „Foreign Policy", No. 37, Winter 1979–80, S. 10, sah bereits vor dem Regierungswechsel die Gefahr, in der Außenpolitik die Muskeln zu zeigen.

3) Vgl. Michael M. Harrison, Reagan's World, in: „Foreign Policy", No. 43, Sommer 1981, S. 3–16, hier speziell S. 3.

mes Schlesinger (dem ehemaligen Verteidigungsminister) und anderen betrieben, die 1976 zur Gründung des „Committee on the Present Danger" führte. Bei der Wahl des Namens griff man bewußt auf eine Organisation aus den 50er Jahren zurück, die im Kalten Krieg eine wichtige Funktion hatte[4]). Der Außenpolitikexperte Dimitri Simes spricht zur Charakterisierung des Komitees sowie anderer Organisationen mit ähnlicher Zielsetzung von den „Rittern des Containment" und der „antisowjetischen Brigade"[5]). Das Motto für die außenpolitische Kampagne gab 1974 Eugene Rostow aus: „Wir glauben, daß es nicht nur falsch, sondern gefährlich ist, die öffentliche Meinung des Westens dadurch einzulullen, daß man das Ende des Kalten Krieges . . . und eine Generation des Friedens proklamiert."[6]) James Schlesinger hatte 1980 zur Frage nach der Weltlage eine „ganz einfache Antwort": „Die Aussichten sind wachsende Turbulenzen und Instabilität für den Rest des Jahrhunderts. Der fundamentale Grund ist auch einfach: der relative Niedergang amerikanischer Macht und, damit verbunden, der verminderte Wille der Amerikaner, eine *kombinierte* Rolle als internationaler Wächter und selbsternannter moralischer Erzieher zu spielen – kurz, das Ende der *Pax Americana.*"[7]) Nicht weniger als dies, die Rückeroberung des „angestammten" Platzes in der Welt, den die USA aufgrund der Schwächung der europäischen Länder und der Sowjetunion durch den Zweiten Weltkrieg errangen, ist Ziel der US-Politik.

Global betrachtet, nehmen die USA heute nicht mehr die unangefochtene Vormachtstellung ein, wie dies nach 1945 der Fall war. Die heutige US-Regierung und ihre Berater beklagen, daß sich frühere Regierungen außenpolitisch in die Defensive drängen ließen. Mit betriebswirtschaftlichem Kalkül wird festgestellt, die Entspannungspolitik habe der Sowjetunion einseitige Vorteile gebracht. Von einem Chomeini, so heißt es, mußte man sich auf der Nase herumtanzen lassen. Das Vertrauen der Verbündeten sei seit dem verlorenen Vietnamkrieg geschwunden. In selbstzerstörerischer und resignativer Weise sei zu lange gefragt worden, ob denn das Sterben der „Jungs" in Vietnam überhaupt einen Sinn hatte. Aber nicht nur Vietnam ging „verloren"; generell überließ man den Sowjets in der Dritten Welt die Initiative, denn auch Laos, Kambodscha, Angola, Äthiopien, der Südjemen und Nicaragua gingen „verloren"[8]). Hier schlägt die Regierung Reagan eine andere Gangart ein. Man erklärt beispielsweise, man hätte den nicaraguanischen Diktator Samoza nicht fallen lassen[9]) und werde dafür sorgen, daß Saudi-Arabien kein Iran werde.

Als Präsident Carter gewählt wurde, war das sogenannte Vietnam-Syndrom[10]) auf seinem Höhepunkt. Die generelle Unlust, sich in militärische Konflikte zu verwickeln, führte zur Proklamation einer Nicht-Interventionspolitik durch Carter. Doch diese Einstellung wurde nicht ohne Folgen attackiert, indem auf die außenpolitischen Schlappen des Präsidenten verwiesen und die Überwindung des Vietnam-Syndroms gefordert wurde. „Wir müssen", sagte Alexander Haig im Juli 1979, „Sack und Asche unse-

4) Siehe hierzu Richard J. Barnett, Wie es zur neuen Politik der Stärke kam, in: Wilhelm Bittorf (Hrsg.), Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher, Reinbek 1981, besonders S. 180–183. Zur langfristigen Entwicklung der US-Außenpolitik, vgl. Bernd Greiner, Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute, Köln 1980.

5) Dimitri K. Simes, The Anti-Soviet Brigade, in: „Foreign Policy", No. 37, Winter 1979–80, S. 28–42.

6) Zit. in Richard J. Barnett (Anm. 4), S. 172.

7) James R. Schlesinger, Third-World Conflict and International Security in the 1980's, in: „Survival", 6/1980, S. 274.

8) Der Tenor dieser Argumente ist z. B. wiederzufinden in der Ausgabe „Foreign Affairs", 3/1981, mit dem Schwerpunkt „America and the World 1980". Daß dabei lediglich kurzfristige Erfolge der UdSSR, nicht jedoch deren Fehlschläge berücksichtigt sind, zeigt z. B. die Ausgabe des „Defense Monitor" vom Januar 1980.

9) Außenminister Haig, zit. in: „Der Spiegel" v. 5. 1. 1981.

10) Michael T. Klare, The new interventionism. Curing the Vietnam Syndrome, in: „The Nation" v. 13. 10. 1979.

rer Südasien-Einmischung weglegen."[11]) Mit Carter glaubte man einen Schuldigen gefunden zu haben. Doch bereits vor Carters Mißerfolgen, nämlich spätestens seit 1976, war die Rückeroberung des Einflusses in der Welt Ziel der Konservativen und „Entspannung" ein Schimpfwort in der Republikanischen Partei[12]).

Carters Politik, die mit dem Anspruch auf globale (allerdings nur mit Einschränkungen für die sozialistischen Länder geltende) Kooperation statt Konfrontation verkündet worden war, die Interdependenzen betont und – anders als unter Kissinger – hierarchische Ungleichgewichte herunterzuspielen versucht hatte, diese Außenpolitik beugte sich der Kritik[13]). Der Sturz des Schah war ein Wendepunkt. Um „vitale" US-Interessen zu schützen, war man bereit, auch Militär einzusetzen bzw. damit zu drohen. Verteidigungsminister Brown erklärte das Öl im Mittleren Osten als „eindeutig Teil unserer vitalen Interessen"[14]).

Die sowjetische Intervention in Afghanistan bot dann die Gelegenheit, unter dem Beifall der Konservativen im Januar 1980 die Carter-Doktrin zu verkünden: „Jeder Versuch durch jede fremde Macht, Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen, wird als ein Angriff auf die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika gewertet, und ein solcher Angriff wird durch jedes notwendige Mittel, einschließlich militärischer Macht, zurückgeschlagen."[15]) Trotz erklärter gegenteiliger Absicht fand die Hervorhebung militärischer Lösungsversuche außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Probleme schon unter Carter ihren Niederschlag, insbesondere durch die Aufstellung der Rapid Deployment Force, einer schlagkräftigen Truppe, die weltweit einsetzbar ist, durch die Errichtung von Stützpunkten in Kenia, Oman und Somalia und durch großzügigere Handhabung des Rüstungsexportes und der Militärhilfe[16]). Die unter Reagan später vollzogene Verschiebung zugunsten von militärisch gestützter Machtpolitik anstelle der Betonung des Ausgleichs und der Verständigung war eingeleitet. Doch alle Bemühungen dieser Art waren den Gegnern Carters nicht hinreichend.

Für sie bewahrheiteten sich mit der gescheiterten Aktion zur Befreiung der Geiseln im Iran ihre Befürchtungen. Die Zerstörung der Hubschrauber im April 1980 war ein Symbol für die Inkompetenz der US-Militärstreitkräfte. In einem Bereich, in dem die USA als überlegen angesehen worden waren, hatte man eine empfindliche Schlappe erlitten. Die Streitkräfte waren als außenpolitisches Instrumentarium diskreditiert. Wegen der Tatenlosigkeit in der Geiselaffäre, der Unfähigkeit, den Vietnamkrieg gewinnen zu können, und der Hilflosigkeit gegenüber dem Kartell der OPEC formulierte der frühere stellvertretende Außenminister George W. Ball: „Impotent angesichts dieser unkonventionellen Waffen, bot Amerika nicht länger das Bild einer vorherrschenden Macht; wir hatten, meinten einige Kritiker, unsere Einmaligkeit verloren und waren

11) Zit. von John Judis, Why not the worst? Alexander Haig brings strong-arm diplomacy to a volatile world, in: „The Progressive", Februar 1981, S. 24.

12) William P. Bundy, Who lost Patagonia? Foreign Policy in the 1980 Campagn, in: „Foreign Affairs". No. 1, Herbst 1979. S. 1–27, speziell S. 3.

13) Zur Einschätzung der Außenpolitik Carters vgl. z. B. Robert W. Tucker, America in Decline: The foreign policy of „Maturity", in: „Foreign Affairs", 3/1979, S. 449–484.

14) Zit. in Michael T. Klare (Anm. 9), S. 339.

15) Zit. in David Newson, America Engulfed, in: „Foreign Policy", No. 43/1981, S. 17.

16) Zur Rapid Deployment Force vgl. z. B. Michael T. Klare, An Army in Search of a war, in: „The Progressive", Februar 1981, S. 18–23. Zu Anspruch und Wirklichkeit von Carters Rüstungsexportpolitik, s. Max Holland, The Myth of Arms Restraient, in: „International Policy Report", 1/1979, S. 1–16. – Im Military Posture Statement der Joint Chiefs of Staff für das Jahr 1981 wie auch im Jahresbericht der Verteidigungsminister für das Jahr 1981 (beide 1980 herausgegeben) wird die Tendenz zur Aufwertung des Militärischen deutlich. Vgl. den Abdruck der Berichte in „Militärpolitik Dokumentation" (Extra 2), Frankfurt/M. 1980, S. 117–133 bzw. 134–145.

nicht mehr ein *primus inter pares* – die größte der Großmächte."[17]) Dies sollte wieder geändert werden.

Eugene Rostow gab 1980 dem neuen Außenminister Muskie folgende *außenpolitische* Empfehlung: „Ihr erster Job . . . ist es, zu helfen, einen zusätzlichen Verteidigungshaushalt für die Finanzjahre 1980 und 1981 zu erhalten, der über die Beschränkung hinausgeht, die Sie als Vorsitzender des Senate Budget Committee bewilligten. Die zusätzliche Bewilligung sollte Teil eines zu erwägenden Fünf- oder Zehnjahres-Aufrüstungsprogramms sein, das entworfen wird, um sowohl unsere nukleare als auch konventionelle Abschreckungskapazität wiederherzustellen."[18])

Ziel der Reagan-Regierung ist es, den fortschreitenden Rückgang der weltpolitischen Rolle der USA, der in diametralem Gegensatz zum Führungsanspruch der 50er und 60er Jahre steht, zu revidieren[19]). Das internationale System wird wieder stärker bipolar gesehen, Konflikte, Interessen, Einflußgebiete usw. werden der alles überragenden sowjetisch-amerikanischen Konkurrenz untergeordnet. Die Sowjetunion kann, nach Einschätzung der Reagan-Regierung, nicht durch ein Netz von Verträgen oder Vereinbarungen von ihren „expansiven" Absichten abgehalten werden; ihr könne nur durch militärische Stärke begegnet werden.

Präsident Reagan und seine Mannschaft knüpfen damit an die „Containment"-Politik J. F. Dulles' an, der den Globus in zwei sich ausschließende Lager aufteilte[20]). 1950 hieß es in einem Memorandum des Nationalen Sicherheitsrates: „Im Gegensatz zu anderen Mächten, die vor ihr nach Hegemonie strebten, ist die Sowjetunion von einem fanatischen Glauben beseelt, der im Widerspruch zu unserem eigenen steht. Sie versucht, dem Rest der Welt ihre absolute Herrschaft aufzuzwingen. Daher kommt es ständig zu Konflikten."[21]) Manche Äußerungen der heutigen Regierung klingen ganz ähnlich, so beispielsweise das dem Präsidentschaftsanwärter Reagan zugeschriebene Zitat: „Machen wir uns nichts vor, . . . die Sowjetunion steckt hinter aller Unruhe der Gegenwart."[22]) Vom „internationalen Terrorismus" ist mit Blick auf den „weltweiten Subversionsapparat" des sowjetischen Militärs die Rede[23]). Außenpolitiker in der Republikanischen Partei mit gemäßigteren Einstellungen verstummten, paßten sich der neuen Beurteilung an oder wurden überhört. In einem kritischen Zeitungsartikel warf der ehemalige stellvertretenden Außenminister Ball der Reagan-Regierung vor, einen Kalten Krieg zu provozieren: „John Foster Dulles lebt. Und es geht ihm gut im Weißen Haus. Wieder einmal vernehmen wir seine leidenschaftliche Anklage: die Sowjetunion sei der Anti-Christ, der die Zivilisation mit einer todbringenden Lehre bedrohe. Die Sowjetunion, melden Präsident Reagan und sein Außenminister Alexander M. Haig Jr., sei verantwortlich für all unsere internationalen Probleme: für Unruhen in kleinen lateinamerikanischen Staaten wie für die Krise im Nahen Osten; für Stammeskriege in Afrika wie für den internationalen Terrorismus."[24]) Bei Eugene Rostow heißt

17) George W. Ball, Reflections on a heavy year, in: „Foreign Affairs", 3/1980–81, S. 475.
18) „Foreign Policy", No. 39, Sommer 1980, S. 6.
19) Manfred Görtemaker, Reagan-Amerika und Westeuropa, in: „Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament", B 32/1981, S. 3–19.
20) Vgl. hierzu die Beurteilung von Michael M. Harrison (Anm. 3), besonders S. 6.
21) Zit. in Richard J. Barnett (Anm. 4), S. 173.
22) Zit. in Bernd Greiner, Die Kräfteverschiebung in der amerikanischen Politik, in: „Blätter", 12/1980, S. 1426.
23) So der ständige Vertreter der USA, Tapley Bennet, im Nordatlantikrat. Zit. in Wilfried v. Bredow/Rudolf Horst Brocke, Das außenpolitische Konzept der Reagan-Administration, in: „Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament", B 32/1981, S. 23; s. auch Norman Birnbaum, Amerikanische Politik als Funktion gesellschaftlicher Kräfte, in: „Europa Archiv", 18/1980, S. 557–564.
24) George W. Ball, Das Weiße Haus reaktiviert die Besessenheit vom Kalten Krieg, in: „International Herald Tribune" v. 9.7. 1981, zit. in: „Militärpolitik Dokumentation", 22/1981, S. 6.

es: „Wir befinden uns mitten in einer Weltkrise, hervorgerufen durch das sowjetische Streben nach Macht und durch unsere inadäquate Antwort . . . Indem sie sich an der Illusion und an dem Betrug der Entspannung festhielten, erlaubten sie (westliche Länder; d. Verf.), daß uns die Sowjetunion mit ihren Waffen überholte und auf dieser Basis einen sich beschleunigenden Drang zur Dominanz in der ganzen Welt initiierte."[25])

Es kann kein Zweifel bestehen, die Außenpolitik der Vereinigten Staaten setzt auf Konfrontation mit der Sowjetunion. Dabei werden die eigentlichen Probleme in der Dritten Welt, nämlich Unterentwicklung und soziale Instabilität, durch die Ost-West-Konkurrenz noch verschärft, indem aktiv in Konflikte eingegriffen wird.

In einer Analyse zur Entspannungspolitik und der Übertragung des Ost-West-Konfliktes auf die Dritte Welt kommt Lothar Brock zu der interessanten Einschätzung, daß die gegenwärtige amerikanische Außenpolitik trotz ihrer Einseitigkeit nicht gänzlich ohne Realitätsbezug sei – „nämlich des Bezuges auf die tatsächliche Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die einen wesentlichen Bestimmungsfaktor der gesamten Nachkriegsentwicklung darstellt. Und da diese Systemkonkurrenz ihrer Natur nach global ist, ist es nicht ganz unlogisch, jeden eigenen Macht- und Einflußverlust in der Dritten Welt als Zuwachs an Kontrolle des ‚realen Sozialismus' in der Dritten Welt, als Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zu betrachten"[26]).

2. *Die militärische Lage: „Der Sowjetunion unterlegen"*

Die Standortbestimmung der militärischen Situation der Vereinigten Staaten entspricht ganz der außenpolitischen Sicht der Reagan-Regierung. Laut C. Weinberger, dem zuständigen Minister, ergibt sich folgendes Bild: „Die Sowjetunion ist ein aggressiver, imperialistischer, repressiver Staat. Die Geschichte, besonders die russische Geschichte, kennt viele Beispiele solcher Regime. Wenn das Volk unruhig wurde, zettelten die Herrscher gemeinhin einen Krieg an, um das Volk wieder hinter sich zu bringen und von der Repression im eigenen Land abzulenken . . . Wir müssen sicherstellen, daß dieses sowjetische Imperium, wenn es denn aufgrund seiner eigenen Widersprüche zusammenbricht, das mit einem Winseln tut und nicht mit einem großen Knall."[27]) Es sieht aber zur Zeit, nach Weinberger, bedrohlich aus, denn: „Es gibt nichts Hypothetisches über die sowjetische Militärmaschine. Ihre Expansion, Modernisierung und ihr Beitrag zur Projektion der Macht über die sowjetischen Grenzen hinaus sind offensichtlich . . . Alle Teile der sowjetischen Streitkräfte . . . fahren mit einem unaufhörlichen Ausfluß neuer Waffensysteme, Panzer, Raketen, Schiffe, Artillerie und Flugzeuge fort zu modernisieren. Der sowjetische Militärhaushalt wächst weiter, um diesen Kräfteaufbau zu finanzieren, die Projektion der sowjetischen Macht weit über die sowjetischen Küsten zu projizieren und Stellvertreterstreitkräfte zur Unterstützung revolutionärer Fraktionen und Konflikte zu benutzen, die eine wachsende Bedrohung für die internationale Stabilität bedeuten . . .

– Das sowjetische Heer ist auf über 180 Divisionen angewachsen . . .
– Die Sowjets haben 50 000 Panzer und 20 000 Stück Artillerie im Einsatz . . .
– Mehr als 5200 Hubschrauber stehen den Streitkräften zur Verfügung . . .
– Mehr als 3500 sowjetische und Warschauer-Pakt-Bomber und Kampfflugzeuge sind

25) Eugene Rostow (Anm. 18), S. 6.
26) Lothar Brock, Entspannungspolitik als globales Problem. Zum Ost-West-Konflikt in der Dritten Welt, Arbeitspapier 22/1981 der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/M., S. 12.
27) „Der Spiegel", 40/1981, S. 150.

allein in Osteuropa lokalisiert. In jedem der letzten Jahre produzierten die Sowjets mehr als 1000 Kampfflugzeuge.
– Gegen Westeuropa, China und Japan fügen die Sowjets ständig neue Nuklearsprengköpfe hinzu; die Zahl der Abschußrampen wächst."[28])

Im „Military Posture Statement", dem jährlichen Überblick über die Stärke der Streitkräfte, für das Jahr 1982 stellt der Generalinspekteur der Streitkräfte, General David C. Jones, auf vielen Gebieten eine Unterlegenheit der US-Streitkräfte fest: die Interkontinentalraketen sind äußerst verwundbar, riesige Lücken bestehen bei den Nuklear-Waffen für das europäische „Theater"[29]), und im konventionellen Bereich müßte man nach Jones bei den meisten Konflikten „outnumbered and outgunned" kämpfen[30]). Schenkt man den militärischen Lageburteilungen und Meinungen der führenden US-Politiker und Militärs Glauben, dann sind die USA der Sowjetunion bereits haushoch unterlegen. Alexander Haig behauptete (kurz nach seinem Rücktritt als NATO-Oberbefehlshaber in seiner Funktion als Präsident des Rüstungskonzerns United Technologies Corporation): „Seit 1962 hat die Sowjetunion Schritt für Schritt die 10-zu-1-Unterlegenheit bei strategischen Waffen eliminiert." Er meinte zu dem oft beschworenen Gleichgewicht zwischen den beiden Großmächten: „Während Gleichgewicht einer US-Unterlegenheit vorzuziehen ist, sollten wir wahrnehmen, daß strategische Parität unseren Handlungsspielraum dennoch einschränken kann . . ."[31])

Ronald Reagan nannte die sowjetische Rüstung „die größte Aufrüstung der Geschichte der Menschheit". Wie unterschiedlich die Einschätzungen sind, geht daraus hervor, daß der damalige Präsident Carter darauf mit dem Satz reagierte: „Unsere militärische Kapazität ist von der Sowjetunion nicht übertroffen und sicherlich nicht von irgendeiner anderen Nation der Erde, und so wird es auch bleiben."[32])

Als langfristig besonders bedrohlich sieht die Streitkräfteführung an, daß die „Sowjetunion 50% mehr für die Verteidigung ausgibt als die USA"[33]). Diese von der CIA angestellte Schätzung führte zu der vereinfachenden Schwarz-Weiß-Malerei in der Wahlplattform der Republikanischen Partei, es werde 40 Jahre dauern, bis die USA aufgeholt hätten, wenn man nicht mehr als 5% des Bruttosozialprodukts für das Militär ausgebe[34]). (Nicht jede im Wahlkampf abgegebene Erklärung sollte man für bare Münze nehmen; Wahlkampfrhetorik und politische Realität klaffen oft weit auseinander.) Wie in der Außenpolitik, so wird auch bei der Zustandsbeschreibung der US-Streitkräfte von der Reagan-Regierung auf die „Fehler in der Vergangenheit" hingewiesen. Die Forderung nach der Erhöhung des Rüstungshaushalts „across the board", also bei allen Positionen wird mit der „across the board-Unterdrückung" des Budgets in den vergangenen Jahren begründet[35]).

28) Caspar Weinberger im Vorwort der mit großem Presseecho im Herbst 1981 verteilten Broschüre Soviet Military Power, o.O. (Washington), o.J. (1981).
29) Der Begriff „Theater Nuclear Weapons", der im Weißbuch der Bundesregierung als „Nuklearwaffen in und für Europa" übersetzt wird, wird von mir als „Theater"-Waffen übernommen.
30) US Military Posture Statement 1982, vorgelegt am 4. 2. 1981, zit. auszugsweise in „Wireless . . ." No. 26, v. 6. 2. 1981, S. 1–26, s. hier vor allem S. 8–10.
31) Alexander M. Haig, The Alliance in the 1980s, in: „Washington Quarterly", Winter 1980, S. 133 f.
32) Zit. in „Wireless . . .", No. 199 v. 22. 10. 1980.
33) US Military Posture Statement 1982 (Anm. 30), S. 18.
34) Vgl. „Defense Monitor", 3/1981, S. 3.
35) So Caspar Weinberger in einem Statement vor dem Senate Armed Services Committee, zit. in „Wireless . . .", No. 44 v. 5. 3. 1981, S. 20, in dem auch auf die CIA-Schätzung der sowjetischen Ausgaben hingewiesen und auf die besorgniserregendere Situation im Bereich der investiven Ausgaben (Waffenbeschaffung, Forschung und Entwicklung) aufmerksam gemacht wird.

Die Schlußfolgerung der Reagan-Mannschaft, daß man auf vielen Gebieten (manche Berater meinen auf allen Gebieten)[36]) der Sowjetunion militärisch unterlegen sei, beruht nicht auf neuen Erkenntnissen über das sowjetische Militärpotential, sondern auf einer anderen Bewertung der gleichen Fakten. Das heutige Aufrüstungsprogramm ist eine Reaktion auf die Entspannungsbereitschaft der USA in der ersten Hälfte der 70er Jahre. Lange vor Antritt der Reagan-Regierung machte sich das (bereits im vorigen Abschnitt erwähnte) „Committee on the Present Danger" an die Arbeit, das Bild von der sowjetischen Bedrohung noch drastischer auszugestalten. Noch unter Präsident Ford wurde wegen vorhandener Zweifel über die Objektivität der CIA-Einschätzungen ein Team von sieben sogenannten unabhängigen Experten eingesetzt, kurz „Team B" genannt.

„Team B", teilweise aus dem „Committee" rekrutiert, übernahm wesentliche Schlußfolgerungen des „Committee on the Present Danger". Die zur Verfügung gestellten Geheimdienstmaterialien wurden nach eigenen Kriterien ausgewertet. Die CIA hatte beispielsweise 1976 in ihrer Bewertung Korrekturen an der Leistungsfähigkeit der sowjetischen Rüstungsindustrie vorgenommen[37]). Wegen der geringer einzuschätzenden Leistungsfähigkeit der Rüstungsindustrie in der Sowjetunion müsse man nicht ca. 6%, sondern rund 12% des Nationalprodukts veranschlagen, die benötigt würden, um den Militärapparat zu unterhalten und die Waffensysteme zu produzieren. Während die CIA ausdrücklich darauf hinwies, die Sowjetunion habe ihre Rüstungsanstrengungen nicht erhöht, es handle sich ausschließlich um eine neue Schätzung, zog „Team B" daraus den Schluß, die Sowjetunion habe ihre Militärausgaben und die Rüstungsproduktion verdoppelt. „Man muß es zweimal sagen", schreibt R. Barnett, „ehe es begreiflich wird: Eine Analyse der Unproduktivität und Ineffizienz der sowjetischen Rüstungsindustrie, also einer lähmenden Schwäche der Gegenseite, ist vom ‚Team B' total umgebogen worden in die Behauptung, die Sowjet-Union vollbringe gigantische Rüstungsleistungen."[38]) Die Ergebnisse von „Team B" aber wurden vom damaligen CJA-Direktor und heutigen Vizepräsidenten der USA, George Bush, als offizielle CIA-Schätzungen übernommen und sind Grundlage für Kräftevergleiche. Mitglieder des Teams, wie Richard Pipes, Paul Nitze und William van Cleave, sind heute hochrangige Beamte im sicherheitspolitischen Apparat Präsident Reagans.

Doch nicht nur an „mangelnder Verteidigungsleistung" in den Vereinigten Staaten wird Kritik geübt. Kritisiert wird auch, daß sich kein NATO-Land in Westeuropa an die 1978 getroffene Abmachung im NATO-Langzeitprogramm halte, die Rüstungsausgaben jährlich bis 1985 um real 3% zu erhöhen, zumal doch – so NATO-Oberbefehlshaber Rogers – „eine reale Steigerung der jährlichen Verteidigungsausgaben von im Schnitt vier Prozent pro Land notwendig ist. Wenn die Maßnahmen der Phase II nach Afghanistan hinzukommen, dann erhöht sich die Zahl auf 4,5 Prozent"[39]).

36) So z. B. Generalmajor George Keegan, Chef der Feindaufklärung der Luftwaffe: „Ich bin mir keiner einzigen wichtigen Kategorie bewußt, in welcher die Sowjets nicht einen erheblichen Vorsprung vor den Vereinigten Staaten erreicht hätten." Zit. in Richard J. Barnett (Anm. 4), S. 184.

37) Siehe hierzu die Aussagen des ehemaligen Stellvertretenden Direktors der CIA im Subcommittee on Priorities and Economy in Government of the Joint Committee. Congress of the United States, Allocations of Ressources in the Soviet Union and China – 1977, Washington 1977, S. 17 ff.

38) Richard J. Barnett (Anm. 4), S. 186. Siehe auch die Kritik von Michael Brzoska, Alles, was Sie bisher über sowjetische Militärausgaben wußten, ist falsch, in Dieter S. Lutz und Dorothee Gremliza (Hrsg.), Rüstung zum Tode?, Hamburg 1981, S. 72–76.

39) Bernard W. Rogers, Die verstärkte Bedrohung der Sicherheit der NATO erfordert nachhaltige Anstrengungen, in: „NATO-Brief", 3/1981, S. 3.

3. *Die wirtschaftliche Situation: „Der größte Schlamassel seit der Großen Depression"*

Ökonomisch ist die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten ebenfalls erschüttert, besonders durch die Konkurrenz der Europäischen Gemeinschaft und Japans. Hohe Inflationsraten, niedriges Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit von Anfang 1982 rund 9%, enorme staatliche Verschuldung, eine schwierige Zahlungsbilanzposition und der Verfall des Dollars waren seit vielen Jahren Kennzeichen der US-Wirtschaft. Wir haben – so das Credo des Reaganschen Wirtschaftsprogramms – über unsere Verhältnisse gelebt, zu viele Steuern erhoben und sind überbürokratisiert. Die Privatinitiative kann sich nicht entfalten, staatliche Eingriffe verhindern, daß die selbstheilenden Kräfte des Marktes zur Geltung kommen und Amerika wieder in Gang gebracht wird.

In seiner ersten Ansprache vom „Oval Office" kam Präsident Reagan zu dem Schluß: „Es tut mir leid, Ihnen zu sagen, daß wir im größten Schlamassel seit der Großen Depression sind."[40]) Kongreß und Senat machte der Präsident darauf aufmerksam, daß zum erstenmal seit rund 60 Jahren die Inflationsrate über zwei Jahre hinweg durch eine zweistellige Zahl ausgedrückt werden müsse. Um der Bevölkerung den Kaufkraftverlust zu veranschaulichen, hielt er in einer Fernsehansprache in der linken Hand einen Dollarschein hoch, ließ mit der rechten Hand einen „Quarter", einen „Dime" und einen „Penny", also 36 Cent, auf den Tisch fallen. Soviel ist der Dollar aus dem Jahr 1960 noch wert. Durch das Wirtschaftsprogramm soll die Inflationsrate von 12% bei Reagans Amtsantritt halbiert werden.

Fast acht Millionen Arbeitslose waren in den USA 1980 registriert. „Das sind alles Leute, die arbeiten wollen", sagte der Präsident. „Verzweiflung überschattet ihr Leben."[41]) 13 Millionen Arbeitsplätze sollen geschaffen werden. „Unser Ziel sind Jobs, Jobs und mehr Jobs", rief Reagan am „Labor Day"[42]). Die Arbeitslosenrate von 7,6% Ende 1980 soll bis 1983 auf 6,7%, bis 1986 auf 5,9% gesenkt werden[43]). Doch beschwörende Formeln und illustrative Bilder zur Beschreibung der schrecklichen Zustände allein helfen nicht; statt zu fallen, stieg die Arbeitslosenrate im Jahr 1981 weiter an.

Die Gründe der wirtschaftlichen Misere liegen nach Ansicht von Reagans Wirtschaftsexperten in mangelnder Investitionsbereitschaft der Unternehmer, die inzwischen über einen veralteten Maschinenpark und unproduktive Anlagen verfügen; die Unternehmen sind nicht mehr konkurrenzfähig. Die niedrige Spar- und Investitionsquote wiederum erklären Reagan und seine Mannschaft durch die hohe Inflation; es lohne sich nicht mehr zu sparen. Ein kompliziertes und überholtes Abschreibungssystem, das an den Gestehungskosten für Maschinen, Geräten, Fahrzeugen etc., nicht jedoch am durch die Inflation sehr viel höheren Wiederbeschaffungswert orientiert ist, muß zu einer Lähmung der Wirtschaftstätigkeit führen[44]).

Bürokratisierung durch den Staat tut ein übriges. Überflüssige Kontrollen und Auflagen führen, so Reagan, zu schätzungsweise 100 000 Mio. Dollar Belastung für die Wirtschaft. Umweltschutzbestimmungen und Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz haben den Produktionsausstoß behindert.

---

40) „Financial Times" v. 10. 2. 1981.

41) *Vgl. Präsident Reagan in seiner ersten wichtigen wirtschaftspolitischen Rede in einer gemeinsamen Sitzung von Senat und Kongreß am 18. 2. 1981, abgedruckt in „Wireless . . .", 34 A* v. 29. 2. 1981, S. 1.*

42) Daß er keinen Weg zum erklärten Ziel weise, trug Reagan eine beißende Satire in der „Washington Post" v. 9. 9. 1981 ein.

43) Zu den langfristigen ökonomischen Prognosen s. Executive Office of the President, Budget of the United States Government. Fiscal Year 1982, Washington 1981, S. 5.

44) Hierzu die Aufrüstung von Reagan in „Wireless . . .", 34 A*, S. 8f.

„Das Resultat", so der Präsident, „sind höhere Preise, höhere Arbeitslosigkeit und geringes Produktivitätswachstum. Überbürokratisierung hat zur Folge, daß kleine und unabhängige Geschäftsmänner und Frauen sowie die großen Firmen Expansionspläne aufschieben oder aufgeben; und, da sie für die meisten unserer neuen Arbeitsplätze verantwortlich sind, werden diese Arbeitsplätze nicht geschaffen."[45]) Nicht ein Zuviel an Markt, sondern außermarktmäßige Beschränkungen, wie die staatlichen Eingriffe, aber auch der Einfluß der Gewerkschaften sind für die Reagan-Administration der Kern der wirtschaftlichen Probleme. Vereinfachend wird suggeriert, die Arbeitslosenversicherung halte die Leute nur davon ab, sich einen neuen Job zu suchen; die Krankenversicherung sei ein Anreiz, auch krank zu feiern, Kürzungen im Sozialbereich würden die Armen zwingen, mehr zu arbeiten[46]). „Die staatliche Macht, Steuern zu erheben", so Ronald Reagan im Kongreß, „darf nicht benutzt werden, um die Wirtschaft zu regulieren oder sozialen Wandel herbeizuführen . . . Staatliche Ausgaben müssen auf jene Funktion beschränkt werden, die wirkliche staatliche Aufgabenbereiche betreffen."[47]) Die Vorstellung, der Staat habe die allgemeine Wohlfahrt zu fördern, wird zurückgewiesen. Staatliche Dienstleistungen sind ein Fremdwort. „Ich glaube nicht", meinte Haushaltsdirektor Stockman, „daß die Leute das Recht auf irgendeine Dienstleistung haben."[48])

Wegen der exzessiven Haushalte in der Vergangenheit und den zu hoch geschraubten Erwartungen im Sozialbereich sei der Staat hoffnungslos verschuldet, das Staatsschiff außer Kontrolle geraten. In 19 der letzten 20 Jahre hat die Bundesregierung mehr ausgegeben als eingenommen[49]). Das staatliche Defizit sollte, nach den ursprünglichen, inzwischen aber durch die voraussehbare Entwicklung überholten Pläne, von 60 Mrd. Dollar 1980 auf Null im Jahre 1984 reduziert werden. Für 1986 erwartete man ein Plus von fast 30 Mrd. Dollar[50]). Erwartet werden darf jetzt für das Jahr 1984 ein Defizit von mindestens 100 Mrd. Dollar.

Zu hohe Steuern, die gerade die gut verdienenden, produktiven Mitglieder der Gesellschaft von weiterem Engagement abhalten, müssen gesenkt werden. Erste Steuersenkungen sind seit Oktober 1981 in Kraft. Besonders durch die Einschränkung staatlicher Interventionen hofft man, „den Kreis negativer Erwartungen (zu brechen), das Wirtschaftswachstum zu vitalisieren, Optimismus und Vertrauen zu erneuern und die unternehmerischen Instinkte und Kreativität wieder zu entflammen"[51]).

Um auf die Unausgegorenheit der Analysen und die an Dämonenbeschwörung grenzenden Lösungsvorschläge zur Wirtschaftspolitik hinzuweisen, sprach George Bush, heute Vizepräsident, damals Reagans Herausforderer, von „voodoo economics"[52]). David Stockman, heute Haushaltsdirektor, und Jack Kemp, Kongreßabgeordneter, verfaßten ein Memorandum „Zur Vermeidung eines wirtschaftlichen Dünkirchen der Republikaner" und schlugen vor, der Präsident solle „dem Kongreß offenlegen, daß

45) Ebd., S. 9.
46) Lester Thurow, ein angesehener Ökonom, initiierte mit einer Kritik am Wirtschaftsprogramm unter dem Titel „How to wreck the Economy" eine hitzige Debatte über die Grundlagen und die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik; dabei nahm er auch Bezug auf die dem Programm zugrundeliegende Ethik. Vgl. „New York Times Review of Books" v. 6.4. 1981.
47) Zit. in „The Times" v. 31. 7. 1981.
48) Zit. von J. K. Galbraith in: „The Observer" v. 2. 8. 1981.
49) In „Wireless . . ." (Anm. 41), S. 1 und 2.
50) Fact Sheets des Weißen Hauses, abgedruckt in „New York Times" v. 11. 3. 1981.
51) Ronald Reagan wird so in einer Analyse zum Haushalt 1982 zit., s. J. Pechman (Hrsg.), Setting National Priorities. The 1982 Budget, Washington 1981, S. 2.
52) Zit. in „Neue Zürcher Zeitung" v. 15./16. 2. 1981.

die von ihm übernommenen wirtschaftlichen haushalts- und energiepolitischen Verhältnisse sowie das Ausmaß der staatlichen Reglementierung weit schlimmer seien, als man dies für möglich gehalten hat". Die Ausrufung des „wirtschaftlichen Notstands" sei unumgänglich[53]). Der Notstand wurde zwar nicht ausgerufen, die Lage aber in düsteren Farben geschildert. Reagan appellierte an den Mythos vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten, an den Zusammenhalt der Nation und meinte, „es gibt nichts Falsches in Amerika, das wir nicht reparieren können"[54]).

II. Radikale Rezepte der Konservativen

1. Militärische Stärke: Je mehr, desto besser

Der ehemalige Präsident Carter war mit dem Wahlversprechen angetreten, den Militärhaushalt zu senken. Während seiner Amtszeit stieg er von 110 auf 178 Mrd. Dollar. Alles bisher Dagewesene wird durch die Reagan-Pläne in den Schatten gestellt. Weltweit werden pro Jahr heute für das Militär rund 500 Mrd. Dollar ausgegeben. Nach Auskunft Verteidigungsminister Weinbergers (vgl. Schaubild 1) sollen es 1986 für die Vereinigten Staaten allein 368 Mrd. Dollar (rund 800 Mrd. DM) sein. Während der heißesten Phase des Vietnamkrieges von 1965 bis 1970 steigerten die USA ihre Militärausgaben um 50%; nach Reagans Plänen sollen sie sich in den nächsten fünf Jahren mehr als verdoppeln. Trotz dieser rasanten Steigerung würden bis 1988 dennoch 750 Mrd. US-Dollar im Rüstungshaushalt fehlen, ging nach einem Jahr Regierungszeit aus durchgesickerten internen Papieren des Pentagon hervor[55]).

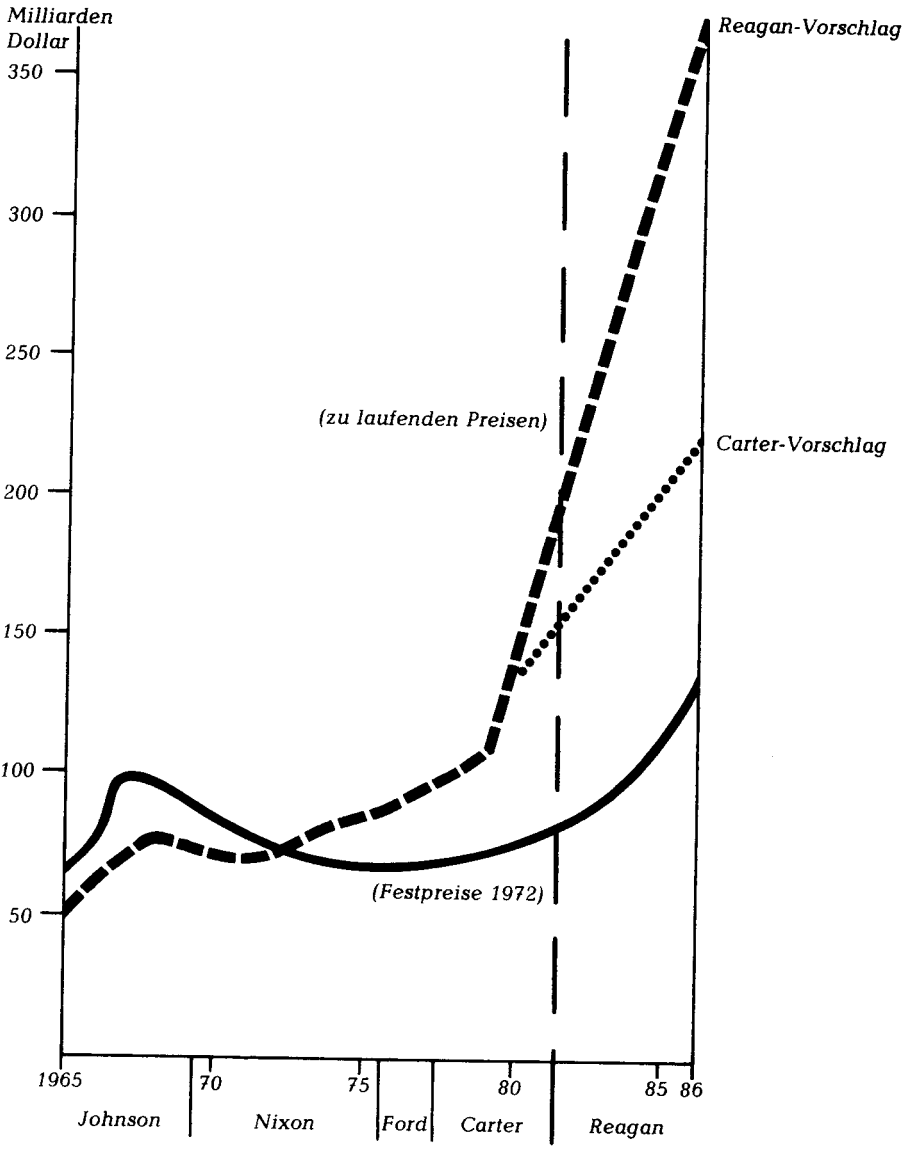
Nach Abzug der Inflation bleiben Steigerungen um jährlich über 7%[56]). Die Begründung der Reagan-Regierung für die drastischen Erhöhungen sind einfach: weil man in den vergangenen 15 Jahren die Kapazitäten der US-Streitkräfte nicht angemessen erweitert habe (in der Sowjetunion sei dies der Fall gewesen), müsse der Militärhaushalt überproportional steigen. Von den Befürwortern hoher Militärausgaben wird weiterhin argumentiert, inflationsbereinigt lägen die Militärausgaben heute beträchtlich unter dem Niveau von 1968, dem bisherigen Höhepunkt (vgl. Schaubild 1). Außerdem liege der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt heute niedriger als in den Jahrzehnten vorher. Von teils über 10% fiel der Anteil der Militärausgaben am BSP auf 5,2% im Jahr 1978. Nach den Plänen der jetzigen Regierung wird ein Anstieg von 5,5% 1980 auf 7,1% im Jahr 1986 prognostiziert. Erfüllen sich jedoch die Erwartungen des Bruttosozialwachstums der Reagan-Regierung von 4,4% pro Jahr nicht (eine inzwischen durchaus realistische Annahme), dann würde der Anteil des Militärhaushalts am Bruttosozialprodukt gar auf 8,1% steigen[57]).

Die allgemeinen Angaben geben die Größenordnung des Aufrüstungsprogramms nur unvollständig wieder. Der Militärhaushalt steigt real (also inflationsbereinigt) von 1980 bis 1982 um 29%. Die höchsten Zuwachsraten verzeichnen die Titel militärische Bauten (128%), Beschaffung neuer Waffensysteme (70%) sowie Forschung und Entwicklung (38%); im Vergleich dazu fallen die Erhöhungen der Personalkosten (4%) und Pensionen (7%) ausgesprochen dürftig aus (vgl. Tabelle 1). Die Budgeterhöhungen werden sich mithin in beträchtlich erhöhten Waffenentwicklungen sowie dra-

53) Vgl. „Die Zeit" v. 16. 1. 1981, S. 16; ausführlich analysiert in J. Pechman (Hrsg.) (Anm. 51), S. 240ff.
54) In „Wireless . . ." (Anm. 41), S. 10.
55) Siehe „Aviation Week and Space Technology" v. 18. 2. 1982, S. 15.
56) Budget of the United States Government 1982.
57) Lester C. Thurow geht in einem Artikel in der „New York Times" v. 31. 5. 1981 davon aus, daß die wirtschaftspolitische Prognose von 4,4% Wachstum und 3% Produktivitätssteigerung nicht erreichbar ist, und schätzt daher den zu erwartenden Anteil der Militärausgaben am BSP für 1986 auf 8,1%.

Schaubild 1

US-Militärhaushalt



Quellen: 1965–1979 Stockholm International Peace Research Institut, 1980–1986 US-Regierung. Office of Assistant Secretary of Defense, 1965–1986 (Festpreise) Budget of the United States Government, 1982.

stisch gesteigerten Beschaffungen neuer Waffensysteme und militärischer Anlagen auswirken.

Auf dem Programm steht für die 80er Jahre die Produktion von über 17 000 Atomsprengköpfen unterschiedlicher Sprengkraft, teils als Ersatz für alte, teils für neue Waffensysteme wie MX-Raketen, Cruise Missiles, Pershing II, strategische Bomber, U-Boote, Artillerie usw.[58]). Die in Westeuropa so heftig umstrittenen Mittelstreckenraketen sind nur ein Bruchteil des Gesamtprogramms, nämlich 758 der über 17 000 Sprengköpfe.

Daneben geht es um Beschaffung von B-1-Bombern, von zusätzlichen Panzern und Schützenpanzern, von Kampfflugzeugen der Typen F-14, F-15, A-60, Flugabwehrsystemen, Cruise Missiles, Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen und vieles mehr (vgl. Tabelle 2). Die US-Luftrüstungsindustrie rechnet mit einer Verdoppelung ihrer Verkäufe von 1981 bis 1984 (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 1
Erhöhungen des Militärhaushalts (real von 1980–1982)

	In %
Personalkosten	*4*
Pensionen	*7*
Betriebskosten/Reparaturen	*15*
Beschaffung	*70*
Forschung und Entwicklung	*38*
Bauten	*123*
Wohnungen (für Familien)	*28*
Gesamthaushalt	*29*

Quelle: Office of Assistant Secretary of Defense Public Affairs, Pressemitteilung, v. 4.3. 1981, S.4.

Falls das Reagan-Programm planmäßig durchgeführt wird, steigt der Anteil des Haushalts für das Department of Defense am Bundeshaushalt von 24,7% im Jahr 1981 auf 37,6% im Jahr 1986. Rechnet man die in anderen Haushalten untergebrachten militärischen Aufwendungen (wie Zuwendungen für Veteranen) hinzu und subtrahiert man sogenannte „trust funds" (z. B. Mittel der Sozialversicherung) und Zinsverpflichtungen, für die gesetzliche Zahlungspflicht besteht, dann reduziert sich der zivile Anteil des Haushalts, über den die Regierung noch verfügen kann, auf rund 22% im Jahr 1986[59]). Anders ausgedrückt: Die Reagan-Regierung beabsichtigt, den Anteil der Militärausgaben an den Mitteln, die zu ihrer Disposition stehen, auf fast vier Fünftel zu erhöhen. Finanziert wird also das Aufrüstungsprogramm durch einen relativen und teilweise auch absoluten Rückgang nicht-militärischer Haushaltstitel. Während der Militärhaushalt 1982 (zunächst) von 178,0 auf 222,2 Mrd. Dollar erhöht wurde (später wurde ein Abzug um rund zwei Mrd. Dollar vorgenommen), sanken andere Teile des Haushalts kräftig (um insgesamt rund 36 Mrd. Dollar); Kürzungen wurden fast ausschließlich im Bereich Arbeit und Soziales vorgenommen.

Die Aufrüstungshysterie fand im Wahlprogramm der Republikanischen Partei ihren Niederschlag in dem Satz: „Wir werden hinarbeiten auf anhaltende militärische Aus-

58) Siehe dazu „Defense Monitor", 1/1981, S. 6; die Angaben basieren auf Plänen des US-Department of Defense.

59) Vgl. Robert DeGrasse und Paul Murphy, The high Costs of Rearmament, in: „The Bulletin fo the Atomic Scientists", Oktober 1981, S. 23–26.

Tabelle 2
Zusätzliche Beschaffung großer Waffensysteme
(Programme, die 1982 zusätzlich zu bereits unter Präsident Carter verabschiedeten Beschaffungen in Auftrag gegeben werden.)

Waffensystem	*Zusätzliche Mittel in Mio. US-Dollar*
Forschung und Entwicklung für Kampfflugzeuge	*2456*
151 XM-1-Panzer (gesamt 720)	*870*
Nuklearkomponenten für Flugzeugträger der Nimitz-Klasse	*658*
1 SSN-688-Angriffs-U-Boot (gesamt 2)	*650*
60 A-16-Kampfflugzeuge	*552*
795 Roland-Flugabwehrsysteme)*	*499*
12 F-15-Kampfflugzeuge (gesamt 42)	*457*
234 Patriot-Flugabwehrsysteme (gesamt 364)	*352*
6 F-14-Kampfflugzeuge	*260*
40 Tomahawk-Marschflugkörper (gesamt 88)	*142*
8 A-6 E-„Intruder"-Kampfflugzeuge (gesamt 12)	*129*
1320 Sidewinder-Raketen (gesamt 1800)	*82*
Forschung und Entwicklung für Laser-Anti-Raketen-Satelliten	*50*

*) Inzwischen durch Einführstopp für ausländische Rüstungsgüter in Frage gestellt.
Quelle: Coalition for a New Military Policy, Presseinformation, 1981 (weitere Angaben vgl. z. B. Aerospace International v. 9. 3. 1981)

Tabelle 3
Verkäufe der US-Luftrüstungsindustrie (in Mrd. US-Dollar)

	1981	*1982*)*	*1983*)*	*1984*)*
Militärflugzeuge	*17*	*20*	*27*	*30*
Raketen	*7,7*	*9,3*	*12,7*	*16,1*
Raumfahrt	*7,2*	*8,4*	*9,5*	*10,5*
Luftrüstungs-Elektronik	*(18–19)*	*(20,5)*	*(25)*	*(30)*

*) Verkaufserwartung. Teilweise in 1.–3. enthalten. Quelle: „Aviation Week and Space Technology" v. 8. 3. 1982, S. 8.

gaben, die ausreichen, um die Lücke zu den Sowjets zu schließen und letztendlich eine Position der militärischen Überlegenheit zu erlangen, die die amerikanische Bevölkerung verlangt."[60]) Die Forderungen nach militärischer Überlegenheit sind inzwischen abgelöst worden von einer Rhetorik, die das militärische Gleichgewicht betont und eine „margin of safety" („Sicherheitsabstand") im Rüstungsprogramm anstrebt[61]). Nach wie vor aber existiert keinerlei differenzierte militärische oder strategische Begründung für Rüstungsprogramme. In der seit Jahren kontrovers geführten Strategiediskussion hat allerdings der Einfluß der sogenannten „war fighters" zugenommen. D. h., diejenigen, die Kriegsführungskapazitäten in den Mittelpunkt ihres Denkens stellen und die politischen Bedingungen der Abschreckung als nachgeordnet betrachten, geben den Ton an. Zum Gewinn eines Nuklearkrieges gibt es danach keine Alter-

60) Zit. in: „Defense Monitor", 3/1981, S. 3.
61) Zit. in James Reichley, in: J. Pechman (Hrsg.) (Anm. 51), S. 251.

native. In den Worten Caspar Weinbergers: „Und falls die Abschreckung versagt, müssen wir gewinnen können, um zu überleben."[62])

Alleinige Begründung für die forcierte Aufrüstung ist die Ambition, die vermeintliche Lücke zur Sowjetunion zu schließen. Politik wird wieder deutlicher als zuvor mit militärischer Stärke und militärischer Drohung untermauert. 1980 noch ging der damalige Verteidigungsminister Brown davon aus, die USA seien militärisch die stärkste Macht der Welt[63]). Ein Jahr später betonte der Generalinspekteur der Streitkräfte, David Jones: „Während der letzten Jahre haben viele in der Welt ein Prinzip wiederentdeckt, das fälschlicherweise in den sechziger und siebziger Jahren als obsolet angesehen wurde: militärische Stärke zählt."[64]) Militärische Interventionen, zu deren Rechtfertigung die Notwendigkeit „zur Eindämmung des Einflusses der Sowjetunion" hervorgehoben wird, schließt die US-Regierung nicht aus[65]). Da die amerikanische Bevölkerung bereit sei, mehr für das Militär aufzuwenden – teilte Weinberger dem Senat mit –, „haben wir nun die nie dagewesene Gelegenheit, unsere militärischen Kapazitäten auf ein Niveau zu bringen, das unseren militärischen Bedürfnissen entspricht."[66]) Es geht um die Entwicklung einer globalen Strategie. „Ich glaube", heißt es im Bericht des Generalinspekteurs zum „Military Posture Statement 1982", „wir müssen unseren strategischen Fokus über die nukleare Abschreckung und eine relative Handvoll Theaterwaffen und regionale Einsatzpläne hinaus erweitern. Initiativen, um sich auf die neuen Realitäten am Arabischen Golf einzustellen (wie die Formation der Mobilen Eingreiftruppe, Vereinbarungen über den Zugang zu Anlagen mit Oman, Somalia und Kenia; prä-positionierter Schiffe im Indischen Ozean, die mit wichtigem Material für den Kampfbeginn bestückt sind, und Großprogramme für See- und Luftlandekapazitäten), sind wichtige und notwendige Maßnahmen, aber sie müssen als ein erster Schritt zum Angehen regionaler Probleme angesehen werden, nicht als endgültige Lösungen globaler Probleme. Wenn ich von globaler Strategie spreche, meine ich einen Rahmen für angemessene Niveaus der Reaktion auf Beeinträchtigung unserer vitalen nationalen Interessen. Dies sollte weder als ein Plädoyer für automatische, unbegrenzte Intervention durch US-Truppen in jedem Buschfeuer noch für eine Weltpolizistenrolle der Vereinigten Staaten interpretiert werden. Das Schlüsselwort in meiner Definition ist ‚angemessen'; wir müssen in der Lage sein, zu handeln, wann, wo und wie es unseren Interessen dient, und nicht simpel auf Krisen am Angriffspunkt reagieren."[67])

Kriege, die aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen – vorrangig zur Sicherung der Rohstoffversorgung – durchgeführt werden, sind keineswegs ausgeschlossen; sie werden in den jährlichen „Military Posture Statements" thematisiert und in Manövern durchgespielt. Doch diese Konzeption der Reagan-Regierung war bereits in Ansätzen im letzten Jahr der Carter-Administration formuliert[68]). Reagan und seine Mannschaft vertreten ihre Globalstrategie offensiver, als dies bei Carter der Fall war, und beschaf-

62) In „Wireless . . .", No. 113 v. 18. 6. 1981, S. 4. Vgl. zu dieser Diskussion Bernd Greiner „Die ganze Welt ist Sache der NATO" in: „Blätter", 1/1982, S. 30.

63) Harold Brown im Bericht der Department of Defense, Annual Report Fiscal Year 1981, o.O., 1980, S. 14, zit. in Dieter S. Lutz, Weltkrieg wider Willen?, Reinbek 1981, S. 284; auszugsweise abgedruckt in: „Militärpolitik Dokumentation", Extra 2, S. 117–133.

64) David C. Jones, Military Posture Statement 1982 (Anm. 30), S. 7.

65) Ebd., S. 5.

66) Caspar Weinberger (Anm. 35), S. 29.

67) David C. Jones (Anm. 30), S. 12. Ähnlich auch Weinberger bei einer Pressekonferenz Anfang Februar 1981 (vgl. „Wireless . . .", No. 24 v. 4. 2. 1981, S. 8), bei der er zum Ausdruck brachte, die US-Streitkräfte müßten mobil in „verschiedenen Teilen der Welt einsetzbar sein in Reaktion auf Krisen . . .".

68) Der letzte Jahresbericht von Verteidigungsminister Brown (Anm. 63) spricht bereits eine deutliche Sprache.

fen in noch größerem Umfang die militärische „hardware", um der Globalstrategie die nötige „Glaubwürdigkeit" zu verleihen.

2. *Marktradikale Kur: Angebotsökonomie als Allheilmittel*

In der Wirtschaftspolitik wurde eine radikale Wende eingeleitet, die einerseits mit der schlechten wirtschaftlichen Situation in den USA begründet wird und andererseits der Regierung für ihr globales militärisches Engagement notwendig erscheint. Die Devise heißt „Deregulation", also Entbürokratisierung. Ziel der Wirtschaftspolitik ist es, die staatliche Bürde, die Verordnungen, die hohen Steuern und Defizite, vom „Rücken der Bürger" zu entfernen. Von einem kreuzzugsartigen Sendungsbewußtsein beseelt und mit der absoluten Sicherheit der Regierenden, für eine gute Sache zu kämpfen, wird eine neue ökonomische Heilslehre verkündet. Eine totale Kehrtwende wird vorgenommen[69]). Nicht staatlich gesicherte Stabilisierung bestimmt die Wirtschaftspolitik, es wird stattdessen auf angebotsorientierte Wirtschaftspolitik (supply-side-economics) gesetzt. Die aus der Weltwirtschaftskrise von 1929/32 stammende Orientierung auf Nachfragesteuerung (modern: Globalsteuerung der Wirtschaft) mit staatlichen Programmen zur Erreichung von Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und Wachstum wird aufgegeben. Denn staatliche Eingriffe, wie Investitions- und Beschäftigungsprogramme, würden das sogenannte freie Spiel der Kräfte verhindern. Anders als die Keynesianer gehen die Angebots-Ökonomen von der Vorstellung aus, der Markt – besonders der Arbeitskräftemarkt – werde alles regeln, die Wirtschaft ins Gleichgewicht bringen und die Wachstumsraten zum Klettern bringen.

Aus ihren wirtschaftstheoretischen Ansichten folgern die Wirtschaftsberater Reagans: die Steuern müssen gesenkt werden, da hohe Steuern den unternehmerischen Geist behindern, Arbeiter davon abhalten, mehr zu arbeiten und mehr zu verdienen. Mit einer so eingeleiteten privatwirtschaftlichen Gewinnstabilisierung sollen Investitionen angeregt werden, die dann mehr Beschäftigung bieten. Noch nie wurde so konsequent die monetaristische bzw. angebotsorientierte Wirtschaftsauffassung in Wirtschaftspolitik umgesetzt, wie dies im ersten Amtsjahr der Reagan-Regierung der Fall war. Auf welchen Konzepten beruht diese Politik?

Die angebotsorientierte Wirtschaftskonzeption geht zurück auf das von Jean Baptiste Say vor fast 200 Jahren aufgestellte, von Ricardo übernommene Theorem, daß es in der Volkswirtschaft nicht zu einer allgemeinen Überproduktion kommen könne, da jedes Angebot sich durch die für die Produktion gezahlten Löhne die entsprechende Nachfrage schaffe. Die modernen Angebotsökonomen folgern aus dem Say'schen Lehrsatz, daß der Markt – wenn er sich ohne außermarktmäßige Eingriffe (wie staatliche Interventionen) entfalten könne – ein natürliches Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bei Vollbeschäftigung schaffe. Mit diesen Gleichgewichtsvorstellungen knüpfen die angebotsorientierten Ökonomen bei den Monetaristen an, mit denen sie viel verbindet. Nach monetaristischer[70]) (oder auch neoklassischer) Auffassung ist der private Sektor grundsätzlich stabil, d. h. es gibt nur kurzfristige Schwankungen, die auf „unnatürliche" Interventionen zurückzuführen sind.

69) Siehe Rudolf Hickel, Reagans „amerikanischer Traum" – ein Alptraum für Europa, in: „Blätter", 3/1981, S. 286–300, hierzu besonders S. 287 f.

70) Prominentester Vertreter dieser Richtung ist Milton Friedman. Vgl. seinen Aufsatz The Role of Monetary Policy in: „The American Economic Review", 1/1968, S. 1–17; auch sein Buch Kapitalismus und Freiheit, München 1976.

Die Wirtschaftssubjekte orientieren sich in ihrem Ausgabenverhalten auf mittlere oder lange Sicht; sie gehen von ihren mittelfristigen Einkommenserwartungen aus und sind durch staatliche kurzfristige Nachfragestimulanz (beispielsweise Konjunkturprogramme) wesentlich weniger beeinflußbar, als Keynesianer annehmen[71]). Das Einkommen und das Ausgabenverhalten aller Wirtschaftssubjekte zusammen ist nach monetaristischer Auffassung stärker durch Geldmengenschwankungen beeinflußt; deshalb ist ein zentraler Ansatzpunkt für die Schaffung von Gleichgewicht und stetigem Wachstum die Kontrolle der Geldmenge.

Für die Monetaristen ist der zentrale Markt, durch den derzeit ökonomische Probleme verursacht werden, der Arbeitsmarkt. Friedman, der prominenteste Vertreter des monetaristischen Konzepts, und seine Nachfolger vertreten die Auffassung, daß Arbeitslosigkeit nur ein vorübergehendes Phänomen ist. Arbeitskräfte suchen Arbeit, die sie aber nur zu einem bestimmten Reallohn anzunehmen bereit sind. Die Nachfrage nach Arbeit ist ebenfalls eine Funktion (allerdings eine fallende) des Reallohns. Da der Arbeitsmarkt – ähnlich wie die Warenmärkte des Konkurrenzmodells – als flexibel und anpassungsfähig angesehen werden, führt dieses „rationale" Verhalten von Unternehmer und Arbeiter zu einem Gleichgewicht, bei dem jeder, der zu diesem Lohn arbeiten will, auch tatsächlich arbeitet. Arbeitslosigkeit existiert nach Meinung der Monetaristen nur, weil der Arbeitsmarkt unübersichtlich oder gestört ist. In anderen Worten, Arbeitslosigkeit ist „natürlicher", also „freiwilliger" Natur, da Arbeitskräfte entweder überhaupt unwillig sind, zu den angebotenen Löhnen Arbeit aufzunehmen, oder weil sie auf Arbeitssuche sind. Für unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist im Konzept der Monetaristen kein Platz[72]).

In einem ungestörten Markt würden sich über die Preise (Löhne) Angebot und Nachfrage ausgleichen. Wäre das Arbeitskräfteangebot zu hoch, müßte der Reallohn sinken. Bei entsprechend gesunkenen Löhnen würden die Unternehmer wieder mehr Arbeitskräfte nachfragen. Die Festlegung von Mindestlöhnen, beispielsweise um die Diskriminierung von Schwarzen zu verhindern, ist nach Auffassung dieser Ökonomen nicht nur sinnlos, sondern auch wirtschaftspolitisch schädlich. Der weiße Unternehmer, der rassistische Vorurteile hat, stellt eben nur Schwarze ein, wenn ihm die Überwindung seiner Abneigung durch niedrige Kosten, sprich niedrige Löhne, entlohnt wird. Wird dem aber mit Mindestlöhnen entgegengewirkt, findet der Schwarze keinen Job; durch Wegfall der Mindestlöhne würde zwar die Diskriminierung nicht entfallen, er könnte aber wenigstens Beschäftigung finden[73]).

Lohnerhöhungen, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund der gewerkschaftlichen Macht durchgesetzt wurden, sind nach Auffassung der Monetaristen der Hauptgrund für die Beschäftigungsprobleme. Dieser Argumentation unterliegen die beiden angenommenen wirtschaftlichen Wirkungsketten:

– Niedrige Löhne – niedrige Kosten – höhere Gewinne – mehr Investitionen – mehr Produktion – höhere Beschäftigung.

71) Eine Gegenüberstellung von monetaristischer bzw. angebotsorientierter Ökonomie und Keynesianismus u. a. in W. Leibfritz, Maßnahmen zur Überwindung der Wachstumsschwäche und ihre Grenzen – der Beitrag zur Fiskalpolitik, in: „Ifo-Schnelldienst", 8/1979; auch Thilo Sarrazin, Das Lächeln der Sphinx – oder: Die Staatsverschuldung und die Krise der Globalsteuerung, in: „Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament", B 38/1981, speziell S. 4 ff.

72) Diese Auffassung der Monetaristen veranlaßt Kurt W. Rothschild in einer gründlichen Kritik zu fragen „Arbeitslose: gibt es die?", vgl. seinen Aufsatz mit dem gleichnamigen Titel, in: „Kyklos", 1/1978, S. 21–35. Dazu u. a. auch der Sammelband von M. Bolle (Hrsg.), Arbeitsmarkttheorie und Arbeitsmarktpolitik, Opladen 1976.

73) So argumentiert H. Demsetz, Minorities in the Market Place, in: „The North Carolina Law Review", 2/1965, zit. von R. Hickel (Anm. 69), S. 294.

– Sinkende Reallöhne – sinkende Kosten – sinkende Inflationsrate – höhere Kaufkraft des Volkseinkommens – höhere Nachfrage – höhere Produktion – höhere Beschäftigung.

Entscheidend im Zusammenhang unserer Argumentation ist die Feststellung, daß mit diesen Erklärungen die Ursachen der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme eindeutig auf der Angebotsseite lokalisiert werden. Wenn nämlich die Angebotsbedingungen verbessert würden (Gewinnstabilisierung und Gewinnerwartung), würden mehr Investitionen getätigt, Kapazitäten erweitert und damit die Beschäftigung erhöht. Die Ursachen liegen nach Ansicht der Monetaristen – und so sieht es auch die Reagan-Regierung – in außermarktmäßigen Eingriffen: bürokratische Reglementierungen, wohlfahrtsstaatlicher Interventionismus, nicht marktkonforme Lohntarife usw. Dies ist die Grundlage für die Verordnung der marktradikalen Kur.

Im Gegensatz zu den Monetaristen gehen die Keynesianer davon aus, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage niedriger als das Angebot an Gütern und Dienstleistungen bei Vollbeschäftigung und Vollauslastung der Kapazitäten sein kann. Auf die Überproduktion folgen Kapazitätsdrosselung und Beschäftigungsrückgang. Über die Anpassung durch die Preise und Mengen am Markt ist aus einer Unterbeschäftigungssituation nicht unbedingt Vollbeschäftigung erreichbar; denn Preise und Löhne sind nach Keynes nach unten nicht in dem Maß flexibel, wie dies im Marktmodell unterstellt wird.

Auch ist es eine Illusion, zu glauben, daß Investitionen nur wegen zu niedriger Gewinnerwartung (zuviel Reglementierung, zu hohe Zinsen, zu hohe Löhne) unterbleiben und bei fallenden Kosten automatisch getätigt würden. Es sind nach keynesianischer Auffassung gerade die Instabilitäten des privaten Sektors (einschließlich der Vermachtung der Märkte)[74]), die immer wieder zu Ungleichgewichten (Arbeitslosigkeit, Investitionsschwäche) führen. Die durch zu niedrige Nachfrage entstehenden Ungleichgewichte können und müßten daher durch staatliche Nachfrage ausgeglichen werden.

Im Kern geht es in dieser Kontroverse, die auch die US-Wirtschaftspolitik, aber nicht nur die dortige Politik, erfaßt hat – so formulierte es der Ökonom Hickel –, „um ein Urteil über die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft. Während die Monetaristen auf der Behauptung bestehen, privatwirtschaftliche Systeme tendieren zur optimalen Selbststabilisierung, gehen die Keynesianer davon aus, daß nur durch staatliche Eingriffe (Intervention) gesamtwirtschaftliche Stabilität gesichert werden kann. Für die Keynesianer gibt es keinen Münchhauseneffekt der Marktwirtschaft in dem Sinne, daß sie sich am eigenen Schopfe aus der Krise ziehen könnte. Dem Pessimismus gegenüber mangelnder Regulierungsfähigkeit der alleingelassenen, staatsfreien Marktwirtschaft steht hier ein Optimismus bezüglich der Möglichkeit des Staates, Stabilitätsprobleme kompensieren zu können, gegenüber"[75]).

Als zusätzliches zentrales Problem erkennen die Monetaristen die Inflation, die aufgrund exzessiver Geldmengenerhöhung zustande kommt. Die monetaristische Doktrin geht von der Vorstellung aus, daß eine von hohen Inflationsraten gekennzeichnete Wirtschaft nur durch eine Phase der ökonomischen Austerität (Gürtel-enger-schnallen) zu kurieren ist. Abgesehen von theoretischen Problemen dieser Annahme, führt

74) Für die Bundesrepublik s. z. B. Herbert Schui, Die hohe Wirtschaftskonzentration trägt Schuld an der Wachstumskrise, in: „Frankfurter Rundschau" v. 25. 11. 1978.
75) Rudolf Hickel (Anm. 80), S. 293.

Austeritätspolitik zu schmerzlichen wirtschaftlichen Einschränkungen bei der Bevölkerung und damit wahrscheinlich zu sinkender Popularität der Regierung, die eine solche Politik durchsetzt. Die angebotsorientierte Ökonomie glaubt hier nun einen dritten Weg zwischen Monetarismus und Keynesianismus gefunden zu haben[76]). Basierend auf der monetaristischen Geldmengenpolitik, mit der man ebenfalls die Inflation glaubt eindämmen zu können, setzt man in der Fiskalpolitik nicht auf keynesianische staatliche Nachfragestimulanz, sondern auf Anreize durch Steuersenkung.

Vereinfacht ausgedrückt, heißt es: Bei einem Steuersatz von 100% hat der Staat ebensowenig Steuereinnahmen wie beim Satz von 0%, nämlich keinerlei Einnahmen. In einer inzwischen berühmt gewordenen Kurve hat der Ökonom Laffer dies zu einem zentralen Lehrsatz der angebotsorientierten Ökonomie erhoben. Laffer schlußfolgert: Wenn die Steuern einen bestimmten Satz überschreiten, wird der Investitions- und Arbeitseifer gebremst, das Resultat sind nicht erhöhte, sondern verminderte Steuereinnahmen des Staates und ein Rückgang der Produktion[77]). Um die Produktion wirksam anzukurbeln, um die Investitionstätigkeit und nicht die Konsumnachfrage anzureizen, müssen die Steuersätze derjenigen gesenkt werden, deren Konsumnachfrage im wesentlichen bereits befriedigt ist und die zu Investitionen fähig sind. George Gilder, angeblich ein Lieblingsautor Präsident Reagans, hat diese Erkenntnis konsequent als Politikempfehlung formuliert: „Steil progressive Steuern mögen zwar auch einen Hauch von Gerechtigkeit verbreiten, doch sie töten bestimmt jeden Anreiz zu Arbeit, Risiko und wirtschaftlichem Erfolg . . . Eigenschaften, die nötig sind, um die Menschheit voranzubringen. Da in den Vereinigten Staaten das Steuersystem mit den härtesten Strafen für Reichtum beheimatet ist und das Land auch im Vergleich mit seinen Hauptkonkurrenten die niedrigsten Spar- und Investitionsraten aufweist, besteht kein Zweifel, daß unsere Kapital- und Einkommenssteuern in den obersten Klassen endlich gesenkt werden müssen. Dieser Steuerschnitt würde nicht nur – über mehr Investitionen – die Ausrüstung unserer Industrie verbessern, sondern sogar – laut Laffer – das Steueraufkommen erhöhen."[78]) Steuersenkungen machen sich also durch die Rückkopplung an steigendes Wachstum in erhöhten Steuereinnahmen bezahlt.

Damit wäre auch der Münchhauseneffekt beschrieben, mit dem in den Vereinigten Staaten sowohl der Ausgleich des Steuerausfalls von rund 750 Mrd. Dollar in fünf Jahren, bei gleichzeitig überproportional steigenden Rüstungsaufwendungen, die Beseitigung der Haushaltsdefizite und komplementär dazu gekürzten Sozialausgaben ge-

76) Vgl. James Reichley, A change in direction, in: J. Pechman (Hrsg.) (Anm. 51), S. 230 09 ff.

77) Ironisierend kritisiert Wilhelm Hankel, Wem Gott will rechte Gunst erweisen – neuer US-Wirtschaftskurs, „Frankfurter Rundschau" v. 19. 9. 1981, die Laffer-Kurve folgendermaßen: „Arthur Laffer, ein auch vor Erfindung seiner Kurve zitierter Ökonom, malte sie, verläßlichen Recherchen des Rezensenten zufolge, erstmals im Reagan-Wahlkampf 1980 in einem Washingtoner Restaurant auf eine Papierserviette, die er anschließend namhaften Präsidentenberatern zum Gebrauch überließ. Offensichtlich nicht zum zweckgerechten. Denn dann wäre sie den Gebildeteren unter uns weiterhin unter dem Namen ihres wahren Erfinders vertraut geblieben: unter dem Namen von Jonathan Swift, desselben, der uns seit über 200 Jahren mit Gullivers Reisen ins Land der Zwerge und Riesen noch mehr erfreut als mit seinem Mr. Laffer offenbar unbekannten ‚Steuer-Einmaleins'. Denn schon Swift machte wie Laffer den sensationellen Vorschlag, die Steuern zu senken, um die Staatseinnahmen zu vergrößern! Nur meinte es Swift offenbar ironisch. Laffer ernst.
Der Gulliver-Autor selig ging aus von der unwiderleglichen Erkenntnis, daß ein Steuersatz von 100 Prozent offenbar denselben Steuerbetrag bringt wie ein Steuersatz von null Prozent, nämlich gar nichts; denn wer sein Arbeitsprodukt zu 100 Prozent weggesteuert bekommt, tut gut daran, gar nicht zu arbeiten. Daraus schloß Swift ebenso unwiderleglich, daß eine Rückführung der Steuersätze von – sagen wir – 100 Prozent auf 80 Prozent den Arbeitseifer anregen und nicht etwa abkühlen würde. Aber er hütete sich wohlweislich davor, seinen milden Spott in allzu ernste Regieanweisungen für die Finanzpolitik umzusetzen. Oder gar zu berechnen, wieviel Prozent Steuerersparnis wieviel Prozent Mehrarbeit und damit auch Mehrsteuerertrag nach sich zögen."

78) George Gilder, Reichtum und Armut, Berlin 1981, S. 147 und 149, zit. nach Wilhelm Hankel (Anm. 77).

lingen soll. Neben den Kürzungen im Sozialbereich und bei anderen Etatposten ist es vor allem die Senkung der Steuersätze, durch die die Steuereinnahmen *erhöht* werden soll. Absolut logisch innerhalb des eigenen Ideologiegebäudes schlußfolgert deshalb Gilder: „Für alle Gleichmacher eine unangenehme Einsicht, die ihnen aber nicht erspart werden kann: Um etwas für die Armen und die Mittelschicht zu tun, muß man die Steuersätze der Reichen drastisch senken."[79])

Innerhalb der Republikanischen Partei gab es, bevor Ronald Reagan gewählt war, Differenzen über die beabsichtigten Haushaltskürzungen. Die Frage ist nämlich nicht nur, ob die Laffer-Kurve die Realität richtig beschreibt, sondern das Problem beginnt erst mit der Frage konkret zu werden – unterstellt, man glaubt an die Kurve –, an welchem Punkt der Kurve sich denn die Vereinigten Staaten befinden und wo der optimale Punkt liegt; konkret: sind die Steuersätze so, daß sie investitions- und arbeitshemmend wirken? Wird also das staatliche Defizit durch Steuersenkungen sinken, weil der Wachstumsprozeß in Gang gebracht wird, oder wird, wegen sinkenden Steueraufkommens, die Schuldenlast noch größer werden? Nach einem Jahr Regierung Reagan ist klar, daß die Defizite nicht rasch beseitigt werden, ja sogar vermutlich weiter steigen. Während orthodoxe Konservative der Republikanischen Partei auf alle Fälle die bei den Demokraten übliche Praxis der hohen Staatsverschuldung beenden wollten, ist dies nicht das vorrangige Interesse der Vertreter der reinen angebotsorientierten Ökonomie. Sie interessiert vor allem die Ankurbelung der Wirtschaft durch Steuersenkung und nicht die Beseitigung des Schuldenbergs, den die Demokraten im Staatshaushalt hinterließen. Als Kompromiß innerhalb der Republikanischen Partei wurde dann sowohl die Steuersenkung als auch die Kürzung bestimmter Haushaltsposten zwecks Konsolidierung der Staatsfinanzen beschlossen.

Inzwischen ist beides als Regierungsprogramm beschlossen und vom Kongreß genehmigt worden. Getreu ihrer Absicht lehnte die Regierung die Versuche einzelner Demokraten ab, die Steuersenkung zugunsten unterer und mittlerer Einkommensbezieher zu korrigieren; Steuersenkungen und Etatkürzungen aber treffen besonders die Schwächeren in den USA: von den Steuersenkungen erhalten sie kein oder nur ein geringes zusätzliches Einkommen; die Kürzung der Sozialprogramme, die Deregulierung in Form von Eliminierung des Schutzes am Arbeitsplatz usw. betrifft sie existenziell.

Konsequent wird das Konzept in die Tat umgesetzt. Per Oktober 1981 trat die erste Steuersenkung in Kraft (5%), im Juli 1982 und im Juli 1983 folgen weitere Kürzungen (jeweils 10%). Gleichzeitig wurde der Haushaltsansatz 1982 außerhalb des Rüstungsbereichs um rund 36 Mrd. Dollar gekürzt. Rund 250 Projekte fielen dem Rotstift zum Opfer. Darunter: Arbeitsförderungs- und Beschaffungsmaßnahmen, Berufsausbildung für Jugendliche, Lebensmittelmarken für Einkommensschwache, Gesundheitsprogramme, Projekte des öffentlichen Nahverkehrs, Umweltschutzmaßnahmen und vieles mehr (vgl. Tabelle 4). Weitere Kürzungen sind im Haushaltsplan für 1983 vorgesehen. Während eine Familie mit einem Jahreseinkommen zwischen 10 000 und 20 000 Dollar durch die Steuersenkung durchschnittlich 440 Dollar mehr erhält, macht das zusätzliche Einkommen bei Großverdienern mit über 80 000 Dollar Jahreseinkommen im Durchschnitt 15 250 Dollar aus.

Doch die gesamtwirtschaftlichen Erfolge der „Reaganomics" (Reagans Wirtschaftspolitik) blieben aus. Die Inflationsrate konnte nur geringfügig reduziert werden, die Zahl der Arbeitslosen stieg, die prognostizierte Konjunkturwende blieb aus: statt Produk-

79) Ebd., S. 151.

tionssteigerungen mußten Wachstumseinbrüche registriert werden. Nicht nur die Gewerkschaften äußern ihre Skepsis und beginnen sich mit großen Demonstrationen gegen die „Reagonomics" zu wehren. Auch in Bankenkreisen fehlt die Überzeugung, die Wirtschaftspolitik der Regierung könne eine konjunkturelle Wende herbeiführen; Wallstreet zeigt sich äußerst skeptisch, was durch den Skandal um Haushaltsdirektor Stockman, der seinerseits bekannte, nicht an die „Reagonomics" zu glauben, Auftrieb erhielt. Doch die Regierung bleibt bei ihrem Wirtschaftskonzept und spricht (zweckoptimistisch) von der bald zu erwartenden Wende.

Tabelle 4
Kürzungen des US-Haushalts 1982 (Auszug)

Bereiche	*In Mio. US-Dollar*
Beschäftigungsprogramme	*3800*
Arbeitslosenunterstützung	*1700*
Sozialversicherung und -hilfe	*3600*
Gesundheitswesen	*3100*
Speisungsprogramme	*3400*
Ausbildung	*2900*
Verkehr	*1900*
Umwelt	*300*

Quelle: Coalition for a New Military Policy, Presseinformation, 1981.

III. Konsequenzen: Verschärfung der Krise

Bei der Betrachtung der US-Rüstungs- und Wirtschaftsprogramme sowie deren Wechselwirkungen ergeben sich automatisch zwei Fragen von eminenter Bedeutung: Erstens, basieren die Programme auf realistischen Annahmen; ist die Grundlage der Konzepte solide?, Zweitens, welche Folgen sind zu erwarten?

Überprüfen wir (exemplarisch) einige zentrale Annahmen: Wie realistisch sind die Einschätzungen der Politiker und Militärs zur Rüstung der Sowjetunion? Zweifellos hat die Sowjetunion in den 70er Jahren aufgerüstet, wie sich aus den Beständen der Waffensysteme (beispielsweise bei Kriegsschiffen) ablesen läßt. Daraus kann aber keinesfalls eine Unterlegenheit der Streitkräfte der USA abgeleitet werden. Wie aber kommt die Reagan-Administration zu dieser Einschätzung? Betrachten wir zum Beispiel die Schätzung der sowjetischen Militärausgaben, die angeblich 50% höher als die US-Militärausgaben liegen. Die Angaben beruhen auf Schätzungen der CIA, die mit äußerst fragwürdigen Methoden zustande kommen. Die Sowjetunion veröffentlicht in jedem Jahr fast gleichbleibende Angaben über ihren Militärhaushalt (1980: 17 Mrd. Rubel = ca. 50 Mrd. DM), die im Westen – aus guten Gründen – kein Experte ernst nimmt. Doch die CIA-Schätzungen sind ebenso problematisch, denn sie schätzen nicht den Aufwand der Sowjetunion, sondern „was es die USA kosten würde, eine der sowjetischen gleichartige Schlagkraft zu erhalten und zu bewaffnen"[80]). Es wird also geschätzt, was die Anzahl der neu beschafften Waffen, die man durch Satellitenbeobachtung und Spionage ermittelt hat, kosten würde, ließe man sie in den Rüstungsbetrieben der USA herstellen. Was würde Chrysler für einen T-72-Panzer oder Lockheed für eine MiG-25 berechnen? Die sowjetischen Wehrpflichtigen „erhalten" nach der

80) CIA, National Foreign Assessment Center, Soviet and US Defense Activities 1970–79, 1980. Eine ausführliche Darstellung und gründliche Kritik an dieser Methode mit Hinweisen auf die relevante Literatur in Michael Brzoska, Alles, was Sie bisher über sowjetische Militärausgaben wußten, ist falsch, in: Dieter S. Lutz und Dorothee Gremliza (Hrsg.), Rüstung zum Tode?, Hamburg 1981, S. 72–76.

CIA-Methode das Gehalt der US-Berufssoldaten usw. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI meint dazu, es handele sich um „einen ausgesprochen voreingenommenen Vergleich", und es kommt zu dem Ergebnis, daß die sowjetischen Militärausgaben nicht um 50% über, sondern knapp unter den amerikanischen liegen[81]). Die CIA selbst hat des öfteren betont, die von ihr vorgelegten Zahlen seien für einen Vergleich der militärischen Kapazitäten ungeeignet[82]).

Läßt man einmal die methodischen Bedenken beiseite und fragt, zu welchem Ergebnis denn die CIA im langfristigen Trend[83]) gekommen ist, so ergibt sich das bemerkenswerte Ergebnis, daß die Sowjetunion 1970 13,0% des Bruttosozialproduktes für das Militär aufwandte und 1978 12,2%. Also ein auf das steigende Bruttosozialprodukt bezogen zwar langsamer, aber immerhin ein Rückgang selbst in der CIA-Darstellung, der nicht so recht ins sonst üblicherweise verbreitete Bild paßt. SIPRI kommt in einem ausdrücklich als „grobe Schätzung" ausgewiesenen Ergebnis mit 12,4% Militärausgabenanteil am BSP im Jahr 1960 und 9,6% im Jahr 1978 zu einem ebenfalls sinkenden Trend.

Ist die Berechnung der Militärausgaben – zugegeben ein objektiv schwieriges Unterfangen – ein Einzelfall? Wie steht es bei anderen Angaben? Die oben zitierte Pentagon-Broschüre spricht von einer drastisch gestiegenen Rüstungsproduktion in der Sowjetunion: 1976 wurden 2500 Kampfpanzer hergestellt, 1980 3000. Bei den Kampfflugzeugen sieht es ähnlich aus: 1976 verließen 1200 Düsenkampfflugzeuge und Bomber die Fließbänder, 1978, 1979 und 1980 waren es pro Jahr 1300[84]). Das Verteidigungsministerium zieht daraus den Schluß, die Sowjetunion rüste immer rasanter auf. Hätte man in der Broschüre nicht die letzten fünf, sondern die letzten fünfzehn Jahre verglichen, gäbe es einen anderen Trend, „einen Trend, der vielleicht Herrn Weinberger und seinen Mitarbeitern weniger willkommen wäre", kritisiert der Militärpublizist Andrew Cockburn: „Die Daten weisen darauf hin, daß die sowjetische Rüstungsproduktion auf einigen Gebieten signifikant niedriger ist als vor zehn Jahren. Bei Panzern, zum Beispiel, ist die Gesamtproduktion in dieser Periode gesunken. 1966 produzierte die Sowjetunion 3500 Panzer; der Produktionsausstoß wuchs auf 4000 1968 und 4500 1970. Aber 1971 fiel die Produktion auf 4000 und sank kontinuierlich Jahr für Jahr zu einem Niedrigststand von 2000 im Jahr 1975. Seitdem ging sie auf 3000 hoch, gut unterhalb des Höchstniveaus, obwohl sämtliche Unterbrechungen, die durch Modellwechsel hervorgerufen sein könnten, nun beendet sind. Die entsprechenden Zahlen für Kampfflugzeugproduktion sind weniger ernst, aber das heutige Niveau ist noch un-

81) SIPRI, Rüstungsjahrbuch '80/81 (deutsche Ausgabe), Reinbek 1980, S. 42. Ein Jahr zuvor hieß es in der englischen Ausgabe, daß SIPRI die Dollarrechnung als „wholly misleading figure for vitually any purpose" ansieht, und weiter, „the CIA method of assessing the Soviet trend is considered to be one which exaggerates it in comparison with the different method used for calculating real trends in the West". S. 24.

82) Siehe dazu: „Defense Monitor", 3/1981, S. 5.

83) 1976 änderte die CIA ihre Schätzungsmethoden drastisch, da man glaubte, die Leistungsfähigkeit der Industrie überschätzt zu haben. „Wir erhöhten unsere Schätzungen", sagte der CIA-Vizedirektor, „da wir entdeckten, daß wir in der Vergangenheit die Preise für sowjetische Waffen unterschätzt hatten." Teils wurde diese „Preisumetikettierung" als dramatischer Aufrüstungsschub in der UdSSR interpretiert, obwohl der CIA-Vizedirektor dies ausdrücklich verneinte: „Die dramatische Steigerung des sowjetischen Programms, ausgedrückt in Rubelkosten, wie wir es schätzen, kam primär aufgrund dieser Preisänderung zustande." Vgl. Subcommittee on Priorities and Economy of the Joint Committee. Congress of the United States, Allocations of Ressources in the Soviet Union and China – 1977, S. 17 ff. Siehe hierzu die Kritik in Herbert Wulf, Fakten und Fiktionen über Militär und Rüstung, in: „Die Neue Gesellschaft", 10/1979, S. 898–902, und Michael Brzoska (Anm. 80).

84) Caspar Weinberger/Department of Defense (Anm. 28), S. 12. Es wird daraus der Schluß gezogen, die sowjetische Rüstungsindustrie expandiere dynamisch, es gebe „keine Zeiten des Produktionsrückgangs oder der Beschäftigungslosigkeit". Siehe S. 10.

ter dem von Mitte der siebziger Jahre."[85]) Cockburn führt weiter aus, daß das herausragendste Kennzeichen der sowjetischen Rüstungsproduktion die Tatsache ist, daß sich kaum etwas ändert. „Tatsächlich geben die Zahlen nicht das Bild einer Industrie, die dynamisch expandierte, sondern eher das einer im Stillstand befindlichen."

Auch die in der NATO gepflegten Bilder der riesigen sowjetischen Panzerüberlegenheit in Europa bedürfen der Korrektur, indem man das Alter der Panzer auf beiden Seiten berücksichtigt[86]). Fragen wir weiter: Wie steht es um die 180 Divisionen, die Verteidigungsminister Weinberger in der Sowjetunion ausgemacht hat? Zweifellos verfügt das sowjetische Heer über mehr Soldaten als die USA. Sieht man einmal ab von der unterschiedlichen geografischen (und damit auch militärischen) Situation der beiden Weltmächte, so ist das zahlenmäßige Ungleichgewicht nicht so dramatisch, wenn man berücksichtigt, daß nur ein Viertel der sowjetischen Divisionen der Kategorie 1 (75–100% des im Kriegsfall vorgesehenen Personals)[87]) angehören. Im Weißbuch der Bundesregierung werden beispielsweise für Mitteleuropa in einer Karte den 58 WVO-Divisionen nur 25 NATO-Divisionen gegenübergestellt. Über die unterschiedliche Mannschaftsstärke und den Bereitschaftsgrad dieser Divisionen erfährt man allerdings nichts[88]). Die NATO-Divisionen sind – mit Ausnahme der britischen Verbände – durchschnittlich 17 000 bis 18 000 Mann stark, die der WVO 11 000 bis 13 000. Für die NATO kommen pro Division 23 000 bis 26 000 Kampfunterstützungs- und Versorgungstruppen hinzu, bei der WVO entsprechend rund 13 500[89]). Das Verhältnis von 28 : 58 (also 1 : 2) verändert sich bei Zugrundelegung der Mannschaftsstärken auf rund 1 : 1,3.

Das Bild der voreingenommenen, unvollständigen oder manipulierten Darstellung militärischer „Fakten" ließe sich fortsetzen.[90]) Neben den kritikwürdigen reinen Zahlenvergleichen ist noch grundsätzlicher zu fragen, was denn derartige Vergleiche angesichts der vorhandenen zigfachen „overkill"-Kapazitäten überhaupt aussagen können.

Angesichts der Tatsache der beiderseitigen Fähigkeiten, sich als existierende Industriegesellschaft mit nur einem Bruchteil des vorhandenen Nuklearpotentials vernichten zu können, verlieren Begriffe wie Unterlegenheit oder Gleichgewicht ihren Sinn. An numerischem Gleichgewicht festhalten zu wollen oder gar eine zahlenmäßige Überlegenheit anzustreben, hat in der Vergangenheit zur Anheizung der Rüstungsdynamik geführt. Auch heute dient dieses Streben eher der Legitimation geplanter Rüstungsprojekte gegenüber der eigenen Bevölkerung und ist weniger in einer real zunehmenden Bedrohung begründet[91]).

Selbst wenn man – allen Einwänden und Fakten zum Trotz – einmal unterstellt, die Situation sei tatsächlich so dramatisch, wie uns die Reagan-Administration glauben ma-

85) Andrew Cockburn, Weinberger „Statistic", in: „The New York Times" v. 13. 10. 1981, S. A 23.

86) Einen solchen Versuch hat Erwin Müller, In 48 Stunden am Rhein? Der Mythos der sowjetischen Überlegenheit, in: Dieter S. Lutz und Dorothee Gremliza (Anm. 80), S. 91–106, unternommen; s. speziell Tabelle 4. Danach verfügt die NATO (einschließlich Frankreich) in Mitteleuropa über 8043 moderne sowie 1944 veraltete Panzer, die WVO über 5300 moderne sowie 14 500 veraltete Typen.

87) Ebd.

88) Weißbuch der Bundesregierung 1979, S. 117.

89) Siehe Erwin Müller (Anm. 86), S. 93, und die dort angegebenen Quellen.

90) Zur Problematik der Kräftevergleiche s. beispielsweise Dieter S. Lutz, Weltkrieg wider Willen?, Reinbek 1981, speziell Kapitel 2.

91) In diesem Zusammenhang sei auf die in der Vergangenheit bereits häufig festgestellten „Lücken" (Bomberlücke, Raketenlücke, Raketenabwehrlücke, Jagdflugzeuglücke, Megatonnenlücke und U-Bootlücke) hingewiesen, die sich im nachhinein regelmäßig als überzeichnete Darstellung oder gar als Hysterie erwiesen.

chen möchte – nehmen wir an, die Sowjetunion habe tatsächlich die USA militärisch überholt –, dann ist zu fragen, ob die getroffenen Maßnahmen in den USA diesen Zustand verändern können. Eines der zentralen Projekte ist das MX-Raketenprogramm. Da die strategische Situation sich für die USA im letzten Jahrzehnt wesentlich verschlechtert habe, da insbesondere die in Raketensilos sich befindlichen Interkontinentalraketen gefährdet seien (the window of vulnerability / das „Fenster der Verwundbarkeit"), sollten 200 MX-Raketen in einem Tunnelsystem untergebracht werden. Durch die Mobilität der Raketen werde das „Fenster der Verwundbarkeit" geschlossen, so hieß die Begründung. Wegen massiver Proteste und enormer Kosten wurde nach heftigen Diskussionen das Programm der Tunnelbauten gestrichen, auch wird die MX-Rakete (einstweilig) nicht auf Flugzeuge installiert, wie zeitweise geplant war. Stattdessen wurde das Programm halbiert: die 100 Raketen werden in den alten, zusätzlich aber gehärteten Silos als ortsfeste Waffensysteme untergebracht, um dann eventuell später vertunnelt oder mobil gemacht zu werden. Dem eigentlichen Anliegen, die angenommene Verwundbarkeit durch Installierung eines mobilen Systems aufzuheben, wird mit der jetzt gefällten Entscheidung nicht Rechnung getragen. Entweder war das Argument der Verwundbarkeit vorher schon falsch (wofür vieles spricht), oder aber die jetzt gültige Entscheidung löst das Problem nicht. Wie dem auch sei, es handelt sich um ein (zwar nicht für die Rüstungsproduzenten, aber militärisch betrachtet) sinnloses Unterfangen.

Wie ernst die US-Regierung ihre eigenen Bedrohungsanalysen nimmt oder ob damit die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und die Konkurrenz mit Verbündeten primär ideologisch und ökonomisch ausgetragen werden soll, ist schwer einzuschätzen. Bei einigen Rüstungsprogrammen spielt letzteres zweifellos eine wichtige Rolle. In anderen Bereichen (beispielsweise beim Aufbau einer mobilen Eingreiftruppe) werden die vorgesehenen militärischen Ziele, auch in Zukunft global eingreifen zu können, vermutlich erreicht werden. Teils führt also die Politik militärischer Stärke zu neuen Optionen für die USA, teils werden militärisch nutzlose Projekte durchgeführt.

Was sind die zu erwartenden ökonomischen Auswirkungen des Rüstungsprogramms? Seit Adam Smith vor mehr als 200 Jahren in seinem Buch „The Wealth of Nations" feststellte, die ganze Armee und Marine seien unproduktive Arbeiter, ihr Service, wie notwendig er auch sein möge, produziere keine Werte, für die anschließend ein gleicher Service oder Wert beschaffbar sei, seither haben Ökonomen über die wirtschaftlichen Auswirkungen von Militär ausgaben gestritten.

Auch heute, nachdem das neue Aufrüstungsprogramm in den USA verkündet wurde, betonen die einen wiederum die Belastungen, die anderen heben die positiven Auswirkungen hervor: Stimulieren die Militärausgaben die Wirtschaft, oder kommt es zur Verschärfung der Krise? Präsident Johnson wollte in den 60er Jahren den Krieg in Vietnam finanzieren und gewinnen, gleichzeitig aber sein Konzept der „Großen Gesellschaft" verwirklichen. Dazu hätte er die Steuern erhöhen müssen. Dies geschah jedoch nicht, stattdessen wurde die Geldmenge erhöht. Das Resultat waren starke inflationäre Tendenzen, die den anfänglichen Vietnamboom in eine wirtschaftliche Krise umkehrten. Sinkende Dollarkurse, Export der Inflation in andere Länder, sinkende Wachstumsraten und steigende Beschäftigungsprobleme waren die Folge. Präsident Reagan hat für die nächsten Jahre noch größere Steigerungsraten des Militärhaushalts vorgesehen als Präsident Johnson; gleichzeitig sollen aber die staatlichen Haushaltsdefizite abgebaut werden, und zusätzlich wurden bereits die Steuersätze gesenkt. Durch die Kürzung der Sozialausgaben allein ist dieses Programm nicht zu finanzieren, aber man hofft auf den Ankurbelungseffekt der Wirtschaft durch die Steuersen-

kung – eine Hoffnung, deren Verwirklichung von zahlreichen Ökonomen von Anfang an angezweifelt wurde und inzwischen auch angesichts der tatsächlichen Entwicklung als unrealistisch angesehen werden muß: 1981 stieg die Arbeitslosenquote auf fast 9%; für Schwarze liegt sie doppelt so hoch; jeder zweite schwarze Jugendliche ist ohne Arbeitsplatz. Die Wirtschaft befand sich zum Jahreswechsel in einer Rezession (mit sinkendem Wachstum des Bruttosozialprodukts), die staatlichen Defizite steigen, statt zu fallen.

Es heißt: „Jeder große Rüstungsschub in den vergangenen vier Jahrzehnten war von einem Wirtschaftsaufschwung begleitet und heizte die Inflation an. Im 2. Weltkrieg, im Koreakrieg und im Vietnamkrieg wuchs der Rüstungssektor substantiell, die Wirtschaft expandierte schnell, und es gab als Folge den Ausbruch einer Nachfrageinflation . . . Ist Krieg notwendig, um Vollbeschäftigung zu erreichen? Ist Inflation ein notwendiger Begleiter stärkerer Verteidigung?"[92])

Aber, fügt William Nordhaus seinen kritischen Fragen hinzu, angesichts des „moderaten Tempos" des Rüstungsschubes wird es heute kaum zu Engpässen in der Wirtschaft kommen. Dies aber ist genau das Argument der Kritiker: Erstens ist der Rüstungsschub heute größer als während des Vietnamkrieges und keineswegs „moderat"; zweitens befindet sich die Wirtschaft heute in einer ausgesprochenen Schwächeperiode mit, bis vor kurzem, zweistelligen Inflationsraten und negativen Wachstumsraten, und drittens treffen die neuen Rüstungsbeschaffungen auf bereits heute zum Teil überausgelastete Produktionskapazitäten in der Rüstungsindustrie. Die großen Rüstungsproduzenten General Dynamics, United Technologies, Boeing, General Electric, McDonnel Douglas usw. erlebten bereits 1980 Wachstumsraten des Umsatzes von bis zu 36%[93]) (vgl. Tabelle 3). Wenn die Rüstungsindustrie die Flut von Aufträgen erhält (Erhöhung des Beschaffungsprogramms von 1981 bis 1982 um über 40%, Forschung und Entwicklung um über 30%), entsteht ein sogenannter „crowding-out"-Effekt, durch den knappe Ressourcen wie Fachkräfte und Investitionsgüter in erheblichem Umfang von der Rüstungsindustrie nachgefragt, dem zivilen Teil der Industrie aber entzogen werden, weil dort nicht die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stehen. Dieser Umstand wird – aufgrund der konkurrierenden Nachfrage und der dadurch entstehenden Engpässe – die Kosten der Investitionsgüter und die Löhne für gesuchte Facharbeiter nach oben treiben und einen generell inflationären Trend auslösen, auf den vermutlich dann mit hohen Zinsen geantwortet werden wird[94]). Die Hoffnung, dieser Trend ließe sich mit monetaristischer Geldmengenpolitik kontrollieren, wird als unrealistisch betrachtet[95]). Warum, so muß man fragen, sollen die US-Unternehmen bei steigenden Gewinnen und aufgrund der Steuergeschenke mehr investieren? Gewinnzunahmen und Steuersenkungen werden angesichts der Absatzrisiken vermutlich nicht in arbeitsschaffenden Investitionen, sondern – wegen der hohen Zinsen – in Finanzengagements transformiert. Denn Hauptübel ist nicht mangelnde Investitionskraft, sondern fehlende Nachfrage. W. Hankel schlußfolgert: „Die von Mr. Laffer aufgeklärten amerikanischen Kapitalisten werden Präsident Reagans Steuergeschenke ungerührt einstreichen und ebenfalls ebenso ungerührt fortfahren, Amerikas dank der Super-Rüstung auch super-unproduktive Staatsschulden zu Super-Zinsen zu

92) William Nordhaus, No Great Threat From Military Spending, in „The New York Times" v. 17. 5. 1981.
93) Vgl. z. B. die Statistik des Pentagon, zit. in: „Times" v. 15. 6. 1981.
94) Siehe hierzu die Argumente von Robert DeGrasse und Paul Murphy (Anm. 59); ferner ein Interview mit Wassily Leontief, „US News & World Report" v. 16. 3. 1981.
95) Z. B. von Edward Cowan, Spending by Military is Defended, in: „The New York Times" v. 4. 5. 1981. Hauptkontrahent der kritischen Ökonomen ist Murray Weidenbaum, Chairman of the President's Council of Economic Advisers.

finanzieren: sie werden, statt produktiv und beschäftigungssteigernd zu investieren, profitablere Anleihen kaufen[96]).

Die Zurückdrängung des zivilen Teils der Industrie durch die Rüstungsindustrie hat schon früher Seymour Melman dazu veranlaßt, die US-Wirtschaft als „permanente Kriegswirtschaft" zu bezeichnen, deren verarbeitende Industrie immer weniger in der Lage ist, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren[97]).

Hinzu kommen die generellen Zweifel an der behaupteten Wunderkraft der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und den mit dieser Politik verbundenen Folgen für den inneren gesellschaftlichen Frieden. Das Reagansche Wirtschaftsprogramm erscheint wie eine Rückkehr zum Frühkapitalismus; es beruht, wie es jüngst in einem Papier der Kirchen in den USA hieß, auf „schierer, nackter, ungehinderter Gier"[98]). Zwar gilt eine Politik des ausgeglichenen Staatshaushalts allgemein als wünschenswert, doch ist fraglich, ob dies in der wirtschaftlich schwierigen Situation Anfang der 80er Jahre Priorität haben soll[99]). Lester Thurow, ein angesehener Ökonom, meinte, die Kürzungen des Haushalts, die Haushaltsdirektor Stockman vorschlug, hätten wenig mit Ökonomie zu tun. Sie seien gut oder böse, je nachdem, wie man mit den Bedürftigen in der Gesellschaft umzugehen gedenke. „Meine Ethik", schrieb er, „sagt mir, daß etwas falsch ist mit Kürzungen des Ernährungsprogramms für arme schwangere Frauen. Herrn Stockmans Ethik sagt mir, daß dies genau die Gruppe ist, deren Zuwendungen gekürzt werden müssen."[100]) Der Präsident wies in verschiedenen Reden darauf hin, er persönlich (!) werde dafür sorgen, daß alle, die bedürftig sind, auch das erhalten, was ihnen zusteht, doch, fügte er hinzu, viele Programme seien zwar mit „gutem Herzen entstanden, aber nicht mit einem klaren Kopf"[101]). Das Problem aber, das für viele bleibt, ist die einfache Existenzfrage. Denn die Lösung vieler sozialer Probleme will der Präsident den Regierungen der Einzelstaaten überlassen. Was aber geschieht mit den Arbeitslosen in einem von hohen Arbeitslosenquoten geplagten Staat wie Michigan oder einem hochverschuldeten Staat wie New York; was bedeuten die Budgetkürzungen der Bundesregierung für die Armen in einem zwar reichen Staat wie Texas, in dem aber pro Monat für eine vierköpfige Familie nur 140 Dollar Sozialhilfe gezahlt wird? Ein Programm, das so angelegt ist, daß nur die Starken gefördert, die Schwachen aber weiter benachteiligt werden, eine Politik, die die Pflicht des Staates zur Erhaltung der öffentlichen Wohlfahrt bestreitet, kann nur als sozialdarwinistisch beschrieben werden. Um das Ergebnis der US-amerikanischen Politik der „Erneuerung" in ihren Grundzügen beurteilen zu können, muß man nicht abwarten, bis das Programm vier oder fünf Jahre angewandt worden ist. Erste negative Auswirkungen, nämlich die Unwahrscheinlichkeit der Beseitigung der Haushaltsdefizite bis zum Jahre 1984, sind bereits jetzt deutlich; auch stieg die Arbeitslosigkeit wieder an, die wirtschaftliche Krise verschärfte sich. Ein Blick nach Großbritannien hilft ebenfalls in der Beurteilung. Die britische Premierministerin Thatcher hat ein auf ähnlichen Grundlagen beruhendes monetaristisches Wirtschaftskonzept mit „Entbürokratisierung" und „Reprivatisierung" initiiert, allerdings ohne derartig hohe Wachstumsraten im Rüstungshaushalt

96) Wilhelm Hankel (Anm. 77).
97) Seymour Melman, The Permanent War Economy, New York 1973, und ders. Twelve Propositions on Productivity and War Economy, in: „Armed Forces and Society", 4/1975, S. 490–497.
98) Kirche Christi, Reagans Amerika – Regierungsfürsorge für die reine Habgier, in: „Frankfurter Rundschau" v. 16.9.1981.
99) Siehe hierzu Deutsches Institut für Wirtschaftskunde, Die öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich, in: „Wochenbericht", 3/1982, S. 41–48, wo eine rigide Haushaltspolitik kritisiert wird.
100) Lester Thurow (Anm. 46).
101) Z. B. bei der Fernsehansprache am 24. 9. 1981, abgedruckt in: „Europa Archiv", 21/1981, S. D 585.

vorzusehen. Die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich in ihrer Amtszeit von 1,5 auf 3 Millionen.

Analysiert man die langfristige Wirtschaftsentwicklung in den größten kapitalistischen Ländern, lassen sich ebenfalls Schlußfolgerungen für die voraussichtliche Entwicklung in den USA ableiten. Verschiedene Indikatoren deuten darauf hin, daß ein negativer Zusammenhang zwischen hohen Militärausgaben und wirtschaftlicher Entwicklung besteht. Die Länder mit den höchsten Anteilen der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt (USA und Großbritannien) weisen durchschnittlich niedrigere Wachstumsraten der Produktivität der verarbeitenden Industrie auf[102]). (Kanada und Italien bilden eine Ausnahme.) Die statistischen Angaben untermauern die These, daß sich die Ressourcenabsorption im Rüstungsbereich negativ auf den nicht-militärischen Sektor der Industrie auswirkt.

Die Wirtschaftswachstumsraten der führenden kapitalistischen Industrieländer nach dem Zweiten Weltkrieg bestätigen diesen Trend ebenfalls. Die Bundesrepublik und Japan einerseits, mit zunächst kaum vorhandenen Rüstungsproduktionsstätten, erzielten in den 50er und 60er Jahren wesentlich höhere Wachstumsraten als die USA, Frankreich und Großbritannien, die über große rüstungsindustrielle Kapazitäten verfügten[103]). Da in Japan und in der Bundesrepublik der Rüstungs- und der Investitionsgüterbereich nicht um knappe Ressourcen (Kapital, Fachkräfte) miteinander konkurrierten, konnte eine leistungsfähige, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Industrie (besonders Maschinenbau und Transportgüterindustrie) aufgebaut werden. Werden jedoch dem Investitionsgütersektor wegen ständig hoher Rüstungs- und Militärausgaben Kapital entzogen oder Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter vorenthalten, weil sie für militärische Forschung, Entwicklung und Produktion eingesetzt werden, sind langfristige strukturelle Deformationen der Industrie zu erwarten. Das bremst die Exportexpansion im Bereich ziviler Güter, da die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht mehr gegeben ist. Geringere Massenproduktion und geringere Produktivitätsfortschritte sind die Folge; die Wachstumsvorteile einer stark exportorientierten Wirtschaft entfallen. Die oft behaupteten „spin-off"-Effekte, die von der Rüstungsindustrie ausgehen sollen, sind offensichtlich nicht so bedeutsam, daß damit die negativen Strukturauswirkungen kompensiert werden könnten.

Welche Prioritäten sind, angesichts knapper staatlicher Mittel, in der Rüstungs- und Wirtschaftspolitik zu setzen? Die meisten NATO-Länder stehen vor ähnlichen Problemen staatlicher Haushaltspolitik: die Staatsverschuldung steigt, wichtige Sozial-, Bildungs- und Investitionsprogramme können wegen der Mittelknappheit nicht getätigt werden, immer mehr Mittel werden für die Beschaffung von Waffen und anderem militärischen Gerät verlangt. Diese Entwicklung findet auf dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit und sinkender (teils bereits negativer) Wachstumsraten statt.

Rein mathematisch betrachtet, wäre die Lösung natürlich einfach. Mehr Mittel werden dem Verteidigungsminister zur Verfügung gestellt, die Staatsverschuldung wird gesenkt; finanziert wird das Programm durch sozialen Abbau bei gleichzeitig noch her-

102) Siehe hierzu eine Tabelle bei Ruth Sivard, World Military and Social Expenditures 1980, Leeburg, Va. 1980, Tabelle 11, S. 15.

103) Kurt W. Rothschild, Military Expenditure, Exports and Growth, in: „Kyklos", 4/1973, S. 804–814, hat detaillierte Angaben zum Zusammenhang von Militärausgaben und exportorientiertem Wachstum gemacht. Weiterentwickelt wurde dieses Argument in U. Albrecht/P. Lock/H. Wulf, Arbeitsplätze durch Rüstung?, Reinbek 1978, S. 84–104. Siehe auch den grundlegenden Aufsatz von Ron Smith, Military Expenditure and Capitalism, in: „Cambridge Journal of Economics", 1/1977, S. 61–76.

abgesetzten Steuersätzen der Reichen (Modell Reagan). Dieses Modell kann allerdings – wenn überhaupt – nur in einer florierenden Wirtschaft funktionieren.

Alternativ kann versucht werden, die Staatsverschuldung abzubauen, indem der Rüstungshaushalt rein rechnerisch zwar stark steigt, bei Berücksichtigung der Inflationsraten aber nur mäßig erhöht wird. Gleichzeitig wird ebenfalls im sozialen Bereich gekürzt (Modell Thatcher).

Eine dritte Modellvariante setzt auf hohe Staatsverschuldung bei gleichzeitig verhältnismäßig niedrigem, aber steigendem Rüstungsetat und überdurchschnittlicher Investitionsbereitschaft außerhalb des Rüstungssektors. (Die japanische Politik entsprach in etwa diesem Modell.)

Die vierte Möglichkeit, nämlich Kürzungen im Rüstungsbereich vorzunehmen und soziale und wirtschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit durch kräftige Ausgabenerhöhungen für Beschäftigungsprogramme anzupacken, wird in den westlichen Industrieländern von der politischen Führung bislang nirgendwo ernsthaft in Erwägung gezogen.

Dabei zeigen die wirtschaftlichen und militärischen Indikatoren in den fünf größten kapitalistischen Industrieländern klar, was vom Modell Reagan oder Thatcher zu halten ist. Hohe Militäraufwendungen mögen zwar kurzfristig einen Boom hervorrufen, langfristig jedoch ergeben sich erhebliche strukturelle Deformationen. Wie Tabelle 5 zeigt, besteht eine beachtenswerte Korrelation zwischen der Höhe der Militärausgaben und der Höhe der Arbeitslosenquote.

Tabelle 5
Wirtschaftliche und militärische Indikatoren

Land	*Militärausgaben in % des Bruttosozialprodukts 1970–1980*	*Staatsverschuldung der Zentralregierung in % zu den Einnahmen 1979*	*Inflation: Anstieg der Verbraucherpreise 1980*	*Arbeitslosenquote Anfang 1981*
USA	*5,9*	*183*)*	*13,5*	*8,2*
Großbritannien	*5,0*	*210*)*	*18,0*	*9,3*
Frankreich	*3,9*	*52*	*13,3*	*7,5*
Bundesrepublik	*3,4*	*114*	*5,5*	*5,0*
Japan	*0,9*	*287*)*	*8,0*	*2,2*

**) 1978/79*

Die Länder mit den höchsten Anteilen der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt, die USA und Großbritannien, liegen auch bei der Arbeitslosenquote vorn, am Ende rangieren Japan und die Bundesrepublik. Dies heißt nicht, daß die hohe Arbeitslosigkeit allein durch die hohen Militärausgaben zustande gekommen ist[104]).

Klar an der Spitze hinsichtlich der Inflation liegen ebenfalls die USA und Großbritannien – zusammen mit Frankreich. Hinsichtlich der Staatsverschuldung erscheint die

104) Aus den statistischen Angaben können selbstverständlich keine kausalen Beziehungen abgeleitet werden; eine Reihe anderer als rüstungswirtschaftliche Faktoren spielen für die Wirtschaftsentwicklung eine Rolle. Zu beachten ist aber, daß die Daten in deutlicher Übereinstimmung mit den Analysen der Ökonomen sind, die – mit Adam Smith – aus Militäraufwendungen ökonomisch negative Auswirkungen ableiten.

Bundesrepublik im Vergleich zu den übrigen Ländern erstaunlich zurückhaltend und wird nur von Frankreich unterboten. Die Politik Japans scheint darauf hinzudeuten, daß durch hohe Staatsverschuldung zwar inflationäre Tendenzen entstehen könnten, der Beschäftigungsmarkt aber positive Impulse erhält.

Für die westeuropäischen NATO-Verbündeten entstehen – abgesehen von den wirtschaftlichen Auswirkungen – drei ernstzunehmende Konsequenzen durch die US-Politik: *Erstens* bleibt die harte Linie der US-Regierung gegenüber der Sowjetunion nicht ohne negative Auswirkungen für das politische (auch sicherheitspolitische) Verhältnis zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas. Eine Konfrontation unterhalb der Ebene militärischer Auseinandersetzung, die Erhöhung von Spannungen zwischen Ost und West betrifft die Westeuropäer, besonders auch die Deutschen, viel unmittelbarer und nachhaltiger als die USA. *Zweitens* drängt die US-Regierung die westeuropäischen NATO-Länder, ihre Rüstungsbemühungen ebenfalls zu verstärken. In der ökonomisch angespannten Lage mit knappen Haushaltsmitteln ist – bei einem Eingehen auf diese Forderungen, die mit der ausdrücklichen Aufforderung zur Kürzung des Sozialhaushalts verbunden sind – mit einer weiteren Verschärfung der Krise zu rechnen. *Drittens* widerspricht die Konfrontationspolitik der US-Regierung gegenüber den Ländern der Dritten Welt, in der militärische Interventionen zur Sicherung von Rohstoff- und Energielieferungen sowie die Stützung repressiver Regime eine zentrale Funktion haben, völkerrechtlichen Prinzipien. Eine Arbeitsteilung zwischen den USA und den westeuropäischen NATO-Ländern in diesem Bereich muß zu einer Verschärfung des bestehenden Nord-Südgegensatzes führen, die für die Westeuropäer ökonomisch katastrophale Folgen haben kann.

Doris Pumphrey / George Pumphrey

Ghettos und Gefängnisse

Rassismus und Menschenrechte in den USA
Mit zahlreichen Fotos und Karikaturen
260 Seiten, DM 14,80

Von hundert jugendlichen Schwarzen sind siebzig arbeitslos. Die Hälfte der schwarzen Kinder wächst in Armut auf. Die Polizei bringt Jahr für Jahr hunderte von Schwarzen um. Schwarze stellen die Hälfte aller Insassen amerikanischer Gefängnisse, obwohl sie nur 12 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Gegen die Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen und anderer Minderheiten führen die amerikanische Regierung und das FBI einen geheimen Krieg.

Pahl-Rugenstein

Zwischenbilanz der Genfer Verhandlungen aus sowjetischer Sicht

Von Nikolai Portugalow

Seit mehr als fünf Monaten werden in Genf die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung nuklearer Rüstungen in Europa geführt. Nachdem beide Seiten Vorschläge unterbreitet hatten, in denen sowohl ihre Ausgangsposition als auch ihre Vorstellungen über die Parameter des künftigen Abkommens einen Niederschlag fanden, wurde die erste Verhandlungsrunde abgeschlossen. Das Wichtigste und Schwierigste steht nun im Mai bevor. Dabei kommt es auf das Bestreben beider Seiten an, den angebahnten Dialog in einem konstruktiven Sinn weiter zu führen, sowie auf die Entschlossenheit, ihn durch positive Ergebnisse abzuschließen, die sowohl die Verhandlungspartner selbst, d.h. die UdSSR und die USA, als auch sämtliche europäischen Länder zufriedenstellen. Diese Länder wohnen ja gleichsam unsichtbar den Verhandlungen bei und verknüpfen damit ihre Hoffnungen auf die Beseitigung der unseren Kontinent bedrohenden nuklearen Gefahr.

Der Kurs, den die Sowjetunion in Fragen der nuklearen Rüstungen in Europa verfolgt, hat die Wiederaufnahme der Genfer Gespräche ermöglicht. Schon allein dieser Vorgang ist in der ganzen Welt zu Recht positiv aufgenommen worden. Aber auch die hartnäckigen Versuche der Außenministerien in den diversen NATO-Hauptstädten und der meisten Massenmedien des Westens, durch ihre Berichterstattung über die Genfer Verhandlungen die Öffentlichkeit zu beschwichtigen, können unmöglich unbemerkt bleiben. Da wird mit geheucheltem Optimismus behauptet, die Genfer Gespräche nähmen einen günstigen Verlauf, weil sie von den USA „mit denkbar ernsthaften und positiven Absichten geführt werden", so daß man, „falls die Russen dem guten Beispiel der Amerikaner folgen", schon in absehbarer Zeit mit spürbaren Verhandlungsergebnissen rechnen dürfe. Diese Behauptung entspricht jedoch nicht der Wirklichkeit. In Wirklichkeit mahnt der Stand der Dinge bei den Genfer Verhandlungen, wie Leonid Breschnew Anfang Februar bei einer Unterredung mit Vertretern der Sozialistischen Internationale feststellte, zu einer gewissen Vorsicht. Der Grund dafür liegt darin, daß die amerikanische Seite offensichtlich nicht gewillt ist, nach einer Lösung zu suchen, die im Einklang mit dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit steht, das nach wie vor die einzig reale Grundlage für konkrete Schritte im Abrüstungsbereich ist.

Bekanntlich haben die Seiten von Anfang an vereinbart, die Verhandlungen vertraulich zu führen. Diese Vereinbarung war unbedingt begrüßenswert: für diplomatische Verhandlungen – besonders über derart schwierige Dinge wie Rüstungsstand und gleiche Sicherheit – sind verantwortungslose Spekulationen das gleiche wie für Eisen Rost.

Sehr bald stellte sich jedoch heraus, daß die USA nicht daran denken, sich an die getroffene Vereinbarung zu halten. Regelmäßige Statements maßgeblicher amerikanischer Politiker, Diplomaten und Abrüstungsexperten vor „geschlossenen Gesellschaften", die jedesmal „in die Presse durchsickerten", lieferten den westlichen Medien den Stoff für zahllose Analysen und Kommentare zum Thema Genf. Das Ganze sieht schon heute nach einer Kampagne aus. Die „Nulloption", die Reagan im vorigen November vorschlug und die in Genf ohne nennenswerte Änderungen, aber in pompöser Aufmachung auf den Verhandlungstisch gelegt wurde, wird in allen Einzelheiten ebenso energisch und mit einem ebensolchen Kraftaufwand angepriesen wie eine neue amerikanische Zigarettensorte, die auf dem europäischen Markt durchzuboxen ist. Der einzige Unterschied besteht darin, daß auf der publizistischen Verpackung dieser Option die in der Tabakbranche übliche Aufschrift fehlt, die auf den eventuellen Gesundheitsschaden – in diesem Fall für die europäische Sicherheit – hinweist.

Eine derartige Taktik veranlaßte die Sowjetunion naturgemäß dazu, den von ihr in Genf vertretenen Standpunkt und ihre Vorstellungen davon, welche Wege unter den Verhältnissen der gleichen Sicherheit zu einer Begrenzung und Reduzierung der Kernwaffen in Europa führen können, in großen Zügen ebenfalls der Weltöffentlichkeit und besonders der europäischen Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Das heuchlerische Wehklagen atlantischer Kolumnisten über die „Wortbrüchigkeit" der Sowjetunion, die ihre in Genf gemachten Vorschläge bekanntgegeben habe, zeugt lediglich von einer beispiellosen Scheinheiligkeit, diesem eigenartigen Gütezeichen der amerikanischen Diplomatie und Propaganda. So haben jetzt die Europäer die Möglichkeit, die Auffassungen beider Verhandlungspartner in Genf, ihre Art, Probleme zu behandeln, und die von ihnen ausgewählten Orientierungspunkte miteinander zu vergleichen.

Die „Nulloption" der USA legt schon an und für sich ein beredtes Zeugnis davon ab, daß die Amerikaner nicht gewillt sind, eine Basis für eine für beide Seiten akzeptable Vereinbarung zu suchen, sondern diese Verhandlungen zur Torpedierung der in Westeuropa entstandenen Friedensbewegung, die sich in erster Linie gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen auf dem Kontinent richtet, ausnutzen wollen.

Die scheinbar einleuchtende, auf unerfahrene Leute zugeschnittene Formel „Weder amerikanische noch sowjetische Mittelstreckenraketen auf dem Kontinent!" verhüllt wie ein Nebelvorhang die für die Sowjetunion unannehmbare „Option", die den USA und der NATO sogar noch größere einseitige Vorteile sichern soll als die, die sie durch die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Europa zu erzielen gedenken. Tatsächlich müßte die Sowjetunion nach dem amerikanischen Plan ihre Mittelstreckensysteme um mehr als die Hälfte einseitig verringern. Diese bilden jedoch ein Gegengewicht zu den amerikanischen FBS-Waffen („Forward Based Systems"), die auf Ziele in Europa gerichtet sind, sowie zu den Kernwaffen der Bündnispartner der USA.

Darüber hinaus sollen im asiatischen Teil der UdSSR stehende Mittelstreckenraketen abgebaut werden, die mit dem Kräfteverhältnis auf dem europäischen Kontinent nichts zu tun haben. Auf diese Art will man trotz der im Westen wie im Osten nicht abnehmenden militärischen Gefahr die einseitige Abrüstung der UdSSR durchsetzen. Aber auch das scheint nicht zu genügen. Die beispiellose „Gleichung" der Mittelstreckenwaffen von sechs zu eins zugunsten der Sowjetunion, die Reagan seiner „Null-Lösung" zugrunde legte, beweist, daß die Amerikaner entsprechende Waffensysteme Englands und Frankreichs nicht zum westlichen Potential zählten, während sie einige Typen taktischer Waffensysteme mit einer Reichweite unter 1000 Kilometer in die Kategorie der Mittelstreckenwaffen einreihten und zum sowjetischen Potential rechneten.

Die Sowjetunion strebt im Einklang mit dem Prinzip der gleichen Sicherheit die Parität auf einer möglichst niedrigen Ebene an. Sie kann deshalb unmöglich, wie es der Westen verlangt, von Anfang an Mittelstreckensysteme der USA und der NATO ausklammern, die sowjetisches Staatsgebiet treffen können. Es darf nicht vergessen werden, daß sowjetische Mittelstreckenwaffen die USA nicht erreichen können und für sie in strategischer Hinsicht ungefährlich sind.

Es kann keine zwei voneinander unabhängigen Gleichgewichte geben: das eine zwischen den USA und der UdSSR und das andere zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag. Strategische Waffen der USA dienen auch dem Westen insgesamt als Mittel der „nuklearen Abschreckung". Wenn die Westeuropäer sagen, von ihrem Standpunkt seien sowjetische Mittelstreckenraketen eine strategische Waffe, so kann man sie durchaus verstehen. Aber das ist schon gewissermaßen eine innere Angelegenheit der NATO. Als die europäischen NATO-Länder vor einem Vierteljahrhundert die amerikanischen FBS auf ihrem Territorium stationieren ließen und die Doktrin der „flexiblen Reaktion" akzeptierten, muß ihnen eigentlich klar gewesen sein, worauf sie sich da einließen. Übrigens reagierten sie auf die im Gegenzug erfolgte Aufstellung der SS-4- und SS-5-Raketen in den westlichen Gebieten der Sowjetunion überhaupt nicht.

Nachdem aber die USA die Konzeption eines „begrenzten Krieges" auf dem europäischen Kontinent entwickelt hatten, begriffen die Westeuropäer, womit ihnen die amerikanische Nuklearstrategie droht. Allerdings werden sie sich kaum sicherer fühlen, wenn zu den amerikanischen FBS-Waffen noch Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles kommen, die für die Sowjetunion die Warnzeit bis auf 5 oder 6 Minuten verkürzen und deshalb von ihr qualitativ neuartige Gegenmaßnahmen erfordern. In Umwandlung des deutschen Sprichwortes könnte man sagen: Die europäischen NATO-Länder wollen den amerikanischen Teufel durch den amerikanischen Beelzebub austreiben.

Das Mittelstreckenpotential der USA und der NATO in Europa, dessen Bestandteile im Laufe der Jahre samt und sonders modernisiert wurden, wird durch die jetzigen sowjetischen Raketen dieser Klasse lediglich ausgegli-

chen. Aber es kann nur von einem annähernden Gleichgewicht die Rede sein, weil eine Reihe von zusätzlichen Vorteilen, die den USA in Europa und in den umliegenden Gewässern in erster Linie ihre ortsfesten Luftwaffen- und Marinestützpunkte bieten, die Amerikaner in die Lage versetzt, ihre vorgeschobenen Systeme zu jeder Zeit beträchtlich zu verstärken, indem sie beispielsweise dicht an Europas Küsten seegestützte Marschflugkörper in Stellung bringen. Es ist deshalb keine Übertreibung, wenn wir sagen, daß das aus 975 Waffensystemen (514 Raketen und 461 Flugzeugen) bestehende sowjetische Mittelstreckenpotential, das nach der Anzahl der Kernladungen geringer als die amerikanischen FBS ist, von der Sowjetunion in diesem Bereich zum Schutz ihrer Sicherheit benötigt wird.

Der Pferdefuß der „Null-Option" Reagans kommt darin zum Vorschein, daß die USA und die NATO nicht gewillt sind, in die Gleichung zwischen den Mittelstreckenwaffen beider Seiten in Europa die in diesem Raum bereits vorhandenen 986 Waffensysteme dieser Klasse einzubeziehen. Dagegen stimmt die sowjetische Forderung, bei den Genfer Verhandlungen von Anfang an amerikanische vorgeschobene Systeme mit einer Reichweite von mehr als 1000 Kilometer und entsprechende Nuklearwaffen der europäischen Verbündeten der USA mitzuzählen, voll und ganz mit dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit überein. Wer an einem konkreten Ergebnis der Genfer Verhandlungen interessiert ist, muß sie unbedingt unterstützen.

Im Unterschied zu den USA mit ihrer „Null-Lösung", die eher in ein absurdes Drama passen würde, legte die sowjetische Seite in Genf Vorschläge vor, die, falls sie als Verhandlungsgrundlage akzeptiert werden, sichere Orientierungspunkte für die weitere Arbeit an für beide Seiten annehmbaren Vereinbarungen ergeben könnten.

Die USA und die NATO lehnten die sowjetischen Initiativen, wonach in Europa die Mittelstreckenwaffen, von denen gegenwärtig jede Seite etwa 1000 besitzt, bis Ende 1990 auf je 300 verringert werden sollen, rundweg ab. Sie behaupten, diese Vorschläge würden „der notwendigen Elemente einer Null-Lösung" entbehren. Diese Meinung wird von einigen westeuropäischen Regierungen geteilt. Dabei vergißt man absichtlich, daß die sowjetische Seite die erwähnten Vorschläge nur für den Fall gemacht hat, daß der Westen zu der von uns früher angeregten radikalen Lösung – zum vollständigen Verzicht beider Seiten auf alle Arten nuklearer Mittelstreckenwaffen, die auf Objekte in Europa zielen, und darüber hinaus sowohl auf taktische Kernwaffen als auch auf Kernwaffen mittlerer Reichweite – nicht bereit ist. Das wäre, wenn die NATO-Länder ihre Zustimmung geben, eine wirkliche Null-Option und für den Frieden in Europa, aber auch in der ganzen Welt ein großer Gewinn. Eine solche Lösung bleibt unser optimales Ziel. Sie würde praktisch die gleiche Bedeutung wie die Errichtung einer ausgedehnten kernwaffenfreien Zone unter Einbeziehung der meisten europäischen Staaten haben.

Aber auch die von der Sowjetunion für die Mittelstreckenwaffen beider Seiten vorgeschlagene Tiefstgrenze (je 300) bietet eine greifbare Möglichkeit, die nukleare Konfrontation in Europa beträchtlich abzubauen.

Gelingt es, eine Einigung über die Reduzierung der Mittelstreckenwaffen in Europa zu erzielen, so werden die NATO-Länder selbst darüber entscheiden können, welche Waffen abgebaut werden sollen. In diesem Zusammenhang wurde in der Weltpresse vermerkt, daß die von der Sowjetunion vorgeschlagene Tiefstgrenze von je 300 Kampfmittel, die ab Ende 1990 festgelegt werden könnte, für den Westen faktisch der Gesamtheit der englischen und französischen Waffensysteme dieser Klasse gleichen würde, die gegenwärtig einer radikalen Modernisierung unterzogen werden. Im Ergebnis würde sich die objektive Möglichkeit ergeben, Europa von amerikanischen Kernwaffen mittlerer Reichweite ohne Nachteile für die Sicherheit der europäischen NATO-Länder freizumachen, weil sich das der Sowjetunion verbleibende Potential und die „eurostrategischen Systeme" Englands und Frankreichs lediglich die Waage halten könnten.

Deshalb können wir westeuropäische Kommentatoren und Experten, die ihre Unzufriedenheit darüber äußern, daß die Sowjetunion auf der Einbeziehung entsprechender britischer und französischer Waffensysteme in die europäische Bilanz nuklearer Mittelstreckenwaffen beharrt, nur schwer verstehen. Sie behaupten, die UdSSR möchte hinter dem Rücken der Europäer mit den USA ein „nukleares Jalta" vereinbaren, und erklären, in dieser Frage passe ihnen die Haltung der USA besser, die eine derartige Vereinbarung ablehnen würden. Es sei aber daran erinnert, daß die Sowjetunion nicht umhin kann, britische und französische Mittelstreckenwaffen, die ausschließlich auf sowjetische Ziele gerichtet sind, in die europäische nukleare Gleichung einzubeziehen. Dabei fordert allerdings die sowjetische Seite keinesfalls eine vorrangige oder überwiegende Reduzierung dieser Potentiale. Sie besteht nicht einmal auf der Beteiligung Englands und Frankreichs an den Verhandlungen, falls sie es selbst nicht wünschen. Sie ist nur der Ansicht, daß ihre Kernwaffen in Einklang mit der tatsächlichen Sachlage als integrierender Teil des Gleichgewichts auf seiten der NATO betrachtet werden müssen.

Das wesentlichste Element der sowjetischen Position bei den Genfer Verhandlungen ist der Vorschlag, solange diese Verhandlungen dauern, ein Moratorium über die Stationierung von Mittelstreckenwaffen zu verhängen. Wenn die andere Seite dem Moratorium zustimmen würde, wäre die Sowjetunion außerdem bereit, einen gewissen Teil ihrer Mittelstreckenwaffen, sozusagen als Vorleistung, abzubauen, um jenem niedrigeren Niveau näherzukommen, das im Ergebnis der Verhandlungen vereinbart werden könnte.

Im Moratoriumsgedanken findet unsere Haltung zu den Fragen der Kernwaffen in Europa ihren Niederschlag.

Diese Friedensinitiative legt ein beredtes Zeugnis davon ab, daß die sowjetische Seite keineswegs nach einer Überlegenheit bei den Mittelstreckenwaffen in Europa strebt und im Unterschied zum Westen nicht daran denkt, während die Verhandlungen laufen, allmählich Voraussetzungen für eine solche Überlegenheit zu schaffen.

Im Gegenteil, als Leonid Breschnew am 16. März auf dem 17. Gewerkschaftskongreß sprach, gab er den Beschluß der sowjetischen Führung bekannt, auf einseitiger Basis ein Moratorium für die Stationierung von Kernwaffen mittlerer Reichweite im europäischen Teil der UdSSR einzuführen. „Die hier bereits stationierten Waffen dieser Art", hob er hervor, „frieren wir quantitativ und qualitativ ein, und die Ablösung alter Raketen, die als SS-4 und SS-5 bekannt sind, durch die neueren SS-20 stoppen wir."

Gelten wird dieses Moratorium, entweder, bis mit den Vereinigten Staaten auf der Basis der Gleichheit und der gleichen Sicherheit ein Abkommen über die Reduzierung der für Europa bestimmten nuklearen Waffen mittlerer Reichweite erzielt wird, oder aber bis zu dem Zeitpunkt, da die Führer der USA unter Mißachtung der Sicherheit der Völker doch dazu übergehen, die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Europa praktisch vorzubereiten.

Darüber hinaus hat die Sowjetunion, wie Breschnew erklärte, die Absicht, schon in diesem Jahr, falls keine neue Zuspitzung der internationalen Lage eintritt, auf eigene Initiative eine bestimmte Anzahl ihrer Mittelstreckenraketen abzubauen.

Wären die westlichen Verhandlungspartner der UdSSR imstande, dies durch konstruktive Schritte im Sinne des guten Willens zu beantworten, so würde das gegenseitige Moratorium nicht nur ein günstiges Verhandlungsklima schaffen, sondern – was besonders wichtig ist – Europa von der zwangsläufigen Einbeziehung in den gefährlichen Wettlauf der nuklearen Rüstungen erlösen, zu dem es 1983, falls die Genfer Verhandlungen bis dahin nicht abgeschlossen werden, durch Washingtons Schuld kommen wird.

Der einfache Gedanke eines Moratoriums hat in den europäischen NATO-Ländern die Billigung von Millionen Menschen gefunden. Angesichts dieser Situation wagen es die Politiker einiger Länder, von denen der Doppelbeschluß gefaßt wurde, und namentlich die der Bundesrepublik, nicht, sich mit den USA, die ein Moratorium aufs entschiedendste ablehnen, offen zu solidarisieren. Statt dessen versuchen sie, die sowjetische Initiative zu verwässern.

Die gegen die UdSSR gerichteten Philippiken atlantischer Politiker, Sachverständiger und Kommentatoren strotzen vor Ausdrücken, die keineswegs als parlamentarisch bezeichnet werden können. Diese Reaktion ist sehr kennzeichnend: sie beweist vor allem, daß sich die USA und die NATO der Anziehungskraft des in Genf vorgelegten sowjetischen Programms für die Bevölkerung westeuropäischer Länder bewußt sind und dennoch keine einigermaßen einleuchtenden Gegenargumente finden.

Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als das bereits Durchgenommene zu wiederholen oder ausgeklügelte Argumente ins Feld zu führen. In NATO-Kreisen wird jetzt beispielsweise besonders darauf hingewiesen, daß die in den asiatischen Gebieten der Sowjetunion stationierten SS-20-Raketen,

selbst wenn sie „jenseits des Ural" gestartet werden, Ziele in Westeuropa erreichen können. Deshalb sei für den Westen jeder sowjetische Vorschlag, der ihren Abbau nicht vorsieht, unannehmbar.

Dieses Argument ist aber einfach lächerlich. Mittelstreckenraketen in den asiatischen Gebieten der Sowjetunion haben mit den Genfer Verhandlungen nichts zu tun. Fordert der Westen in Genf den Abbau der Mittelstreckenraketen in den östlichen Gebieten der UdSSR, so spricht er dadurch faktisch der Sowjetunion das Recht ab, angesichts des ständig wachsenden Nuklearpotentials der Volksrepublik China und der im Indischen und im Stillen Ozean kreuzenden US-Flotten für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Die USA und die NATO wären somit zu einer Übereinkunft über Mittelstreckenwaffen in Europa nur unter der Bedingung bereit, daß die Sowjetunion ihren ganzen asiatischen Teil einseitig zu einer kernwaffenfreien Zone erklärt.

So sehen heute die Positionen der Seiten bei den Genfer Verhandlungen aus. Reagans „Null-Lösung" zielt unverkennbar auf einseitige Vorteile ab und ist für die sowjetische Seite so unakzeptabel, daß sie gar nicht ernstgenommen werden kann. Sie ist nicht, wie man im Westen zu sagen pflegt, eine Maximalforderung, sondern reine Propaganda, bewußte Irreführung. Dagegen würden die sowjetischen Vorschläge, falls sie angenommen werden, den Weg zum größtmöglichen Abbau der nuklearen Konfrontation in Europa freimachen und im günstigsten Falle sogar zur Entnuklearisierung unseres Kontinents führen.

Die sowjetische Seite beansprucht im Bereich der Abrüstungsinitiativen keine Monopolstellung. Wir sind gern bereit, beliebige diesbezügliche Vorschläge des Westens zu prüfen und an sie das gleiche Maß wie an unsere eigenen Vorschläge anzulegen, nämlich, inwieweit sie dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit entsprechen. Die amerikanische „Null-Option" stellt aber im Grunde genommen eine Verhöhnung dieses Prinzips dar. Sie ist eine Mogelpackung.

Welchen Verlauf werden nun die Verhandlungen nehmen? Die Antwort auf diese Frage hängt vom Westen und in erster Linie von den USA ab, die in Genf den Westen repräsentieren. Aber bei der Lösung des Problems der Kernrüstungen in Europa ist selbstverständlich auch der Einfluß der europäischen Staaten von großer Bedeutung. Ihre Stimme kann, um mit Breschnew zu sprechen, ausschlaggebend sein.

Außerparlamentarische Bewegung und Ostverträge

Zehn Jahre Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau

Von Klaus Naumann

Am 17. Mai vor zehn Jahren wurden der Moskauer und der Warschauer Vertrag vom Bundestag ratifiziert. Im gleichen Jahr, am 21. Dezember, folgte die Ratifizierung des Grundlagenvertrages mit der DDR. Damit war nicht nur ein brisantes Kapitel bundesdeutscher Außenpolitik (die Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen und die Leugnung der staatlichen Souveränität der DDR) abgeschlossen, die mehr als zwei Jahrzehnte lang zu wiederholten Krisen der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten, den Bündnisblöcken und den Großmächten geführt hatte. Mit dem Vollzug der Ratifizierung hatte sich auch eine außerparlamentarische Bewegung durchgesetzt, in deren Verlauf es – im April 1972 – zu den umfassendsten *politischen Streik*- und Protestaktionen gekommen war, die es in der Bundesrepublik seit den Streiks um Mitbestimmung (1952) und gegen die Pariser Verträge (1955) gegeben hatte[1]).

Diese Ratifizierungsbewegung ist nicht allein bemerkenswert, weil sie Druck auf das parlamentarische Geschehen ausübte und – nicht zuletzt – zur Differenzierung auch im Lager der Ratifizierungsgegner beitrug. Unter den Bedingungen einer schwindenden parlamentarischen Mehrheit der sozialliberalen Koalition und des Versuchs der CDU/CSU-Opposition, die Bundesregierung mittels eines Mißtrauensvotums zu stürzen, um Rainer Barzel zum Kanzler auszurufen, entwickelte sich eine Massenbewegung gegen einen vorzeitigen „Machtwechsel", der nicht nur den Ostverträgen, sondern auch der erhofften Fortsetzung reformpolitischer Initiativen ein Ende zu setzen drohte. Die Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen der Apriltage des Jahres 1972 sind freilich nicht nur als einen Höhepunkt der Mobilisierung des demokratischen Potentials in der Bundesrepublik erwähnenswert und nicht nur aus Gründen des zehnten Jahrestages erinnerungwürdig. Was dieses Datum aktuell macht, daß ist eine *Verknüpfung von Entspannungspolitik und sozialliberaler Mehrheitsfähigkeit, von außerparlamentarischer Bewegung und parlamentarischer Blockierung*, für die sich in diesen Monaten deutliche Parallelen finden lassen. Freilich wiederholt sich diese Verschränkung gegenwärtig unter vornehmlich negativen Vorzeichen.

– So steht der Niedergang der sozialliberalen Koalition derzeit im Zeichen einer weltweiten Gefährdung des Entspannungsprozesses. Die „Nachrü-

1) Vgl. Fülberth/Harrer, Geschichte und Besonderheiten der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik, in: Albrecht u. a., Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln, S. 487 ff.

stungs"politik, von der Koalition selbst in weitgehender Übereinstimmung mit der CDU/CSU-Opposition betrieben, ist zu einer der größten Herausforderungen geworden, an der die Sozialliberalen ihre Mehrheitsfähigkeit einzubüßen drohen.

– Unter negativen Vorzeichen steht die Parallele zwischen 1982 und 1972 auch deshalb, weil jener Schub, den die außerparlamentarische Bewegung dem Ratifizierungsvorhaben – und damit der Entspannungspolitik – der Regierungskoalition verlieh, nun einer Konfrontation zwischen derselben Koalition und einer gewachsenen außerparlamentrarischen Bewegung gewichen ist.

– Mehr noch: während die CDU/CSU-Opposition – trotz gelungener Abwerbemanöver von Abgeordneten – damals durch den internationalen Entspannungsprozeß in der Defensive war und unter Handlungs- und Legitimationszwängen stand, so daß sich eine „Querfront" der Ratifizierungsbefürworter über die Fraktionsgrenzen hinweg auch in die Oppositionsparteien (vor allem natürlich die CDU) ausbreiten konnte, ist das parlamentarische Bild heute durch einen festgefügten Block der „Nachrüster" bestimmt, während Außenseiter diszipliniert werden.

– Schließlich drängt sich noch eine weitere negative Parallele auf. Die außerparlamentarische Bewegung, etwa die Friedensbewegung, hat heute (noch) nicht jene Kerngruppen des sozialdemokratischen Potentials erreicht, die damals *eines der Zentren* der Ratifizierungsbewegung gegen das Mißtrauensvotum bildeten: die von Löwenthal und anderen[2]) beschworenen „Stammwähler" aus der „Industriearbeiterschaft".

Diese Berührungspunkte zwischen den Vorgängen von 1972 und der Situation von 1982 lassen es politisch sinnvoll erscheinen, nach dem Verlauf, der Beteiligung, den Zielen, den Erfahrungen und den Problemen der damaligen – kurzfristigen – Massenbewegung zu fragen[3]). Im folgenden soll dargestellt werden, in welchem Zusammenhang sich die Ratifizierungsbewegung entfalten konnte, wie die Zusammensetzung ihrer sozialen und politischen Komponenten war, welche Bedingungen und welche Formen es für das Zusammenwirken sehr unterschiedlicher Kräfte gab und wie diese auf den parlamentarischen Prozeß und die politischen Lager differenzierend einwirken konnten.

Der hindernisreiche Weg zur Ratifizierung

Zunächst einmal, wie konnte es eigentlich geschehen, daß sich der Prozeß von der Unterzeichnung zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau so lange, etwa eineinhalb Jahre (von August/Dezember 1970 bis Mai

2) Vgl. Löwenthal, Identität und Zukunft der SPD, in: „Die Neue Gesellschaft", 12/1981, S. 108 ff.

3) Die außerparlamentarische Bewegung vom April 1972 ist bisher weitgehend übergangen worden. Vgl. aber Steinhaus, Streikkämpfe in der BRD von 1971 bis 1974, in: „Das Argument"86, 1974, S. 356 ff. bes. S. 371 ff. Eine unveröffentlichte Examensarbeit, auf die sich die folgenden Angaben z. T. stützen, liegt vor von Parmentier, Die außerparlamentarische Bewegung gegen das Mißtrauensvotum der CDU/CSU gegen die SPD/FDP-Regierung im April 1972, Marburg 1975.

1972), hinzog? Wie konnte es der Opposition gelingen, die Ostverträge zum Hebel eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen den Bundeskanzler zu machen? Immerhin besaß die Koalition eine (wenn auch knappe) parlamentarische Mehrheit von 12 Mandaten (254:242 Sitze). Gewiß, die Verhandlungen über einen *qualifizierten* Gewaltverzicht, der die Anerkennung des Status quo, der Nachkriegsgrenzen sowie der Staatlichkeit der DDR einschloß, betrafen eine komplizierte Materie. Die Bundesregierung hatte mit vier politischen Größen zu rechnen: mit den Westmächten, an deren Entspannungspolitik die Koalition einerseits versuchen mußte, Anschluß zu gewinnen, während sie andererseits den Abschluß einer tragfähigen Westberlin-Regelung erwartete; mit den sozialistischen Staaten, unter denen die Sowjetunion eine Schlüsselrolle bei der Abwicklung der Verhandlungspolitik spielen mußte[4]); mit der CDU/CSU-Opposition, die alles tat, um Verhandlungen und Verträge zu Fall zu bringen[5]); und – nicht zuletzt – mit einer anwachsenden außerparlamentarischen Bewegung, die eine Wende in der Ostpolitik der Bundesrepublik erwartete und auf innenpolitische Reformen drängte[6]). Diese Bewegung war nicht erst 1969/72 entstanden, sondern hatte ihren Ursprung in dem schon seit den fünfziger, dann aber verstärkt seit den sechziger Jahren vorgetragenen Verlangen nach Entspannung und Anerkennung der DDR (durch die sog. „Anerkennungspartei")[6a]).

Da entsprechende Angebote aus der Sowjetunion, Polen und der DDR bereits aus der Zeit vor der Bundestagswahl von 1969 vorlagen[7]), konnten Gespräche, bald auch Verhandlungen, zügig beginnen. Bereits diese Phase war von einer innenpolitischen Polarisierung begleitet. Die Unionsparteien verfolgten eine Konfrontationspolitik mit der Koalitionsregierung, in deren Zentrum die Ostpolitik stand: diese wurde als „Ausverkauf" gebrandmarkt, „einseitige Vorleistungen" beklagt und die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages als „zweites Versailles" denunziert[8]). Unter maßgeblichem Einfluß der CSU setzten die Unionsparteien auf eine „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes"[9]), mit der sie das NPD-Potential, aber auch rechte „nationalliberale" Kräfte aus der FDP anzusprechen versuchten. Dies gelang in den Landtagswahlen von 1970 und 1971[10]) und durch die Bildung der „Nationallibera-

4) Dies nicht zuletzt nach den Erfahrungen mit der CSSR 1968. Vgl. etwa Karl Kaiser, Die deutsche Außenpolitik nach der tschechoslowakischen Krise von 1968, in: „Europa-Archiv", 1969, S. 353 ff.

5) Zur Oppositionspolitik der Unionsparteien vgl. Hacke, Die Ost- und Deutschlandspolitik der CDU/CSU, Wege und Irrwege der Opposition seit 1969, Köln 1975; ders., Die ost- und deutschlandpolitische Konzeption der parlamentarischen Opposition des 6. Deutschen Bundestages im Spannungsfeld zwischen Adaption und Alternative, in: Jahn/Rittberger (Hrsg.), Die Ostpolitik der BRD, Opladen 1974, S. 29 ff.

6) Vgl. Fülberth/Harrer, S. 510 ff.

6a) Vgl. dazu End, Zweimal deutsche Außenpolitik, Köln 1973, bes. 51 ff., 59 ff.

7) Vgl. als Darstellungen: Löwenthal, Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, in: Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik, Stuttgart 1974; Bender, Die Ostpolitik Willy Brandts oder Die Kunst des Selbstverständlichen, Reinbek 1972; Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, Franfurt/M.-Berlin-Wien 1973.

8) „Ausverkauf hat begonnen", in: „Bayernkurier" v. 11. 10.1969, S. 1. – Vgl. als Darstellung Koch/Bamberger, CDU/CSU verhinderte Staatspartei, Starnberg 1974, bes. S. 87 ff; Geiss, Die neuen Deutschnationalen, in: „Vorwärts" v. 13. 4. 1972, S. 19.

9) Strauß auf dem Nürnberger Parteitag der CSU am 3. 7. 1970; zit. n. „Frankfurter Rundschau" v. 6. 7. 1970.

10) Vgl. Sörgel, Landtagswahlen 1970-1972, in: „Die Neue Gesellschaft", 6/1972, S. 402 ff.

len Aktion" (NLA), der mit Zoglmann ein führender FDP-Bundestagsabgeordneter angehörte[11]). Demonstrationen von Vertriebenenverbänden und NPD-Anhängern bildeten den außerparlamentarischen Hintergrund dieser Konfliktstrategie. Zur Konfrontation mit der demokratischen Bewegung kam es zunächst anläßlich des Kasseler Treffens zwischen Bundeskanzler Brandt und dem DDR-Ministerratsvorsitzenden Stoph am 21. Mai 1970. Gegen die Störversuche der Rechtskräfte demonstrierten 6000 Menschen[12]).

Während in der Folgezeit – aufgrund der nach Kassel zwischen der Bundesregierung und der DDR eingetretenen „Denkpause" – die Frage der DDR-Anerkennung etwas zurücktrat, gewann mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages (am 12. August 1970) und des Warschauer Vertrages (am 7. Dezember 1972) die Forderung nach der Ratifizierung dieser Verträge zunehmend an Gewicht. Die Situation für eine rasche und erfolgreiche Einleitung des Ratifizierungsverfahrens war damals günstig, zumal die Haltung der Oppositionsparteien nicht einheitlich war. Während Kiesinger, Barzel und Carstens ein vorsichtiges Einlenken erkennen ließen, versuchte Strauß auf eine kompromißlose Gegnerschaft gegen die vorliegenden Vertragsentwürfe zu orientieren. Die Entscheidung, welcher der beiden Unionsflügel sich durchsetzen konnte, wurde aber vertagt – durch die Haltung der Bundesregierung selbst. Vertagt wurde damit zugleich auch die Ratifizierung und gefährdet wurde, wie sich binnen kurzem herausstellen sollte, die parlamentarische Mehrheit der sozialliberalen Koalition. Der Union gelang es, ihre inneren Konflikte zu dämpfen, weil die Bundesregierung auf das von ihr geforderte „Berlin-Junktim" einging: „Die Regierung der UdSSR weiß", so ließ die Bundesregierung am 18. September 1970 mitteilen, „daß der (Moskauer; d Verf.) Vertrag ohne eine befriedigende Berlin-Regelung nicht wirksam werden kann"[13]). Verschärft wurde dieser Versuch, auf die Westberlin-Verhandlungen der Vier Mächte (d. h. auf die Sowjetunion) Druck auszuüben, und durch den Beschluß der NATO-Ratstagung im Dezember 1970, das Berlin-Junktim auch auf die Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonferenz – also auf die nächste Etappe des Entspannungsprozesses – auszudehnen.

Egon Bahr meinte jüngst auf dem Münchener SPD-Parteitag, die Situation der Westberlin-Verhandlungen gleiche jener der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen: in beiden Fällen habe die Bundesrepublik wohl „Interessen" aber keine „Rechte"[14]), sie könne nur durch „Druck" auf die Verhandlungspartner versuchen, Einfluß zu gewinnen. Einmal abgesehen davon, daß die Bundesrepublik als Land, in dem stationiert werden soll, immerhin ein souveränes Mitsprache*recht* hat (im Unterschied zu Westberlin, wo die Gren-

11) Vgl. Herde, Die NLA, in: „Neue Kommentare", 15/1970, S. 6 ff.
12) Vgl. die Dokumentation „DKP in Kassel", hrsg. v. Parteivorstand der DKP, Düsseldorf o. J.
13) Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode, S. 3632. – In die „Richtlinien" für die deutsch-sowjetischen Verhandlungen war das Junktim schon am 7. 6. 1970 aufgenommen worden. Die CDU/CSU hatte das Junktim in der ostpolitischen Debatte des Bundestages am 27. 5.1970 gefordert. Vgl. Texte zur Deutschlandpolitik, Bd. 5, S. 171 ff.
14) Bahr, Einführungsbeitrag in der Arbeitsgruppen II: Friedens- und Sicherheitspolitik. Münchener SPD-Parteitag, 19.-23. 4. 1982, Manuskript, S. 6 f.

zen bundesdeutscher Rechts-Titel zur Kenntnis genommen werden mußten), so war der „Druck" auf die Vier Mächte (lies: die Sowjetunion) damals vornehmlich dazu angetan, den Entspannungsprozeß zu bremsen (wie die CDU/CSU es forderte), die Ratifizierung zu verzögern und sogar zu gefährden. Dies hat denn auch außerparlamentarische Kräfte erneut auf den Plan gerufen[15]), und insofern ergibt sich doch eine Parallele zwischen beiden Vorgängen: in der Auseinandersetzung um die Ratifizierung der Verträge wie um den NATO-Doppelbeschluß und ist er vornehmlich die außerparlamentarische Bewegung, die „Druck" auf die sozialliberale Koalition ausübt, indem sie die praktische Verwirklichung der Bekenntnisse zu Frieden und Entspannung einfordert, die jene Regierung so zahlreich von sich gibt. . .

Durch die Politik der Gemeinsamkeiten, die die Bundesregierung mit dem „Berlin-Junktim" eingeleitet hatte, erhielten die Unionsparteien jedenfalls Oberwasser, auch dies ist nicht unaktuell. Obwohl die innere Differenzierung der ostpolitischen Positionen in der CDU zunahm[16]), gelang es erneut, die „Geschlossenheit" der Opposition zu wahren, indem auf den baldigen Sturz der Brandt/Scheel-Regierung orientiert wurde. Die Zeichen standen günstig: Das Lager der Ratifizierungsgegner erhielt Ende 1970 Zulauf weiterer FDP-Abgeordneter (Mende und Starke). Die sozialliberale Mehrheit war damit auf sechs Stimmen (251:245) zusammengeschrumpft[17]). Endgültig ernst wurde die Sache aber erst, als am 3. September 1971 das Viermächteabkommen über Westberlin[18]) unterzeichnet worden war. Nun mußte sich die Opposition entscheiden, ob sie die Regelung als „befriedigend" ansehen wollte, um damit die Ratifizierung der Ostverträge anzusteuern, oder ob der Strauß-Kurs der Konfrontation, der Vertragsablehnung, Neuverhandlungen und – vor allem – den Regierungssturz beinhaltete, konsequent fortgesetzt werden sollte (und konnte). Aber auch die Bundesregierung mußte, da sie das Westberlin-Abkommen begrüßte[19]), unverzüglich an die Ratifizierung der Verträge gehen. Zudem hatten nun die Verhandlungen mit der DDR (endlich) grünes Licht, und auch die Gespräche mit der ČSSR kamen erneut in Gang.

Angesichts der weiter zusammenschmelzenden Mehrheit der Koalition und zu erwartender weiterer Überläufer aus dem sozialliberalen Lager[20]), nahmen seit Herbst 1971 die außerparlamentarischen Voten für eine rasche Ratifizierung zu. Es gab ein vielfältiges Spektrum von Protestbekundungen gegen die Gefährdung der Ostverträge. Das politische Klima in der Bundesrepublik wurde seit der Jahreswende 1971/72 zunehmend dadurch geprägt. Hier nur einige Beispiele: 661 Unterzeichner, vor allem evangelische Pfarrer richteten

15) Vgl. etwa die Entschließung Nr. 64, in: Protokoll der 9. Ordentlichen Jugendkonferenz der IG Metall, Saarbrücken 15.-17. 4. 1971, o. O. o. J., S. 383; Aufruf „Gefahr für Sicherheit und Entspannung in Europa", in: „Blätter", 2/1971, S. 124 f.

16) Auf dem Düsseldorfer CDU-Parteitag am 26. 1. 1971 legte die Junge Union einen Antrag vor, der die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze forderte. Zur Differenzierung der Fraktion vgl. Hacke, Konzeption.

17) Vgl. jetzt Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, S. 396 ff.

18) Vgl. „Blätter", 10/1971, S. 109 ff.

19) Vgl. die Dokumente zum Meinungsaustausch zwischen Brandt und Breschnew in Oreanda vom 16.–18. 9. 1971, in: „Blätter", 10/1971, S. 1099 ff.

20) Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 398 ff.

einen Offenen Brief an Willy Brandt[21]), Bundeswehrangehörige verlangten die Fortsetzung der Entspannungspolitik und eine Senkung der Rüstungsausgaben[22]), Münchener Gewerkschafter appellierten an die Bundesregierung[23]), Hochschulprofessoren, Schriftsteller und Gewerkschaftsfunktionäre veröffentlichten eine „Erklärung zur Ratifizierung der Verträge. . . "[24]), die etwa 100 000 Teilnehmer der Frühjahrskampagne '72 forderten die sofortige Ratifizierung und wenige Tage vor dem Mißtrauensvotum der CDU/CSU wandten sich 250 Historiker und Politologen[25]) sowie 53 Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft[26]) in Aufrufen an die Öffentlichkeit. Parallel dazu bereiteten die Rechtskräfte die außerparlamentarische Mobilisierung gegen die Verträge vor: NPD, Vertriebenenverbände und CSU.

Erneut versuchte die Bundesregierung, Gemeinsamkeiten mit der Opposition auszuloten. Ohne das Vertragswerk selbst zur Disposition zu stellen, kam sie der von Barzel geforderten „Solidarität der Demokraten" schrittweise entgegen: mit einer überproportionalen Erhöhung der Rüstungsausgaben im Haushaltsplan 1972, der Planung einer umfangreichen Mobilmachungsübung, der Wahl Ernst Bendas (CDU) zum Bundesverfassungsrichter und – nicht zuletzt – mit den Berufsverbote-Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonfrenz vom 28. Januar 1972. Freilich wurde dieses Entgegenkommen nicht honoriert.

Im Bundesrat, in dem die Opposition auch damals die Mehrheit hatte, setzt die CDU/CSU einen Entschließungsantrag durch, in dem „schwerwiegende rechtliche und politische Bedenken" gegen die Verträge geltend gemacht werden. In der ersten Lesung im Bundestag, am 24. Februar 1972, formuliert Barzel dann sein „So nicht" zu den Verträgen. Der Wahlkampf von Baden-Württemberg mit dem NPD-Verzicht auf eigene Kandidatur und dem Aufruf, CDU zu wählen[27]), bringt der Union die absolute Mehrheit. Am 21. und 28. April treten Hupka und Seume aus der SPD und Mende aus der FDP aus, hinzu kommt der FDP-Abgeordnete Helms. – Nun scheint die Situation für die Union reif: am 24. April 1972 beschließt die CDU/CSU-Fraktion, ein Mißtrauensvotum einzubringen. Am 27. April erfolgt die Abstimmung im Bundestag.

In diesen Tagen, vom 25. bis zum 27. April kulminiert in den Städten der Bundesrepublik eine außerparlamentarische Bewegung, die in kürzester Frist etwa 200 000 Menschen erfaßt. Politische Streiks, Demonstrationen, Kundgebungen, Versammlungen und Diskussionen bestimmen das öffentliche Leben.

21) Offener Brief von 661 Unterzeichnern, vorwiegend evangelischen Pfarrern, an Bundeskanzler Brandt, in: „Bältter", 10/1971, S. 1104 ff.
22) Offener Brief von 30 Bundeswehrsoldaten an Willy Brandt, in: ebd., 2/1972, S. 222 ff.
23) Offener Brief von 62 Münchener Gewerkschaftern an den Bundeskanzler, in: „Unsere Zeit", (UZ) v. 28. 1. 1972.
24) Erklärung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, in: „Blätter", 4/1972, S. 441 f.
25) Aufruf von 250 Historikern und Politologen, in: „Frankfurter Allgemiene Zeitung" (FAZ) v. 15. 4. 1972.
26) Aufruf von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft, in: UZ v. 28. 4. 1972. Zu den Unterzeichnern gehörte auch der Generalbevollmächtigte des Krupp-Konzerns, Berthold Beitz.
27) Vgl. „Deutsche Nachrichten" v. 24. 3. 1972: „Eine nationalpolitische Entscheidung von hoher Tragweite".

Struktur, Ziele und Aktionsformen der Ratifizierungsbewegung

Die Koalition sah sich in der Klemme. Die parlamentarische Mehrheit hatte sie möglicherweise schon verloren. Die Angebote einer Gemeinsamkeitspolitik an die Opposition griffen nicht. Die Bundesregierung zeigte auch keine Bereitschaft, hinter die Verträge zurückzugehen. Die Lage der damals knapp über zwei Jahre amtierenden sozialliberalen Koalition schien aussichtslos. Zumindest hatten ihre führenden Politiker die Hoffnung schon nahezu begraben[28]).

Wohl hatte Bundeskanzler Brandt im Landtagswahlkampf von Baden-Württemberg ausgerufen, wenn es zu Neuwahlen käme, dann müsse man „die Betriebe mobilisieren"[29]) – freilich nur an die Wahlurnen. Als dann aber vom 25. April an in zahlreichen Betrieben die Arbeit niedergelegt wurde, war die Koalition eher überrascht, und organisiert hatte sie – wie auch die DGB-Führung[30]) – die Massenaktionen für die Ratifizierung und gegen Sturz der Brandt/Scheel-Regierung keinesfalls.

Anders als in den außerparlamentarischen Protestbewegungen der vorhergehenden Jahre (gegen die Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg, die Springerpresse) stand nun die weitgehend gewerkschaftlich organisierte Industriearbeiterschaft im Mittelpunkt der Aktionen[31]). Zentren des Protestes waren das Rhein-Ruhr- und das Rhein-Main-Gebiet, dort Groß- und Mittelbetriebe. Mehr als 140 000 Arbeiter und Angestellte beteiligten sich an *betrieblichen* Aktionen wie Proteststreiks, Belegschaftsversammlungen, Protestmärschen und Kundgebungen. Neben ihnen ergriff die Welle der Empörung über den geplanten Regierungssturz vor allem die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Bekannt geworden ist die fünf Minuten währende Unterbrechung des Nahverkehrs in Frankfurt und Offenbach. Die Forderungen richteten sich gegen den Regierungswechsel, für die Ratifizierung der Verträge, die Fortsetzung der Koalition und der Reformpolitik. Vom Antritt einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung wurde „Unternehmerwillkür und Rechtsradikalismus" erwartet[32]).

Neben den betrieblichen Aktivitäten dieser Apriltage gab es zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen. In Hamburg wurde einer „Sozialliberale Bürgerinitiative" gegründet, die eine Kundgebung organisierte, in Dortmund

28) Vgl. zur Stimmungslage in der Koalition: Baring, Machtwechsel, S. 416 ff.

29) „Frankfurter Rundschau", v. 13.3. 1972, zit. n. AStA Universität Karlsruhe (Hrsg.), Dokumentation zu den Verträgen von Moskau und Warschau, Karlsruhe 1972, S. 44.

30) Die Zurückhaltung der DGB-Führung fand starke Kritik aus den Reihen der Gewerkschafter. Die „Süddeutsche Zeitung" v. 27. 4. 1972 berichtet folgende Meinungsäußerung: „Schlappschwänze, Ihr werde von der CDU wieder für dumm verkauft, wenn Ihr jetzt nichts unternehmt, was tut Ihr dennüberhaupt?" Nach den Aprilaktionen sprach die „Welt der Arbeit" v. 19. 5. 1972, S. 3 von einem „Reifebeweis" der Bürger. Doch vorher war schon gewarnt worden: „Bei allem begeisterten Engagement für eine Regierung dürfen die Spielregeln der Parlamentarischen Demokratie nicht in Frage gestellt werden. Wir müssen uns gegen falsche Bundesgenossen wehren, die in legalen und legitimen Demonstrationen ein Mittel sehen, um das System aus den Angeln zu heben." So „Welt der Arbeit" v. 5. 5. 1972.

31) Vgl. den ausführlichen Bericht in: „Gewerkschaftsspiegel", 10/1972, S. 27 ff. („Auf rot geschaltet)".

32) Aufruf der IG Metall, Köln, zit. n. FAZ v. 27. 4. 1972.

bildete sich die „Aktion 100 000", die unter dem Motto „Stoppt Strauß und Barzel!" zur Teilnahme an der zentralen Bonner Großkundgebung aufrief.

Der 26. April wurde zum Höhepunkt der Aktionen. In mehr als 40 Orten fanden Manifestationen statt, mindestens 90 Betriebe streikten und in Frankfurt, Hamburg und Bonn wurden Demonstrationen durchgeführt.

Was sich in diesen Tagen – und in den vorhergehenden Wochen – an Stimmen für die Ratifizierung zusammengefunden hatte, war von sehr verschiedenartiger politischer Herkunft. Das Spektrum der Befürworter der Verträge reichte von konservativen Wissenschaftlern, Schriftstellern und Publizisten wie Theodor Eschenburg über rechte Vertreter der SPD-Führung bis zu Kommunisten – eine Vielschichtigkeit der Positionen und Interessen, die bereits im Keim manche Probleme der heutigen Friedensbewegung vorwegnahm. So waren die Motive der Zustimmung zu den Verträgen, die Erwartungen hinsichtlich der Folgewirkungen ihre Ratifizierung und die Bereitschaft, sich an außerparlamentarischen Voten zu beteiligen, recht unterschiedlich. Was aber zur Konvergenz der ansonsten konträren Auffassungen führte und dem Massenprotest gegen den Regierungssturz die notwendige Durchschlagskraft verlieh, ja das politische Klima in der Bundesrepublik prägte, das war die *Übereinstimmung in zwei Grundaussagen*. Zum einen galt es, die *Ratifizierung der Verträge* durchzusetzen, um einen Abbruch der Entspannungspolitik zu verhindern. Es wurde die Gefahr gesehen, daß sich die Bundesrepublik bei einem Scheitern der Verträge international isolieren könnte. Die verschiedenen politischen Positionen trafen sich zum anderen in der Überzeugung, daß nur der *Erhalt der sozialliberalen Koalition* in dieser Situation eine Fortsetzung der Entspannungspolitik garantieren konnte. Mehr noch: über den unmittelbaren Anlaß der Ostverträge hinaus trugen weitergehende Erwartungen an die SPD/FDP-Koalition zu der breiten Mobilisierung im außerparlamentarischen Raum bei. Diese betrafen vor allem die erwartete Reformpolitik und auch innenpolitische Folgen, die man sich von der Entspannungspolitik versprach: die Reduzierung der Rüstungsausgaben zugunsten des Reformprogramms, den Abbau antikommunistischer Feindbilder u. a. m.

In der raschen Ausbreitung der Ratifizierungsbewegung im April 1972 kamen tieferliegende Beweggründe zusammen, die sich in den beiden genannten Forderungen des Minimalkonsenses vereinten und mit zum Erfolg dieser Bewegung beitrugen.

Der „Machtwechsel" von 1969 war getragen von Reformerwartungen, die von den sozialdemokratischen Stammwählern bis tief in die Mittelschichten geteilt wurden[33]). Diese *Erwartungen* paarten sich mit *Handlungsbereitschaft*, für die eigenen Forderungen aktiv zu werden, deren Verwirklichung nicht allein den parlamentarischen Institutionen zu überlassen. Die Dialektik sozialliberaler Reformpolitik jener Phase, Interessen zu mobilisieren, um auf

33) Vgl. Schmollinger/Stöss, Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik (II). Vom Zerfall des Bürgerblocks in den sechziger Jahren bis zum „Rechtsputsch" der CSU 1976, in: „Probleme des Klassenkampfes" 26/1977, S. 111 ff., hier S. 123 ff.

dieser Grundlage gesellschaftspolitische Reformen in Angriff zu nehmen, wirkte sich auch in der Endphase der Ratifizierung aus. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Ratifizierungsbewegung auf ihrem Höhepunkt die Grenzen jener parlamentarischen Zurückhaltung, der sich die Sozialliberalen immer verpflichtet fühlten, hinter sich ließ. So war es kein Wunder, daß sozialliberale Politiker bei aller Freude über die breite Unterstützung zugleich gemischte Gefühle empfanden und sich bemühten, den politischen Effekt der Aktionen herunterzuspielen, um „die freie parlamentarische Entscheidung ihren Gang nehmen zu lassen"[34]).

Ein zweites Moment, das die Entstehung einer politisch derart breitgefächerten „Querfront" von Vertragsanhängern ermöglichte, war die *Sorge um die internationale Rolle der Bundesrepublik* im europäischen Entspannungsprozeß. Diese Sorge, zusammen mit den Reformerwartungen, die das politische Klima jener Jahre bestimmte, hatte zu einem *Zurücktreten antikommunistischer Berührungsängste* geführt.

Der politische Erfolg der Ratifizierungsbewegung wurde schließlich auch dadurch ermöglicht, daß es ihr gelang, durch die Beeinflußung der Öffentlichkeit die parlamentarische Blockierung zu durchbrechen, *parteiinterne Differenzierungsprozesse auch in den Oppositionsparteien* zu fördern. Die Unionsparteien hatten in dieser Situation keine tragfähige ostpolitische Alternative anzubieten. Sie bewegten sich in einer taktischen Defensive, aus der heraus sie schließlich die Flucht nach vorn, zum konstruktiven Mißtrauensvotum, antraten. Die Risse innerhalb der Opposition konnten nur durch solche Manöver wie das „Berlin-Junktim" und den versuchten Regierungssturz gekittet werden. Sie traten an jeder Wende der ostpolitischen Entwicklung erneut hervor und führten schließlich dazu, daß die Opposition die Verträge in der Abstimmung über die Ratifizierung am 17. Mai 1972 überwiegend mit Enthaltung passieren ließ. – Die Stärke der Ratifizierungsbewegung lag also in der produktiven Wechselwirkung zwischen außerparlamentarischer Aktion und dem Aufbrechen parlamentarischer Fronten.

Nicht zu übersehen ist natürlich auch, daß die *internationale Lage* jenen Kräften in der Bundesrepublik Rückhalt gab, die für die Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten eintraten. Zu der Stärke der Front der Ratifizierungsbefürworter trugen *nicht allein* die unterstützenden, kompromißbereiten und klärenden *Initiativen der sozialistischen Länder* bei. So die Einladungen an SPD- und FDP-Politiker vor den Bundestagswahlen 1969, der Gromyko-Besuch vor der hessischen Landtagswahl 1970, das Timing des Grundlagenvertrages mit der DDR, die Vorlage des Entwurfs eines Verkehrsvertrages am Vorabend des versuchten Regierungssturzes, die Kompromißformulierungen in den Verträgen, die präzisierenden Ausführungen der Sowjetunion zu den Ostverträgen in der Schlußphase der Ratifizierung u. a. m. – Entscheidend für die Wirksamkeit solcher Angebote war *auch* die Bereitschaft der sozialliberalen Koalition, diese beim Wort zu nehmen und in ihre Politik

34) Ehmke am 27. 4. 1972 im Bundestag; Stenographische Berichte, S. 10598 B.

einzubeziehen – ein Verhalten, das in einem merkwürdigen Kontrast zu dem leichtfertigen Umgang mit sowjetischen Abrüstungsinitiativen steht, der gegenwärtig zu beobachten ist.

Ratifizierung und Neuwahlen: Das Ende vom Lied

Kaum hatte der Oppositionsführer, Rainer Barzel, am 27. April kopfschüttelnd seinen Mißerfolg eingestehen müssen (die Opposition hatte die Mehrheit um zwei Stimmen verfehlt), kaum hatte die Bundesregierung entdeckt, daß sie fortan nicht mehr handlungsfähig sein würde, da obsiegte erneut die Suche nach Gemeinsamkeiten – nun auch in der Ostpolitik. In einem interfraktionellen Ausschuß wurde eine „Gemeinsame Erklärung" formuliert, mit der der offizielle Basiskonsens der Bonner Politik (Wiedervereinigungsgebot; Selbstbestimmungsrecht; Vorläufigkeit des Status quo) als „verbindliche Grundlage" (so Scheel an Barzel am 14. Mai 1972[35])) festgeschrieben werden sollte. Für diesen Preis fand sich die Union bereit, die Verträge unter Stimmenhaltung passieren zu lassen. Nur die CSU faßte nach: mit der Klage gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR hat die bayerische Landesregierung ein Jahr später die verfassungsrechtliche Gültigkeit der bundesdeutschen „Rechtstitel" auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung feststellen lassen[36]). Die Folge: die Frage der Staatsangehörigkeit konnte bis heute nicht mit der DDR geklärt werden. . .

Doch damit nicht genug. Den Unionsparteien ging es auch darum, die außerparlamentarische Massenbewegung, das gemeinsame Handeln von Jungsozialisten, Jungdemokraten, Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und Kommunisten, zu diskreditieren. Die SPD würde aufgefordert, sich zu distanzieren. Zum einen wurde die Legitimität der außerparlamentarischen Aktion selbst bestritten, da diese als „illegitime Einflußnahme von draußen" die „Gewissensentscheidung" der Abgeordneten beeinträchtige[37]) und mithin – so Strauß – einen „Anschlag auf die parlamentarische Demokratie"[38]) darstelle. Zum anderen wurde vor „Aktionen mit Volksfronttendenz" gewarnt[39]). Strauß erklärte der Koalition: „Stellen Sie das ab! Dann werden wir auch wieder mehr Gemeinsamkeiten in diesem Hause herstellen"[40]). Dem mochte sich Bundeskanzler Brandt nicht entziehen. Seine Bitte an die außerparlamentarischen Kräfte lautete: „Jetzt kommt es darauf an, die Gefühle zu zügeln. . . "[41]). Er unterstrich die Aufgabenstellung seiner Partei: „Hier geht es auch um die. . . vollzogene Integration breiter arbeitender Schichten in den demokratischen Staat"[42]).

35) Zit. n. Baring, Machtwechsel, S. 442.
36) Vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. 7.1973. Dazu vgl. Eisner, Zu rechtlichen und politischen Bedeutung des Karlsruher Urteils zum Grundlagen-Vertrag, in: „Blätter", 9/1973, 947 ff.
37) CDU-Abgeordneter Althammer am 26. 4. 1972 im Bundestag, Stenographischer Bericht, S. 10597 D.
38) Strauß, ebd., S. 10681 A.
39) Ders.. ebd., S. 10680C.
40) Ebd., S. 10681 B.
41) Bundeskanzler Brandt, ebd., S. 10643C.
42) Ebd., S. 10643D.

Die Auseinandersetzung um die Ratifizierung barg die *Konfrontation zweier entgegenlaufender Auffassungen von Politik.* Während die außerparlamentarische Bewegung binnen kurzem eine ungeahnte, wenn auch labile, Breite hatte gewinnen können, in der angesichts der einigenden Zielstellungen (partei-)politische Differenzen zurücktraten, bekräftigten die Bundestagsparteien die Autonomie des Parlaments, die „Freiheit" des Abgeordneten, obgleich gerade diese durch Stimmkauf, Fraktionswechsel und Gemeinsamkeitspolitik fragwürdig geworden war. – Nach dem Scheitern des Mißtrauensantrages hatte der Mohr seine Schuldigkeit getan: die Leute sollten nach Hause gehen. Als Orientierung hatten die Bundestagsparteien vorgezogene Bundestagswahlen anzubieten[43]).

Im Bundestagswahlkampf im Herbst 1972[44]) wirkte sich das durch die Ratifizierungsbewegung erzeugte politische Klima vorteilhaft für die Koalitionsparteien aus. Die Polarisierung der vorangegangenen Monate schlug der Koalition positiv zu Buche: Die SPD wurde erstmals stärkste Fraktion (45,8 %), die FDP gewann 2,6 % hinzu (8,4 %). Die CDU/CSU verlor 17 Mandate, obwohl sie den größten Teil des NPD-Wählerpotentials von 1969 an sich binden konnte. Nun war die Position der sozialliberalen Koaliton im Bundestag nicht mehr zu gefährden (271:225 Sitze). Fortan konnte die Erosion sozialliberaler Mehrheitsfähigkeit nicht auf dem Weg des Abgeordnetenschwundes vonstatten gehen. Die Koalition stand im Zenit – und damit begann auch ihr Niedergang. Die Regierungserklärung von Willy Brandt brachte deutliche Abstriche in den Reformprojekten. Nicht der „Geist der Verträge", sondern der „Geist" der „Gemeinsamen Erklärung" bestimmte das Regierungsprogramm. Es kamen die Jahre des Kanzlerwechsels, der „Tendenzwende" und der zunehmenden – und bis heute andauernden – Krisen. Die außerparlamentarische Bewegung erlebte in diesen Jahren keinen vergleichbaren Höhepunkt – bis sich, unter derselben sozialliberalen Koalition, nun aber in scharfer Konfrontation mit dem Atomprogramm und der „Nachrüstung" dieser Regierung, neue soziale Bewegungen entfalteten.

Erfahrungen der Ratifizierungsbewegung

Die Monate bis zur Ratifizierung der Verträge im Mai 1972 zeigten, daß sich eine sozialliberale Koalition dann erfolgreich behaupten kann, wenn sie eine mobilisierungsfähige Politik anzubieten hat. Trotz einer hauchdünnen parlamentarischen Mehrheit, die in ein Patt überging, trotz einer Unionsmehrheit im Bundesrat, konnte mit Hilfe des durch die außerparlamentarischen Kräfte geschaffenen politischen Drucks die Ratifizierung erfolgreich durchgesetzt werden. Mehr noch: diese Mobilisierung bildete selbst eine der Ursachen für die Verbreiterung der parlamentarischen Basis der Koalition bei der Bundestagswahl von 1972.

43) Vgl. dazu Lange/Richter, Erste vorzeitige Auflösung des Bundestages. Stationen vom konstruktiven Mißtrauensvotum bis zur Vereidigung der zweiten Regierung Brandt/Scheel, in: „Zeitschrift für Parlamentsfragen", 1973, S. 38 ff.

44) Vgl. dazu Kaase, Bundestagswahl 1972: Probleme und Analysen, in: „Politische Vierteljahresschrift", 2/1973, S. 145 ff.

Andererseits zeigte das Taktieren der Koalition, auch im Ratifizierungsverfahren, die Suche nach Gemeinsamkeiten mit der Opposition, daß sich die außerparlamentarischen Kräfte an keinem Punkt auf die Konsequenz der Bundesregierung verlassen konnten. Diese Einsicht hatte freilich, wie das Abflauen der Bewegung nach dem 1. Mai 1972 zeigte, noch keine große Verbreitung gefunden. Im Vergleich zur Notstands- und Vietnambewegung war die Anlaufzeit zu kurz, um weitergehende Klärungen über die Perspektive der Entspannungspolitik „von unten" zu erzielen. Noch schien sich der weitere Entspannungsprozeß gleichsam im Selbstlauf zu vollziehen.

Die Ratifizierungsbewegung enthüllte eine weitere Erfahrung, die heute in Vergessenheit geraten ist. Die Arbeiterbewegung war bereit, auch ohne Aufruf „von oben" für eine Regierung auf die Straße zu gehen, von der sie die Erfüllung ihrer Interessen erwartete.

Die außerparlamentarische Bewegung erreichte viele verschiedene politische Kräfte und konnte sie während der – nur kurzen – Phase der Auseinandersetzung um Ratifizierung und Regierungssturz vereinen, weil Klarheit über die (begrenzten) Ziele bestand und weil in der Aktion anitkommunistisch motivierte Spaltungsmanöver nicht verfingen. Sie konnte helfen, die parlamentarische Blockierung aufzubrechen, weil sie auf den Differenzierungsprozeß der Bundestagsparteien starken Einfluß ausübte.

Die Ratifizierung der Ostverträge ist ohne diese Bewegung kaum denkbar.

Gert Bastian

Atomtod oder Europäische Sicherheitsgemeinschaft

160 Seiten, DM 10,—

Seit seinem Memorandum vom Januar 1980 („Warum ich die Nachrüstung ablehne"), mit dem er sich unmittelbar nach dem folgenschweren NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 warnend an Verteidigungsminister Apel wandte, ist Generalmajor a.D. Gert Bastian als einer der ersten und konsequentesten Kritiker der „Nach"rüstung aus der neuen, ganz Europa und zunehmend auch die USA erfassenden Friedensbewegung nicht mehr wegzudenken.

In diesem Buch sind wesentliche Beiträge General Bastians zur Kritik an der „Nach"rüstung und zu den Alternativen der Friedensbewegung erstmals in übersichtlicher, handlicher Form zusammengetragen. Das Buch ist Dokumentation, Nachlesebuch und Arbeitsmaterial in einem.

Pahl-Rugenstein

Shylock gesucht: Hochzinspolitik und internationale Kreditmärkte

Von Wilhelm Hankel

Spannungen in der internationalen Politik werden in den letzten Jahren verstärkt durch die Situation auf den internationalen Kreditmärkten geprägt. So ist die Zinseskalation zwischen den westeuropäischen Staaten und den USA zu einer Quelle offener Konflikte geworden. Wir haben Wilhelm Hankel, Professor an der Johns-Hopkins-Universität in Bologna, gebeten, die Ursachen der internationalen Hochzinspolitik zu erläutern. In einem der nächsten Hefte der „Blätter" werden wir das Thema weiterverfolgen. D. Red.

Die hohen Zinsen sind an allem schuld: an Krise, Arbeitslosigkeit, steigender Konkursrate, in West, Ost und Süd. Wer aber ist an den hohen Zinsen schuld? Reagan, OPEC, die sagenhaften Euro-Dollarmärkte, das Inflationstrauma oder Fehler der Wirtschaftspolitik?

Wenn alle dasselbe glauben, muß nicht immer die Wahrheit herauskommen. Nicht nur die Kirchengeschichte belegt, daß die Glaubens-Einheit meist mehr einen bestehenden Aberglauben verfestigt als neue (undogmatische) Einsichten fördert. Seit die Jahrespreise für die Geld- und Kreditausleihe zweistellige Prozentsätze erreichen (10% und mehr), pfeifen alle ökonomischen Spatzen dasselbe Lied: Die hohen Zinssätze ruinieren die Wirtschaft, im kapitalistischen Westen, im keineswegs autarken, sondern auslandskreditabhängigen kommunistischen Osten, erst recht aber im unterentwickelten und bis zur Halskrause überschuldeten Süden. Diese Shylock-Zinsen sind buchstäblich an allem wirtschaftlichen Übel schuld: an Krise, Arbeitslosigkeit, steigender Konkursrate, aber auch wachsendem sozialen Unfrieden, zunehmenden Spannungen zwischen den Staaten desselben Systems wie auch gefährlich eskalierender Desintegration der über denselben Weltmarkt verflochtenen Systeme. Wofür in früheren dunkleren Jahrhunderten die Juden gut, oder richtiger: nötig waren, zur Erklärung sonst unerklärlicher wirtschaftlicher Mangel- und Unterschiedslagen, reicht heute, aufgeklärt wie wir sind, der Rekurs auf die Zins-Eskalation aus. Wie gut, daß es sie gibt; denn wie intellektuell und politisch nackt stünde unser welt-ökonomisch vorgebildetes und beschlagenes Krisenmanagement da, könnte es sich nicht mit dem Alibi der von „den anderen" in die Höhe getriebenen Zinsen bedecken – und freizeichnen!

Nur, wer sind diese anderen? An der Antwort auf diese Frage scheiden sich nicht nur die Geister; an ihr enthüllen sie sich auch.

Den wie immer kurzen und bündigen Konservativen ist alles klar: Es ist die zu hoch getriebene Inflation der (Lebens)Ansprüche, die erst die Preise und danach unvermeidlicherweise auch die Zinsen aufbläht. Die zu hohen Einkommen (womit in der Regel die Löhne und manchmal auch die Renten, aber sel-

ten die Gewinne gemeint sind) treiben die Preise, und die zu hohen Preise treiben dann „eigengesetzlich" die Zinsen, womit auch klar ist, daß es nicht etwa die das Mittel der Zinseskalation als Anti-Inflationswaffe einsetzende Währungspolitik der Notenbanken ist, die an der Misere schuld ist. Denn diese ebenso braven wie pflichtbewußten Notenbanken können weder die Flut der Ansprüche stoppen (allenfalls wie Savonarola dagegen anpredigen), noch dürfen sie der Versuchung nachgeben, diese Flut der Ansprüche durch billige Geld- und Kreditofferten an ihre Banken gar noch zu steigern. Sie würden damit nur noch mehr Inflation und Zinseskalation zusätzlich schaffen (d.h. finanzieren).

Ergo: Die hohen Zinsen seien eine Folge der Inflation von Einkommen und Preisen, und erst wenn *diese* Ursache der viel zu hohen Zinsen wegfiele, könnten kreditabhängige Unternehmen, Staaten und Systeme krisen-vermeidende Finanzierungskosten ihrer Investitions-, Ausgaben- und Entwicklungsprogramme erwarten. Offen bleibt nur die Frage: Wer wen mit dieser konservativen Erklärung der Zinseskalation infiziert hat – die Ideologie die Notenbanken oder die Notenbanken die Ideologie?

Den Sozialisten und Vertretern eines aufgeklärten Sozialstaatsgedankens ist zwar klar, daß die Probleme des real existierenden Kapitalismus (Krise, Arbeitslosigkeit, innere und äußere Desintegrationsspannungen) „irgendwie" mit irgendwelchen Ungereimtheiten der Finanzsphäre zusammenhängen, aber nicht genau mit welchen. Infolgedessen projizieren sie sich immer neue und obskurere trans-nationale Feindbilder. Mal sind es die vaterlandslosen Gesellen der diversen Multi-Dynastien, mal die Ölscheiche, mal die Euro-Märkte, neuerdings sind es die häßlichen US-Amerikaner, die mal mit irrationaler Vietnam-Kriegs-, mal mit ebenso irrationaler Aufrüstungspolitik nicht nur „ihre" Inflation und Zinseskalation forcieren, sondern auch uns mit ihren Leiden überziehen. Und das groteskerweise auch dann noch, nachdem sie den wirtschaftlichen Niedergang des Sowjet-Imperiums als eindeutige Folge einer überzogenen Kanonen- statt Butterpolitik entlarvt haben! Bundeskanzler Schmidt, ein gelernter Wirtschaftswissenschaftler, aber nicht nur er allein, fast alle west-europäischen Linken argumentieren in und mit Kategorien eines intellektuell ebenso dürftigen wie politisch (unfreiwillig) peinlichen Neo-National-Sozialismus.

Ergo: Diese Weltwirtschaftskrise, die zweite unseres Jahrhunderts, sei nicht hausgemacht (= selbstverschuldet), sondern importiert (= von anderen verschuldet). Wie gesagt: neuerdings von den USA und ihrer politisch wie ökonomisch gleich irrationalen Super-Aufrüstungs- plus Superzinspolitik.

Aber fast niemand stellt die Frage, ob nicht die eher beiläufig assoziierten als bewußt analysierten „Ungereimtheiten in der Finanzsphäre" etwas mit einer gemeinsamen Fehldiagnose und gemeinsamen Fehlhaltung aller westlichen Industriestaaten: der USA wie Westeuropas und Japans, zu tun haben, einer Falschreaktion auf gewisse, seit langem erkennbare Entwicklungen in der gemeinsamen (kapitalistischen) Geld- und Kreditwirtschaft.

Dabei liegen sie seit langem offen und für jeden Kundigen zutage:

Da ist *erstens* die zunehmende Ent-Staatlichung der Geldverfassung und des aus ihr resultierenden Geld- und Kreditangebots: immer größere Teile des für die Finanzierung von Real-Prozessen (Investitionen, Beschäftigung) verfügbaren Potentials werden jenseits der nationalen Währungsgrenzen und jenseits der Aufsicht der hier verfassungsgemäß agierenden Ordnungshüter (= Währungspolizisten), der nationalen Notenbanken nämlich, angeboten: auf den viel zu freien und gänzlich unkontrollierten Xeno-Kreditmärkten, die längst einen einheitlichen Welt-Geldmarkt bilden und keinen auf die USA und Westeuropa beschränkten „Euro-Dollar-Markt" allein. Dabei ist die Geburt dieser (aufsichts-)freien, gänzlich exterritorialen Kreditmärkte selber – obwohl nur knapp ein viertel Jahrhundert (Mitte der 50er Jahre) zurückliegend – bereits in mythisches Dunkel gehüllt. Damals wehrten sich die US-Behörden gegen zu hohe Einlagen-Zinsen durch die einschneidende Regulation Q – mit der Folge, daß immer mehr US-Banken Auslandstöchter in Europa, später auch in Mittel- und Fernost und an so exotischen Plätzen wie auf den Bahamas, Cayman-Island und anderswo ins Leben riefen, um ihrer Kundschaft einen höheren Zinsservice zu bieten. Da zur selben Zeit immer mehr westeuropäische Währungen mit einem im Vergleich zu den USA relativem Hoch-Zinsniveau wie DM, Ffr, bfr, Holland-Gulden u.a. zur vollen Konvertierbarkeit übergingen, d.h. in vollem Umfange (bislang kontrollierte) Auslandszahlungen zuließen, fand das wachsende Angebot „expatriierter" Euro-Dollars auch eine zunehmend wachsende Nachfrage. Zinskontrollen in den USA und Liberalisierung des Auslandszahlungsverkehrs in Westeuropa sind also – historisch gesehen – Vater und Mutter der heute in freiem Wildwuchs (d.h. frei von allen Notenbankinterventionen und -kontrollen) lebenden und wachsenden „Xeno-Kreditmärkte". Die sich auf diesem Markt bildenden Zinssätze bestimmen die nationalen Geld- und Kreditkosten, nicht umgekehrt. Von ihnen sind die US-Zinsen im Prinzip ebenso abhängig wie die in Westeuropa oder in der BRD. Oder glaubt jemand im Ernst, daß der Wasserspiegel der Hudson- oder Elbmündung den Wasserspiegel von Atlantik oder Nordsee verändert? Es ist also zu fragen, wer oder was das Welt-Zinsniveau und seine Schwankungen erklärt? Und zusätzlich: was die durchaus möglichen und vorkommenden zeitweiligen Abweichungen der konjunkturentscheidenden nationalen Zinssätze von diesem Welt-Trend erklärt?

Da ist *zweitens* die mit der Zerschlagung des Weltwährungssystems von Bretton Woods (6 Monate vor Ausbruch der ersten Ölkrise von 1973) bewußt, wenn auch nicht voll durchdacht herbeigeführte Re-privatisierung der Zahlungsbilanz-Finanzierung.

Die Aufkündigung des nach dem Zweiten Weltkrieg von den Kriegssiegern, vornehmlich unter dem Einfluß der Pläne von John Maynard Keynes (1941/42) und des 1944 amtierenden stellv. US-Finanzminister Harry Dexter White konzipierten Bretton-Woods-Systems (an dessen Beratung auch noch die Sowjetunion teilnahm, ohne indessen ihm später beizutreten) definitiv durch die

Weigerung der maßgeblich durch die BRD beeinflußten westeuropäischen Länder in der März-Krise 1973 (damaliger deutscher Finanzminister Helmut Schmidt), die Wechselkurse ihrer Währungen wie bisher *fest in US-Dollar* zu nominieren, was einem glatten Vertragsbruch gegenüber dem damaligen Art. IV IWF-Statut gleichkam, wird politisch überwiegend als ein Akt monetärer Emanzipation gedeutet: als eine Absage an dem in der Verpflichtung der Stabilisierung der Wechselkurse in US-Dollar symbolisierten US-Hegemonismus. Währungspolitisch und -technisch ging es jedoch eher um eine Non-Sense-Frage: Wie sollte die auch von den USA nicht bestrittene ‚Überbewertung des US-Dollars' korrigiert werden – durch Abwertung des US-Dollars gegenüber den übrigen Währungen oder durch Aufwertung der übrigen Währungen gegenüber dem US-Dollar? Die damalige Weigerung der US-Behörden den US-Dollar ein drittes Mal seit 1971 (der sog. Smithonian-Konferenz von Dezember 1971) abzuwerten, führte zum Ausbruch des Floating: der freien (marktmäßigen) Wechselkursbestimmung aller übrigen Währungen in und gegenüber dem US-Dollar.

Was man damals übersah (und trotz des Einspruchs von Autoritäten wie R. Triffin, C. P. Kindleberger, A. Shonfield, J. R. Hicks, L. Robbins, R. A. Mundell und vieler anderer, auch des Verfassers, noch immer weitgehend überzieht), war die unvermeidliche Konsequenz für den *Zahlungsbilanz-Ausgleich:* Die von der Intervention auf den Auslands-Geld- und Kreditmärkten „freigestellten" Notenbanken konnten (und können) auch nicht mehr verhindern, daß extreme Leistungsbilanz-Defizite statt ausgeglichen finanziert werden – durch immer neue und höhere Auslandsverschuldung (= Xeno-Kredite).

Jedes floatende Land erhielt nicht nur (wie die Vertreter der Bundesrepublik meinten) das „Recht auf eigene Stabilität", sondern je nach Intention auch das „Recht auf eigene Inflation". Wie zu erwarten, wurde von Recht auf Letzteres weit exzessiver Gebrauch gemacht, als vom Recht auf Ersteres.[1])

Nicht mehr supra-nationale und der UNO unterstellte Aufsichts- und Ordnungsinstanzen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) entscheiden seitdem, welches Land wieviel Kredit zu welchen Konditionen zur Finanzierung seines Defizits in der Leistungsbilanz erhält, sondern die von ihrem Konkurrenzmechanismus (genauer: Zinsgewinnstreben) getriebenen Xeno-Kreditmärkte.

Vergleicht man die Summe der Leistungsbilanzdefizite vor 1973 mit der der Jahre danach, erhält man eine ziemlich gute Lektion von der „Leistungsfähigkeit" dieser Defizit-Finanzierungs-Maschine. Das Volumen der ‚frei' bereitgestellten privaten Xeno-Kredite überschritt bereits zu Beginn der 80er

1) Zu Vorgeschichte und Hintergründen der Bretton-Woods-Kündigung siehe der Verf.: A New Order for American-Europaen Monetary Policy, in: E. O. Czempiel/D. A. Rustow (Eds) The Euro-American System, Frankfurt, Boulder (Col) 1976; Weltwirtschaft, Vom Wohlstand der Nationen heute, S. 185 ff, Düsseldorf/Wien 1977 und neuerdings: Weltwährungsordnung bei weltweit unregulierten Kreditmärkten? in H. B. Schaefer (Hrsg.), Gefährdete Weltfinanzen, Bonn 1980 und die dort zitierte Literatur.

Jahre die früher nur in der Astronomie, aber nicht in der Kreditwirtschaft übliche Dimension der Billionen-Dollar- (= Tausend-Milliarden)Grenze! (Vgl. Tabelle)

Nur stellt sich eben längst und nicht erst seit heute die Frage, was diese Märkte eigentlich „real" finanziert haben? Was steht eigentlich hinter den Ausgaben, die diese nationalen Leistungsbilanzdefizite überhaupt erst hervorgerufen haben?

Das Beispiel Öl sagt vieles, wenn auch nicht alles. Da die OPEC-Staaten seit der Entmachtung des IWF als Kontrollorgan der Leistungsbilanzdefizit-Finanzierung eigentlich ganz oder zumindest fast sicher sein konnten, daß die von ihnen Geschröpften ihr altes Quantum Öl fast zu jedem Preis über die an den Xeno-Kreditmärkten großzügig angebotenen, buchstäblich grenzenlosen Neu-Kredite finanzieren konnten, konnten sie auch (Wunschtraum so manches internen Systemkritikers!) die preisliche Belastbarkeit ihrer Abnehmer testen. Die Xeno-Kreditmärkte finanzierten bei nur mäßig heruntergeschraubtem Ölkonsum vor allem der kreditwürdigen Abnehmer im industriellen Westen praktisch jede neue Ölpreiseskalation – bis fast zur Verzehnfachung der Ölpreise ab Bohrloch gegenüber 1973! Die permanenten Leistungsbilanz-Defizit-Kredite der Xeno-Märkte wirkten (zumindest für den bis dato kaum auslandsverschuldeten Westen) wie ein weltweiter Kundenkredit: die steigenden Ölpreise wurden aus wachsender Auslandsverschuldung der Hauptabnehmer an den Xeno-Kreditmärkten finanziert. Öl brauchte nicht oder nur minimal gespart zu werden. Erst als die OPEC-Staaten die Unvorsichtigkeit begingen, außer dem Ölpreis auch noch die Fördermengen zu stark zu steigern, gerieten sie in Druck; denn auch das mächtigste Kartell kann meist nur *einen* Aktionsparameter nutzen: entweder den Preis oder die Menge, und nur mit größter Vorsicht beides.

Tabelle:
Xeno-Kredite und ihre Refinanzierung (Mrd. US-Dollar)

	1975	*1976*	*1977*	*1978*	*1979*	*1980*
Westliche Industrieländer	*257.9*	*324.0*	*405.4*	*530.8*	*660.1*	*789.1*
Osteuropäische Staaten	*26.6*	*28.8*	*38.3*	*47.5*	*55.9*	*59.8*
Nicht-Ölstaaten der Dritten Welt (NOPEC)	*63.0*	*80.9*	*98.7*	*120.8*	*157.1*	*195.0*
Sonstige Länder (nicht aufteilbar)	*67.6*	*89.6*	*108.2*	*137.6*	*173.5*	*208.7*
Kredite	*428.1*	*523.3*	*650.5*	*836.7*	*1046.6*	*1253.1*
OPEC-Einlagen	*37.5*	*40.1*	*38.8*	*26.1*	*36.2*	*89.7*
Xeno-Kredite: OPEC-Anlagen	*1 : 11*	*1 : 13*	*1 : 17*	*1 : 32*	*1 : 29*	*1 : 14*

Quelle: Bank for International Settlement, Basle, Annual Reports.

Man muß nur Trend eins und Trend zwei zusammenzählen, um zu verstehen, was geschehen mußte: die sowohl ihre Zinssätze wie ihre Finanzvolumina selber bestimmenden Xeno-Kreditmärkte finanzierten über die permanenten Ölpreiseskalationen (aber nicht nur über diese allein!) die permanente Welt-Inflation in ihren Hauptabnehmerländern: deren permanenten Inflations-Import in Gestalt immer höherer und leicht abwälzbarer Energie-Rohstoffpreise. Zugleich aber trieben die von ihnen finanzierten Inflationsraten auch ihre freibestimmten Zinssätze in die Höhe! Zugleich aber trieben die von und über die Xeno-Kreditmärkte finanzierten Verschuldungsraten die auf diesen Märkten frei-bestimmten Zinssätze in die Höhe. Warum? Weil die Explosion der Auslandskredite nicht nur die Inflationsrate allerorts beschleunigt, sondern zunehmend auch die Rückzahlungs-Sicherheit der der Kredit-Außenstände infragestellt, vor Polen – aber erst recht danach! Wächst aber das Kredit- und Liquiditätsrisiko dieser, das Eigenkapital der Gläubiger längst übersteigenden (Geld-)Forderungen, ‚muß' dieses zwangsläufig mit immer höheren Zins-Prämien versichert werden.

Die Xeno-Kreditmärkte bestimmen somit zugleich die Welt-Inflations- und die Welt-Zinsrate, unabhängig von den Wünschen nationaler Regierungen, gleichviel, ob diese in Washington konservativen oder in Bonn oder Paris sozialistischen Träumen anhängen. Unrealisierbar werden beide Traumziele, wenn die „exterritorial-bestimmte" Zinsrate die national gewünschte Investitionsrate unter ein Niveau weit unter dem der Vollbeschäftigung oder des eigentlich gewollten Budget-Ausgleichs drückt!

Insofern könnte sich also der Welt-Ökonom Schmidt seine mal Droh- mal Demutsgebärden gegenüber dem Zinswucher seines Amtskollegen Reagan sparen, denn auch dieser leidet (ob er es versteht oder nicht) ebenfalls unter dem Zinsdiktat der weltweiten Inflationsmaschine, der besten und unkontrolliertesten, die es je gab, die seine engsten Ratgeber noch immer als Ausweis kapitalistischer Leistungsstärke fehldeuten. Denn es ist gerade der von diesen Finanzmärkten reichlich und überreichlich möglich gemachte *nationale Über-Konsum* (und zwar nicht nur an Öl, sondern allem, was eigentlich durch Mehr-Exporte, also „Sparen", verdient werden müßte), der die von ihnen fälschlicherweise bei den Löhnen und Sozial-Leistungen vermutete Einkommens- und Preisinflation auslöst.

Das äußere und private Leistungsbilanzdefizit und nicht etwa das innere und staatliche Budget- oder gar Sozialversicherungsdefizit ist heute von Größe und Verursachung her der primäre und durchschlagende Inflationsfaktor, in fast allen westlichen Industriestaaten! Aber dergleichen ist immer noch zu abstrakt, zu anonym, zu unanschaulich, als daß sich damit im demokratischen Alltagsgeschäft Politik machen und artikulieren ließe. So profitiert der hausbackene, aber verständliche konservative approach von seiner scheinbaren Plausibilität: denn daß Staat und Sozialversicherung mehr ausgeben als sie einnehmen, das sieht der Bürger auch mit bloßem, un-ökonomisch geschultem Auge und akzeptiert es als „Beweis", daß hier die Wurzeln allen Übels:

von Inflation bis Zinseskalation, liegen. Weil aber die Linken den wahren Feind gesicherter Vollbeschäftigungs- und Wohlfahrtspolitik statt in (weitgehend selbstverschuldeter) Un-Ordnung im Geldsektor in gröblich überschätzten Macht-Faktoren: mal Multis, mal Ölscheichs, mal die US-Administration, suchen und gerade damit in Beweisnot geraten, verspielen sie mal wieder die Chancen einer rationalen Politik der Arbeitsplatz- und Wohlstandssicherung der Schichten, die sie vertreten: des Arbeitnehmers, Rentners und des kleinen nationalen, nicht multi-nationalen Selbständigen. Nebenbei: Eine Geschichte mit fataler Tradition, denn auch Marx überschätzte gröblich die Macht der von ihren Märkten abhängigen Produktionsmittelbesitzer und übersah die Möglichkeiten einer sozial verträglichen Geld-, Kredit- und Zinspolitik!

Und damit stellt sich die für das Verständnis dieser Krise aus unverständlicher Zinseskalation entscheidende Frage: Ist der hohe und ebenso investitionswie beschäftigungsfeindliche Zins wirklich eine *Folge* der bestehenden Inflationstendenzen und -erwartungen, wie sowohl konservative wie sozialistische Ökonomen in geradezu verdächtiger Übereinstimmung (wenn auch unterschiedlich akzentuiert) unterstellen? Oder ist er nicht vielleicht das genaue Gegenteil: eine permanente Voraussetzung dafür, daß sich Inflation und Zinseskalation – wie alle leicht finanzierbaren Haussen – immer wieder selbst-finanzieren („nähren") können?

Damit stoßen wir auf eine *dritte,* ebenfalls seit längerem erkennbare Tendenz: In dieser Inflation der 80er Jahre findet erstmalig in der an Inflationserfahrungen und -befürchtungen nicht gerade armen Geldgeschichte nicht mehr der fast schon klassische Selbstschutz der Geldbenutzer (Investoren wie Sparer) durch „Flucht in die Sachwerte" statt; unternehmerische *Real*-Investitionen. Man registriert das genaue und absolut un-typische Gegenteil: eine wachsende „Flucht in die Geldwerte", nämlich in hoch-verzinste *Geld*-Vermögensansprüche (Finanzanlagen)! Gleichviel, ob Groß- oder Klein-Unternehmen, institutionelle oder private Sparer: sie alle bevorzugen nicht mehr länger die Sach-Anlage in Aktien, Immobilien, Gold oder was auch immer, sondern in bloßen, aber oberhalb der gegenwärtigen Inflationsrate verzinsten Geld-Titeln (= den Schulden anderer). Dieses aber ist das Novum. Inflationen sind so alt wie die Geldgeschichte, und immer haben sich die Geldbenutzer vor dem mal stärkeren, mal schwächeren Wertverfall der Geldeinheit selbst, d. h. *privat* geschützt. Und zwar fast immer auf die nämliche Weise, indem sie möglichst rasch und möglichst reichlich vorhandenes Geld (Ersparnisse) oder im Leihwege erhältliches Geld (Kredite) in reales Produktiv-Vermögen ‚einkleideten', vulgo: investierten. Diese permanente, aus Selbstschutzmotiven gespeiste Umsetzung von Inflation in Sachvermögen ist nicht nur die Erfolgsgeschichte und das Erfolgsgeheimnis des modernen Kapitalismus und seiner überwiegend inflatorisch finanzierten Innovationen. Der Selbstschutz produzierte und garantierte auch seinen eigenen Erfolg. Denn je mehr neu investiert und innoviert wurde, desto sicherer korrigierte sich die Anfangs-Inflation später wieder nach unten, wenn die neugebildeten und inflatorisch vorfi-

nanzierten Sachvermögen produktionsreif wurden. Die Inflation verlöschte im Güterregen des von ihr selbst angeregten und verbilligten Mehr-Angebots. Joseph Schumpeter hat diesen automatischen Selbst-Korrektur-Effekt der Inflation über die Flucht in die Sachwerte für fast alle Stadien wirtschaftlicher Entwicklung nachgewiesen[2]).

Es lohnt zu fragen, warum er in dieser Krise der 80er Jahre nicht mehr wirkt? Warum Unternehmer und private Haushalte, statt real zu investieren oder Beteiligungen an Real-Investitionen zu erwerben (Aktien, Immobilien) oder Gold (ein geradezu atmosphärisches Inflationsbarometer) zu kaufen, in immer größerem Umfange mit Zinsansprüchen ausgestattete Geldvermögenstitel nachfragen: in Papier- statt Sachwerte fliehen?

Denn was auch immer das Motiv für diesen neuartigen Selbstschutz vor der Inflation sein mag: die Wirkung ist klar. Wird in Inflationszeiten weniger statt mehr in Sachvermögen investiert, unterbleiben nicht nur die Selbst-Korrektur-Effekte der Inflation, es findet ja weniger statt mehr Angebotsvermehrung und Produktionsverbilligung statt. Die um ihre Investitionen betrogene Inflation akzeleriert, statt zu dezelerieren! Und nicht nur das: Mit den in die Finanzlage abwandernden Investitionsmitteln gehen potentielles Wirtschaftswachstum und potentielle Arbeitsplätze verloren, besonders im Bereich der arbeitsplatz- und maschinenintensiven Klein- und Mittelstandsunternehmen. Gerade auf dem Felde des Beschäftigungsgehaltes der Investitionen ist small beautyful. Nicht nur in der BRD, in der Mehrzahl aller westlichen Industrieländer werden über $^3/_4$ aller industriell Beschäftigten von Betrieben unter 500 Mitarbeitern absorbiert (in der BRD sogar 77%!). Da aber gerade diese meist eigenkapitalschwachen Unternehmen überdurchschnittlich kreditkostenabhängig sind, sind sie nicht nur besonders krisenanfällig, wie der hohe Anteil dieser Unternehmen an den Insolvenzen ausweist. Jeder Investitionsausfall hier vernichtet somit spezifisch (je ausgefallener Investitionseinheit) mehr Arbeitsplätze als woanders – von der Qualität dieser besonders schulungs- und ausbildungsintensiven Arbeitsplätze gar nicht zu reden.

Es liegt somit auf der Hand, daß die für diese Krise leider charakteristische Umdisposition von an sich für die Investitionsfinanzierung vorhandenen Mitteln (Ersparnisse wie Kredite) in reine Geldanlagen umso mehr Arbeitsplätze vernichtet, je mehr von diesem Investitionsausfall die Klein- und Mittelbetriebe betroffen werden, die ohnehin das Salz der Marktwirtschaft bilden.

Nur, was steckt hinter der neumodischen Investitionsverweigerung und ihrem Korrelat, der für diese, aber nicht frühere Inflationsperioden typischen Flucht in die Geldwerte?

Spätestens hier wird der verhängnisvolle Einfluß einer zwar allgemein akzeptierten, in der Verfolgung ihrer Ziele aber ganz und gar *unlogischen* Wirtschaftspolitik sichtbar. Der Hauptgrund für den rein privaten, aber durchaus produktiven Selbstschutz vor dem Inflationsrisiko durch die Flucht in die un-

2) Vgl. hierzu eingehender W. Hankel/R. Isaak, Die moderne Inflation, Köln-Deutz 1981.

ternehmerischen Sachwerte (Real-Investitionen) war, daß es einen anderen Inflationsschutz früher gar nicht gab. Niemand konnte sich in früheren Inflationszeiten darauf verlassen, aus reinen Geldanlagen einen über der Inflationsrate angesiedelten Zinsertrag zu erzielen. Der Unternehmer, der private Haushalt – sie investierten real, nicht aus Lust am Unternehmerrisiko, sondern aus der berechtigten Furcht heraus, an den „reinen" Geldanlagen Inflationsverluste zu machen. Wenn aber ‚reine' Geldanlagen einen Zinsertrag abwerfen, der über der Inflationsrate liegt, dann lohnt es sich offenkundig auch nicht mehr, das investitorische Unternehmerrisiko als Preis oder Prämie für die vermiedenen Inflationsverluste zu zahlen! Mit anderen Worten: Jede für bloßes Geld-Sparen gebotene Verzinsung, die nach Abgeltung des Inflationsausgleichs noch eine positive Ertragsrate übrig läßt, entwertet (freiwillig oder ungewollt?) das unternehmerische Wagnis. Warum soll ich als unternehmerischer Investor unruhige Nächte haben, wenn ich mit demselben Geldeinsatz als Sparer ruhig schlafen und trotzdem gut (genug) verdienen kann?

Die Frage ist jedoch, was hat die Wirtschaftspolitik mit Zinssätzen zu tun, die weitgehend (wie wir eingangs sahen) von exterritorialen, also dem Politik-Einfluß entzogenen Xeno-Kredit-Märkten, noch dazu unter *Kredit-* nicht Inflationsrisikoerwägungen, bestimmt werden? Wie kann die Politik Kreditkosten (Zinsen) beeinflussen, die gar nicht in der Reichweite ihrer Instrumente liegen?

Die Antwort auf diese Kernfrage modernen Wirtschaftspolitik-Verständnisses zerfällt in zwei historisch und von der wirtschaftspolitischen Intention getrennt zu behandelnde Abschnitte. Vor 1973 *konnten* die westlichen Regierungen und Notenbanken das externe Zinsniveau beeinflussen, aber sie *wollten* es nicht. Nach 1973 *wollen* die westlichen Regierungen das externe Zinsniveau beeinflussen, besonders seit der Eskalation der Arbeitslosigkeit mit Beginn der 80er Jahre; aber jetzt *können* sie es nicht mehr – jedenfalls nicht mehr ganz so leicht wie früher. Was hat sich geändert?

Vor 1972, im noch intakten Weltwährungssystem von Bretton Woods, war das Finanzierungspotential der Xeno-Kredit-Märkte verhältnismäßig klein (noch unter 100 Mrd. Dollar), die Märkte finanzierten keine aus dem Lot geratenen Leistungsbilanzdefizite, sondern private Bank-zu-Bank- und einige Großgeschäfte. Da die führenden Weltmarkt-Nationen ihre Leistungsbilanzen gemäß den Spielregeln dieses Systems (um störenden Druck auf ihre Währungen zu vermeiden) entweder ausglichen oder, falls sie Defizite finanzierten, ihre Kredite nicht am Markt, sondern beim IWF aufnahmen, hielt sich auch der Umfang und das Risiko ihrer Auslandsschulden in engen Grenzen.

Die Xeno-Kredit-Marktzinsen spielten deswegen auch keine das Inlandszinsniveau bestimmende Rolle; sie bewegten sich, da von Kreditrisiken weitgehend frei, *an der Untergrenze der nationalen Zinssätze.* Die westlichen Industrienationen waren also weitgehend frei, ihr eigenes Zinsniveau zu bestimmen, und brauchten es auch im Falle akuter Leistungsbilanzdefizite nicht allzu stark zu erhöhen: sie konnten auf die Fazilitäten des IWF und des Noten-

bankverbundes zurückgreifen. Es lag kein Zinsdiktat der externen Kreditmärkte vor.

Dennoch waren schon damals die meisten westlichen Industrieländer eher an hohen als an niedrigen Zinsen interessiert. Warum? Weil es zunehmend zur „Staatsdoktrin" sowohl konservativ wie sozialistisch regierter westlicher Demokratien wurde, daß alle Geldbenutzer ein Recht auf *staatlichen* Inflationsschutz hatten. Gleichviel, ob der neue Anspruch auf staatlichen Schutz vor der Inflation und ihren Geldentwertungsrisiken nur politisch deklariert oder wie in der BRD gesetzlich verbrieft wurde (erstmals 1957 im Bundesbankgesetz und 1967 in schärferer Fassung im Schillerschen Wachstums- und Stabilitätsgesetz), er versprach zwar „nur" ein hinreichend stabiles Preisniveau, sanktionierte aber immer als Mittel zu diesem Ziel: *ein oberhalb der Inflationsrate zu fixierendes Zinsniveau.*

Dabei stand dieses, die nicht eben harmonischen Ausgangspositionen von Konservativen wie Sozialisten gleichermaßen versöhnende Ziel in beiden Fällen konträr zu ihren ‚Grundwerten'. Die Konservativen wollten ja schon damals die Maximierung des privaten Selbstschutzes und die Minimierung der Staatsvor- und -fürsorge von Renten bis zum sozialen Netz – nur eben nicht beim Inflationsrisiko! Und die Sozialisten als Parteiung der sozial Schwächeren mußten eigentlich mehr an das Recht auf Arbeit und Existenzsicherung denken als an das auf Erhaltung der Geld-Vermögensubstanz!

Die vermutlich einfachste und richtigste Erklärung für diesen doppelten Kopfstand beider herrschenden Ideologien – der konservativen wie der sozialistischen – dürfte die sein, daß damals in den wachstums-, investitions- und beschäftigungssicheren Zeiten von vor 1973 keiner der Proponenten einer strammen Anti-Inflationspolitik (in der BRD auch Stabilitätspolitik genannt) voraussah, daß aus der damit einhergehenden Zinsblockade schwer lösbare *Ziel-Konflikte* sowohl zu konservativen wie sozialistischen „Grundwerten" entstehen könnten. Heute, nach 1973, sind sie evident. Die Konservativen müssen erkennen, daß die aus Gründen der Geldvermögenssicherung bejahte Hoch-Zinspolitik den Unternehmerstand dezimiert, die Sozialisten müssen nicht minder leidvoll erfahren, daß die von ihnen mitgetragene Kreuzfahrer-Ideologie gegen die Inflation ihre Handlungsspielräume für Arbeitsplatz-, Einkommens- und Sozial-Sicherung praktisch auf Null gebracht hat. Keine der beiden führenden Werte-Gruppierungen kann sich heute der Gleichheit ihrer Anti-Inflations-Mentalität sonderlich erfreuen; sie weisen beide in puncto Grundwerte-Sicherung ein beachtliches und nahezu gleich-großes Defizit auf!

Was ist nach 1973 anders geworden?

Wir sahen schon: Nach und als Folge der Zerschlagung des Welt-Währungssystems explodierten die externen und exterritorialen Finanzmärkte und als ihr Korrelat die Auslandsschulden sowohl der westlichen (kapitalistischen) wie auch der östlichen (kommunistischen) Industrieländer. Nur muß man die

Explosion der Märkte als *Folge*, die Kumulierung immer größerer und praktisch kaum noch tilgbarer Auslandsschulden der Nord-Länder (der Süden war schon vor 1973 weitgehend an der äußersten Grenze seiner Verschuldung angelangt) dagegen als *Ursache* ansehen und begreifen. Die Xeno-Kredit-Märkte stellten zwar in immer neuen, gewagteren und technisch ausgefeilten Operationen das Verschuldungs*potential* bereit, aber die durch nichts mehr zu bremsende Nachfrage nach diesen Mitteln ging (und geht immer noch) von den ins Leistungsbilanzdefizit gerutschten Industrieländern aus. Ihre Nachfrage entschied also (und entscheidet immer noch), mit wieviel Billionen Dollar dieses größte Finanzierungspotential der Geldgeschichte *ausgenutzt* wird.

Letztlich ist es also die ursprünglich zwar gewollte, in ihren Folgen aber gänzlich fehlgedeutete *Abschaffung des Zwanges zum Leistungsbilanzausgleich*, die die Überverschuldung an den freien, unkontrollierten Xeno-Kredit-Märkten hervorgebracht und aus der einstmaligen Untergrenze nationaler Zinsniveaus, die man gefahrlos *über*-steigen konnte, eine *Festgrenze* gemacht hat, die nun niemand mehr *unter*steigen kann – bei Gefahr der volkswirtschaftlichen Illiquidität, ausbrechender Währungsturbulenzen und erneuter Zinseskalation.

Ein einfaches Gedankenspiel macht deutlich, was sich mit Preisgabe geordneter Weltwährungsverhältnisse und des darin verankerten Prinzips fester, statt wild-schwankender Wechselkurse geändert hat. Angenommen, die erste Ölpreiseskalation vom Herbst 1973 wäre noch in die Zeit und unter die Ägide eines funktionierenden Weltwährungssystems gefallen. Der Transfer der 1973/74 fällig werdenden zusätzlichen Öl-Milliarden (zwischen 50 und 70 Mrd. Dollar) hätte angesichts des sprunghaft steigenden Dollarbedarfs zur Bezahlung der Ölrechnung nur aus den vorhandenen Dollar-Reserven der Notenbanken und/oder zusätzlichen Dollar-Krediten der Notenbanken beim IWF oder hilfsweise bei der US-Notenbank finanziert werden können. Denn jeder Versuch, diese Mittel durch Privat-Darlehen auf den Xeno-Märkten zu gewinnen, hätte die Wechselkurse der angebotenen Schuldner-Währungen unter Abwertungs-Druck gesetzt und damit wiederum Interventionen der betroffenen Notenbanken: (Dollarverkäufe) ausgelöst. Der Unterschied: Das über Nacht aufgerissene Leistungsbilanzdefizit wäre sofort und voll auf den Konten der Notenbanken sichtbar geworden und hätte diese zu sofortiger Anpassung veranlaßt. Der Schock wäre größer, aber kürzer gewesen, es hätte zwar auch die (um die offizielle Kreditaufnahme gemilderte) Zinseskalation gegeben, aber das Ölsparen hätte sofort eingesetzt, und OPEC hätte kaum die Gelegenheit und das Finanzierungspotential für die weiteren Preissteigerungsrunden gefunden! Der Westen hätte aus der Finanzierungsnot des Augenblicks heraus dem Ölpreis-Kartell sein Währungs-Kartell entgegengesetzt. Und die Xeno-Kredit-Märkte? Sie hätten im wesentlichen dieselbe Rolle gespielt wie vordem, nämlich eine rein kommerzielle, ihr Einfluß auf Auslandsverschuldung, Wechselkurse, Zahlungsbilanzen, Zinsen wäre auf das Abwicklungstechnische beschränkt geblieben. Regierungen und Notenbanken wären nach Abklingen des Schocks, der Abarbeitung des Leistungsbi-

lanzdefizits durch reale Mehr-Exporte statt durch Kredite Herren im eigenen Zinshaus geblieben. Es hätte weder die schleichende Krise der permanent importierten Inflation, noch die innere Wachstums-, Investitions- und Beschäftigungskrise durch die permanente Umleitung von investitorischem Risiko-Kapital in die scheinbar sicheren Geldanlagen gegeben! Mit Sicherheit aber nicht die Deroutierung der Wirtschaftspolitik, an der sich inzwischen fast alle Verantwortlichen beteiligen: die Notenbanken, die die Inflation der Verbraucherpreise trotz gleichzeitiger Deflation der Investitionsgüterpreise mit investitions- und beschäftigungsfeindlichen Zinsen bekämpfen, die Finanzminister, die allen Lippenbekenntnissen zur Konsolidierung ihrer Haushalte- zum Hohn das „Material" für diese der Real-Investition entzogenen Anlagemittel liefern, und die „unverantwortlichen" Xeno-Kredit-Märkte, die inzwischen die Preise für diese fehlangelegten Mittel bestimmen.

Wie bei allen Psychosen stellt aber (fast) niemand mehr die einzig richtige Frage: Was steht eigentlich *real* hinter diesen nur durch Schulden (anderer) „gedeckten" Geldvermögensansprüchen?

Keine Statistik in unserem an Statistiken nicht eben armen Zeitalter gibt uns eine nur halbwegs sichere Antwort. Und dennoch ist eines sicher: Stünde hinter diesem bisher größten Geldvermögenszuwachs der Wirtschaftsgeschichte auch nur ein annähernd gleichgroßes reales Investitionsvolumen – dann hätten wir keine Krise!

Die Besitzer aber aller dieser viel zu vielen Geldansprüche (Unternehmen, private Haushalte, Banken) müssen sich fragen, was ihre Anlagen eigentlich wert sind, wenn sich am Zahltag, wenn nicht früher, herausstellen sollte, daß sie durch nichts gedeckt sind als durch den *volkswirtschaftlichen Über-Konsum (nicht nur an Öl!) von gestern!* Spätestens dann wird diesen Anlegern klar werden, daß der (staatlich versprochene) Inflationsschutz über hoch- bis überverzinste reine Geldtitel (= die Schulden anderer), denen jede reale Deckung durch produktives Sachvermögen fehlt, letztlich doch eine Illusion war; nicht eben die erste dieser Art: denn „Finanzwechsel" hat es immer gegeben, doch niemals in diesem Umfang und mit – bis heute noch – so überzeugenden Unterschriften!

Und mancher der inzwischen unruhiger schlafenden Geldvermögensbesitzer muß sich fragen, ob nicht das alte System des privaten Selbstschutzes vor den Entwertungsgefahren der Inflation, wo jeder sein eigener produktiver Unternehmer war, aber dafür auch real gesichert, nicht nur das ehrlichere war, sondern auch das verläßlichere. Denn in der modernen Geldwirtschaft bilden immer die Investoren das Vermögen, die Sparer verteilen es nur. Und auch in der Vermögenswirtschaft gilt, daß nur verteilt werden kann, was zuvor gebildet wurde.

Dies aber verlangt ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik. Wenn Investieren (noch) wichtiger ist als Sparen, dann muß dieses Investieren auch (noch) stärker belohnt werden als das Sparen. Das ist in einer Gesellschaft, in der fast je-

der um sein sauer Erspartes fürchten muß, und die darum in ihrer Grundhaltung „konservativ", statisch und nicht progressiv-dynamisch angelegt ist, unpopulär, aber unverzichtbar. Denn bei Nur-Sparen und Nicht-Mehr-Genug-Investieren läßt sich nicht einmal der mühsam errungene und erarbeitete Besitzstand halten. Bei Des-Investition verlieren alle!

Muß sich die Wirtschaftspolitik deswegen gänzlich neue Ziele setzen? Nein, die alten stimmen noch immer, nur müssen sie mit einer Neujustierung ihrer Instrumente erreicht werden. Inflation – ist ein weltweites Problem und kann daher wie eine Seuche auch nur weltweit bekämpft werden, nicht durch zu Hause investitionsabschreckende Zinsen. Investitionslethargie ist ein nationales (vielleicht sogar gesellschaftliches) Problem – und kann daher auch nur national (und sozial) angegangen werden: durch Steuerprämien, wenn die Zinsprämie nicht ausreicht, neue Formen der Investitionspartnerschaft, ein verträgliches Klima zwischen den Sozialpartnern. Und eine Aufwertung des Unternehmer-Images!

Was ist das Fazit?

Die Zinseskalation, die zu einer in der bisherigen Geldgeschichte einmaligen Um- und Fehlverteilung vorhandener Finanzressourcen (echter Ersparnisse wie Kreditschöpfung) führt: auf Schulden basierender Geld- statt auf Real-Investitionen basierender Sach-Vermögensbildung, geht letztlich auf einen ‚Wildwuchs' im Geld- und Banksektor zurück, eine hypertrophierte Integration der Welt-Geldmärkte, hinter der ein Aufsichts- und Politikdefizit der von dieser Integration betroffenen Nationalstaaten und ihrer Regierungen sichtbar wird. Für dieses Aufsichts- und Politikdefizit aber sollte man weder die Märkte noch die an ihnen tätigen Akteure, die Xeno-Kreditbanken, allein verantwortlich machen; sie haben nur eine Chance genutzt, die schlecht analysierende oder schlecht beratene Regierungen ihnen gelassen haben. Es ist des Kapitalismus' älteste Botschaft, daß das Parallelogramm der freien Marktkräfte nur dann das sozial Gewünschte leistet, wenn seine Vektoren durch feste Außenlinien eingegrenzt werden. Was fehlt, ist eine die Welt-Geldmärkte bindende („eingrenzende") Welt-Geld*verfassung*, die das exterritoriale Geld- und Kreditangebot wieder zu einem knappen und öffentlich-kontrollierten Gut macht – so wie es das innerstaatliche (nationale) Geld- und Kreditangebot seit Erfindung der nationalstaatlichen Notenbanken um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert auch geworden ist. Solange die weltwirtschaftlich führenden Nationen und ihre Führer diese Lektion nicht lernen, auf ihren Weltwirtschaftsgipfeln entweder unverbindlich plaudern oder an der Sache vorbei, hat die aus der Fehlleitung der Finanzressourcen resultierende Krise ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht.

Denn dann *muß* die aus der extremen Auslandsverschuldung aller Weltwirtschafts-Nationen resultierende Unsicherheit, ob die „Liquidität" dieser Billionen-Dollar-Kredite (= ihre vertragsgerechte Bedienung und Tilgung) gesichert werden kann, wachsen. Eskaliert aber das Kredit-Risiko, eskalieren auch die Zinsen – nicht weil es zu wenig Kredite gibt, sondern weil jeder neue

Kredit (auch jede Umschuldung) mehr Risiko-Zündstoff enthält als bisher. Deswegen produziert das Laissez-faire der Welt-Großmärkte unablässig die Doppelgefahr: *Entweder* geht der Prozeß der risikobedingten Zinseskalation weiter, bis auch der letzte Real-Investor das Handtuch wirft, weil seine Investitionserträge zu deutlich und zu schmerzhaft hinter seinen (Kredit)Finanzierungskosten zurückbleiben, die ihm gleichzeitig seine Ertragsalternativen bei „reiner" Finanzanlage in Geldvermögensansprüchen signalisieren – und die Wachstums- und Beschäftigungskrise in den Nationalstaaten wird total. *Oder* immer mehr Welt-Wirtschaftsnationen koppeln sich vom ‚störenden' Weltmarkt ab, erst finanziell (durch Einführung von Kapitalverkehrs-Kontrollen: Kapitalexport- und Kapitalimportauflagen und -verboten) und danach unvermeidlicherweise auch real: durch Aufbau von Handelshemmnissen (Protektionismus) bei gleichzeitigen, und meist vergeblichen, Versuchen, den Export zu subventionieren. Nur daß es für weltmarkt- und exportabhängige Nationen wenig Unterschied ausmacht, ob ihre Krise (erst) im Investitionsgüter- oder (erst) im Exportsektor aufbricht, am Ende springt der Funke vom einen in den anderen Sektor über! Es bleibt bei der sich verschärfenden Doppelkrise von (kosten-bedingter) Inflation bei (nachfrage-ausfall-bedingter Beschäftigungsdeflation (= Arbeitslosigkeit!), und keine der betroffenen Regierungen kann ernsthaft hoffen, diese über die Geldsphäre importierte Krise zuhause durch mehr oder minder hoch-dosierte ‚Beschäftigungsprogramme' aus öffentlichen Mitteln mit oder ohne überdimensionierte innere Staatsverschuldung oder Über-Besteuerung zu kurieren!

Ist deswegen die Welt „unregierbar" geworden?

Mitnichten: Die Spielregeln der Welt-Geldwirtschaft müssen neu und besser als in der Vergangenheit geordnet werden. Auf der Tagesordnung der 80er Jahre steht eine Welt-Geldverfassung, die den exterritorialen Kredit und seinen Zins wieder einbindet durch feste Mengenziele, aber *zwischen* den Staaten, nicht *in* den Staaten (der monetaristische Irrtum), und eine zwischen den Notenbanken der führenden Weltwirtschafts-Nationen *akkordierte Zinspolitik (eine Internationalisierung des Postkeynesianismus),* die sich dann buchstäblich mit vereinten Kräften auf den Xeno-Kredit-Märkten durchsetzen müßten. Nicht der mit der Zerschlagung des Weltwährungssystems von Bretton Woods zur Maxime erhobene Rückzug der Notenbanken aus der Verantwortung und Aufsicht dieser Märkte mit ihrer grenzenlosen Leistungsbilanz-Defizitfinanzierung eröffnet den Ausweg aus dieser Krise. Das Signal weist längst in die Gegenrichtung: Regierungen und Notenbanken müssen ihr Verantwortungsdefizit für diese Niemandsländer der freien Geld- und Kreditproduktion erkennen und abbauen und sich ihrer historischen Aufgabe stellen, die längst zu begrenzt und daher ineffizient gewordenen nationalen Notenbank-Kompetenzen *trans-national auszudehnen.* Gesucht und gebraucht wird mehr als ein in seinen Rechten und Mitteln beschränkter IWF, eine oberhalb der nationalen Ebene regulierende und intervenierende Welt-Zentralbank – wenigstens der führenden Weltwirtschafts-Nationen. Dies ist (oder wäre) die Sache, die auf Weltwirtschaftsgipfeln, die etwas bewirken sol-

len, zu verhandeln wäre, damit eine Wiederholung der unseligen 30er Jahre, nur 50 Jahre danach, vermieden werden könnte. Denn nationale Vollbeschäftigungs- und Wohlfahrtspolitik läßt sich heute im Zeitalter des *einen* Welt-Geld- und Kreditmarktes nur mit weltwirtschaftlicher Absicherung betreiben – oder gar nicht. Und noch immer harrt des größten und weitsichtigsten Ökonomen dieses Jahrhunderts Vermächtnis, mit dem er sich 1944 vor der Öffentlichkeit (des britischen Oberhauses) verabschiedete, des Engländers John Maynard Keynes, der Erfüllung: „Jetzt, da die öffentliche Meinung zum neuen Modell (zu ergänzen: krisenfreier) Binnen-Wirtschaftspolitik bekehrt ist, ist die Schlacht noch nicht gewonnen. Eine nicht minder wichtige Aufgabe harrt noch der Lösung, nämlich ein internationales System zu organisieren, in dem die neuen Möglichkeiten dieser Binnen-Wirtschaftspolitik ihren bequemen Platz finden. Gerade weil die neuen Ideen und Techniken der Vollbeschäftigungspolitik einen internationalen Rahmen für ihre Verwirklichung verlangen, sind diese Vorschläge (zu ergänzen: für ein neues Weltwährungssystem) so zu begrüßen."

Keynes' Vorschläge sind heute, 40 Jahre nach ihrer Begründung, aktueller denn je. Vielleicht bringt uns der Lerneffekt dieser Krise ihrer Verwirklichung näher: lieber spät als zu spät.

Umrisse der zukünftigen Energieversorgung der Bundesrepublik

Möglichkeiten, Grenzen, Forderungen (II)*)

Von Hartmut Bossel

Konturen einer dauerhaften Energieversorgung für die Bundesrepublik

Eine verantwortungsvolle Energiepolitik wird versuchen, die gegenwärtigen und zukünftigen Belastungen, die durch die Energieversorgung für den Einzelnen, die Gesellschaft und die Umwelt hervorgerufen werden könnten, möglichst gering zu halten (vgl. „Kriterien der Energieversorgung" in: Müller-Reißmann/Bossel 1979 und Krause/Bossel/Müller-Reißmann 1980, S. 197–224, sowie Enquete-Kommission 1980, S. 11–14 und S. 69–74). Hieraus leiten sich konkrete Kriterien ab, an denen Energieversorgungssysteme zu messen sind:

*) Vgl. „Blätter", 4/1982, S. 491–499.

Die heutige und zukünftige Versorgungssicherheit und die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme setzen den schonenden Umgang mit Ressourcen, möglichst geringe Umweltbelastungen, verkraftbare wirtschaftliche Belastungen und Kosten, die Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten, die Verwendung sicherer Techniken und die Wandlungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit an neue Bedingungen voraus. Darüber hinaus sollen vom Blickpunkt des Individuums und der Gesellschaft her Energiesysteme und ihre Sachzwänge möglichst wenig zur Einengung der Handlungsspielräume und der Selbstbestimmung in Gegenwart und Zukunft führen.

Diese Forderungen, die zunächst allgemein für ökologisch und sozial verträgliche Technik gelten (Bossel/Dürrschmidt 1981 b, S. 15–17, Bossel 1981 d), lassen sich für Energieversorgungssysteme noch konkretisieren:

- rationelle Energieverwendung, d. h. weitgehende Vermeidung von Energieverlusten und die Nutzung von Abwärme;
- angepaßte Energieverwendung, d. h. Anpassung der Energiewertigkeit an die Aufgabe;
- Nutzung sich erneuernder Energieträger, die auf Dauer verfügbar bleiben;
- Nutzung regional und lokal verfügbarer Energiequellen zur Verringerung von Verlusten, Abhängigkeiten und Umweltbelastungen;
- Minimierung der Umweltbelastungen.

Energiesysteme, die diesen Kennzeichen weitgehend entsprechen, werden als „sanft" bezeichnet (Lovins 1978). Erfüllung dieser Forderungen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Energieversorgung mit einer Technik, die den Kriterien ökologischer und sozialer Verträglichkeit weitgehend Rechnung trägt. Zwar kann man sich eine dauerhafte Energieversorgung auch auf der Grundlage „harter" Technik (Fusion, großtechnische Nutzung der Sonnenenergie) vorstellen (IIASA 1981, S. 55–59), doch würde diese die meisten der oben genannten Kriterien für eine ökologisch und sozial verträgliche Technik nur schlechter oder gar nicht erfüllen können (vgl. Diskussion Krause/Bossel/Müller-Reißmann 1980, Kap. 7 sowie Enquete-Kommission 1980, S. 69–75).

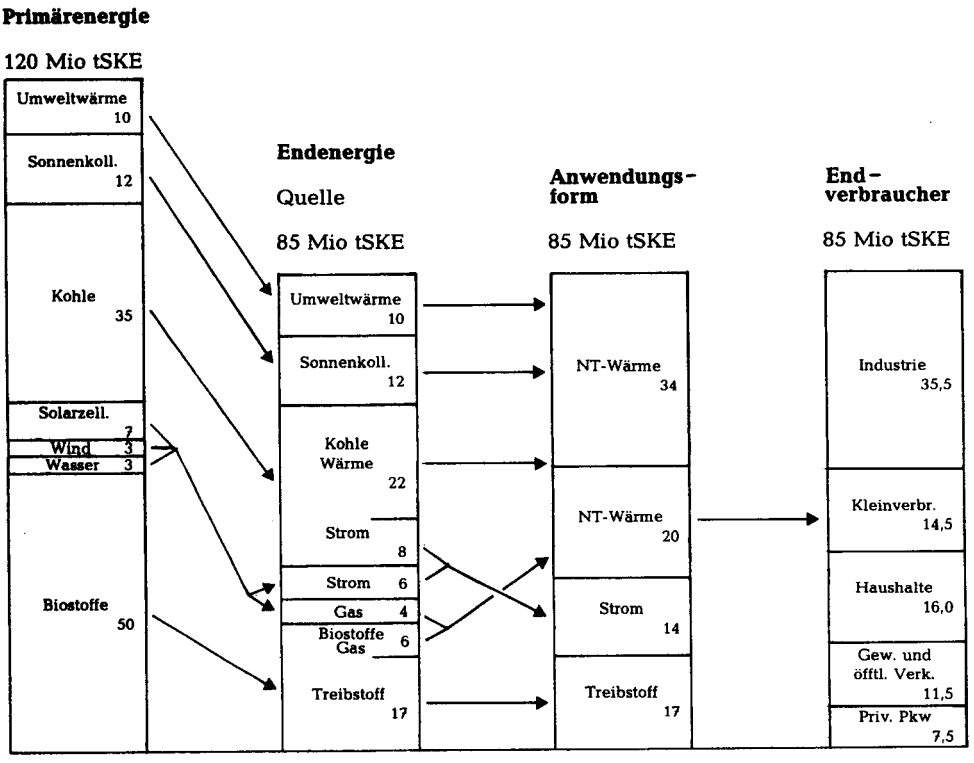
Die bisherigen Überlegungen haben zu dem *Ergebnis* geführt, daß die wesentliche Voraussetzung für den Aufbau einer dauerhaften Energieversorgung in der Bundesrepublik gegeben ist: Durch bestehende Möglichkeiten der besseren Energienutzung läßt sich der Energieeinsatz auf ein Niveau absenken, das auch bei Beibehaltung oder Steigerung des gegenwärtigen materiellen Wohlstands mit im Inland ständig verfügbaren sich erneuernden Energiequellen gedeckt werden kann. Im folgenden sollen die *Konturen einer solche Energieversorgung* umrissen werden.

Auf der Grundlage der Einschätzungen möglicher Verbrauchsabsenkungen bei heutigem Wohlstand und dem daraus sich bei einer Einwohnerzahl von 50 Millionen ergebenden Endenergieverbrauch von 85 Mio. tSKE sowie auf der Basis der Potentialabschätzungen für erneuerbare Energiequellen läßt sich

beispielhaft das Schema einer dauerhaften Energieversorgung der Bundesrepublik entwerfen (Abb.). Die hier genannten Zahlen sollten weder als Prognose noch als Forderungen verstanden werden; mit ihnen sollen lediglich die Möglichkeiten grob abgesteckt werden. Erhebliche Bandbreiten sind möglich. Sollte das eine oder andere Potential nicht erreichbar sein, so stekken sowohl in anderen Energieträgern wie auch bei der besseren Nutzung noch Ausgleichspotentiale. Auch ein etwas höherer Energieverbrauch als der hier angegebene wäre noch auf eine ähnliche Weise zu decken (vgl. auch die Energieszenarien in Krause/Bossel/Müller-Reißmann 1980, bes. Abb. 1.5, S. 40 und S. 153–165).

In dem hier dargestellten Beispiel wurde das Potential der erneuerbaren Energieträger nicht voll ausgeschöpft. Aus heutiger Sicht scheint es sinnvoller zu sein, für die Erzeugung von Hochtemperaturwärme und die Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung auch auf längere Zeit hinaus eine gewisse Menge Kohle einzusetzen. Der hier angenommene Kohleeinsatz von 35 Mio. tSKE entspricht etwa einem Drittel des heutigen Jahresverbrauchs. Über Wärmepumpen und mit Sonnenkollektoren werden hier 22 Mio. tSKE Niedertemperaturwärme erzeugt. Photovoltaische Solarzellen, Windkonverter und

Abbildung: Mögliche dauerhafte Energieversorgung für die Bundesrepublik Deutschland bei gleicher Energiedienstleistung wie heute.



Wasserkraftwerke produzieren insgesamt 13 Mio. tSKE Strom, von denen 7 Mio. tSKE zur Elektrolyse von Wasserstoff in Zeiten von Stromüberschüssen verwendet werden. 50 Mio. tSKE Biostoffe werden zur Erzeugung von Treibstoffen und Biogas verwendet. Mit diesem Einsatz von insgesamt 120 Mio. tSKE an Primärenergie können 85 Mio. tSKE Endenergie in den Anwendungsformen Niedertemperaturwärme, Hochtemperaturwärme, Strom und Treibstoffe für die Verbrauchsbereiche Industrie, Kleinverbrauch, Haushalte, öffentlicher und gewerblicher Verkehr und Personenkraftwagen bereitgestellt werden (s. Abb.).

Die Realisierung einer derartigen Energieversorgung würde wegen der erforderlichen Maßnahmen zur besseren Energienutzung und dem Aufbau der Nutzung regenerativer Energiequellen Jahrzehnte dauern und würde vielleicht erst um 2030 abgeschlossen sein. Der Aufwand der Umstrukturierung und der erforderlichen Investitionen ist allerdings beträchtlich kleiner als bei den konkurrierenden „Hochenergie-Szenarien", bei denen ein ständig wachsender Einsatz von nicht erneuerbaren Energien mit einem ständig wachsenden technischen Apparat bereitgestellt werden muß.

Die Konturen der hier dargestellten Versorgungsmöglichkeit lassen sich in etwa angeben. Sie sind auf den folgenden Seiten in Umrissen skizziert. Es ist festzustellen, daß hier keine radikalen Änderungen der heutigen Versorgungsstrukturen gefordert werden (wie es bei den Großtechnologieszenarien der Fall ist), sondern daß die duaerhafte Versorgungsstruktur aus einer allmählichen und kontinuierlichen Veränderung der heutigen Struktur hervorgehen kann.

Konturen der zukünftigen Energieversorgung

Haushalte und Kleinverbraucher

– Herabsetzung des Wärmebedarfs durch bessere Wärmedämmung und Gebäudegestaltung zur passiven Nutzung der Sonnenenergie.

– Energiesparende Geräte.

– In den Bereichen dichterer Bebauung Anschluß der Gebäude an kommunale Fernwärmenetze.

– In Bereichen geringer Siedlungsdichte Wärmeversorgung der Gebäude durch eigene Heizanlagen. Es kommen in Betracht:
- Energiebox (Verbrennungsmotor mit Wärme- und Stromerzeugung)
- Wärmepumpen für alle Brennstoffe (Verbrennungsmotoren und Absorptionsanlagen)
- Sonnenkollektor mit Langzeitspeicher
- Holzfeuerungen (besonders für ländliche Gebäude).

– Herabsetzung des Strombedarfs durch verbesserte Geräte.

– Stromerzeugung durch Solarzellen auf Dachflächen. Speicherung für den Eigenbedarf, Aufladen von Elektrofahrzeugen, Überschüsse ans öffentliche Netz und elektrolytische Erzeugung von Wasserstoff.

– Abgabe von Strom aus kraft-wärme-gekoppelten Kleinanlagen ans öffentliche Netz.

– Versorgung des kommunalen Wärmenetzes durch örtliche Blockheizkraftwerke oder kommunale Kraftwerke in Kraft-Wärmekopplung (Wirbelschichtverbrennung von Kohle). Stromeinspeisung in das öffentliche Verbundsystem.

– In Küstengebieten und im norddeutschen Flachland Windkraftwerke mit Stromeinspeisung ins Verbundnetz sowie Kleinanlagen für die Strom- und Wärmeerzeugung.

Landwirtschaft

– Weitgehende Eigenversorgung mit Energie durch Abfälle aus Landwirtschaft und Viehhaltung, sowie aus Abwärme der Viehhaltung.

– Gebäudeheizung durch Abwärmenutzung (Viehställe, Milchkühlung).

– Biogaserzeugung für Schlepper und landwirtschaftliche Maschinen, stationäre Motoren (Stromerzeugung), Küche und Brauchwassererwärmung.

– Nutzung von Sonnenenergie für Trocknungszwecke.

– Biomasseüberschüsse an lokale Anlagen mit Methan-Faultürmen und gekoppelten Anlagen zur Erzeugung von Methan und Methanol.

– Düngererzeugung in Biogasreaktoren.

Industrie

– Bessere Energienutzung (Prozesse, Prozeßkopplung, Rohstoffauswahl, Rezyklierung).

– Prozeßwärmeerzeugung vorwiegend auf Kohlebasis (kleine Wirbelschichtanlagen) mit Kraft-Wärmekopplung. Damit Deckung des Eigenstrombedarfs und evtl. Abgabe von Überschußstrom an das öffentliche Netz.

– Chemische Industrie vorwiegend auf Kohlebasis als Rohstoff.

– Nutzung von Prozeßwärmen, möglichst in mehreren Stufen; auf dem niedrigsten Niveau zur Raumheizung und für Trocknungsvorgänge.

Verkehr

– Weitgehende Verlagerung des Güterfernverkehrs auf die Schiene.

– Personenfernverkehr (über rund 100 km) vorwiegend auf der Schiene.

– Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (aber nicht notwendigerweise der Bau aufwendiger U- und S-Bahnen).

– Aufbau eines sicheren und bequemen Radwegenetzes in den Orten.

– Entwicklung kleiner und leichter Fahrzeuge für den Weg zur Arbeit, das Einkaufen und um die Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen (Antrieb durch Verbrennungs- oder Elektromotoren). Aufladung der Elektrofahrzeuge z.T. durch Solarzellen auf den Hausdächern.

– Starke Reduzierung des Kraftstoffbedarfs bei Kraftfahrzeugen.

– Treibstoffversorgung aus der Nutzung von Biomasse (landwirtschaftliche Abfälle und Luzerneanbau).

– Antrieb der öffentlichen schienengebundenen Verkehrsmittel durch Strom aus Wasserkraft (wie dem Betrag nach heute auch).

Die Rolle der Kohle im Konzept einer sanften Energieversorgung

Da die volle Deckung auch eines durch bessere Energienutzung stark reduzierten Energiebedarfs allein durch erneuerbare Energieträger für die Bundesrepublik auf längere Sicht noch nicht in Frage kommt, werden fossile Energieträger in der absehbaren Zukunft noch eine gewisse Rolle spielen müssen. Da wir aber lediglich bei Stein- und Braunkohle über große inländische Vorräte verfügen, wird später wohl fast ausschließlich heimische Kohle den fossilen „Restenergiebedarf" wie auch den Rohstoff für eine Grundstoffversorgung auf der Basis der Kohlechemie liefern müssen. Eine stationäre Bevölkerungsentwicklung und einen auf einem hohen Niveau verbleibenden Wohlstand vorausgesetzt, würde der absolute Einsatz der Kohle aber mit weiter fortschreitenden Effizienzverbesserungen bei der Energienutzung allmählich absinken. Von einer dauerhaften Energieversorgung kann erst dann gesprochen werden, wenn die Verwendung jeglicher nicht erneuerbarer Energieträger für energetische Zwecke, auch der Kohle, auf Null reduziert worden ist. Die restliche Kohleförderung würde dann der Rohstoffversorgung dienen.

In den vergangenen Jahrzehnten ist der Kohleeinsatz von noch 160 Mio. tSKE im Jahre 1963 auf rund 105 Mio. tSKE heute stark zurückgegangen. Im wesentlichen wird Kohle heute noch zur Prozeßwärmeerzeugung in der Industrie und bei der Stromerzeugung eingesetzt. Für Hausbrand und andere Verwendungszwecke spielt sie heute nur noch eine geringe Rolle.

Viele erwarten sich von der Zukunft eine „Wiedergeburt" der Kohle, vor allem als Ausgangsstoff für die Erzeugung von flüssigen und gasförmigen Brenn- und Treibstoffen. Sowohl in den IIASA-Szenarien (IIASA 1981, S. 29–54) wie auch in den Pfaden 1 und 2 der Enquete-Kommission (Enquete-Kommission 1980, S. 36–44) werden für die Vergasung und Verflüssigung zunehmende Mengen Stein- und Braunkohle eingesetzt. In diesen Szenarien wird angenommen, daß diese Kohleumwandlung bis etwa zum Jahr 2000 autotherm, d. h. unter Verwendung der Kohle selbst als Wärmelieferanten erfolgt. Der Wirkungsgrad der Energienutzung der Kohlenutzung liegt bei diesen Prozessen bei maximal 50% (Hoede 1981), d. h. die Umwandlung in gasförmige oder flüssige Brenn- und Treibstoffe kann nur um den Preis hoher energetischer Verluste erfolgen. Nach dem Jahr 2000 wird in diesen Szena-

rien der zunehmende Einsatz allothermer Umwandlungsverfahren angenommen, wobei Hochtemperatur-Kernreaktoren als Energielieferant für den Umwandlungsprozeß dienen sollen. Hierdurch wird zwar der energetische Gesamtwirkungsgrad noch schlechter, aber die Kohleausnutzung wird wesentlich verbessert.

Gegen die Kohleumwandlung in großem Stil sprechen die obengenannten Kriterien für eine umwelt- und sozialverträgliche Energieversorgung aus mehreren Gründen:

– Der hohe Einsatz des nicht erneuerbaren Energieträgers Kohle ist nicht zu rechtfertigen, solange noch erhebliche Einsparungsmöglichkeiten durch bessere Nutzung bei den gasförmigen und flüssigen Endenergieträgern bestehen. Bei Ausschöpfung dieser Möglichkeiten könnte selbst bei Wegfall der Öl- und Gasförderung der noch verbleibende Bedarf durch die Nutzung erneuerbarer Energieträger (Gase und Treibstoffe aus Biostoffen und solar erzeugtem Wasserstoff, s. o.) gedeckt werden.

– Die Verfahren der Kohleumwandlung setzen eine große Zahl umwelt- und gesundheitsgefährdender Substanzen in erheblichen Mengen in die Umwelt frei, von denen die krebserzeugenden polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe und Spurenelemente am problematischsten sind. Letztere reichern sich im Ökosystem an und verstärken damit ihre Gefährlichkeit (Schott/Teufel 1981, S. 9–42).

Aus diesen Gründen ist damit zu rechnen, daß Kohleumwandlung zur Erzeugung gasförmiger und flüssiger Brennstoffe kaum je eine größere Rolle spielen wird. Eine Ausnahme dürfte die Verwendung von Kohleumwandlungsverfahren in der Kohlechemie werden, auf die die Bundesrepublik möglicherweise in zunehmendem Maße angewiesen sein wird.

Mit diesen Überlegungen kommt man zu dem *Ergebnis,* daß im Rahmen einer „sanften" Energieversorgung der Bundesrepublik, bei der die Kohle den Restenergiebedarf zu decken hätte, der Kohleeinsatz höchstens etwa auf der Höhe des heutigen Wertes bleiben würde (vgl. Krause/Bossel/Müller-Reißmann 1980, S. 162–165), möglicherweise aber auch bis 2030 auf lediglich etwa 35 Mio. tSKE absinken könnte, wenn die Entwicklung mehr in die Richtung des oben skizzierten Szenarios verläuft (s. Abb.). Hinzu käme noch der nichtenergetische Bedarf der Kohlechemie in Höhe von etwa 30 Mio. tSKE. (Der Bedarf wäre abhängig von der Effizienz der Materialnutzung in der Bundesrepublik, die sich analog zur Energienutzung auch noch wesentlich verbessern ließe [Bossel 1981c, Tab. 3].)

Im Rahmen einer sanften Energieversorgung würde sich die Art und Weise der Kohlenutzung etwas verschieben, um insgesamt eine bessere exergetische Anpassung und möglichst verlustarme und umweltfreundliche Verwendung zu erreichen. Das schließt eine zukünftige Verwendung von Kohle in Großkraftwerken ohne Abwärmenutzung (wie heute noch für rund 65 Mio. tSKE Stein- und Braunkohle) aus. Eine Kohlenutzung zur Stromerzeugung

wird zukünftig nur bei Kraft-Wärme-Kopplung in Frage kommen (vgl. Mareske 1979, Prinz 1982, Strümpel 1982). Um eine wirtschaftliche Abwärmenutzung zu erreichen, bedeutet dies den Übergang auf kleinere Kraftwerkseinheiten in der Nähe der Wärmeverbraucher. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und des Umweltschutzes kommen hierfür längerfristig nur Wirbelschichtanlagen in Frage (vgl. Schilling 1978).

Außer zur kraft-wärme-gekoppelten Stromerzeugung wird die Kohle im hier skizzierten sanften Szenario auch wesentlich zur Prozeßwärmeerzeugung in der Industrie beitragen, da hier wieder eine günstige exergetische Anpassung bei Hochtemperaturanwendungen besteht. Relativ würde der Anteil der Kohle in der industriellen Nutzung wieder steigen. Auch bei der industriellen Prozeßwärmeerzeugung dürfte die Wirbelschichtverbrennung vermehrt Verwendung finden. Die Verwendung von Kohle in anderen Verbrauchsbereichen dürfte relativ klein bleiben.

Aus diesen langfristigen Überlegungen und den konkreten Bedingungen der Energieversorgung in der Bundesrepublik heute lassen sich eine Reihe von Anforderungen an die zukünftige Energiepolitik ableiten. Die Aufstellung auf den nächsten Seiten soll einige Hinweise darüber geben, welche konkreten *Schritte zur Verwirklichung einer sanften Energieversorgung* insbesondere auch im Hinblick auf Kohlenutzung in etwa zu beschreiten sind. Weitere wichtige Anstöße finden sich in den 62 energiepolitischen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission (Enquete-Kommission 1980, S. 104–123), sowie im Sondergutachten des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen „Energie und Umwelt" (1981).

Forderungen zur Energieversorgung

Allgemeines

1. Jeder unnötige Energieverbrauch, auch von Abwärmen, ist zu vermeiden. Maßnahmen zur besseren Energienutzung haben daher Vorrang auch vor Maßnahmen der Abwärmenutzung.

2. Institutionelle Hemmnisse gegen die rationelle Energieverwendung, die Nutzung erneuerbarer Energien und insbesondere die Abwärmenutzung sind vorrangig und rasch abzubauen.

3. Aus Gründen des Umweltschutzes (CO_2, SO_2 usw.) und aus Gründen des Verbrauchs nicht erneuerbarer Rohstoffe darf die Nutzung fossiler Energieträger zur Energiebereitstellung nicht weiter ansteigen und muß stetig verringert werden.

4. Es ist zu vermeiden, daß durch Investitionen im Energiesektor Sachzwänge geschaffen werden, die die späteren energiepolitischen Handlungsmöglichkeiten verengen. Unter diesem Gesichtspunkt ist neben dem Vordringen des Stroms in den Wärmemarkt auch der vorzugsweise Ausbau der Gasversorgung zu sehen, die dann eventuell mit Kohlegas oder nuklear erzeugtem Was-

serstoff aufrechterhalten werden muß, wenn das Naturgasangebot nicht mehr zur Verfügung steht. (Eine Alternative ist solar erzeugter Wasserstoff.)

5. Nichterneuerbare Energieträger, insbesondere auch Kohle, dürfen zur Energiebereitstellung nur eingesetzt werden, wenn sie möglichst vollständig genutzt werden.

6. Neue Kraftwerke, besonders auch Kohlekraftwerke, dürfen nur in Kraftwärmekopplung oder mit anderweitiger Abwärmenutzung gebaut werden. Alte Anlagen sind durch Anlagen mit Kraftwärmekopplung zu ersetzen.

7. Der Genehmigung von Bauvorhaben auf dem Gebiet der Energieversorgung muß die Untersuchung von Alternativen, die die gleiche Energiedienstleistung auf andere Weise (u. a. auch durch Wärmedämmung) bereitstellen, vorausgehen.

8. Für alle Versorgungsalternativen müssen vollständige Energie-, Rohstoff- und Schadstoffbilanzen vorgelegt werden (direkte und indirekte, auf die Lebensdauer der Anlage verteilt).

9. Kommunale Konzepte der Wärmeversorgung, die Abwärmenutzung, Nutzung von Umwelt- und Solarwärme, Kraftwärmekopplung, Wärmedämmung und Fernwärmeversorgung einbeziehen, sind besonders zu fördern.

10. Aus Gründen der Versorgungssicherheit ist den dezentral leicht speicherbaren flüssigen und festen Energieträgern (bei anderweitig ähnlicher Verfügbarkeit) besonders für die Raumheizung (über dezentrale kraft-wärme-gekoppelte Anlagen mit Nahwärmeversorgung) der Vorzug zu geben.

11. Das Energiewirtschaftsgesetz ist dahingehend zu ändern, daß nicht die Versorgung mit „Energie", sondern mit „Energiedienstleistung" zur Grundlage des Gesetzes wird.

12. Für den Wettbewerb zwischen den verschiedenen Möglichkeiten, die gleiche Energiedienstleistung bereitzustellen, müssen faire Bedingungen geschaffen werden. Das gegenwärtige EnWG benachteiligt andere Energieträger als Strom und Gas, insbesondere die Fernwärme, sowie die bessere Energienutzung als „Energiequelle".

13. Im Energiewirtschaftsgesetz ist klarzustellen, daß Überkapazitäten den Grundsatz der kostengünstigen Versorgung für den Verbraucher verletzen und daher nicht zugelassen werden können.

14. Der gesetzliche Auftrag der „ausreichenden und kostengünstigen" Versorgung mit Strom und Gas im EnWG ist durch die Forderung nach Abwärmenutzung zu ergänzen.

15. Die Verfügung über Erzeugungsanlagen (Kraftwerke) ist grundsätzlich zu trennen von der Verfügung über Verteilungsanlagen (Strom-, Gas- und Fernwärmenetze). Die Netzbetreiber müssen die Möglichkeit haben, sich an die Energielieferanten mit den günstigsten Bedingungen anzuschließen.

16. Bei der Tarifgestaltung für leitungsgebundene Energieträger muß zur Förderung energiesparenden Verhaltens der Grundpreis in Zukunft wegfallen; die Kosten des Systems müssen auf den Arbeitspreis umgelegt werden.

Strom

17. Ein Vordringen des Stroms in den Wärmemarkt ist abzulehnen, solange noch ungenutzte Abwärmemengen in die Umwelt abgegeben werden.

18. Der Abbau von Strombedarfsspitzen am Tage (durch Rundsteuerung, Tariferhöhung usw.) muß Vorrang haben vor dem Ausbau der Kraftwerkskapazitäten.

19. Das Auffüllen von Nachttälern durch zusätzliche Stromverbraucher wie Nachtspeicherheizungen und Nachtbeleuchtung ist abzulehnen, da es die Energieverschwendung erhöht und vor allem den Grundlastbedarf anhebt, für den Kernkraftwerke eingesetzt werden können.

20. Die jederzeitige Einspeisung von Strom durch jedermann ins öffentliche Netz muß – insbesondere bei kleinen Leistungen mit probabilistischer Lastverteilung – problemlos ermöglicht werden. (Diese Forderung gewinnt mit der Einführung der Solarzellen wie auch der Kraftwärmekopplung bei kleinen Heizanlagen an Bedeutung.)

21. Der Einsatz von Strom aus thermischen Kraftwerken zur Raumwärmeerzeugung ist im allgemeinen abzulehnen. Er sollte nur gestattet werden, wenn 1. die Stromerzeugung in Kraftwärmekopplung erfolgt und 2. die Wärmeerzeugung über Wärmepumpen erfolgt. Die elektrische Direktheizung, einschließlich der Nachtspeicherheizung, ist abzulehnen.

Kohle

22. Die Beträge aus dem Kohlepfennig sind für die Förderung von Kraftwärmekopplung, Abwärmenutzung generell, Fernwärme und Wirbelschichtvorhaben und für die rationelle Energieverwendung einzusetzen. Auf keinen Fall dürfen sie für nukleare Energievorhaben verwendet werden.

23. Wegen der damit verbundenen Energieverschwendung und wegen der hohen Umweltbelastung ist die „Veredelung" von Kohle in Vergasungs- und Verflüssigungsanlagen strikt abzulehnen.

24. Jeder Einsatz von Kernkraft bei der Kohlenutzung (Vergasung und Verflüssigung) ist aus den gleichen Gründen abzulehnen, die für Kernkraftwerke und andere nukleare Anlagen gelten.

25. Die 23 000 MW genehmigten Kohlekraftwerke (meist 700 MW) dürfen in der jetzt geplanten Form (als Großkraftwerke ohne Abwärmenutzung) nicht

gebaut werden. Falls der prognostizierte Strombedarf überhaupt auftreten sollte, muß er in dezentralen Kraftwerken mit Kraftwärmekopplung gedeckt werden.

26. Ältere Wärmekraftwerke dürfen nur durch solche mit Kraftwärmekopplung oder anderweitiger Abwärmenutzung ersetzt werden.

27. Bei Kohlekraftwerken jeder Größe ist die Entschwefelung zu verlangen.

28. Bei kleinen Kohlekraftwerken ist aus Umweltschutzgründen der Wirbelschichtverbrennung der Vorzug zu geben.

29. Die Asche aus Kohlekraftwerken sollte (ohne Transport) direkt zu Baumaterial (Bausteine, Rohre usw.) verarbeitet werden.

30. Wegen der schweren Arbeitsbedingungen im Kohlebergbau ist hier Rationalisierung und Automatisierung zu begrüßen. Kohlebergbau sollte nicht mit dem Argument gefördert werden, daß so Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen werden können.

Abwärmenutzung und Fernwärme

32. Der Ausbau lokaler Fernwärmenetze ist zu befürworten, wenn damit aus der Stromerzeugung ausgekoppelte Abwärme genutzt wird.

33. Heizwerke, die Fernwärmenetze ohne gekoppelte Stromerzeugung mit Wärme versorgen, sind abzulehnen.

34. Alle bestehenden 350 Fernwärmenetze in der Bundesrepublik sind auf Kraftwärmekopplung umzurüsten. Eine reine Wärmeerzeugung ohne gekoppelte Stromerzeugung in Fernheizwerken ist nicht mehr zuzulassen.

35. Fernwärmenetze dürfen nicht nach dem heutigen Bedarf von Gebäuden ausgelegt sein, sondern müssen vernünftige Wärmedämmungsmaßnahmen berücksichtigen. Sie können dann mit niedrigeren Temperaturen betrieben werden, werden dadurch billiger und leichter verlegbar und können bei gleicher Energiedienstleistung mehr Gebäude mit Raumwärme versorgen.

36. Ein Anschlußzwang für Fernwärmebenutzung sowie verbrauchsfördernde und einsparungshemmende Tarifstrukturen (wie heute noch beim Strom) sind abzulehnen.

37. Große Fernwärmeschienen über weite Entfernungen sind aus Gründen der Umweltbelastung, der Energie- und Rohstoffverluste und der Versorgungssicherheit abzulehnen.

38. Billigere und einfachere Fernwärmeverteilungs- und Verlegungssysteme sind mit Vorrang zu entwickeln. Hierbei sind auch Gesamtbilanzen des Rohstoff- und Energieeinsatzes durchzuführen.

39. Den Kommunen und kommunalen Energieversorgungs-Unternehmen sind für die Abwärmenutzung und den Ausbau der lokalen Fernwärmeversorgung günstige Kredite einzuräumen.

40. Die Arbeitsplatzeffekte des Ausbaus der Abwärmenutzung, der Kraftwärmekopplung und der lokalen Fernwärmeversorgung, insbesondere bei der Auftragsvergabe an kleine und mittlere Firmen, sind zu untersuchen.

Forschung und Entwicklung

41. Dezentrale Stromerzeugung mit Abwärmenutzung, insbesondere dezentrale Wirbelschicht-Kohlekraftwerke mit Kraftwärmekopplung, sind durch Forschungsförderung, Subventionen für Versuchs- und Pilotanlagen, Einführungshilfen und Investitionskredite zu fördern.

42. Die verbesserte Ausnutzung von Brennstoffen bei Kleinheizungen durch Wärmepumpenanlagen und Kraftwärmekopplung für Heizöl, Gas und Festbrennstoffe ist besonders zu fördern. Insbesondere sollte die Entwicklung von Absorptionswärmepumpen gefördert werden, da sie kaum bewegliche Teile haben und damit höhere Lebensdauern bei minimaler Wartung versprechen.

43. Die Entwicklung von Langzeit-Wärmespeichern ist gezielt voranzutreiben. Anwendungen ergeben sich für Heizanlagen jeder Größe, für die Ausnutzung der Sonnenergie und für die saisonale Speicherung von Abwärmen. Gerade in Verbindung mit Abwärmenutzung und Fernwärmenetzen sind dezentrale Speicher interessant, die im Sommer aufgeladen werden und damit eine kontinuierliche Abwärmeabnahme ermöglichen.

44. Die Konsequenzen des vermehrten Einsatzes von Elektrofahrzeugen sind sorgfältig zu prüfen, insbesondere durch Vergleich der vollständigen Energie-, Rohstoff- und Schadstoffbilanzen auch für Alternativen (z. B. Biotreibstoffe).

Literatur

H. Bossel/W. Dürrschmidt, Ökologische Forschung – Wege zur verantworteten Wissenschaft, Karlsruhe 1981 b.
H. Bossel, Die technische Logik des sanften Wegs der Energieversorgung, in: Jahrbuch für Ingenieure 1982, Grafenau 1981 c.
H. Bossel, Ökotechnik – Neue Richtung des technischen Fortschritts in: G. Ropohl, Interdisziplinäre Technikforschung – Beiträge zur Bewertung und Steuerung der technischen Entwicklung, Berlin 1981 d.
Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik", Bericht über den Stand der Arbeit und die Ergebnisse; Deutscher Bundestag, Drucksache 8/4341, Juni 1980 Bonn (auch in: Zur Sache 1/1980 und 2/1980, Bonn 1980).
K. Hoede u. a., Quantifizierung der Umweltbeeinträchtigung durch moderne Verfahren der Kohlevergasung und -verflüssigung, Fluor GmbH Düsseldorf, im Auftrage des Umweltbundesamtes Berlin, Düsseldorf 1981.
IIASA Energy Systems Program Group (IIASA 1981), Energy in a Finite World – Executive Summary, International Institute of Applied Systems Analysis (IIASA) Laxenburg, Austria, Mai 1981 (die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Veröffentlichung).
F. Krause/H. Bossel/K. F. Müller-Reißmann, Energiewende – Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran, Frankfurt/M. 1980.
A. B. Lovins, Sanfte Energie – Das Programm für die energie- und industriepolitische Umrüstung unserer Gesellschaft, Reinbek 1978.
A. Mareske, Anwendung der Wärme-Kraft-Kopplung, in: Brennstoff - Wärme - Kraft 31, 11/1979, S. 419 ff.
K. F. Müller-Reißmann/H. Bossel, Kriterien für Energieversorgungssysteme, Institut für angewandte Systemforschung und Prognose (ISP), Königstr. 50 a, 3000 Hannover 1, 1979.

W. Prinz, Das Flensburger Energiemodell, in: H. Hatzfeld/H. G. Schumacher/D. Teufel, Kohle, Frankfurt/M. 1982.
Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Sondergutachtens „Energie und Umwelt", Wiesbaden, März 1981.
H. D. Schilling, Die Wirbelschichtfeuerung, in: VDI-Berichte Nr. 322, 1978.
W. Schott/D. Teufel, Kohle„veredlung" – Ökologische Auswirkungen und energiepolitische Aspekte, IFEU – Institut für Energie- und Umweltforschung, Im Sand 5, 6900 Heidelberg, 1981 (IFEU-Bericht Nr. 13).
B. Strümpel, Das Konzept der dezentralen Wärme-Kraftkopplung auf Kohlebasis, in: H. Hatzfeldt/H. G. Schumacher/D. Teufel, Kohle, Frankfurt/M. 1982.

Alternativen

Memorandum '82: Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik

(Wortlaut)

Die „Arbeitsgruppe Memorandum – Alternativen der Wirtschaftspolitik" („Memorandum-Gruppe") aus Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftern legt, wie in den vergangene Jahren, auch zum diesjährigen 1. Mai ein wirtschaftspolitisches Alternativgutachten vor. (Die bisher erschienenen Memoranden sind im jeweiligen Mai-Heft der „Blätter" dokumentiert.) Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut der „Kurzfassung" des diesjährigen Alternativgutachtens, die als das eigentliche „Memorandum" inzwischen von über 600 Wissenschaftlern und Gewerkschaftern unterzeichnet worden ist. Sonderdrucke des Memorandums sind lieferbar.

1. Krise ohne Ende? Zur sozialen Lage in der Bundesrepublik

Ein weiterer drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit, erneut sinkende Realeinkommen und wachsende Armut kennzeichnen gegenwärtig – im achten Jahr der Massenarbeitslosigkeit – die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik.

Zusammenfassende Gesamtrechnung für 1982 in Mrd. DM

	Bundesregierung	Alternativvorschlag
1. *Ausgaben*		
Kernhaushalt (Haushalt 1981 + 3,2 bzw. 6%)	*240,5*	*245,0*
Beschäftigungssonderprogramm		*20,0*
Gesamtausgaben		*265,0*
2. *Einnahmen*		
Steuer-, Verwaltungs- und Münzeinnahmen (Stand Januar 1982)	*213,7*	*213,7*[1])
Mehreinnahmen durch		
verbesserten Steuereinzug		*6,3*
steuerlichen Subventionsabbau		*5,6*
Steuererhöhungen		*2,8*
Gesamteinnahmen	*213,7*	*228,4*
3. *Nettokreditaufnahme*	*26,8*	*36,6*
	240,5	*265,0*

1) Wir sind nicht in der Lage, eigene Steuerschätzungen vorzulegen, und übernehmen daher die Angaben der Bundesregierung vom Januar 1982. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß bei einem Greifen des vorgeschlagenen Beschäftigungsprogramms das Steueraufkommen höher ausfallen wird. Das verringert den Umfang der erforderlichen Nettokreditaufnahme.

Wirtschaftsinformation

Der Außenhandel im Jahre 1981

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Der Hinweis auf „außenwirtschaftliche Risiken" darf bei keiner der offiziellen oder offiziösen Krisenerklärungen fehlen. Fehlentwicklungen in der Wirtschaft der Bundesrepublik – so möchte man glauben machen – hängen weder mit der Konstruktion des Wirtschaftssystems noch mit der Orientierung der Wirtschaftspolitik zusammen: „äußere" Faktoren sollen die Hauptschuld tragen.

Dabei wird zielgerichtet übersehen, daß die außenwirtschaftlichen Bedingungen die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik bis zuletzt begünstigt haben, daß es auch in den 70er Jahren trotz verengter Expansionsspielräume gelungen ist, die außergewöhnlich stabile außenwirtschaftliche Position des Landes zu halten. Im Jahre 1981 ist es wiederum – entgegen allen Progno-

sen – zu einem regelrechten Exportboom gekommen, der das vielbeklagte Defizit in der Leistungsbilanz kräftig reduziert hat. Der Überschuß im Außenhandel verdreifachte sich. Die Bundesrepublik blieb – direkt nach den USA – die zweitgrößte Welthandelsnation, vor Japan und Frankreich.

Tabelle 1
Außenwirtschaftliche Bilanzen (Salden)

	Handels-bilanz	Dienstleistungs-bilanz	Übertragungs-bilanz	Leistungs-bilanz
1971	+ 15,9	– 1,8	– 11,5	+ 2,9
1974	+ 50,8	– 7,0	– 16,1	+ 26,6
1980	+ 8,9	– 14,7	– 24,0	– 29,8
1981	+ 27,9	– 18,5	– 26,9	– 17,5

1 Mrd. DM, Zusammenfassung von Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Die Einfuhren stiegen nominal noch um 8%, gingen aber volumenmäßig um 3% zurück. Dies betrifft vor allem die Entwicklungsländer. Die Ausfuhren stiegen um 13%, volumenmäßig um 7%.

Tabelle 2
Außenhandel 1981

	Einfuhren			Ausfuhren		
	Mrd. DM	%[1])	%[2])	Mrd. DM	%[1])	%[2])
Westliche Industrieländer	278	75,3	+ 9,3	305	76,8	+ 9,8
darunter						
EG	175	47,3	+ 9,0	186	46,9	+ 8,2
USA/Kanada	32	8,6	+ 8,1	29	7,2	+ 21,4
Entwicklungsländer	72	19,4	+ 3,1	71	17,8	+ 36,5
darunter:						
OPEC	38	10,2	+ 0,3	35	8,8	+ 53,0
Übrige	34	9,3	+ 6,4	36	9,0	+ 23,5
Sozialistische Länder[3])	19	5,2	+ 10,3	20	4,9	+ 0,8
Insgesamt	369	100,0	+ 8,1	397	100,0	+ 13,3

1) Anteile in Prozent.
2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.
3) Ohne DDR.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 2/1982, S. 114.

Die Expansion der Ausfuhren ist vor allem der Handelsentwicklung mit den USA und den Entwicklungsländern, insbesondere den OPEC-Staaten, zu verdanken. Dies hängt einmal mit der Abwertung der DM gegenüber dem Dollar zusammen, die westdeutsche Waren in den USA verbilligt hat. Zum anderen hat die Erhöhung der Erdölpreise die Kaufkraft der OPEC-Staaten vergrößert, was sich in sprungartig zunehmender Nachfrage nach industriellen Produkten niedergeschlagen hat. Es sind also genau die Faktoren gewesen, die von offizieller Seite immer als „Fehl-

entwicklungen" bezeichnet worden waren – DM-Abwertung und Erdölpreise –, die Außenhandel und Konjunktur gestützt haben.

Ein Blick auf die Entwicklung des Außenhandelsaldos nach Ländern zeigt, daß die Verbesserung vor allem auf die Beziehungen zu den OPEC-Ländern zurückzuführen ist: das Defizit des Jahres 1980 von 12 Mrd. DM gegenüber dieser Ländergruppe wurde auf 2,6 Mrd. im Jahre 1981 reduziert. Bemerkenswert ist, daß schon im vierten Quartal 1981 wieder ein Überschuß gegenüber den OPEC-Ländern entstanden ist.

Gegenüber den EG-Ländern ist die Außenhandelsbilanz ebenfalls mit 11,5 Mrd. positiv gewesen, wobei vor allem im Handel mit Frankreich ein hoher Überschuß erzielt wurde. Gegenüber den USA wurde die Bilanz aktiviert, es entstand ein Überschuß von 2,7 Mrd. Etwa ausgeglichen war der Handel mit den sozialistischen Ländern. Die Statistik ist hier unvollständig – der als „innerdeutscher Warenverkehr" firmierende Handel mit der DDR (Umfang: 12 Mrd.) wird in der Außenhandelsstatistik nicht berücksichtigt. Auch hier waren Ein- und Ausfuhren in etwa ausgeglichen.

Ein Defizit wurde im Handel mit Japan erzielt. Dies war mit 8,2 Mrd. DM allerdings keineswegs dramatisch: es muß darauf hingewiesen werden, daß die BRD selbst weit höhere Überschüsse z. B. mit Frankreich (11,8 Mrd.) und Österreich (9,7 Mrd.) erzielt hat.

Der Außenhandel der BRD ist im wesentlichen Handel mit industriellen Fertigerzeugnissen. Dies betrifft erwartungsgemäß den Export, aber auch bei den Importen überwiegen Industriegüter.

Tabelle 3
Außenhandelsstruktur nach Waren 1981[1])

	Einfuhren	*Ausfuhren*
Ernährungswirtschaft	*12,9*	*5,8*
Rohstoffe	*17,3*	*1,9*
Halbwaren	*18,0*	*8,4*
Fertigwaren	*50,4*	*83,2*

1) Anteile in Prozent.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 3/1982, S. 217.

Die Bundesrepublik besitzt bei fast allen industriellen Fertigerzeugnissen einen bedeutenden Exportüberschuß. Dies gilt sowohl für die Exportbranchen Maschinenbau, Fahrzeugbau und Chemie als auch für solche Krisenbranchen wie die Stahlindustrie. Einfuhrüberschüsse gibt es lediglich für Produkte der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Schuhindustrie und der Papierindustrie.

Für die Einfuhren haben Rohöl und Mineralölerzeugnisse ein großes Gewicht. Mehr als die Hälfte der Importe von Rohstoffen und Halbwaren entfallen auf diese Produkte.

Die „Ölrechnung" der Bundesrepublik stieg also zwischen 1973 und 1981 von 15 Mrd. DM auf knapp 71 Mrd. DM. Dies stellt sicher eine erhebliche Kostenbelastung der Unternehmen dar. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Exporte in die OPEC-Staaten sich im gleichen Zeitraum um fast 30 Mrd. DM erhöhten. Darüberhinaus sollte nicht vergessen werden, daß die Bundesrepublik auch Mineralölerzeugnisse exportiert, 1981 immerhin im Werte von 6,3 Mrd. DM.

Für die aktuelle Situation ist erwähnenswert, daß „Ölrechnung" und Einfuhrpreis seit der Jahresmitte 1981 rückläufig sind. Der Durchschnitts-Importpreis je Tonne Rohöl sank von dritten (648 DM) zum vierten Quartal (602 DM) deutlich. Diese Tendenz dürfte in der nächsten Zeit anhalten, da einerseits die internationalen Rohölpreise (Dollarbasis) zurückgehen, andererseits der DM/Dollarkurs zur Zeit stabil ist, bei einer wahrscheinlichen leichten Aufwertung der DM.

Tabelle 4
Rohöl- und Mineralölimporte 1981

	Rohöl			*Mineralölerzeugnisse*		
	Mio. t	*Mrd. DM*	*DM je t*	*Mio. t*	*Mrd. DM*	*DM je t*
1973	*110,5*	*9,1*	*82*	*40,4*	*5,9*	*147*
1976	*97,7*	*23,8*	*244*	*40,5*	*11,4*	*283*
1980	*96,9*	*44,2*	*456*	*34,6*	*18,7*	*540*
1981	*79,4*	*49,1*	*619*	*32,2*	*21,7*	*674*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 3/1982, S. 214 ff.

Bei Betrachtung der Außenhandelsergebnisse quartalsweise zeigt sich, daß die angegebenen außenwirtschaftlichen Probleme – Verschlechterung der Preisverhältnisse, Defizit der Leistungsbilanz – schon im letzten Vierteljahr 1981 überwunden waren. Die Einfuhrpreise sind erstmals seit 1977/78 wieder zurückgegangen, bei weiter steigenden Ausfuhrpreisen. Die Leistungsbilanz wies – saisonbereinigt – einen Überschuß von 3,3 Mrd. DM auf. Im letzten Vierteljahr 1980 war noch ein Defizit von 9,1 Mrd. registriert worden.

Dagegen hat sich das Expansionstempo im Export deutlich abgeschwächt. Dies betrifft vor allem die Exporte in die EG-Länder, aber auch im Handel mit den USA machen sich die konjunkturellen Schwächetendenzen bemerkbar. Stark verlangsamt hat sich auch die Exportexpansion in die OPEC-Länder. Sinkende Rohölpreise und Absatzmengen schränken deren Kaufkraft ein.

Für die kommenden Monate ist also ein Nachlassen der stabilisierenden Wirkungen des Exports für die Konjunktur zu erwarten. Dies sollte Anlaß sein, durch beschäftigungsstützende wirtschaftspolitische Maßnahmen die Binnenkonjunktur anzukurbeln. Auf keinen Fall ist es gerechtfertigt, erneut eine Bedrohung der Arbeitsplätze durch eine angeblich gefährdete internationale Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik zu beschwören. Es ist im Gegenteil so, daß die starke Exportposition der BRD tendenziell eine Bedrohung für das Gleichgewicht im Welthandel darstellt, die einseitig außenwirtschaftlich orientierte Politik also die Gefahr in sich birgt, daß protektionistische Maßnahmen seitens der Importländer zum Schutze ihrer Inlandsmärkte ergriffen werden.

Jörg Goldberg

Medienkritik

BRD verteidigt „ein bißchen Frieden".

In der „Frankfurter Rundschau" vom 28. 4. 1982 konnte man auf der ersten Seite folgenden Artikel lesen:

FRIEDENS-SCHLAGER BEKRITTELT. Am Siegertitel des „Grand Prix Eurovision de la Chanson" von Harrogate, dem von der Sängerin Nicole vorgetragenen Beitrag der Bundesrepublik, übte die DDR Kritik. In der neuesten Ausgabe des örtlichen SED-Organs „Lausitzer Rundschau" hieß es, das Lied „Ein bißchen Frieden" treffe zwar „den Grundakkord unserer Zeit", es genüge jedoch nicht, lediglich zu hoffen, „daß nichts geschieht". Diejenigen, die sich „gegen den Rüstungswahn der NATO" engagierten, seien „in ihrer Erkenntnis schon längst viel weiter" und durchaus nicht „hilflos", wie es in dem Schlager heiße. Sie wollten „nicht nur ein bißchen, sondern den ganzen Frieden". Mit dem Titel hätten „geschäftstüchtige Manager" nun auch die Friedenssehnsucht vermarktet, schrieb die „Lausitzer Rundschau".

Daß der bundesdeutsche Beitrag „Ein bißchen Frieden" den ersten Preis bekam, läßt sicher darauf schließen, wie breit die Friedenssehnsucht im allgemeinen Bewußtsein verankert ist. Aber die örtliche, wiewohl weltoffene SED hat richtig erkannt, daß sich in dem Produkt der Schlagerindustrie nicht das politische Programm der Friedensbewegung ausdrückt. Diese hat, seit es sie gibt, ihre eigenen Lieder hervorgebracht, und der Verdacht, daß hier nur eine weitverbreitete Grundstimmung vermarktet werden soll, ist deshalb schlüssig, weil Schlager dies ihrer Definition nach immer tun.

Nicht von der Hand zu weisen sind demnach die Lausitzer Einsichten und ständen wohl auch einem diesseitigen Kritiker, zumal in Frankfurt (Main), nicht schlecht zu Gesicht. Ist nicht die Kommerzialisierung einer Idee, eines Gefühls durch die Kulturindustrie für viele der Beginn des unaufhaltsamen Auflösungsprozesses ihrer politischen Sprengkraft schon immer gewesen? Aber da sie geographisch und politisch eher von der Oder her geäußert wurde, ist die (hier gar nicht einmal so pauschale) Kritik nur *Krittelei*.

Bekritteln, das ist, laut Wörterbuch: „kleinlich tadeln, nörgeln", und so soll auch kleinkariert-hinterlausitzisch das Unterfangen erscheinen, zwischen einer politisch bewußten, konkreten Forderungen stellenden, die Welt- und Kräfteverhältnisse zur Kenntnis nehmenden Friedensbewegung einerseits und dem Versuch, sie in Obrigkeitsvertrauen und Harmonieseligkeit untergehen zu lassen, andererseits, unterscheiden zu wollen. Denen, die die Überzeugungskraft der Argumente „gegen den Rüstungswahn der NATO" als gefährlich erkannt haben, weil sie die weitverbreitete Angst in rationales Handeln verwandeln, muß daran gelegen sein, daß die Formeln möglichst abstrakt bleiben: *ein bißchen Frieden*, ein (Bauern-)Häuschen im Grünen. . .

Die Verteidigung des Schlagers ist nicht nur dumm, sondern auch konsequent, denn sie setzt die *Strategie der Gleichmacherei* fort, der Ineinssetzung von bürgerlichem Weltflucht- und Verweigerungsdenken, das nur in Resignation oder martyrischem Heldentum enden kann, mit einer bewußten Friedenspolitik, die sich auch konkrete Teilziele stellt. Praktisch hat diese Strategie die Spaltung der Friedensbewegung zum Ziel, hierzulande und auch im anderen nörgelnden deutschen Staat.

Günter Giesenfeld

Aus ausländischen Zeitschriften

Argentinien ist bald in der Lage, seine eigene Atombombe zu bauen – mit deutscher Hilfe

Von Robin Denselow und David Coxon Taylor

Am 19. April 1982 strahlte die britische Fernsehgesellschaft BBC in ihrem zweiten Programm einen auf achtmonatigen Recherchen beruhenden Bericht über die kerntechnische Zusammenarbeit zwischen Argentinien und der Bundesrepublik aus, in dem es insbesondere um die Fähigkeit zur Herstellung von Atomwaffen ging. Das offizielle Bonn, der Regierungssprecher, F. J. Strauß (betroffen als Ex-Atomminister!), die Medien reagierten auf die britischen Vorwürfe mit ungewohnter Sensibilität und Betriebsamkeit. Besonderes Gewicht kommt in diesem Zusammenhang der – seit den seinerzeit von Adenauer und Strauß offen erhobenen Forderungen nach deutscher (Mit)verfügung über Atomwaffen langezeit verdrängten – Frage zu, inwieweit das Kernenergieprogramm der Bundesrepublik auch militärische Dimensionen hat, die, soweit ihre Realisierung auf deutschem Boden nicht möglich ist, womöglich in der nuklearen Zusammenarbeit mit potentiellen Atomwaffenstaaten wie Südafrika, Brasilien und eben Argentinien realisiert werden oder realisiert worden sind. Nachstehend dokumentieren wir in deutscher Übersetzung den Text eines Artikels, den Robin Denselow, der Autor der BBC-Sendung, und sein Produzent David Coxon Taylor in der BBC-Zeitschrift „The Listener" vom 22. 4. 1982 veröffentlichten und der die Quintessenz ihrer aufsehenerregenden Fernsehreportage wiedergibt. D. Red.

Castro Madero, der Admiral, der die argentinische Atomenergiekommission leitet, traf seine Entscheidung plötzlich und impulsiv. Wir hatten ihn gerade darüber interviewt, wie weit das Land in seiner nuklearen Entwicklung sei, und er hatte die erschreckende Andeutung gemacht, daß Argentinien Plutonium an andere Länder verkaufen wolle. Dies Plutonium – potentielles Baumaterial für Atombomben – würde in einer neuen Wiederaufarbeitungsfabrik produziert werden, die noch nie von Journalisten gesehen oder fotografiert worden war.

Wir reagierten darauf mit der Andeutung, daß es, wenn wir diese Anlage nicht tatsächlich filmen könnten, unmöglich sein würde, Argentiniens nukleare Ansprüche ernstzunehmen. Selbst Amerika hat ja enorme Probleme mit seinen Wiederaufarbeitungsanlagen gehabt, warum sollte Argentinien seiner Meinung nach erfolgreicher sein?

Er rasselte seine Befehle in spanischer Sprache herunter, und eine Militäreskorte brachte uns zu unseren Autos. Wir wurden Richtung Flughafen gefahren, und dann ging es ab zum schwerbewachten Militärgelände von Ezeiza. Die umliegenden Wälder und Parks werden von denen bevorzugt, die dem Lärm der Stadt entfliehen wollen, aber niemand wagt sich in die Nähe des Militärgeländes. Bewaffnete Soldaten patrouillieren die umgehenden Zäune entlang und Schilder warnen, daß auf Eindringlinge geschossen wird.

Im inneren Ezeizas verursachte unser Auftauchen eine kleine Panik. Wieso waren wir da? Wer hatte die Erlaubnis erteilt? War uns nicht klar, daß diese Anlage kein Besuchsziel für Journalisten war? Als die uns begleitenden Soldaten erklärten, daß die Befehle von ganz oben kamen, führten die Wachen uns argwöhnisch in Ezeiza herum. Zuerst wurden die Laboratorien vorgeführt – graue, nichtssagende Gebäude mit „heißen Zellen", in denen unter entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen mit radioaktivem Material gearbeitet werden kann. Sie sahen nicht sonderlich dramatisch aus, aber dies war der Ort, wo man argentinischen Wissenschaftlern zum erstenmal beigebracht hatte, wie verbrauchte Brennstäbe aus Kernkraftwerken wiederaufgearbeitet werden und Plutonium daraus gewonnen wird.

Nach einer neuerlichen besorgten Beratung der Wachen zeigte man uns dann, wohin all diese Forschungen mittlerweile geführt haben. Man schob uns auf die Rücksitze eines Armeejeeps und fuhr uns ins Herz der Anlage, durch ein dichtes Waldgebiet hindurch. Wir hielten auf einer

schwerbewachten Lichtung, wo ein riesiges, fast fensterloses Gebäude sich im Bau befand. Bulldozer und Betonmischmaschinen arbeiteten unter den wachsamen Augen eines elegant gekleideten Mannes, der uns als der Chefingenieur vorgestellt wurde. Später fanden wir in der Atomenergiekommission heraus, daß dieser Ingenieur auch Oberstleutnant der argentinischen Armee ist.

Diese Wiederaufarbeitungsanlage wird Argentinien das Potential verschaffen, Atomwaffen zu bauen, wenn die Führer des Landes es so beschließen. Castro Madero hat bereits erklärt, das Land werde nicht auf das verzichten, was er „sein Recht", eine „friedliche Kernexplosion" zu zünden, nennt – eine semantisch gefällige Form auszusprechen, daß sie eine Bombe bauen werden. Es ist zweifellos schwer zu sehen, welchem anderen Zweck diese neue Anlage dienen könnte.

Eine Wiederaufarbeitungsfabrik trennt abgebrannten und bestrahlten Brennstoff in Uran und ein ganz neues Element: Plutonium. Das Uran könnte in Kernkraftwerken wiederverwendet werden, aber es handelt sich um eine sehr kostspielige Methode, sich Uran zu verschaffen. Außerdem verfügt Argentinien bereits über enorme eigene Uranbestände und hat es gewiß nicht nötig, Uran auf diese Weise zu erlangen. Das Plutonium kann zweierlei Verwendungszwecke haben. Es kann in den noch im Experimentierstadium befindlichen schnellen Brut-Reaktoren benutzt werden, aber Argentinien hat keine Pläne, Schnelle Brüter zu bauen. Außerdem brauchen diese mehr Plutonium, als Ezeiza je produzieren kann. Die andere Möglichkeit, Plutonium zu verwenden, ist der Bau von Bomben. Geheimdienst- und Kernenergieexperten in Großbritannien und Amerika schätzen, daß eine Anlage wie Ezeiza, die bei voller Produktionsleistung jährlich 20 t verbrauchten oder bestrahlten Kernbrennstoff wiederaufarbeitet, in dieser Zeit genug Plutonium für mindestens zehn Atomwaffen produzieren kann. Wenn die Bauarbeiten in Ezeiza ohne irgendwelche Probleme vorankommen, könnte die Fabrik in etwa einem Jahr in Betrieb genommen werden. Wenn, wie es scheint, die richtige Technologie bereits entwickelt wurde, wird Argentinien dann sehr leicht eine Bombe bauen können. Es besteht sogar eine gewisse Möglichkeit, daß das Land bereits über genügend Plutonium verfügt, nämlich von den Heiße-Zellen-Experimenten Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre her.

Wir haben mit unserer Untersuchung über das Atomprogramm Argentiniens im vergangenen Herbst begonnen, lange bevor die Falkland-Krise gesteigertes internationales Interesse für die militärischen Planungen des Landes weckte. In den vergangenen Wochen hat es, während die britische Flotte zu den Falkland-Inseln unterwegs war, in der Boulevardpresse merkwürdige Behauptungen über eine russische Beteiligung am argentinischen Wiederaufarbeitungsprogramm gegeben. In Wirklichkeit hat Argentinien sein Know how und seine ersten Anlagen im Nuklearbereich aus dem Westen erhalten – aus Westdeutschland. Deutschland hat Argentinien mit kommerziellen Atomreaktoren ausgestattet, die, wie der Zufall es will, erstklassiges kernwaffentaugliches Plutonium erzeugen. Und Deutschland was desgleichen Teilhaber eines Geheimgeschäfts, das argentinischen und deutschen Wissenschaftlern die Chance verschaffte, zu lernen, wie man bestrahlten Brennstoff wiederaufarbeitet, und mit dem dabei erzeugten Plutonium zu experimentieren.

Von allen Ländern, die Nachkriegsdeutschland sich als Atompartner ausuchen konnte, ist Argentinien das politisch gesehen beunruhigendste. Spionageromane und -filme haben bewirkt, daß die Nazi-Verbindung mit Südamerika heutzutage als geradezu trivial erscheint, aber im Fall Argentiniens war diese Verbindung sehr konkret – und die nukleare Konsequenzen sind heute sehr aktuell und potentiell außerordentlich gefährlich.

In den frühen 40er Jahren waren Hitlers Wissenschaftler intensiv mit dem Versuch beschäftigt, einen Atomreaktor zu entwickeln und eine Bombe zu bauen. Ein Großteil dieser Forschungen wurde in einer Höhle bei der kleinen Stadt Degerloch durchgeführt, wo man versuchte, einen Reaktor zu bauen, der mit Natururan und schwerem Wasser arbeiten sollte. Heute ist diese Höhle als Touristenattraktion rekonstruiert worden, und Fotos an den Wänden demonstrieren die weitere Entwicklung dieser Forschungsarbeiten. Eines der Fotos zeigt einen Atomreaktor, der in den 60er Jahren im deutschen Kernforschungszentrum in Karlsruhe gebaut wurde, und ein weiteres Foto zeigt eine noch spätere Entwicklung des gleichen Musters, errichtet weitab in den argentinischen Pampas, in Atucha an den Ufern des Paraná-Flusses. Was dieser kleine Führer durch die deutsche

Industrie nicht erklärt, ist die Tatsache, daß der gezeigte Reaktortyp sich sehr gut zur Herstellung von bombentauglichem Plutonium eignet. Ebensowenig wird erklärt, daß es einer von Hitlers Sprengstoffexperten, der sich jetzt in seinem „zweiten Vaterland" Argentinien zur Ruhe gesetzt hat, war, der für dies höchst verdächtige Geschäft verantwortlich zeichnete, ebenso wie für andere, noch verdächtigere Geschäfte.

Dieser frühere Sprengstoff-Experte heißt Walter Schnurr. Während des Krieges leitete er einen Rüstungsbetrieb in Christianstadt, das heute zu Polen gehört, und ließ sich 40 verschiedene Typen neuer Explosivstoffe patentieren. Nach dem Krieg lehnte er es ab, in einem besetzten, Nicht-Nazideutschland zu leben und floh nach Argentinien, wo er sich anderen deutschen Flüchtlingen anschloß, die für Peron das wirtschaftliche und militärische Potential des Landes zu entwickeln versuchten. Später haben diese ehemaligen Nazis dann auch der deutschen Großindustrie beim Abschluß von Lateinamerikageschäften geholfen. Hans Ulrich Rudel, Hitlers hochdekorierter Lieblingsflieger und der Kriegsheld der damaligen deutschen Jugend und der heutigen Neonazis, hat uns gegenüber zugegeben, daß er heute noch hinter den Kulissen in Argentinien und anderswo für Firmen wie Siemens geschäftlich tätig ist.

Auch Walter Schnurr hat Siemens und sowohl der deutschen, als auch der argentinischen Atomindustrie geholfen. Er lebte ein Jahrzehnt lang in Argentinien und arbeitete für Peron an Sprengstoffen. Dann kehrte er nach Deutschland zurück, auf Einladung von Franz Josef Strauß, der 1955 Deutschlands erster Minister für Atomfragen geworden war. Strauß lud Schnurr ein, in Karlsruhe, Deutschlands neuem Kernforschungszentrum, der wissenschaftliche Direktor zu werden.

Nach allem, was wir gehört haben, war Karlsruhe Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre, als Schnurr dort die Regie führte, ein befremdlicher Arbeitsplatz. Schnurrs Verwaltungsdirektor war Rudolf Griefeld, der während des Krieges ein hochrangiger Nazi-Offizieller in Paris gewesen war und dort die erste antisemitische Maßnahme ergriffen hatte, nämlich, daß nur Bars, die Juden den Zutritt verboten, verlängerte Lizenzen erhalten sollten. Es wurde behauptet, daß es Jahre später auch in Karlsruhe Antisemitismus gab; 1973 schickte eine Gruppe dort beschäftigter Wissenschaftler einen Beschwerdebrief über Griefeld und seine feindselige Haltung gegenüber jüdischen Beschäftigten nach Bonn.

Andere Wissenschaftler beklagten sich uns gegenüber darüber, daß das Kernforschungszentrum „in militärischem Stil geführt" worden sei oder sie „an ihre Zeit im Zweiten Weltkrieg erinnert" habe. Leon Grunbaum, ein jüdischer Wissenschaftler, der Griefelds Kriegslaufbahn aufgedeckt hatte, sagt, daß sein Vertrag in Karlsruhe aufgrund dieser Erkundigungen nicht erneuert wurde.

Während Walter Schnurr Karlsruhe leitete, schuf er mit großer Energie die umstrittenen Verbindungen des Kernforschungszentrums mit Argentinien. Als erstes wurde ein geheimnisvoller Versuchsreaktor, der MZFR, gebaut, den Franz Josef Strauß heute als „obsolet" beschreibt. Dieser Reaktor arbeitet mit Natururan und schwerem Wasser und fußt auf dem deutschen Konzept aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Eine seiner Qualitäten besteht darin, daß er bestrahlten Brennstoff erzeugt, der bei Wiederaufarbeitung hochwertiges atomwaffentaugliches Plutonium ergibt. Die Amerikaner benutzen noch heute in Savannah River/Georgia einen vergleichbaren Reaktortyp zur Herstellung von Plutonium für Atombomben.

Der MZFR-Typ wurde in Deutschland nicht weiterentwickelt – dort baute man die Reaktoren für Kernkraftwerke später nach einem amerikanischen System –, aber Argentinien entwickelte ihn weiter. Noch bevor die Versuche am MZFR abgeschlossen wurden, hatte man mit der Arbeit am Atucha-Reaktor in Argentinien begonnen. Die Abklingbecken des Reaktors sind heute vollgestopft mit blauglühenden bestrahlten Brennstäben. Diese Brennstäbe müssen nur in die neue Wiederaufarbeitungsfabrik gebracht werden, sobald diese fertiggestellt ist, und Argentinien wird auf dem Weg sein, eine Kernwaffenmacht zu werden – sofern das Land sein eigenes Plutonium nicht bereits erworben oder erzeugt hat.

Das Atucha-Geschäft war einer der Wege Schnurrs, Argentinien eine Atomwaffen-Option zu verschaffen. Aber als Kraftwerk hat Atucha sich auch als zuverlässige Elektrizitätsquelle erwiesen, und man kann argumentieren, es sei für friedliche Zwecke gebaut worden. Es fällt allerdings schwer, sich eine Erklärung dieser Art für das zweite Geschäft zwischen Argentinien und

Deutschland vorzustellen, das Schnurr zufolge zur gleichen Zeit unterzeichnet wurde wie das Atucha-Geschäft. Er hat uns erstaunlich viel darüber erzählt, als wir ihn draußen in den Bergen Zentralargentiniens, wo er jetzt im Ruhestand lebt, interviewten.

Im Rahmen dieses zweiten Geschäfts, das bis jetzt geheim geblieben war, wurde ein nuklearer Kooperationspakt zwischen den beiden Ländern arrangiert. Argentinische Wissenschaftler gingen nach Karlsruhe, und Deutsche gingen nach Ezeiza. Zugleich wurde hochempfindliche Kerntechnologie auf die Reise geschickt. Deutschland schickte heiße Zellen und – noch erstaunlicher – Muster bestrahlten Brennstoffs. Uran aus Argentinien wurde nach Karlsruhe geschickt, im MZFR bestrahlt und dann nach Argentinien zurückgeschickt. Und dort konnten sowohl deutsche alsauch argentinische Forscher in einer schwerbewachten Anlage, weitab irgendwelcher argwöhnischer, prüfender Blicke, wiederaufarbeiten lernen – und mit dem gewonnen Plutonium experimentieren. Die heißen Zellen in Ezeiza waren von 1969 bis 1972 in Betrieb und Zahlen Argentiniens und des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) zufolge reichte ihre Kapazität zur Behandlung von 200 kg verbrauchtem Kernbrennstoff pro Jahr. Wenn sie effektiv gearbeitet haben, könnten schon diese heißen Zellen genügend Plutonium für eine Bombe produziert haben.

Bevor dieser außergewöhnliche Transfer kritischer Nukleartechnologie stattfand, hätte Deutschland Euratom, die Atomorganisation der EWG, um eine Genehmigung ersuchen müssen. Die Sache wäre dann den EG-Kommissaren vorgetragen worden. Wir haben uns mit Euratom in Verbindung gesetzt und mehrere zuständige höhere Beamte haben dort für uns die Unterlagen durchgesehen. Es gibt keinen Vorgang zu diesem Geschäft.

Man könnte auch erwarten, daß die Internationale Atomenergiebehörde in Wien informiert worden wäre. Es ist schließlich die Aufgabe dieser Behörde sicherzustellen, daß die zivilen Kernkraftwerke in aller Welt nicht heimlich für militärische Zwecke benutzt werden. Alan McKnight, in den späten 60er Jahren der Sicherheitsdirektor der Wiener Behörden erklärte, seine Reaktion auf die Nachricht über dieses Geschäft sei „absoluter Ekel". Er bezeichnete die Transaktion als „typischen Doppelbetrug".

Wir können über die Gründe des deutschen Handelns nur spekulieren – und andere bitten, darüber nachzudenken. Unter den Bedingungen des Vertrags über die Westeuropäische Union, die Deutschland 1954 die Wiederbewaffnung (mit gewissen Beschränkungen) erlaubten, damit es eine Rolle in der NATO übernehmen konnte, waren dem Land insbesondere nukleare Waffenentwicklungen verboten. Aber die Erklärung, mit der Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer den Verzicht auf Atomwaffen aussprach, ist seltsam formuliert. Die Bundesrepublik verpflichtete sich, keine Atomwaffen „auf ihrem Territorium" zu produzieren. Sie konnten also, theoretisch, immer noch irgendwo sonst produziert werden – eine Rechtslage, die sich erst änderte, als Deutschland 1975 den Atomwaffensperrvertrag ratifizierte und damit dieses offensichtliche Schlupfloch schloß.

Alan McKnight von der Internationalen Atomenergiebehörde, Dr. Robert Jungk, deutscher Autor über Atomfragen, und Dr. Frank Barnaby, der frühere SIPRI-Direktor – sie alle kamen zu der Schlußfolgerung, daß die deutsche militärische Forschung fortgesetzt worden sein muß. Aber Dr. Barnaby betonte: „Ich glaube nicht, daß es sich dabei um offizielle Politik der Bundesregierung handelte. Es war eine Gruppe von Leuten, die hofften, irgendeine künftige Regierung werde die von dieser Gruppe geschaffene Option nutzen, um sich eine Atomstreitmacht zu verschaffen."

Was auch immer Deutschland von dem geheimen Atomgeschäft gehabt haben mag – die Ergebnisse in Argentinien liegen jetzt, wo die Arbeiten am Wiederaufarbeitungsblock in Ezeiza voranschreiten, nur zu klar zutage. Die Argentinier behaupten, beim Bau dieser Anlage werde nur ihre eigene Technologie benutzt – und daß, weil dabei kein Abkommen mit einem zweiten Land eine Rolle spielt, kein anderes Land eine Überwachung der Anlage verlangen kann. Aber, wie ein emigrierter argentinischer Wissenschaftler uns sagte, hätte die Anlage ohne jene Startthilfe der Deutschen und ohne ihr Know How niemals gebaut werden können.

Autoren dieses Heftes

Günter VOLLMER, geb. 1917 in Berlin, Generalmajor der Bundeswehr a. D., erst Wehrpflichtiger, dann Berufssoldat im Zweiten Weltkrieg, vier Jahre sowjetische Gefangenschaft, danach Ausbildung zum Industriekaufmann, 1956 Eintritt in die Bundeswehr, Generalstabsausbildung, Generalstabsdienst, Truppendienst, Tätigkeit im Bundesministerium der Verteidigung, zuletzt Befehlshaber einer der sechs Wehrbereiche der Bundesrepublik (Wehrbereich II, Sitz Hannover), 1977 in den Ruhestand getreten, nach der Pensionierung Mitarbeit in der sogenannten De Maizière-Kommission zur Entbürokratisierung der Streitkräfte. *** *Helmut RIDDER*, Dr. jur., geb. 1919, Prof. für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik in Gießen; Mitinitiator des Krefelder Appells; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Werner GLINGA*, geb. 1945 in Bernburg/Saale, Studium der Romanistik, Germanistik und Publizistik in Münster, Paris und London; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, lebt als Journalist in Großbritannien. *** *Michael T. KLARE*, Direktor des Forschungsprojekts Militarismus und Abrüstung am Institut für Politische Studien in Washington, D. C.; Verfasser eines demnächst erscheinenden Buches über die Waffenkäufe der USA an die Dritte Welt. *** *Herbert WULF*, Dr., Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg, beschäftigt sich vor allem mit den ökonomischen Auswirkungen der Rüstung; Mitautor der Bücher Arbeitsplätze durch Rüstung? Reinbek 1978, Sicherheitspolitik, Rüstung und Abrüstung, Frankfurt/Berlin/München 1982. *** *Nikolai PORTUGALOW*, geb. 1928, Studium am Institut für Internationale Beziehungen in Moskau, Korrespondent für APN und Literaturnaja Gazeta in der Bundesrepublik, Übersetzer deutscher Literatur (Grass, Böll, Lenz), seit 1979 Berater in der Abteilung Internationale Information im ZK der KPdSU. *** *Wilhelm HANKEL*, Dr. rer. pol., geb. 1929 in Danzig, Professor für internationale Ökonomie am Bologna Center der Johns Hopkins University in Bologna/Italien. *** *Hartmut BOSSEL*, Dr., geb. 1935 in Braunschweig, Professor für Umweltschutz an der Gesamthochschule Kassel; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen u. a. „Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft", Frankfurt, 1978; Concepts and tools of computer-assisted policy analysis, Basel 1977, Mitautor „Energiewende", 1980.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 6/1982 der „Blätter" wird am 14. 6. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416